Altersvorsorge: Die 13. Rente für alle ist masslos *Seite 17*

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 7. Februar 2024 · Nr. 31 · 245. Jg. AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



EMILE DUCKE FÜR NZZ

Rettungsflüge mit Kalkül

Regelmässig fliegen die Arabischen Emirate vom kleinen Flughafen al-Arish auf dem ägyptischen Sinai (Bild) kranke und verletzte Kinder aus dem Gazastreifen zur Behandlung nach Abu Dhabi. Die Mission ist nicht selbstlos. Die Emirate haben 2020 ihr Verhältnis zu Israel normalisiert, was vielen Arabern als Verrat gilt. Nun können sie zeigen, dass ihnen die Palästinenser trotz harter Realpolitik nicht egal sind. *International, Seite 2*

Asylbewerber sollen kein Bargeld mehr erhalten

Die deutsche Abschreckungsstrategie stösst auch in der Schweiz auf Interesse

tox. · Rund 30 000 neue Asylgesuche erwartet die Schweiz auch für das Jahr 2024 wieder. Unter den einreisenden Personen dürften viele Wirtschaftsmigranten sein, die vor allem ihre Angehörigen in der Heimat unterstützen wollen. Um zu verhindern, dass Sozialhilfegelder aus der Schweiz dorthin fliessen, wird nun eine Idee aus Deutschland diskutiert: Statt Bargeld sollen Asylsuchende eine spezielle Debitkarte erhalten. Damit können sie Einkäufe tätigen, aber keine Geldüberweisungen vornehmen. In Deutschland, wo die Karte demnächst landesweit eingeführt wird, ist damit nicht einmal ein Bankkonto verbunden.

Die SVP hat kürzlich in mehreren Kantonen Vorstösse eingereicht und will eine Bezahlkarte auch auf Bundesebene zum Thema machen. Sie verspricht sich davon eine abschreckende Wirkung auf Personen ohne echte Asylgründe. Zudem befürchtet sie, dass die Einführung der Karte in Deutschland zu einer Ausweichbewegung in die Schweiz führen könnte.

Andere Parteien reagieren skeptisch auf den Vorschlag. Die Linke warnt vor Diskriminierung. Die FDP spricht von einem Bürokratiemonster ohne Wirkung. Man könne problemlos auf Umwegen trotzdem zu Bargeld kommen, gibt sie zu bedenken. Beispielsweise indem man Waren erwerbe und weiterverkaufe.

Schweiz, Seite 9

Die UBS verdient erneut Milliarden

Die Kosten der CS-Übernahme drücken aufs Ergebnis

Trotz Verlust im Schlussquartal gibt es für die Aktionäre eine höhere Dividende. Der Konzernchef Sergio Ermotti schraubt das Sparziel auf 13 Milliarden Dollar hoch.

EFLAMM MORDRELLE

Die UBS kann das Ausnahmejahr 2023 mit hohem Gewinn abschliessen, obwohl die Bank im Schlussquartal rote Zahlen geschrieben hat. Der Grund für den Verlust ist eine Wertberichtigung aus einer Beteiligung an der Börsenbetreiberin SIX Group. Auch die CS-Übernahme verursacht weiterhin hohe Kosten. Unter Ausklammerung dieser Sondereffekte arbeitet die UBS aber profitabel. Der bereinigte Vorsteuergewinn betrug im Schlussquartal 592 Millionen Dollar. Für das Gesamtjahr kommt die einzig verbliebene global systemrelevante Bank der Schweiz auf einen Nettogewinn von 29,9 Milliarden Dollar.

Dabei profitierte die UBS von einem grossen Sondereffekt aus der Abschreibung spezieller Anleihen bei der CS-Rettung. Wenn dieser buchhalterische Effekt herausgerechnet wird, kommt die UBS auf einen Jahresgewinn von 3,9 Milliarden Dollar. Das ist weniger als im Vorjahr, als die Bank einen Nettogewinn von 7,6 Milliarden erzielte.

Höhere Rendite angestrebt

Die Bank hat die Finanzziele, die sie bis im Jahr 2026 erreichen will, genauer definiert. Das ursprüngliche Ziel einer Kapitalrendite von 15 Prozent bleibt vorerst bestehen. Der UBS-Chef Sergio Ermotti stellt jedoch in Aussicht, dass dieser Wert bis 2028 auf 18 Prozent ansteigen könnte.

Die Bank zeigt trotz aufwendiger Integration, dass sie in der Lage ist, Gewinn abzuliefern. Als Zeichen der Finanzstärke hat Ermotti eine deutliche Erhöhung der Dividende auf 0.70 Dollar pro Aktie beantragt. Zudem will die Bank im zweiten Halbjahr wieder damit beginnen, eigene Aktien zurückzukaufen.

Trotz Turbulenzen rund um die CS schafft es die UBS zudem weiterhin, Kundenvermögen anzuziehen. Im Kerngeschäft, der globalen Vermögensverwaltung, hat die Bank seit Abschluss der Übernahme 77 Milliarden Dollar an frischen Kundengeldern gewonnen; allein im vierten Quartal flossen der Bank 22 Milliarden zu. Auch die Einlagen haben sich positiv entwickelt. Ermottis Ambitionen sind sportlich: Bis 2028 sollen investierte Vermögen in Höhe von bis zu 5 Billionen Dollar verwaltet werden, heute sind es 3,8 Billionen.

Das kombinierte Schweizer Geschäft, das in der Sparte Personal & Corporate Banking zusammengefasst wird, trägt weiterhin zuverlässig zum Konzernergebnis bei. Die rechtliche Zusammenführung der Schweizer Einheiten von UBS und CS ist aber erst für das dritte Quartal vorgesehen. Danach dürften CS-Kunden auf die UBS-Plattform transferiert werden und die CS-Infrastruktur allmählich abgebaut werden. Die Beseitigung von Doppelspurigkeiten wird einen wesentlichen Beitrag zu den Sparbemühungen leisten.

Während das Asset-Management immerhin einen mageren Vorsteuergewinn beitragen konnte, macht die Investmentbank weiterhin Verlust, auch wenn sich der Gesamtertrag durch die Zusammenführung mit den Aktivitäten der CS vergrösserte. Dabei sind die Kosten in diesem Bereich besonders stark angestiegen, insbesondere für Boni und Investitionen in Technologie. Mit Blick nach vorn sieht man im Investment Banking aber eine Verbesserung der Marktbedingungen und eine Rückkehr in die Gewinnzone.

Insgesamt bietet die Bank ein durchwachsenes Bild und kämpft mit steigenden Kosten. Das operative Geschäft scheint die Integration aber verdauen zu können, die Kerngeschäfte arbeiten profitabel. Das sind gute Voraussetzungen, damit sich die Bank nach Abarbeitung der CS-Altlasten auf einem höheren Gewinnniveau bewegen kann.

Ermotti hat zudem das Sparziel geschärft: Bis Ende 2026 sollen 13 Milliarden Dollar eingespart werden. Die UBS legt Wert auf die Feststellung, dass sie das Ziel nur präzisiert, aber nicht heraufgesetzt hat. Beim Sparen hat die UBS einen Vorsprung: Per Ende Jahr hat die Bank rund 4 Milliarden Dollar an Kosten eingespart, damit geht es schneller vorwärts als geplant. Der globale Stellenbestand der Bank schrumpfte im Jahresverlauf um 17 000 auf noch knapp 113 000 Stellen; im vierten Quartal allein fielen 3000 Jobs weg, viele ausserhalb der Schweiz. Ende August hatte die UBS einen umfassenden Stellenabbau angekündigt, der in der Schweiz 3000 Entlassungen mit sich bringt, aber ein Vielfaches an Stellen betreffen könnte.

Börse reagiert negativ

Bis Ende 2024 soll knapp die Hälfte des Sparziels bereits erreicht sein, das heisst etwas mehr als 2 Milliarden Dollar gegenüber dem heutigen Stand. Der Abbau dürfte aber gerade in der Schweiz vor allem nach Abschluss der Fusion stattfinden. Der formale Vollzug der Fusion der übergeordneten Rechtseinheiten UBS AG und Credit Suisse AG wird bis zum Ende des zweiten Quartals in Aussicht gestellt, die Schweizer Ableger werden bis zum Ende des dritten Quartals vereint sein.

Die Erwartungen der Börse an den Strategieplan waren hoch, und die UBS-Aktien waren im Vorfeld der Publikation stark gestiegen. Seit Ankündigung der CS-Übernahme im März 2023 konnten die Banktitel mehr als 50 Prozent gewinnen. Am Dienstag reagierten die Titel aber negativ auf das Strategie-Update und verloren mehr als 4 Prozent.

CS-Integration

Pensionskasse: Das Bangen der CS-Kader war berechtigt. Seite 21

Kommentar: Die UBS-Renditeziele sind kein Rückfall in die Ospel-Zeit. Seite 20

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11,
Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, www.nzz.ch
Wetter/TV/Radio: 29, Traueranzeigen: 10, Impressum: 18

AT € 3.50
24031
9 772297 322004

Abflug aus der Hölle

Die Vereinigten Arabischen Emirate fliegen verletzte Kinder und Jugendliche aus dem Gazastreifen zur Behandlung nach Abu Dhabi

DANIEL BÖHM (TEXT), EMILE DUCKE (BILDER), ABU DHABI UND AL-ARISH

Der Flugplatz von al-Arish auf dem ägyptischen Sinai besteht aus einem Hangar und einer Piste. Dahinter beginnt die Wüste. Es ist Nacht. In einer fahl erleuchteten Halle sitzen Menschen mit Koffern, unter ihnen sind der verwundete 17-jährige Ahmad al-Nimr und seine Mutter Najla Akram. Die beiden kommen aus Gaza. Najla lächelt, als sie angesprochen wird: «Wir haben so lange gewartet», sagt die 40-Jährige. «Jetzt kommen wir endlich raus.»

Auf dem Rollfeld steht eine Boeing 777 der emiratischen Fluggesellschaft Etihad. Normalerweise fliegen damit Touristen und Geschäftsleute von Abu Dhabi aus in die Welt. Heute ist die Maschine jedoch in einer anderen Mission unterwegs: Sie wird verletzte palästinensische Kinder und Erwachsene aus dem Krieg im Gazastreifen in die reiche Stadt am Golf transportieren. Das leuchtende Flugzeug wirkt wie ein rettendes Schiff inmitten einer finsteren, stürmischen See.

Über 400 Patienten ausgeflogen

Insgesamt 1000 verwundete Kinder und ebenso viele krebskranke Erwachsene aus Gaza wollen die Vereinigten Arabischen Emirate an den Golf ausfliegen und dort behandeln lassen. Seit Oktober haben die Herrscher von Abu Dhabi bereits 425 Patienten aus dem Kampfgebiet geholt. Heute kommen 65 weitere und deren Begleitpersonen hinzu – unter ihnen auch Najla Akram und ihr Sohn Ahmad.



Maha Barakat
Stellvertretende Staatsministerin

Die Passagiere kauern auf den Stuhlreihen im Hangar. Sie frieren in der kalten Wüstennacht. Al-Arish ist ein trister Ort. Der Flughafen gehört zu einem vergessenen Provinznest im äussersten Nordosten Ägyptens. Der Gazastreifen liegt nur eine knappe Autostunde entfernt. Aber weil Ägypten fürchtet, dass Israel die rund 2 Millionen Einwohner Gazas in die unwirtlichen Weiten des Sinai vertreiben will, haben Kairos Generäle das Grenzland in eine militärische Sperrzone verwandelt.

An der Strasse nach Rafah, wo sich der Übergang zu Gaza befindet, stehen Panzerwagen der Armee. Die Grenze selbst ist hoch gesichert, mit Mauern, Stacheldrahtverhauen und Wachtürmen. Dahinter kann man Reihen von Zelten sehen, in denen Tausende von Flüchtlingen aus dem ganzen Gazastreifen untergekommen sind. Das improvisierte Lager ist eine Sackgasse. Nur wer über einen ausländischen Pass verfügt oder auf einer Evakuierungsliste steht, kann der Hölle entkommen.

«Es ist entsetzlich»

In al-Arish ist die Maschine nun zum Einsteigen bereit. Eine Karawane von Versehrten marschiert auf sie zu. Manche Kinder sind so schwer verwundet, dass sie mit Krankenwagen hergebracht wurden. Vielen fehlt ein Bein oder ein Arm, andere haben Verbrennungen. «Es ist entsetzlich», sagt Yakub al-Hammadi, ein bärtiger Arzt aus Abu Dhabi, der sich um die Patienten kümmert. «Ich habe viele Kriege erlebt. Aber so viele schwere Verletzungen auf einmal habe ich noch nie gesehen.»

Auch Ahmad hat schlecht verheilte Wunden, an den Beinen und an der Hüfte. Seine Nase ist notdürftig geflickt. Er war Ende November verletzt worden, als eine Bombe auf eine Schule in seiner Nachbarschaft fiel. Seine Familie habe dort zu Beginn des Krieges Zuflucht gesucht, erzählt er. «Wir dachten, das wäre sicherer. Dann kam der Angriff, bei dem viele Menschen getötet wurden.» Ahmads Familie stammt aus dem Flüchtlingslager al-Shati, im Norden Gazas. Er arbeitete dort vor dem Krieg als Verkäufer in einem kleinen Kiosk.

Von dem Viertel steht inzwischen nichts mehr. «Unser Haus ist komplett zerstört», sagt die Mutter Najla Akram. Die Familie sei deshalb nach Süden geflohen und lebe seither in Rafah, nahe der ägyptischen Grenze. Sie würden dort zu elft in einem Zelt schlafen, es fehle an allem: «Meine Schwester kocht auf offenem Feuer. Es gibt kaum mehr etwas zu essen und oft keinen Strom.» Hilfe komme viel zu selten an. «Wir wissen nicht, wo die Hilfsgüter bleiben», sagt Akram. «Uns erreichen sie jedenfalls nicht.»

Lotterie über Leben und Tod

Ähnlich hoffnungslos sei die Lage auch in den Krankenhäusern in Gaza gewesen. Sie habe ihren verwundeten Sohn extra ins Shahada-al-Aksa-Spital gebracht, erzählt Akram. «Sie war damals noch nicht in den Nachrichten», sagt sie über die inzwischen umkämpfte Klinik. «Ich habe deshalb gehofft, dass es da ein bisschen sicherer ist.» Aber auch dort habe Mangel geherrscht. «Es fehlte an Medikamenten, überall war Blut, die Leute litten an Infektionskrankheiten.»

Ahmad wurde notdürftig operiert. Vor knapp einem Monat bekam er dann die Erlaubnis zur Ausreise nach Ägypten. Seither wartet er gemeinsam mit seiner Mutter auf den Weitertransport nach Abu Dhabi. Doch nur wenige Kinder und Jugendliche aus Gaza schaffen das. Angesichts der inzwischen fast 27 000 Toten und Zehntausende Verletzten im Küstenstreifen ist das Hilfsprogramm der Emirate bloss ein Tropfen auf den heissen Stein. Oft entscheiden Zufälle über Leben und Tod, wie bei einer finsteren Lotterie.

Natürlich versuchten sie, die Spitäler in Gaza zu kontaktieren und abzuklären, wer für eine Evakuierung infrage komme, sagt Maha Barakat. Die stellvertretende Staatsministerin des emiratischen Aussenministeriums begleitet an diesem Tag Ende Januar den Flug. Aber zahlreiche Patienten sind nicht transportfähig. «Viele Spitäler sind wegen der Kämpfe schwer oder gar nicht zu erreichen. Manchmal telefonieren wir auf gut Glück nach Gaza, um Verwundete ausfindig zu machen.»



Die Rettung naht: Anflug auf den Flugplatz von al-Arish.



Die Boeing 777 wurde für den Patiententransport extra mit Betten ausgerüstet.

> Die Emirate können nun zeigen, dass ihnen die Palästinenser trotz harter Realpolitik nicht egal sind.

> Manche Kinder lachen vor Begeisterung. Ahmad kämpft mit dem Bord-Entertainment-System.

Engagement ist nicht selbstlos

Zudem dürfen die Emirate nur Kinder ausfliegen, die auf ihrer Reise an den Golf von einem engen Verwandten begleitet werden können. Doch viele der jungen Kriegsopfer in Gaza haben fast ihre kompletten Familien verloren. «Diese Kinder können wir leider nicht evakuieren, auch wenn wir es wollten», sagt Barakat. «Würden wir es trotzdem tun, käme das laut internationalem Recht Menschenhandel mit Minderjährigen gleich.»

Neben den Evakuierungsflügen betreibt Abu Dhabi auch noch ein eigenes Feldspital im Küstenstreifen und hat im Grenzgebiet eine Entsalzungsanlage für Meerwasser gebaut – alles in Absprache mit Israel. Ganz selbstlos ist das Engagement aber nicht, denn die Emirate stehen unter Druck. Die Stammesföderation hat 2020 ihr Verhältnis zu Israel normalisiert, was vielen Arabern als Verrat gilt. Nun kann sie zeigen, dass ihr die Palästinenser trotz harter Realpolitik nicht egal sind.

Langfristig aufnehmen wollen die Emirate die Palästinenser aber nicht. «Unser Ziel ist es, die Patienten so lange zu versorgen, bis sie wieder geheilt sind und zurückkehren können», sagt Barakat. Entsprechend trifft man auf dem Hinflug von Abu Dhabi nach al-Arish auf vereinzelte Rückkehrer. «Gaza ist meine Heimat, meine Töchter sind dort», sagt die 55-jährige Hilma, die nach der Behandlung ihres Mannes am Golf zurück ins Kriegsgebiet reist. «Ich kann sie nicht alleine lassen.»

Der erste Flug in ihrem Leben

Inzwischen ist die Boeing fertig beladen, Ärzte versorgen die Schwerverletzten. Die Kabine wurde extra mit Liegen ausgerüstet. Ahmad, der auf einem Rollstuhl ins Flugzeug gehievt wurde, kann wenigstens sitzen. Für ihn und seine Mutter ist es – wie für die meisten hier – der erste Flug überhaupt. Entsprechend aufgeregt sind viele. Manche Kinder lachen vor Begeisterung. Ahmad kämpft mit dem Bord-Entertainment-System, seine Mutter Najla Akram wiederum hat Angst. «Ich hoffe, das Flugzeug wackelt nicht zu sehr», sagt sie.

Dann donnert die Maschine über die Piste hinweg. Der Sinai verschwindet in der Finsternis. Knapp drei Stunden später landen die Verwundeten auf dem Flughafen von Abu Dhabi. Krankenwagen und Busse holen sie ab und bringen sie in Spitäler am Rand der Wüstenstadt. Besuchen darf man sie dort nicht. Ein paar Tage später meldet sich Ahmad per Whatsapp. Es gehe ihm gut, schreibt er. Vor allem aber wünsche er sich ein iPhone. Als wäre er in der Normalität am Golf bereits angekommen.

Grossbritannien im Schockzustand

König Charles III. ist an Krebs erkrankt und verschiebt seine öffentlichen Auftritte – die exakte Diagnose wird nicht bekanntgegeben

BETTINA SCHULZ, LONDON

Die Nachricht von der Krebserkrankung Charles III. bereitet nicht nur der königlichen Familie und der britischen Nation Sorge, sie ist auch ein schwerer Schlag für den 75-jährigen Monarchen. Er hatte erst vor 17 Monaten den Thron bestiegen und war nach dem Tod seiner Mutter, Königin Elizabeth II., vor knapp einem Jahr gekrönt worden. Eigentlich hatte der «arbeitsbesessene» König, wie ihn manche bezeichnen, bis ans Ende seines Lebens hart arbeiten wollen. 2023 absolvierte er zwei Staatsbesuche, drei Überseereisen und 516 Termine.

Doch am Montagabend drängten sich bereits die ersten Neugierigen vor dem Buckingham Palace. Was über die Radio- und Fernsehkanäle des Landes verbreitet wurde, stand hier in einer kleinen Eilmeldung: «Während der kürzlich erfolgten Behandlung des Königs wegen einer vergrösserten Prostata ist ein weiterer Befund gemacht worden. Tests haben gezeigt, dass es sich dabei um eine Form von Krebs handelt. Seine Majestät hat heute eine Serie regelmässiger Behandlungen begonnen, während deren er auf ärztlichen Rat hin seine öffentlichen Verpflichtungen aufschieben muss.» Er werde jedoch weiterhin seine staatlichen Geschäfte fortführen und seine Büroarbeit wie bisher erledigen.



Anders als seine Vorgängerin macht König Charles III. kein Geheimnis um seine Gesundheit. CHRISTOPHE ARCHAMBAULT / IMAGO

Prinz William doppelt gefordert

Der König sei «sehr positiv» mit Blick auf die Behandlung und erwarte, so bald wie möglich seine volle öffentliche Tätigkeit wieder aufnehmen zu können. «Seine Majestät hat sich entschieden, seine Diagnose zu veröffentlichen, um Spekulationen vorzubeugen und Verständnis für all jene zu erwecken, die weltweit an Krebs leiden.»

Noch am Sonntag waren König Charles III. und seine Frau Camilla in Sandringham beim regelmässigen Besuch der Kirche gesehen worden, guter Dinge, winkend. Dass jedoch etwas nicht ganz stimmte, war den Worten von Camilla zu entnehmen, die vor wenigen Tagen auf Nachfrage gesagt hatte: «Es geht ihm gut. Er tut, was er kann.»

Charles' öffentliche Termine werden nun vor allem seine Frau Camilla und sein Sohn Prinz William übernehmen müssen. Was mit den grossen, wichtigen Auftritten dieses Jahres geschieht, ist noch ungewiss. Der König wollte im Juni an den Erinnerungsfeiern zur Landung in der Normandie vor achtzig Jahren teilnehmen, im Frühjahr nach Kanada und im Oktober nach Australien reisen und die Regierungschefs des Commonwealth in Samoa treffen. Für den 41 Jahre alten Prinz William werden die nächsten Wochen und Monate hart, denn seine Frau Kate, die Prinzessin von Wales, erholt sich gerade von einer offenbar schweren Unterleibsoperation. Sie fällt mindestens bis Ostern aus – ebenfalls eine Sorge für die Familie.

Es ist neu, dass der Monarch seine Krankheiten publik macht. Aber Charles setzt um, was er schon als Prinz von Wales angekündigt hatte. Er wolle ein moderner König sein, offen, zugänglich und zeigen, dass sich die königliche Familie nicht hinter den Mauern ihrer Paläste verschanze.

König Charles III. hat nun eine Politik der Transparenz durchgesetzt, auch mit dem Hintergedanken, die Öffentlichkeit über die Probleme und Gefahren von Prostata-Erkrankungen aufzuklären – dies mit Erfolg. Seit er seine Diagnose einer vergrösserten Prostata am 17. Januar veröffentlichte, ist die Zahl der Anfragen bei Ärzten und medizinischen Stiftungen zum Thema Prostata um 60 Prozent gestiegen. Charles ist der Schirmherr mehrerer Krebs-Organisationen.

An Prostatakrebs hingegen ist er nicht erkrankt. Dies liess der Palast die Öffentlichkeit wissen. Die exakte Diagnose wurde jedoch nicht mitgeteilt. Der Grund: Buckingham Palace zieht die feine Linie zwischen der Privatperson Charles und dem Staatsoberhaupt. Die Öffentlichkeit soll wissen, dass das Staatsoberhaupt erkrankt ist und Auftritte verschoben werden, der Monarch aber weiterhin seine Sitzung mit dem Premierminister Rishi Sunak per Telefon oder Zoom abhält und die Staatspapiere bearbeitet und Dokumente abzeichnet. Die Öffentlichkeit soll auch wissen, dass die Prinzessin von Wales wegen ihrer Unterleibsoperation derzeit ihre Arbeit für den Hof nicht fortsetzen kann.

Es fehlt an Unterstützung

Doch die Privatpersonen Charles und Kate haben das Recht, dass ihre exakte Diagnose privat bleibt. Und so spekulieren die britischen Medien, ob der Monarch nun Chemotherapie, Radiotherapie, eine Immunbehandlung oder eine Kombination dieser Therapien erhält und was sein homöopathisch ausgerichteter Hausarzt, Dr. Michael Dixon, als Vorsitzender des medizinischen Teams des Palastes mitzuteilen hat.

Der Fall ist offenbar ernst genug, dass sein Sohn Prinz Harry aus Kalifornien einflog, um seinen Vater zu besuchen. Die beiden haben ein angespanntes Verhältnis, seit Harry in den Medien und in seinem Buch «Reserve» den Vater und dessen Frau Camilla diffamierte und den Hof des Rassismus beschuldigte. Vater und Sohn haben im letzten halben Jahr kaum miteinander gesprochen, ebenso wenig wie Prinz William und Prinz Harry.

Krankheitsfälle und die Tatsache, dass Prinz Harry und Prinz Andrew nicht mehr aktiv für den Hof arbeiten, führten dazu, dass nur noch wenige Familienmitglieder bleiben, die die Arbeit des Monarchen – zumindest kurzfristig – übernehmen können.

Migrationsgesetz steht auf der Kippe

Der amerikanische Senator James Lankford scheint sich dem Druck Trumps zu beugen

ERIKA BURRI

Es seien vier Monate harte Arbeit gewesen, vermelden amerikanische Medien. Um jedes Detail sei gerungen worden. Die Verhandlung zwischen einer kleinen Gruppe von Demokraten und Republikanern im Senat wurde von der Frage geleitet: Wie stark muss in die amerikanische Grenzsicherheit investiert werden, damit wieder dringend benötigte Militärhilfe in die Ukraine fliessen kann?

Für die Republikaner hat der Senator James Lankford federführend verhandelt. Der 55-jährige Vertreter des konservativen Oklahoma hat einen guten Ruf als republikanischer Hardliner mit ausgeprägtem Realitätssinn. Als ausgebildeter evangelikaler Pastor kann er es mit Menschen und vor allem auch mit dem Gegner. Er ist ein Politiker, von dem überliefert ist, dass er sich für Fehleinschätzungen im Gegensatz zu vielen anderen auch einmal entschuldigt.

Nachdem fast wochenlang über den Inhalt dieses Migration-Ukraine-Deals spekuliert worden war, wurde der Text in der Nacht auf Montag publik. 370 Seiten ist das Gesetz lang, ein richtig schwerer Brocken. Das «Wall Street Journal» bezeichnet die Vorlage als das restriktivste Migrationsgesetz, das die USA seit Jahrzehnten gesehen habe.

20 Milliarden für die Grenze

Dieser Meinung ist auch Lankford. Er zeigte sich erstaunt, wie viel er herausholen konnte. Bis vor zwei Monaten, sagte er gegenüber Fox News, hätte er ein solches Resultat kaum für möglich gehalten. Schliesslich sitze im Weissen Haus ein demokratischer Präsident, und auch im Senat hätten die Demokraten eine knappe Mehrheit. Doch Lob gibt es dafür keines, im Gegenteil.

Die Republikaner im Kongress haben über Monate neue Hilfsgelder für die Ukraine blockiert. Es war ihr eigener Vorschlag, die Ukraine-Hilfe an ein schärferes Migrationsrecht und an mehr Gelder für Grenzschutz zu koppeln. 118 Milliarden Dollar umfasst nun das Abkommen, davon rund 60 Milliarden für die Ukraine und 20 Milliarden für den Schutz der amerikanischen Südgrenze. Auch Israel und die amerikanischen Verbündeten im Pazifik sollen Milliarden bekommen.

Doch Donald Trump hat schon vor Wochen gegen die Kooperation im Senat geschossen. Das Kalkül dahinter ist fast schon zu offensichtlich: Solange es an der Grenze zu Mexiko chaotisch zu- und hergeht, kann Trump damit Wahlkampf gegen die Demokraten machen. Eine Verbesserung der Lage will er deshalb verhindern.

Als sich ein Verhandlungsergebnis abzeichnete, schaltete Trump nochmals einen Gang höher. Am Montag sagte er in einem Radiointerview, die Gesetzesvorlage sei nicht nur eine «Schande», sondern auch für Lankfords Karriere «very bad». Trump stritt sogar ab, dass er den Senator bei dessen Wiederwahl 2022 unterstützt hatte.

Dabei ist dokumentiert, dass er sich klar für ihn ausgesprochen hatte, da er «strong on the border» sei, also einer, der ein scharfes Asylgesetz befürworte. Die Vorlage gilt als Paradigmawechsel in der amerikanischen Asylpolitik. Lankford nennt das neue Paradigma «catching and deporting», also Erfassen und Abschieben statt einfach Freilassen, wie es im Moment geschehe.

Auch ist im Gesetzesentwurf vorgesehen, dass bei grossem Andrang die Grenze geschlossen würde, unter anderem dann, wenn während einer Woche täglich 5000 Migranten oder mehr registriert würden. Im Moment erfassen die Grenzbeamten täglich doppelt so viele Personen. Die Situation an der amerikanischen Südgrenze ist deshalb längst nicht nur für republikanische Hardliner unhaltbar.

Erste Abstimmung am Mittwoch

Doch mit guten Argumenten dringt Lankford bei seinen Parteikollegen kaum durch. Nicht nur weigern sich führende Republikaner, das Gesetz überhaupt zu lesen, sondern sie verdrehen selbst die Tatsachen ins Gegenteil: Die Zahl 5000 stehe plötzlich nicht für die Anzahl Registrierungen, sondern gleich für ein Bleiberecht. Der Speaker des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, erklärte das Gesetz bereits für tot.

Am Montag hat Lankford sich und das Gesetz bei Fox News noch verteidigt und die Republikaner zur Vernunft aufgerufen: Die Partei beklage sich über die offene Grenze. Nun könnten die Abgeordneten tatsächlich etwas ändern. Unterdessen hat er den Widerstand aufgegeben und gesagt, dass er selber vermutlich gegen das Gesetz stimmen werde. Am Mittwoch soll es zu einer ersten Abstimmung im Senat kommen. Lankfords Einknicken kann als Kapitulation vor Trump verstanden werden. Oder als weiterer Beweis für seinen Realitätssinn.

Trump ist nicht sicher vor Strafverfolgung

Der frühere Präsident als normaler Bürger eingestuft

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Die drei Richter des Bundesberufungsgerichts in Washington waren sich am Dienstag einig. Der ehemalige Präsident Donald Trump sei nun ein gewöhnlicher Bürger und geniesse die gleichen Rechte wie jeder andere Angeklagte, urteilten sie. «Jede exekutive Immunität, die ihn während seiner Amtszeit schützen konnte, schützt ihn nicht mehr vor dieser Strafverfolgung.»

Damit ebnet das Gericht dem Sonderermittler Jack Smith den Weg, um Trump wegen des ihm vorgeworfenen Umsturzversuchs nach seiner Wahlniederlage 2020 den Prozess zu machen. Trump und seine Anwälte argumentierten, dass ein amerikanischer Präsident eine unbegrenzte Immunität für seine Handlungen im Amt geniesse. Doch auch hier widersprachen die Richter. Sollten die Vorwürfe gegen Trump bewiesen werden, wäre sein Versuch, im Amt zu bleiben, «ein beispielloser Angriff auf die Struktur unseres Staates».

Trump habe sich mutmasslich in ein Verfahren eingemischt, in dem der Präsident keine Rolle zu spielen habe. «Wir können die Behauptung nicht akzeptieren, dass ein Präsident das unbeschränkte Recht besitzt, Verbrechen zu begehen, die den fundamentalsten Kontrollmechanismus gegenüber der Exekutive aushebeln würden: die Anerkennung und den Vollzug von Wahlresultaten.»

Obwohl ein Prozess gegen Trump nun näher rückt, vermag er ihn jedoch immer noch weiter zu verzögern. Der ehemalige Präsident kann beantragen, dass der Fall auch noch von allen elf Richtern des Berufungsgerichts beurteilt wird, oder versuchen, den Fall an den Supreme Court weiterzuziehen.

Allerdings hängt die Anklage des Sonderermittlers auch noch von einem anderen Fall ab, der am Supreme Court hängig ist. In zwei von vier Anklagepunkten wirft Smith dem ehemaligen Präsidenten die «Behinderung eines offiziellen Verfahrens» vor. Nun will das Oberste Gericht klären, ob das Gesetz im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Capitol überhaupt anwendbar ist.

Neue Zürcher Zeitung

In Afrika wankt eine Bastion der Demokratie

Senegal hat noch nie einen Putsch erlebt – doch nun hat Präsident Macky Sall Mühe, abzutreten



Demonstranten haben am Sonntag in Senegals Hauptstadt Dakar eine Barrikade in Brand gesetzt. ZOHRA BENSEMRA / REUTERS

SAMUEL MISTELI, NAIROBI

In Westafrika – wo Putschisten in den vergangenen Jahren eine Reihe von Regierungen gestürzt haben – wankt nun auch eine der solidesten Bastionen der Demokratie. Senegal hätte am 25. Februar einen neuen Präsidenten wählen sollen. Stattdessen hat das Parlament des 18-Millionen-Einwohner-Landes die Wahl auf den 15. Dezember verschoben. Die Abstimmung darüber fand am Montagabend ohne die Abgeordneten der Opposition statt. Diese waren von Polizisten aus dem Saal geführt worden, nachdem sie die Debatte zu stoppen versucht hatten. Bereits am Samstag hatte Präsident Macky Sall in einer kurzen Fernsehansprache verkündet, die Wahl solle verschoben werden. Am selben Tag hätte der Wahlkampf offiziell beginnen sollen.

Macky Sall ist seit 2012 im Amt, 2019 wurde er wiedergewählt. Während seiner Regierungszeit hat Senegals Demokratie, die nie einen Coup erlebt hat, schweren Schaden genommen. Hunderte von Oppositionellen landeten oft aus fadenscheinigen Gründen im Gefängnis, auch Journalisten sitzen in Haft. Die wichtigste Oppositionspartei Pastef ist vergangenes Jahr verboten worden. Ihr Anführer, der 49-jährige Ousmane Sonko, sitzt ebenso in Haft wie Bassirou Faye, der statt Sonko für die Präsidentschaft hätte kandidieren sollen.

Salls Amtszeit endet offiziell am 2. April. Doch nach mehr als zehn Jahren im Amt tut er sich schwer damit, die Macht abzugeben. In den vergangenen Jahren hatte er damit geliebäugelt, für eine verfassungswidrige dritte Amtszeit zu kandidieren. Erst im Juli 2023 erklärte er seinen Verzicht, nachdem ihn offenbar unter anderem der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama bearbeitet hatte. Bei Protesten, die von Sonkos Verhaftung und Salls Zögern befeuert wurden, wurden 2021 und 2023 mehrere Dutzend Personen getötet und Hunderte verhaftet.

Viele Kandidaturen abgelehnt

In seiner Ansprache am Samstag erklärte Sall, auch bei der verschobenen Wahl nicht antreten zu wollen. Manche Beobachter misstrauen dieser Ankündigung und glauben, dass der Präsident auch über den neuen Wahltermin hinaus im Amt bleiben will. Oppositionsführer hatten nach der Verschiebung der Wahl von einem «Verfassungscoup» gesprochen.

Die politische Krise in Senegal hatte sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Im Januar liess ein Verfassungsrat zwanzig Kandidaturen für die Präsidentschaft zu, schloss aber Dutzende andere aus. Ausgeschlossen wurde unter anderem Karim Wade, der Sohn von Macky Salls Amtsvorgänger Abdoulaye Wade. Karim Wade wurde ausgeschlossen, weil er neben der senegalesischen bis vor kurzem auch die französische Staatsbürgerschaft besass.

Nach Protesten von Wades Partei hatte das senegalesische Parlament eine Untersuchung dazu angekündigt, wie der Verfassungsrat die Liste der Kandidaten zusammengestellt hatte. Präsident Sall begründete seine Wahlverschiebung am Samstag damit, dass er zuerst den Konflikt zwischen Parlament und Verfassungsrat beilegen wolle, und kündigte einen «nationalen Dialog» an. Oppositionelle sprechen von einer «hausgemachten Krise». Einen nationalen Dialog hatte Sall schon im vergangenen Jahr durchgeführt.

Eine Rolle in der gegenwärtigen Krise spielt offenbar auch, dass Premierminister Amadou Ba, den Sall als Kandidaten für seine Nachfolge vorsah, im Umfeld des Präsidenten wenig Rückhalt geniesst. Bas Wahlkampagne war so träge angelaufen, dass in Salls Kreisen viele fürchteten, die Macht an die Opposition zu verlieren. Es ist möglich, dass Ba mit Blick auf die verschobene Wahl ersetzt wird.

Während das Parlament am Montag zusammenkam, fanden vor der Nationalversammlung Proteste statt. Demonstranten riefen unter anderem «Macky Sall Diktator». Die Polizei vertrieb die Protestierenden mit Tränengas und verhaftete Dutzende. Schon am Sonntag hatte es in der Hauptstadt Dakar Proteste gegeben, bei denen zwei Präsidentschaftskandidaten und eine frühere Premierministerin verhaftet wurden. Am Montag liess die Regierung den Internetzugang für Mobiltelefone sperren – eine Massnahme, die sie schon bei früheren Protesten eingesetzt hatte. Sie rechtfertigte die Massnahme damit, dass in den sozialen Netzwerken «hasserfüllte und subversive Nachrichten» die Runde machten.

Die Krise in Senegal destabilisiert Westafrika zusätzlich. In den vergangenen Jahren haben Militärs in mehreren Staaten der Region Regierungen gestürzt, unter anderem in Senegals Nachbarländern Mali und Guinea. Am schwersten betroffen von der Sicherheits- und politischen Krise sind die Staaten im Sahel, wo jihadistische Gruppen Hunderttausende Zivilisten vertrieben haben und grosse Gebiete der Kontrolle der Zentralregierungen entrissen haben. Experten fürchten, dass sich die Gewalt in Küstenstaaten wie Senegal ausbreiten könnte. Ende Januar haben die Putschregierungen in Mali, Burkina Faso und Niger bekanntgegeben, aus der regionalen Wirtschaftsorganisation Ecowas austreten zu wollen.

Als Hoffnungsträger gestartet

Senegals Präsident Macky Sall gehörte in der Ecowas in den vergangenen Jahren zu den lautesten Stimmen, die die Putschisten dazu aufforderten, die Macht wieder abzugeben. Sall war 2012 als Hoffnungsträger angetreten. Er besiegte damals den Präsidenten Abdoulaye Wade, der sein Amt ebenfalls nicht abgeben wollte und für eine verfassungswidrige dritte Amtszeit kandidierte. Sall versprach, dafür zu sorgen, dass kein Präsident mehr als zwei Amtszeiten regieren würde.

Längst aber sehen viele Sall nicht mehr als Hoffnungsträger, sondern als Gefahr. Laut Umfragen des panafrikanischen Meinungsforschungsinstituts Afrobarometer waren 2013, kurz nach Salls Amtsantritt, mehr als zwei Drittel der befragten Senegalesinnen und Senegalesen zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. 2022 waren es weniger als 50 Prozent. Die Sorge um Senegals Demokratie wird vom Ausland geteilt. Nach der Verschiebung der Wahl haben sich unter anderem die USA, die EU und die Afrikanische Union besorgt geäussert und die senegalesische Regierung aufgefordert, die Wahl so bald als möglich durchzuführen.

Der Welt droht eine Kaffeeknappheit

Die geeignete Anbaufläche dürfte in den nächsten Jahrzehnten stark abnehmen

WERNER J. MARTI

Die Klimaerwärmung macht es möglich, dass Pflanzen aus tropischen und subtropischen Regionen plötzlich auch in gemässigten Zonen weit nördlich oder südlich des Äquators gedeihen. Andererseits sind die veränderten Bedingungen in den ursprünglichen Anbaugebieten dann für ihr Wachstum nicht mehr günstig.

Ein Beispiel dafür ist die Kaffeepflanze, die vom Klimawandel besonders betroffen ist. Die vier wichtigsten Produzentenländer Brasilien, Vietnam, Kolumbien und Indonesien müssen mittel- oder langfristig mit einer deutlichen Reduktion der Flächen rechnen, welche für einen produktiven Anbau geeignet sind. Andererseits dürften Argentinien, Uruguay, China und auch die USA (entlang der Küste zum Golf von Mexiko) vermehrt Kaffee anbauen können. Diese Regionen werden aber die Ausfälle bei den Hauptproduzenten nicht rasch wettmachen können.

Der Konsum steigt ständig

Doch Kaffee ist aus unserer Welt nicht mehr wegzudenken. Die Frucht, die ursprünglich aus dem tropischen Afrika stammt, wurde im 17. Jahrhundert durch Araber und Türken nach Europa gebracht. Heute werden weltweit täglich rund 3 Milliarden Tassen Kaffee getrunken. Wenn der Trend der letzten drei Jahrzehnte anhält, dürfte sich diese Zahl laut Experten bis 2050 verdoppeln. Zwischen 1990 und 2022 ist der jährliche weltweite Konsum von Kaffee von 90 auf 179 Millionen 60-Kilogramm-Säcke angestiegen. Selbst die Corona-Jahre haben zu keinem anhaltenden Rückgang geführt:

Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften hat die Veränderung der weltweiten Anbau-Bedingungen für Kaffee Arabica bis 2050 mit 14 Modellen unter drei unterschiedlichen Klima-Szenarien (weltweite Erwärmung von 1,6, 2,4 und 4 Grad Celsius) untersucht. Von der Arabica-Pflanze stammen zurzeit 56 Prozent der weltweiten Produktion. Sie wird mehrheitlich in Südamerika angebaut und liefert qualitativ den besten Kaffee. Praktisch die ganze übrige Produktion (43 Prozent) stammt von der Robusta-Pflanze, die insbesondere in Asien angebaut wird. Sie wird unter anderem zur Herstellung von Instant-Kaffee verwendet.

Die Forscher bauen auf früheren Studien auf, berücksichtigen aber neben der Temperatur- und Niederschlagsentwicklung erstmals auch Land- und Bodeneigenschaften. Sie kommen zu dem Schluss, dass die am besten geeigneten Anbauflächen bis 2050 in allen drei Szenarien um mehr als 50 Prozent abnehmen werden. Bei den mässig geeigneten Flächen liegt die Abnahme je nach Szenario bei 31 bis 41 Prozent. Das Hauptproblem sind dabei die steigenden Temperaturen, welche den Pflanzen zusetzen.

Die Verschiebung der Kaffeeproduktion in neue Anbaugebiete, selbst wo dies theoretisch möglich wäre, ist schwierig. Sie verursacht hohe wirtschaftliche, soziale und ökologische Kosten. Der Anbau von Kaffeesträuchern ist eine Investition, die erst mittel- bis langfristig Rendite bringt. Erste Früchte trägt ein Kaffeestrauch erst drei bis vier Jahre nach der Pflanzung. Danach kann er mehr als zwanzig Jahre genutzt werden. Müssen frühzeitig neue Pflanzen gesetzt werden, so werden die Kosten für die vorherige Pflanzung nicht amortisiert und der Bauer hat zusätzliche Jahre ohne Ernte.

Entsprechend ist eine rasche Anpassung an den Klimawandel schwierig. Denn rund 70 Prozent der Kaffeeproduzenten sind Kleinbauern, die oft schon heute an der Grenze zur Armut leben. Für sie wird es kaum möglich sein, notwendige Investitionen für die Anpassung zu stemmen, wie beispielsweise das Pflanzen resistenterer Sorten oder das Anlegen eines Bewässerungssystems. Dies umso mehr, als der Erfolg keineswegs garantiert ist. Die Bauern können auch nicht leicht in ein neues Anbaugebiet «verpflanzt» werden. Wenn sie die Kaffeeproduktion aufgeben müssen, geht ein über Generationen weitergegebenes Wissen verloren.

In Regionen, wo der Kaffeeanbau dominiert, sind deshalb grosse soziale Folgen zu befürchten. Den Bauern droht ein substanzieller Rückgang ihrer Einnahmen oder gar der totale Verlust ihrer Pflanzungen, welche ihre persönliche Lebensversicherung darstellen. Für die betroffenen Regionen dürfte der Niedergang des Kaffeeanbaus eine ähnlich verheerende Wirkung haben wie andernorts die Deindustrialisierung.

Schliesslich wird eine Verschiebung in neue Anbauregionen auch grosse ökologische Kosten mit sich bringen. Gebiete, wo der Anbau neu Fuss fassen könnte, müssten oft zuerst urbar gemacht werden. Dies bedeutet beispielsweise das Roden von Urwald, welches selbst den Klimawandel weiter antreibt.

Hoffen auf neue Sorten

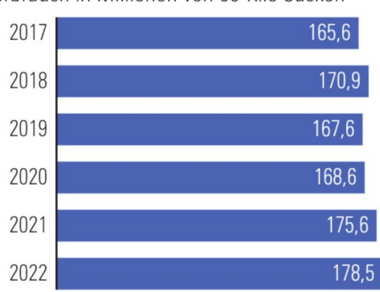
Als Mittel gegen eine Abnahme der weltweiten Produktion kommt deshalb mittelfristig in erster Linie die Züchtung von neuen, klimaresistenten Kaffeepflanzen infrage. Diese müssen nicht nur Hitzewellen besser überstehen können, sondern auch weniger anfällig sein für die häufiger werdenden Dürreperioden und für Pflanzenschädlinge, die durch den Klimawandel begünstigt werden. Die Züchtung neuer Sorten braucht allerdings viel Zeit. Es ist deshalb nicht sicher, ob diese mit der Veränderung des Klimas Schritt halten kann.

Forscher setzen Hoffnung in die Kreuzung von Arabica und Robusta mit anderen Kaffeepflanzen. Dazu gehört beispielsweise Kaffee Liberica, eine Kaffeesorte, welche im 19. Jahrhundert beliebt war. Ihr Geschmack gilt heute als unangenehm, weshalb sie lange Zeit kaum mehr angebaut wurde. Es gibt zudem mehr als 120 wilde Kaffeearten, die für Kreuzungen ebenfalls genutzt werden könnten.

Auf jeden Fall werden in den nächsten Jahren für den Kaffeesektor grosse zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig werden. World Coffee Research – die Non-Profit-Forschungsorganisation der weltweiten Kaffeeindustrie – hat dazu aufgerufen, jährlich rund 450 Millionen Dollar zusätzlich in die Forschung zu investieren, um auch zukünftig weltweit eine genügende Versorgung mit Kaffee sicherstellen zu können.

Der Kaffeekonsum ist nach der Pandemie wieder gestiegen

Verbrauch in Millionen von 60-Kilo-Säcken



Das Kaffeejahr dauert jeweils vom Oktober eines Jahres bis zum folgenden September.

QUELLE: INTERNATIONAL COFFEE ORGANIZATION NZZ / wjm.

«Es gab keinen Masterplan Remigration»

Ein Besuch im Potsdamer Landhaus Adlon und bei dessen Eigentümer, der die Welt nicht mehr versteht

ALEXANDER KISSLER, POTSDAM

Das Eichhörnchen hat an diesem kalten Wintertag den besten Blick. Hurtig eilt es über den Rasen hinter der Villa, schlägt Haken, klettert auf einen Baum und sieht für einen Moment alles: das majestätische Landhaus Adlon, die breite Veranda mit ihren Stufen und Säulen, den Lehnitzsee, auf dem die Boote träge schaukeln. Rasch spurtet das Tierchen den Stamm hinunter und steckt die Nase wieder ins Gras.

So ist eben alles eine Frage der Perspektive, auch das, was sich am 25. November des vergangenen Jahres abgespielt haben soll. Für weite Teile von Politik und Medien fand hier – in den Worten eines grünen Bundestagsabgeordneten – ein «Massendeportationsplanungstreffen» von Rechtsextremen statt. Die Teilnehmer schwören unterdessen Stein und Bein, es sei alles ganz anders und harmlos gewesen. So sieht es auch der Hausherr, der sich nun erstmals ausführlich äussert.

Wilhelm Wilderink ist ein grossgewachsener Mann mit raumgreifender Gestik und sanfter Stimme. Ihm gehört das Landhaus Adlon, weshalb ihn ein Autorenkollektiv der Plattform Correctiv als den Gastgeber des fraglichen Treffens bezeichnet. Schon das sei «absolut absurd», sagt er.



Hausherr Wilhelm Wilderink sieht das «Adlon» als Hort der freien Meinung. «Hier ist nichts Böses gesagt worden.» NZZ



Viele Loyalitätsbekundungen

Wenn Wilderink sich in Rage redet, wird er nicht laut, er formuliert nur schneller. Er halte sich, fährt er fort, aus dem Management des Landhauses vollkommen heraus. Gastgeber des fraglichen Treffens sei der einladende und buchende, später ebenfalls bundesweit bekannt gewordene Zahnarzt Gernot Mörig gewesen. Doch das ist nicht der einzige Punkt, in dem die Geschichte von Correctiv die Wirklichkeit zu verzerren scheint.

Der Artikel «Geheimplan gegen Deutschland» war am 10. Januar kaum erschienen, da hagelte es bereits Absagen und Stornierungen im «Gästehaus am Lehnitzsee», aufgrund der aktuellen Lage, wie es hiess. Der Betrieb war faktisch eingestellt, die 16 Zimmer standen leer. Hauptgeschäft des «Boardinghouse» sind Hochzeiten, Familienfeste, Firmenanlässe. Auch separat sind die von Wilderink und seiner damaligen Lebensgefährtin nach dem Kauf im Jahr 2013 aufwendig hergerichteten Zimmer zu buchen. Bei der ehemaligen Partnerin handelt es sich um die Biologin Mathilda Huss, der etwa «Zeit online» vorwirft, «eng in der rechtsextremen Szene vernetzt» zu sein. Die Zimmer tragen Namen wie «Marie», «Hedda» oder «Louis», die Möbel sind mal biedermeierlich, mal neusachlich, helle Farben dominieren, von Holzschränken mit Intarsien grüssen allegorische Figuren.

Einen siebenstelligen Betrag investierte der Unternehmensberater und Jurist Wilderink nach eigenen Angaben, um das 1926/27 erbaute Anwesen nebst Seegrundstück herzurichten. Mittlerweile zögen die Buchungen wieder an, sagt er. Es gebe viele Loyalitätsbekundungen.

Der Hausherr sitzt im ersten Stock, in der derzeit freien Mastersuite mit Blick auf Garten, See und Eichhörnchen. Eine klare Lüge sei die Rede vom Geheimtreffen, sagt er. Correctiv hat diese Bezeichnung aufgebracht, übernommen wurde sie reihum. Dabei, beharrt Wilderink, sei das Haus an dem fraglichen Tag frei zugänglich gewesen, ohne zusätzliches Sicherheitspersonal, es habe neben den Tagungsteilnehmern auch andere Gäste gegeben. Der inkognito anwesende Correctiv-Reporter sei ein und aus gegangen, abgesehen vom Speisesaal im Erdgeschoss, wo das Treffen stattgefunden habe.

Der Mann, der die Veranstaltung ausspähte und zusammen mit Kollegen abfotografierte, hatte das Zimmer mit der Nummer neun bezogen, «Stall innen»; Wilderink wird es später zeigen. Es liegt dem schmucklosen Speisesaal schräg gegenüber, dazwischen ist der Innenhof. Womöglich handelte es sich bei dem ungebetenen Gast um einen Co-Autor der Correctiv-Geschichte, der sich selbst als Aktivist und Journalist bezeichnet und auch damit wirbt, Geschichten zu «erfinden». Auf Anfrage erklärt Correctiv, man werde «aus Sicherheitsgründen keine weiteren Angaben zur genauen Aufteilung unseres Rechercheteams machen», es lägen «teilweise persönliche Drohungen vor».

Doch nicht der Charakter des Treffens, sondern dessen kolportierter Inhalt sorgte für anhaltende Schockwellen. Ohne den Correctiv-Text wären nicht Hunderttausende Menschen auf die Strassen gegangen, um wahlweise «gegen rechts», «gegen Rechtsextremismus» oder «gegen die AfD» zu demonstrieren. Ohne die Behauptung von Correctiv, in Potsdam sei «die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland» geplant worden, hätte der Bundeskanzler nicht vor ebendiesem «teuflischen Plan» warnen und «mehr als 20 Millionen Bürger und Bürgerinnen, die eine Migrationsgeschichte haben», zu den potenziellen Opfern eines solchen Plans erklären können.

Und ohne den Hinweis von Correctiv, abrupt eingewoben in den Text, «1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren», wäre das Schlagwort vom vermeintlichen Potsdamer Deportationstreffen wohl kaum entstanden.

Wilderink ist sich sicher und würde beschwören: «Hier ist nichts Böses gesagt worden», nichts, was der deutschen Verfassung oder der Menschenwürde widerstreite oder gar volksverhetzend sei. Das CDU-Mitglied war nach eigenen Angaben dabei, als der aus Österreich eingereiste neurechte Aktivist Martin Sellner etwa eine Stunde lang über Thesen aus seinem Buch «Regime Change von rechts» sprach.

«Sehr viele Quellen»

Correctiv beruft sich auf «sehr viele Quellen», die von dem Medium aber nicht näher spezifiziert werden. Die Frage der NZZ, ob ein Wortprotokoll der Veranstaltung vorliege, beantwortet der Chefredaktor Justus von Daniels mit dem Hinweis, Quellenschutz sei «der wichtigste Grundsatz unserer Arbeit».

Doch wie glaubhaft ist es, dass von den rund zwanzig handverlesenen Teilnehmern aus dem rechten und extrem rechten Milieu mehrere Personen den Inhalt einer privaten Veranstaltung derart detailliert gegenüber den Reportern ausgeplaudert haben? Die Frage, ob die Veranstaltung akustisch aufgezeichnet, also abgehört worden sei, beantwortet Correctiv ebenfalls mit dem Verweis auf Quellenschutz – und auf die nachträglich online veröffentlichte Rubrik «Fragen und Antworten». Dort aber wird auch nicht erklärt, ob man sich auf Aufzeichnungen oder Aussagen stützt.

> Der Artikel «Geheimplan gegen Deutschland» war kaum erschienen, da hagelte es bereits Absagen im «Gästehaus am Lehnitzsee».

Der neurechte Referent Sellner macht kein Hehl aus seinen Ansichten, beharrt jedoch darauf, diese stünden im Einklang mit der Rechtsordnung. Für seinen Videokanal hielt er den Potsdamer Vortrag noch einmal, mit den, wie er sagt, identischen Folien und Kapiteln. Tatsächlich referiert der führende Kopf der österreichischen Identitären Bewegung bekannte rechte Narrative, spricht vom «Bevölkerungsaustausch» als der «grössten Gefahr» und von der «Masse an Illegalen und Kriminellen und Unintegrierten». Da brauche es als Gegenmittel eine «starke Leitkultur» und «die Migrationswende, man kann sie auch Remigration nennen». Später habe er in Potsdam auf Nachfrage präzisiert, «die Asylanten, die Nichtstaatsbürger, die Nichtassimilierten» seien die «Zielgruppen der Remigration». Abgeschoben werden sollten jedoch nur die «Ausreisepflichtigen». Einen «Masterplan zur Remigration» habe er nicht entworfen, das sei «erstunken und erlogen».

Kein wörtliches Zitat

Correctiv erzählt von einem «Masterplan, um Zuwanderer loszuwerden» und einem «Masterplan zur Vertreibung», verwendet aber kein wörtliches Zitat. Die Frage dieser Zeitung, ob in Potsdam ausdrücklich von einem «Masterplan Remigration» gesprochen worden sei, beantwortet Correctiv mit einem Verweis auf den Text selbst. In diesem findet sich jedoch kein entsprechendes wörtliches Zitat.

Wilderink liest aus der Einladung zum Treffen durch Gernot Mörig vor. Sellners «Gesamtkonzept im Sinne eines Masterplans» wird angekündigt, jedoch als medialer Masterplan, um rechte Influencer zu unterstützen. Tatsächlich verwendet Sellner die meiste Zeit seines online nachgesprochenen Vortrags für Überlegungen, wie die «Kulturhegemonie» zu erringen sei. Laut Wilderink war das gesamte Treffen «mittel aufgehängt, ist ganz klein verlaufen und hatte keine finanzielle und inhaltliche Bedeutung».

Aber setzt man sich mit einem Aktivisten wie Sellner überhaupt zusammen? Oder mit anderen Teilnehmern des Treffens, die zum Teil über eine einschlägige radikale Vergangenheit verfügen? Der einladende Zahnarzt Mörig etwa war in den 1970er Jahren Bundesführer des rechtsextremen Bundes Heimattreuer Jugend. Wilderink entgegnet: «Ob Mörig Rechtsextremer ist, weiss ich nicht. Es liegen keine Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Tendenzen vor.» Die «FAZ» hingegen schreibt, Gernot Mörig sei «eng eingeflochten in rechtsextremen Strukturen», «viele im Mörig-Clan engagieren sich in der völkisch-rechtsextremen Szene».

Generell sei das Landhaus Adlon ein Hort der freien Meinung und solle es auch bleiben, sagt der Hausherr. Keineswegs sei es, wie von manchen Journalisten behauptet, ein Scharnier verschiedener rechter Strömungen. Und dann, den Garten im Rücken, zählt er auf: In den vergangenen beiden Jahren habe es hier etwa hundert Veranstaltungen gegeben, davon waren achtzig Familienfeste und Hochzeiten, acht Veranstaltungen der CDU, zwei der FDP und sechs der Hayek-Gesellschaft, einer liberalen Vereinigung, die an das wissenschaftliche Werk des Ökonomen Friedrich August von Hayek anknüpft. Hinzu kämen ein paar private Treffen, wie der «konservative Apéritif». Ein Sommerfest der AfD habe man abgelehnt.

Dass sich unter Gästen und Teilnehmern auch Vertreter der AfD befänden, könne und wolle er nicht verhindern, sagt Wilderink. An dem fraglichen Treffen im November nahmen vier Mitglieder der AfD teil, unter ihnen die Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy und der Vorsitzende der Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund.

Wird das Landhaus überwacht?

Die Lage bleibt verfahren. Die Potsdamer CDU, der Wilderink als Beisitzer angehört, fordert seinen Parteiaustritt. Durch die zuhörende Teilnahme an dem Treffen habe er das «Wertefundament» der Christlichdemokraten verlassen. Anwohner im Potsdamer Ortsteil Neu Fahrland haben eine Petition verfasst: Wilderink möge sich «klar und unmissverständlich» von dem Treffen im November distanzieren und «Sorge dafür tragen, dass sich Zusammenkünfte dieser Art nicht wiederholen». Der Präsident des brandenburgischen Verfassungsschutzes erklärte vor dem Innenausschuss des Landtags, er schliesse nicht aus, das Landhaus künftig zu überwachen.

Wilderink fasst im Gespräch zusammen: «Es gab kein Geheimtreffen, es gab keinen Masterplan Remigration, es wurde nie über die Abschiebung von deutschen Staatsbürgern gesprochen.» Da lege er seine Hand ins Feuer. Correctiv habe um das Faktum eines Treffens herum «ein Lügenkonstrukt aufgebaut, das an keiner Stelle haltbar ist». Der «Versuch eines Meuchelmordes» sei aber misslungen.

Auf Correctiv könnten ebenfalls stürmische Zeiten zukommen. Dem unter anderem von staatlichen Institutionen und privaten Firmen finanziell unterstützten Netzwerk liegen inzwischen laut eigenen Angaben «zwei Schreiben von im Text genannten Personen» vor. Sie würden momentan «von unserem Rechtsanwalt geprüft». Bekannt ist, dass der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, Mitglied der CDU und anwaltlicher Vertreter der AfD beim Bundesverfassungsgericht, Correctiv wegen Falschbehauptungen zu seiner Person abmahnen lässt. Die Teilnahme am Treffen bestreitet Vosgerau nicht.

Zum Abschied steht Wilderink im Zimmer mit der Nummer neun, «Stall innen». Hier hatte sich, mit einer leistungsstarken Kamera versehen, der Correctiv-Reporter einquartiert. Alles in allem, resümiert der Hausherr, sei es doch «unbeschreiblich traurig, dass einem linksradikalen Aktivisten mehr geglaubt wird als dem anerkannten Staatsrechtler Vosgerau oder mir». Als die eisernen Gitter zum Landhaus Adlon sich schliessen, ist die Luft gefüllt mit alten Antworten und neuen Fragezeichen hinter der Correctiv-Recherche.

Bulgarien ist Einfallstor für russische Spione

Sofia versucht vergeblich, sich vom Einfluss aus Russland zu lösen

VOLKER PABST, ISTANBUL

Am Montag ist in Sofia ein hoher Offizier der Polizeieinheit für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität festgenommen worden. Dem Beamten wird vorgeworfen, vertrauliche Informationen an einen in Bulgarien stationierten und später ausgewiesenen russischen Diplomaten weitergeleitet zu haben. Laut Medienberichten soll es sich dabei um Hinweise auf Firmen mit russischer Beteiligung gehandelt haben, gegen die wegen Verstössen gegen das Sanktionsregime ermittelt wurde. Das Innenministerium spricht ausdrücklich von einem Spionagefall.

Betrug bei Einbürgerungen

Bulgarien hat seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 mehr als 80 Diplomaten und andere Vertreter Russlands wegen «Tätigkeiten für ausländische Dienste» des Landes verwiesen. Auch mehrere eigene Staatsbürger wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. Ein Ende der russischen Spionage im südosteuropäischen Land bedeutet das aber nicht. Besonders anfällig sind dabei die nationalen Sicherheitsstrukturen, in denen prorussische Netzwerke traditionell eine prominente Rolle spielen.

Bereits vergangene Woche hatte der Co-Vorsitzende des prowestlichen Parteienbündnisses PP-DB, Atanas Atanasow, Vorwürfe gegen die nationale Spionageabwehr erhoben. Die Behörde, der Atanasow einst selber vorstand, verschleppe Hinweise auf einen systematischen Betrug bei der Einbürgerung russischer Staatsbürger. Dies eröffne Moskau die Möglichkeit, gezielt Vertreter seiner Dienste nach Europa zu schleusen, wo sie zu EU-Bürgern würden.

Laut Atanasow vermittle eine Agentur in Moskau mit guten Beziehungen nach Sofia gegen Gebühr gefälschte sowjetische Geburtsurkunden, die eine bulgarische Abstammung ausweisen. Mit diesem Dokument kann die bulgarische Staatsbürgerschaft beantragt werden. Unter anderem in der Ukraine und in der Moldau gibt es eine bulgarische Minderheit.

Auch die Nachrichtenplattform Euractiv.com stiess in einer eigenen Recherche zum Thema auf Unregelmässigkeiten. Einbürgerungskandidaten müssten zwar eine Überprüfung durch die Spionageabwehr durchlaufen, diese werde aber nur oberflächlich durchgeführt. Hinweisen aus dem Justizministerium auf solche Missstände sei die Behörde nicht nachgegangen. Die Zahl der eingebürgerten Russen ist in Bulgarien in den letzten drei Jahren stark angestiegen.

Bulgarien war immer ein bevorzugter Schauplatz russischer Einflussnahme. Das hat mit der traditionellen Nähe der beiden slawischsprachigen, christlich-orthodoxen Staaten zu tun – auch wenn das berühmte Bonmot, Bulgarien sei Russlands trojanisches Pferd in der EU, immer überzogen war. Zudem haben die prowestlichen Kräfte in Sofia in den vergangenen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, um die Abhängigkeit des Landes von Moskau zu reduzieren.

Korrupte Institutionen

Bulgarien ist aber auch wegen seiner institutionellen Schwäche, der weitverbreiteten Korruption und des grossen Einflusses krimineller Netzwerke anfällig für Manipulationsmanöver jeder Art. Bis zum jüngsten Spionageskandal hielt ein Mordfall das Land in Atem, der ebenfalls einen Schatten auf die Sicherheitsbehörden wirft.

Vergangene Woche wurde Martin Boschanow, genannt «der Notar», erschossen. Viele Figuren der bulgarischen Unterwelt tragen einen Übernamen. Boschanow war bekannt für seine guten Verbindungen zum Justizsystem. Eine Organisation nahm 2021 Gespräche auf, bei denen «der Notar» und ein ehemaliger Mitarbeiter der Spionageabwehr mit der Ehefrau eines inhaftierten Geschäftsmannes über die Kosten für dessen Freilassung verhandelten, die tatsächlich später erfolgte.

Die Staatsanwaltschaft nahm trotz den Verdachtsmomenten nie Ermittlungen gegen die beteiligten Personen auf. Beobachter vermuten, dass Boschanows Gattin ihren Mann schützte. Sie arbeitet in der Polizeieinheit für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

IN KÜRZE

Jugendorganisation der AfD erleidet Niederlage

(dpa) · Der deutsche Verfassungsschutz darf die Jugendorganisation der rechtspopulistischen AfD als gesichert extremistische Bestrebung einstufen. Einen entsprechenden Beschluss hat das Verwaltungsgericht Köln am Dienstag veröffentlicht. Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig. Die AfD und ihre Jugendorganisation können Beschwerde am nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht einlegen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat die Jugendorganisation bisher als Verdachtsfall eingestuft. Eine Klage gegen diese Entscheidung war vom Verwaltungsgericht Köln zurückgewiesen worden. In der nächsten Instanz beschäftigt sich das Oberverwaltungsgericht Mitte März mit dieser Frage. Im April 2023 hatte das BfV mitgeteilt, durch die Verdachtsfallbeobachtung hätten sich Hinweise auf eine Radikalisierung der AfD-Jugendorganisation ergeben.

Koalitionsgespräche in den Niederlanden geplatzt

(dpa) · Rund zehn Wochen nach der Parlamentswahl in den Niederlanden sind die Koalitionsgespräche des Rechtspopulisten Geert Wilders mit drei anderen rechten Parteien gescheitert. Die Mitte-rechts-Partei NSC (Neuer Sozialvertrag) entschied am Dienstagabend in Den Haag, die Gespräche nicht fortzusetzen. Das teilte der Parteiführer Pieter Omtzigt mit. Die Partei schliesse aber nicht aus, eine rechte Minderheitsregierung zu tolerieren und ihr im Parlament zu einer Mehrheit zu verhelfen. Wie die Bildung einer Regierung nun weitergeht, ist unklar. Die drei restlichen rechten Parteien verfügen nicht über eine Mehrheit im Parlament. Der Rechtspopulist Wilders reagierte auf der Plattform X ernüchtert: «Unglaublich enttäuschend. Die Niederlande wollen diese Regierung, und jetzt wirft Pieter Omtzigt das Handtuch in den Ring, während wir bis heute noch im Gespräch waren. Das verstehe ich total nicht.» Bei der Wahl am 22. November war Wilders mit seiner Anti-Islam-Partei PVV stärkste Kraft geworden und hatte 37 der 150 Sitze im Parlament gewonnen. Er hat bisher mit der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) des scheidenden Ministerpräsidenten Mark Rutte sowie mit der NSC und der kleineren rechtspopulistischen Bauer-Bürger-Bewegung (BBB) über die Bildung einer Regierung verhandelt.

Eine Tote bei Anschlag auf Istanbuler Gericht

(dpa) · Die türkische Polizei hat nach offiziellen Angaben einen Terroranschlag auf ein Istanbuler Gerichtsgebäude abgewehrt. Mehrere Menschen seien bei dem Angriff auf den Justizpalast von Caglayan verletzt worden, eine Frau sei später im Krankenhaus gestorben, sagte Justizminister Yilmaz Tunc am Dienstag. Die Angreifer, ein Mann und eine Frau, seien bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet worden. Sie hätten der linksextremistischen DHKP-C angehört, sagte Innenminister Ali Yerlikaya. 2015 war ein Staatsanwalt im Gerichtsgebäude Caglayan getötet worden, nachdem die DHKP-C ihn als Geisel genommen hatte. Die DHKP-C ist eine marxistisch-leninistische Gruppierung, die die Staatsordnung in der Türkei durch einen bewaffneten Umsturz zerschlagen und durch ein sozialistisches System ersetzen will. Sie steht in der Türkei, der EU und den USA auf der Terrorliste.

«Von einem Opfern der Natur kann keine Rede sein»

Boris Previsic, Direktor des Instituts Kulturen der Alpen, verteidigt im Gespräch mit David Vonplon und Erich Aschwanden den Bau von Solarkraftwerken. Er sagt, von ihnen könnten nicht zuletzt Alpwirtschaften profitieren

Herr Previsic, wenn Sie Einwohner von Surses wären: Hätten Sie sich für die alpine Solaranlage ausgesprochen?
Ja. Mit den Solaranlagen im Gebirge betreiben wir wertvollen Klimaschutz, indem wir höchst effizient die Winterstromlücke schliessen und – neben der Windkraft aus Europa – einen zentralen Beitrag zum Ersatz der fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle leisten. Gleichzeitig können wir die nächsten Jahre die Biodiversität im Alpenraum erhöhen, wenn wir es klug und ohne ideologische Scheuklappen anstellen.

In Surses hätte die Gemeinde eine halbe Million Franken pro Jahr erhalten. Kritiker sagen: Das ist zu wenig, um eine so grosse Fläche zu verunstalten.
Wie die Berge wahrgenommen werden, hat sehr viel mit Projektionen zu tun. Wer sagt mir, dass nicht auch eine Kuh die Alpen verunstaltet? Ästhetische Wertungen sind nicht nur subjektiv, sondern folgen einer kulturhistorischen Pfadabhängigkeit, welche die Alpen bis jetzt überhöht. Das scheint mir überholt. Zum Finanziellen: Wichtig ist, dass sich die lokale Bevölkerung an diesen Projekten namhaft beteiligt. So könnten alpine Solaranlagen etwa dazu beitragen, dass umliegende Alpwirtschaften wieder in der traditionellen Nutzungsintensität betrieben werden können.

Wie soll das gehen?
Energieerzeuger können dazu verpflichtet werden, die nahen Alpwirtschaften mit Strom und Wasser zu versorgen. Mit der neu verfügbaren Elektrizität kann Wasser aus tieferen Lagen für die Tränke der Weidetiere hochgepumpt werden. Notaktionen mit ölbetriebenen Aggregaten oder Helikoptereinsätzen bei Wasserknappheit sind nicht mehr nötig. Und die Kühe vergiften sich nicht mehr an Wasserstellen, in denen sich wegen immer höherer Temperaturen Blaualgen bilden.

Gibt es Beispiele, wo das bereits funktioniert?
Auf der Alp Morgeten im Simmental etwa musste in den letzten Jahren im Sommer Wasser mit einem Dieselmotor hochgepumpt werden. Weil die Alpgenossenschaft selber ihren Beitrag zur Dekarbonisierung leisten wollte, entstand die Idee, im Zuge des Solarexpress-Gesetzes ein Solarfeld zu realisieren. Dort kann sogar die Trafostation der Anlage als Unterstand für die Kühe genutzt werden.

Offenbar gelingt es der Stromwirtschaft nicht, diese Vorteile zu vermitteln.
Die Kommunikation war vielerorts nicht optimal. Die Energieversorger haben gegenwärtig einen schweren Stand. Wenn das Stadtzürcher Elektrizitätswerk (EWZ) in den Berggemeinden auftritt, löst das Abwehrreflexe aus, die man bewirtschaften kann. Der Bevölkerung sollte aber vermittelt werden, dass die Solaranlage zur Gemeinde gehört – und alle merken, wozu der Sonnenstrom verwendet wird. Damit können etwa die Bergbahnen versorgt werden oder die Heizsysteme lokal effizienter genutzt werden. Und die lokale Bevölkerung erhält einen Hebel, das Ziel der Klimaneutralität in eigener Verantwortung zu erreichen.

Trotzdem: Ist es nicht unfair, dass die Gemeinden intakte Landschaften und Natur opfern müssen, damit man im Mittelland genug Strom hat?
Man muss die Relationen sehen. Um das Stromloch im Winter mit alpinen Solaranlagen zu decken, muss bloss ein Prozent der Alpwirtschaftsflächen mit Panels versehen werden. Die Skilifte beanspruchen im Vergleich dazu viel mehr Fläche. Auch geht es hier ja nicht um fossil betriebene Kraftwerke, die aufgrund der ausgestossenen Schadstoffe in der Bevölkerung zu Todesfällen führen. Sondern um Solaranlagen, bei denen die Produktion von Strom weder mit Lärm noch mit Schadstoffen verbunden ist. Von einem Opfern der Natur kann also keine Rede sein.


«Die Skilifte beanspruchen im Vergleich zu alpinen Solaranlagen viel mehr Fläche», sagt Boris Previsic, Direktor des Forschungsinstituts Kulturen der Alpen. ANNICK RAMP / NZZ

Wie stark tangiert die Solarenergie die Biodiversität?
Gemäss Studien aus Deutschland und den USA nimmt die Artenvielfalt mit Solaranlagen zu. Hauptgrund dafür ist, dass die Wiesen, auf denen die Panels stehen, von den Landwirten nicht maschinell bewirtschaftet werden können. Im Alpenraum ist die Ausgangslage eine andere. Denn hier hat der Mensch schon seit Jahrhunderten die Biodiversität nolens volens entscheidend erhöht, indem er Lichtungen in den Wald geschlagen hat, auf denen Tiere weiden können. Eine Lösung besteht also darin, dass sich die Elektrizitätswirtschaft am Erhalt der traditionellen Alpbewirtschaftung beteiligt.

Viele dieser Alpen verganden heute.
Ja. Nehmen wir das Urserental. Die Verbuschung durch Grünerlen und weiteres Buschwerk reduziert die Biodiversität massiv. Gelingt es uns, diese Alpwirtschaften wieder auf traditionelle Weise zu beweiden, erhöhen wir die Biodiversität.

Aber schaden Solaranlagen nicht dem Tourismus? Die Panels werden für Wanderer, Biker und Skifahrer von weitem sichtbar sein.
Umfragen zeigen, dass es sich mehrheitlich um eine Generationenfrage handelt. So sind über 50-Jährige mit der aktuellen Klimapolitik ihrer Länder mehrheitlich einverstanden. Jüngere jedoch sind äusserst unzufrieden, weil es ihnen viel zu langsam geht. Wenn an den Berghängen Solarpanels stehen, wird das bei ihnen positive Gefühle auslösen.

> «Wie die Berge wahrgenommen werden, hat sehr viel mit Projektionen zu tun.»

Touristen kommen doch in die Berge, um eine möglichst unberührte Natur zu sehen.
Nochmals: Niemand will ganze Bergtäler mit Solarpanels zupflastern. Selbst wenn wir die Zielwerte des Solarexpresses – von denen wir noch weit entfernt sind – erreichen, wird man auch in Zukunft nur selten auf Solarparks in den Bergen treffen. Es handelt sich also um ein konstruiertes Argument. Zumal die alpinen Solaranlagen auch touristisch vermarktet werden können.

Wie denn?
Der örtliche Bergbahnbetreiber kann zum Beispiel sagen: Schaut her, hier läuft unsere Gondelbahn nicht nur mit sauberem Sonnenstrom aus der Region, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag, eure Winterstromlücke zu schliessen, werte Touristinnen und Touristen aus Zürich.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Umweltverbände bei den alpinen Solaranlagen?
Sie treten als Verhinderer auf. Doch wäre es zu begrüssen, wenn WWF, Pro Natura und auch der SAC endlich eine Positivstrategie einschlagen würden. Sie bestünde darin, den Mitgliedern zu vermitteln, warum gerade Solaranlagen in den Alpen äusserst sinnvoll sind, damit wir noch eine Chance haben, unsere Bergwelt in ihrer Schönheit zu erhalten und Biodiversität wirklich zu schützen. Im Gegenzug könnten sie aktiv den Bereich angehen, wo wir wirklich ein immenses Biodiversitätsproblem haben: bei den Gewässern.

Wovon sprechen Sie?
Wilde und frei fliessende Gewässer sind bei uns sehr selten geworden. Die meisten Fliessgewässer wurden begradigt, kanalisiert und durch Wehre und Staudämme zerstückelt. Man lese nur die aktuellen Biodiversitätsberichte des Bundes oder der Bergkantone: Ernsthaft bedroht sind Lebensräume in und an unseren Gewässern, weil sie die in die Landschaft greifenden Lebensadern der Biodiversität bilden. Die Vision der Umweltverbände sollte deshalb sein, dass die Elektrizitätswirtschaft besonders invasive Laufwasserkraftwerke zurückbaut – und stattdessen auf die Solar- und die Windkraft setzt, die nicht zuletzt gegenüber den Kleinkraftwerken klare ökonomische Vorteile haben.

Warum?
Der Strom der Laufwasserkraft fällt überwiegend im Sommer an, also dann, wenn er ohnehin schon im Überfluss vorhanden ist. Werden diese Anlagen zurückgebaut, könnte die Biodiversität massiv gesteigert werden.

Was heisst «zurückgebaut» in diesem Zusammenhang?
Das heisst vor allem das Entfernen von Kanälen und Dämmen von kleinen Wasserkraftwerken an den Gewässern. Diese Bauten hat man leider noch in den nuller Jahren mit massiven Subventionen gefördert. Den Neubau solcher Anlagen gilt es sofort zu stoppen.

Ist das nicht utopisch?
Nein, im Gegenteil: Durch die Renaturierung der Bäche und Flüsse würden wir neuen Lebensraum gewinnen. Das sieht man beispielsweise im Glarnerland. Dort wird die Linth heute auf der Strecke von Linthal bis Ziegelbrücke immer wieder abgezweigt und turbiniert – mit vergleichsweise geringer Energieproduktion, aber einer massiven Minderung der Biodiversität. Hier könnte man auf gewissen Strecken die einstige Auenlandschaft wiederherstellen.

Bei den Elektrizitätswerken werden Sie mit dieser Forderung schlecht ankommen.
Das stimmt nicht mehr. Als ich mich vor zwei Jahren mit den lokalen Stromversorgern unterhalten habe, war der Widerstand gegen die Solarenergie zum Teil noch deutlich spürbar – aus dem einfachen Grund, weil sie die grösste Konkurrenz zu Laufkraftwerken darstellt. Doch um die Strommengen zur Dekarbonisierung und zum Ersatz der Atomkraftwerke zu schaffen, wird die Solarenergie vor allem auf bebauten Flächen im Mittelland so stark ausgebaut werden müssen, dass der Bandstrom von Laufkraftwerken und Atomkraftwerken überflüssig wird.

So weit sind wir aber noch lange nicht.
Wenn wir sehen, wie schnell die Gestehungskosten für Wind- und Sonnenenergie, aber auch für Batteriespeicher fallen, dann wird die lokale Energieerzeugung eine ungleich wichtigere Rolle einnehmen als heute.

Das ist nun etwas gar optimistisch.
Nein, das ist nur realistisch. In der Vergangenheit haben die hauptsächlichen Energieträger etwa alle siebzig Jahre gewechselt. Holz wurde durch Kohle ersetzt. Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam die Elektrizität. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte die Verlagerung zu Erdöl und Gas. Nun müssen wir die Energielandschaft wieder neu denken. Was wir heute neu bauen, ist ebenfalls nicht für die Ewigkeit. Deshalb sollten wir das Ende gleich einplanen und die Solarpanels nur für zwei Generationen, also rund sechzig Jahre, erstellen.

Doch die Diskussion läuft in eine andere Richtung. Neue AKW werden wieder zum Thema. Was entgegnen Sie diesen Forderungen?
Die neuen Reaktoren kommen für die Energiewende deutlich zu spät. In den nächsten zwanzig Jahren werden wir keinen einzigen neuen Atommeiler aufstellen. Zudem ist Kernenergie deutlich teurer als erneuerbare. Dabei haben wir das Problem des Atommülls noch nicht einmal einberechnet. Kein privater Investor übernimmt mehr die Finanzierung eines solchen Projekts. Es wäre also eine unsinnige Staatsaufgabe.

Nicht nur bei der Energie, sondern auch bei anderen Fragen, wie etwa dem Wolf, scheinen sich Städte und Bergregionen auseinanderzuleben. Wird diese Entfremdung in Zukunft noch schlimmer?
Wir haben inzwischen den Höhepunkt der Verhärtung erreicht. Als Urner Institut Kulturen der Alpen versuchen wir, in all diesen Auseinandersetzungen zu vermitteln. In Bezug auf die planetaren Herausforderungen, den Biodiversitätsverlust und den Klimawandel schaffen wir es, Lösungen zu finden, wenn die Interessenverbände miteinander ins Gespräch kommen. Wir hatten schliesslich noch nie die wirtschaftliche Opportunität, dass wir praktisch gratis zum Strom kommen.

Der Alpen-Intellektuelle

dvp. · Boris Previsic ist Professor für Literatur- und Kulturwissenschaften an der Universität Luzern und leitet seit 2020 als Direktor das neu gegründete Urner Institut Kulturen der Alpen in Altdorf. Der Schweizer mit kroatischen Wurzeln ist Autor und Herausgeber mehrerer Sachbücher: Zuletzt erschienen ist sein Essay «Zeitkollaps», der den Zusammenhang zwischen unserem Denken und der Klimakrise analysiert. Ebenfalls gründete Previsic das Online-Magazin «Syntopia Alpina», das sich mit den Herausforderungen in den Alpen beschäftigt.

Corona-Skeptiker kneifen bei Wahlen

Den Massnahmenkritikern fehlt mit Ausnahme von Ueli Maurer ein Aushängeschild



Im Kanton Schwyz, hier in Unteriberg, waren die Proteste gegen die Corona-Massnahmen am stärksten. SIMON TANNER / NZZ

ERICH ASCHWANDEN

Provozieren wollte Ueli Maurer gemäss eigenen Aussagen natürlich nicht. So bezeichnete er es im September 2021 als «reinen Zufall», dass er an einem SVP-Anlass ein T-Shirt der Freiheitstrychler getragen hatte. Dass Massnahmenkritiker wenige Tage später mit Mühe und Not vom Sturm auf das Bundeshaus abgehalten werden konnten und dabei «Ueli, Ueli» riefen, wollte der SVP-Bundesrat damals gegenüber CH Media nicht kommentieren.

Inzwischen zeigt sich, dass die Corona-Skeptiker damals durchaus an der richtigen Adresse waren. Seit Ueli Maurer Ende 2022 aus dem Bundesrat ausgeschieden ist, macht er aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit zieht der 73-Jährige gegen die damalige Corona-Politik vom Leder. Vor kurzem erklärte er in der «Sonntags-Zeitung», bei der Pandemie habe es sich um eine weltweite Massenhysterie gehandelt. «Wer eine kritische Frage stellte, wurde aussortiert, indem man ihn als ‹Verschwörer› oder als ‹Rechtsextremen› brandmarkte, der ‹Tote in Kauf nimmt›», sagt Maurer. Stände Ueli Maurer am Anfang seiner politischen Karriere, würde er wohl zum Aushängeschild jener Kreise, die staatlichen Eingriffen grundsätzlich kritisch gegenüberstehen. Ein solches Aushängeschild fehlt gegenwärtig den Bürgerinnen und Bürgern, die während der Pandemie politisiert wurden und sich auch nach Ende aller Einschränkungen unverstanden und zurückgelassen fühlen.

«Unerwünschte Konkurrenz»

Das Potenzial, diese Rolle auszufüllen, hätte Josef Ender. Der Schwyzer IT-Unternehmer wurde während der Pandemie über die Innerschweiz hinaus bekannt als Sprecher des Aktionsbündnisses Urkantone. Im Abstimmungskampf gegen das revidierte Covid-Gesetz führte er die Gegner an. Ender fiel inner- und ausserhalb der Szene auf, weil er sich zwar hart in der Sache, aber durchaus sanft im Ton gab. Statt mit Verschwörungstheorien argumentierte er lieber mit Statistiken.

Enders Einstieg in die Tagespolitik schien programmiert. Bei den Nationalratswahlen erreichte er als Parteiloser mit seiner Freien Liste das fünftbeste Resultat im Kanton Schwyz und lag damit vor sämtlichen Vertretern der Mitte-Partei. Es galt als sehr wahrscheinlich, dass Ender nach diesem Achtungserfolg bei den am 3. März stattfindenden kantonalen Wahlen antreten würde. Doch Anfang des Jahres kam die Absage. Ender kandidiert nicht für den Regierungsrat. «Es wäre natürlich schön gewesen, wenn wir den Schwung aus den Nationalratswahlen hätten mitnehmen können», bedauert Ender. «Doch ist dieses Vollamt gegenwärtig mit der Arbeit in meinem IT-Unternehmen nicht vereinbar.»

Dies sei nicht der einzige Grund, der zur Absage geführt habe, sagt Toni Dettling überzeugt. «Die SVP hätte gar keine Freude daran gehabt, wenn Ender angetreten wäre. Dies hat man ihm wohl deutlich zu verstehen gegeben», sagt der ehemalige FDP-Nationalrat und -Ständerat (1991–2003). Bei den Nationalratswahlen sei Ender ein beliebter Wasserträger für die dominierende politische Kraft im Kanton gewesen. Deshalb kam es zur Listenverbindung zwischen SVP und Enders Einzelliste. «Doch bei den kantonalen Wahlen gibt es keine Listenverbindungen, und so wurde er zur unerwünschten Konkurrenz», erklärt Dettling.

Fast noch überraschender als Enders Absage für die Kantonsregierung kam, dass die von ihm initiierte Bewegung «Frye Schwyzer» am 3. März nicht zu den Kantonsratswahlen antritt. Wenn diese Bewegung in einem Kanton Wahlchancen hätte, dann wohl in Schwyz, wo eine grundsätzliche Skepsis gegen den Staat gewissermassen zur DNA weiter Teile der Bevölkerung gehört.

SVP profitiert von Absage

Josef Ender begründet den Verzicht damit, dass die «Frye Schwyzer» nur sechs der dreissig Schwyzer Kandidatinnen und Kandidaten hätten mobilisieren können. «Das hätte wahrscheinlich nicht gereicht, um einen Wähleranteil von 1 Prozent zu erreichen, der für den Einzug ins Parlament notwendig ist. Letztlich hätte sich der Aufwand nicht gelohnt», sagt Ender.

Dettling führt die mangelnde Strahlkraft der Bewegung nicht zuletzt darauf zurück, dass sie zu stark auf die Person von Josef Ender konzentriert war. «Es stellt sich heraus, dass nicht jeder, der während Corona bei Demonstrationen auf Podien viel Applaus erhält, auch in der Politik Erfolg hat.» Auch im Parlament werde die SVP profitieren, die bereits jetzt 33 von 100 Sitzen besetzt. «Die SVP hat es geschickt verhindert, dass rechts von ihr eine neue Kraft entstanden ist», sagt Dettling.

Insofern ist es auch konsequent, dass Ueli Maurer zunehmend zum Wortführer der Corona-Skeptiker wird. Ender und seine «Frye Schwyzer» wollen jedoch weiterkämpfen und allenfalls in vier Jahren antreten. So werde sich die Vereinigung unter anderem bei der Revision des Epidemiengesetzes gegen zu starke Eingriffe des Staates wehren. Doch das Thema Corona, das am Anfang von Protestbewegungen wie dem Aktionsbündnis Urkantone, Mass-voll und den Freunden der Verfassung steht, wird zu diesem Zeitpunkt eine gefühlte Ewigkeit zurückliegen. Für die Schwyzer Regierung und das Parlament heisst dies kurzfristig, dass am 3. März mit grosser Wahrscheinlichkeit alles beim Alten bleiben wird. Alle bisherigen Regierungsmitglieder werden die Wiederwahl wohl problemlos schaffen. Die beiden Herausforderer, Jonathan Prelicz von der SP und der parteilose Bauer Peter Abegg, dürften chancenlos sein. Für Spannung sorgt einzig die Frage, ob der von Ender und Co. unterstützte Abegg vor dem offiziellen Kandidaten landet.

Liechtenstein verliert Spitzenplatz im Freiheitsindex

Schweizer Kantone haben das Fürstentum im Avenir-Suisse-Ranking überholt

GÜNTHER MEIER, VADUZ

Auf der ständigen Suche nach parlamentarischen Vorstössen, mit denen sich die Wählergunst steigern lässt, blicken die liechtensteinischen Parteien gerne in die Schweiz. Jüngstes Beispiel ist ein Postulat der Vaterländischen Union (VU) zum Ausgleich der kalten Progression, das im Vorwahljahr gute Chancen hat, umgesetzt zu werden. Das VU-Postulat fordert zwar nicht explizit einen Ausgleich, soll der Regierung aber die Möglichkeit geben, grundsätzlich die Folgen der kalten Progression für die Steuerzahler und den Staatshaushalt aufzuzeigen.

Zurzeit besteht für die Regierung nur die gesetzliche Verpflichtung, bei einer Teuerung von mindestens 8 Prozent aktiv zu werden und dem Parlament eine Vorlage zur ganzen oder teilweisen Anpassung der Steuerprogression zu unterbreiten. Dabei ist das Parlament frei, den Umfang des Ausgleichs selbst festzulegen.

Aus der Begründung des Postulates geht hervor, dass der Vorstoss in erster Linie auf eine steuerliche Entlastung der Bevölkerung abzielt. Es wird auf ähnliche Bestrebungen in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland hingewiesen, so dass es auch für Liechtenstein angezeigt wäre, sich mit dieser Steuerproblematik zu befassen.

Neuen Indikator eingeführt

Neben der Steuerentlastung bringen die Postulanten einen weiteren Aspekt in die Diskussion ein, nämlich die Platzierung Liechtensteins im Freiheitsindex von Avenir Suisse. Als Liechtenstein im Jahr 2020 erstmals in den Vergleich mit den Schweizer Kantonen einbezogen wurde, schaffte es das Fürstentum auf den ersten Platz. Im aktuellen Freiheitsindex liegt Liechtenstein nur noch auf dem vierten Platz, hinter den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Aargau und Schwyz. Im Sinne der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheiten wäre es aber ein erstrebenswertes Ziel, im Freiheitsindex einen Spitzenplatz einzunehmen, fordert das VU-Postulat.

Die Situation in Liechtenstein habe sich nicht verschlechtert, erklärt die «Stiftung Zukunft.li», welche die Daten für Avenir Suisse erhoben hat. Die Verschlechterung sei vielmehr darauf zurückzuführen, dass einige Kantone zugelegt und das Fürstentum überholt hätten. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt dabei die Einführung des neuen Indikators «Kalte Progression» durch Avenir Suisse. Während die meisten Kantone über einen automatischen, jährlichen und umfassenden Ausgleich verfügten, kenne Liechtenstein nur einen fakultativen Ausgleichsmodus. Der weniger strenge Ausgleichsmechanismus ist somit der Grund für den Verlust des Spitzenplatzes im kantonalen Freiheitsindex.

Aus Sicht der Zukunftsstiftung, so der Geschäftsführer Thomas Lorenz in einem Interview mit dem «Liechtensteiner Vaterland», sollte auch Liechtenstein einen Automatismus zum Ausgleich der kalten Progression einführen. Lorenz hält den politischen Prozess mit der Zustimmung des Parlaments für unnötig, weil die Höhe der steuerlichen Belastung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit schon auf demokratischem Weg im Steuergesetz festgelegt wurde. Ein automatischer Ausgleich der kalten Progression bewirke nichts anderes, als die Steuertarife wieder auf das beschlossene Niveau zu korrigieren. Sobald das Postulat im März im Parlament diskutiert und voraussichtlich zur Stellungnahme an die Regierung überwiesen wird, dürfte klar sein, in welche Richtung die Parlamentarier zu gehen gedenken. Zudem dürfte die Frage nach weiteren Steuerentlastungen wieder aufgeworfen werden, nachdem die Regierung Ende 2022 einem Vorstoss der Fortschrittlichen Bürgerpartei zur Entlastung des Mittelstandes eine mehr oder weniger klare Absage erteilt hat.

Senkung der Schwelle möglich

Unter den möglichen Steuererleichterungen wurde auch der Ausgleich der kalten Progression erwähnt. Die Regierung rechnete damals vor, dass die Teuerung zwischen dem letzten Ausgleich 2011 und Ende 2022 um 2,8 Prozent gestiegen sei – also weit entfernt von den gesetzlich festgelegten 8 Prozent, die politisches Handeln auslösen müssten. Allerdings kündigte die Regierung an, dass im Rahmen einer Anpassung des Steuergesetzes diese Schwelle für den Ausgleich der kalten Progression gesenkt werden könnte, falls das Parlament eine Änderung als notwendig erachtet.

BERN & BÜNDIG

Meinungsstarke Mitarbeiter

bin. · Elisabeth Baume-Schneider – kurz EBS – hat das Departement gewechselt und ihren Stab vergrössert. Die neue Innenministerin hat neu zwei Co-Kommunikationschefs, eine Kommunikationsberaterin, neben dem Generalsekretär zwei Co-Stellvertreter und nicht weniger als drei persönliche Co-Mitarbeiter. Das Generalsekretariat des Innendepartements ist der grösste Coworking-Space in Bundesbern. Neu dazugekommen im inneren Kreis ist Michael Sorg, früher mal Co-Generalsekretär der SP, später Berater bei Feinheit. Das ist die linke Kommunikationsagentur, die sich auf die Bauernlobby eingeschossen hatte, was später wiederum ihrem Verwaltungsrat, SP-Nationalrat Jon Pult, die Bundesratskampagne vermasselt hat. Sei's drum. Mit Sorg hat sich EBS jedenfalls einen meinungsstarken Mitarbeiter an Bord geholt. Auf X, dem früheren Twitter, bezeichnete er den FDP-Präsidenten Thierry Burkart auch schon als «uninspiriert», verglich den SVP-Nationalrat Andreas Glarner mit dem AfD-Politiker Björn Höcke, die SVP bezeichnete er als «intellektuell unterdotiert», die Empörung über die Indiskretionen im EDI unter Alain Berset findet er heuchlerisch. Privatspitäler oder die Pharma sieht Sorg als Akteure im Gesundheitswesen, die «Milliardenprofite mit unserer Gesundheit» machten. Er outete sich zudem stolz als Spender der Klimakleber. Nun will Sorg kürzertreten auf X. Seine Begründung: «Die Kultur, die hier seit Elon Musks Übernahme um sich greift, verträgt sich nur bedingt mit meiner neuen Position.»

Andere Länder, andere Summen

bin. · Zur Abwechslung gute Nachrichten aus dem VBS. Der Bundesrat unterstützt die Weuro 2025, also die Fussball-Europameisterschaft der Frauen, die 2025 in der Schweiz durchgeführt wird – ein Herzensprojekt von Sportministerin Viola Amherd. Der Bund will die grösste frauenspezifische Sportveranstaltung Europas mit vier Millionen Franken unterstützen. Der Betrag wird innerhalb des Bundesamts für Sport kompensiert, «um den Bundeshaushalt nicht zusätzlich zu belasten». Gianni Infantino, wie Amherd im beschaulichen Brig aufgewachsen, dürfte laut gelacht haben. «Seine» Männer-WM in Katar soll gemäss Schätzungen über 200 Milliarden US-Dollar gekostet haben. Summen, von denen Amherd nur träumen kann, genau wie von den Militärausgaben der Katarer. 6,8 Prozent des BIP geben sie jährlich aus für Waffen und Munition, in der Schweiz sind es 0,7 Prozent.

Rien de rien

bin. · Doris Leuthard, Amherds Vorgängerin, war wieder einmal im Fernsehen. Im «Eco Talk» von SRF sagte die frühere CVP-Bundesrätin, dass sie die von ihr eingeleitete Energiewende samt Atomausstieg keineswegs bereue. «Ich würde es wieder gleich machen», so die damalige Energieministerin. Leuthard sagte, dass sie kein einziges Land kenne, in dem neue Kernkraftwerke ohne staatliche Unterstützung gebaut würden. Dass alpine Solaranlagen von einer staatlichen Einmalvergütung von 60 Prozent (!) der Investitionskosten profitieren würden, aber trotzdem von der Bevölkerung abgelehnt werden, blieb unerwähnt. Dafür empfahl die Expertin, bestehende Atomkraftwerke ganz lange laufen zu lassen, um die Energiewende zu schaffen. Diese seien für die Versorgungssicherheit «ein Plus». Schliesslich sagte Leuthard, dass ein Stromabkommen mit der EU die Schweiz «unabhängiger» (sic!) machen würde. Ob diese Prognose zutrifft? Schon heute verkaufen uns die Franzosen ihren Atomstrom für gutes Geld.

Auch die Schweiz prüft Bezahlkarten für Asylsuchende

Überweisungen ins Ausland sollen verhindert werden – Deutschland plant die Einführung des neuen Modells bis Sommer

IRÈNE TROXLER

Die Medien nannten ihn den «Hassprediger von Biel». Der Imam Abu Ramadan hetzte in einer Bieler Moschee gegen andere Religionen und bezog zwischen 2003 und 2017 rund 600 000 Franken Sozialhilfegelder. Gleichzeitig kursierten von ihm Bilder im Internet, die ihn als «religiösen Begleiter» in einem Luxushotel in Mekka zeigten.

Der im Jahr 2017 von der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens aufgedeckte Fall befeuerte die Kritik am Schweizer Asylsystem. Es müsse verhindert werden, dass Schweizer Steuergelder, die an Asylsuchende ausbezahlt würden, ins Ausland flössen, wurde kritisiert. Nun blicken viele interessiert in den Norden. Deutschland hat kürzlich beschlossen, bis zum Sommer landesweit eine Prepaid-Karte für Flüchtlinge einzuführen. Sie funktioniert wie eine andere Bankkarte, einfach ohne Konto-Bindung und nur in Deutschland. Man kann bezahlen wie mit einer anderen Debitkarte, aber keine Überweisungen tätigen. Deutsche Politiker hoffen, dass Wirtschaftsflüchtlinge, die bloss ein Asylgesuch stellen, um möglichst viel Geld in die Heimat zu schicken, so abgeschreckt werden.



Debitkarte statt Bargeld für Flüchtlinge: Wird die in Deutschland geplante Massnahme bald auch in der Schweiz angewendet? Im Bild Asylsuchende in Zürich. MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

SVP reicht Vorstösse ein

Auch in der Schweiz kommt das Thema nun auf den Tisch. Die SVP hat in den Kantonen Basel-Stadt und St. Gallen entsprechende Vorstösse eingereicht. Eine Bezahlkarte minimiere das Risiko für Missbräuche und illegale Aktivitäten, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. Zudem sei der Geldfluss nachverfolgbar. Mit Abschreckung argumentiert die SVP ebenfalls. Sie hofft, dass unbegründete Anträge von Wirtschaftsflüchtlingen so zurückgehen. Auch in anderen Kantonen sind gleichlautende Motionen in der Pipeline.

Der SVP-Nationalrat Mike Egger will auch im eidgenössischen Parlament einen Vorstoss für Gebührenkarten einreichen. Er befürchtet, die Einführung einer Bezahlkarte in Deutschland werde zu einer Ausweichbewegung in die Schweiz führen. Für welche Asylkategorien sie eingesetzt werden sollten, habe die SVP noch nicht definiert, sagt er auf Anfrage. «Ich könnte mir vorstellen, die Praxis auf alle Personen auszuweiten, die über den Asylweg in die Schweiz gekommen sind und Geld vom Staat erhalten», sagt er auf Anfrage. Betroffen wären dann auch Personen mit Aufenthaltsstatus B, die Sozialhilfe beziehen. Dafür Mehrheiten zu finden, dürfte allerdings schwierig werden, denn dann stellen sich heikle Fragen in Bezug auf die Gleichbehandlung verschiedener Sozialhilfebezüger mit Aufenthaltsstatus B.

In Deutschland ist die Bezahlkarte nur für jene Geflüchteten gedacht, die noch im Asylantragsverfahren stecken, und für jene mit Duldungsstatus. Letzteres entspricht in der Schweiz dem Status «vorläufig aufgenommen». Diese Personen können zwar keine Asylgründe geltend machen, man kann sie aber auch nicht in ihr Herkunftsland zurückschicken, beispielsweise weil ihr Leben dort in Gefahr wäre oder weil die Herkunftsländer keine Rückführungen erlauben.

Kritik an der Idee

Wenig überraschend kommt von links Kritik an der Idee: Solche Bezahlkarten brächten bloss einen bürokratischen Mehraufwand, sagte die SP-Nationalrätin Céline Widmer gegenüber dem «Blick». Allerdings spricht auch der FDP-Ständerat Damian Müller, sonst einer harten Gangart in der Asylpolitik nicht abgeneigt, von einem «bürokratischen Monster», das keine Probleme lösen werde. Ferner wird moniert, Überweisungen ins Ausland lohnten sich erst dann, wenn Asylsuchende Arbeit gefunden hätten. Genau für diesen Fall ist die spezielle Bezahlkarte aber nicht vorgesehen.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) prüft bereits, ob ein Bedarf für solche Debitkarten besteht. Allerdings wird die Sozialhilfe in den Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes heute vorwiegend in Form von Sachleistungen ausgerichtet. In bar erhalten die Asylsuchenden nur ihr Taschengeld: 3 Franken pro Tag. Sobald sie den Kantonen zugewiesen würden, sei das SEM nicht mehr zuständig, sagt die Sprecherin Magdalena Rast.

Der Kanton Basel-Stadt reagiert skeptisch auf die Karten-Idee. Sonja Körkel vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sagt: Der Grundsatz, dass der Beitrag für den Grundbedarf zur freien Verfügung stehe, gelte für alle Sozialhilfebezüger. Der Geldbetrag für Asylsuchende liege deutlich unter dem landesweit definierten Existenzminimum. Für diese Zielgruppe noch weitere Einschränkungen vorzunehmen, wäre problematisch.

Positiver ist die Rückmeldung des Kantons Aargau. Die Einführung einer Bezahlkarte würde zwar vorerst zu administrativem Mehraufwand führen, sagt Michael Hassler, der Sprecher des zuständigen Departements. Es sei aber ein interessanter Ansatz. Allerdings erhielten vorläufig Aufgenommene und Personen mit Schutzstatus S im Aargau wöchentlich nur 63 Franken für Verpflegung und Taschengeld. Der Spielraum für Geldverschiebungen sei damit gering.

In manchen Kantonen sind die Leistungen höher. In Basel-Stadt bekommen Personen mit noch offenem Asylentscheid 19 Franken 40 pro Tag.

Begleitung gefordert

In Deutschland gehen die Meinungen zur Bezahlkarte ebenfalls auseinander. Zwar haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten der Länder im November auf das Modell geeinigt. Boris Rhein als deren Vorsitzender präsentierte die Massnahme als Wundermittel, das die Anreize für illegale Migration nach Deutschland ebenso senke wie den Verwaltungsaufwand bei den Behörden und gleichzeitig die Schlepperkriminalität unterbinde. Andere Stimmen warnen aber vor Diskriminierung und bezweifeln einen Effekt auf die illegale Migration. Sie wenden ein, Asylsuchende könnten weiter über Umwege an Bargeld kommen. Beispielsweise indem sie Zigaretten kauften und auf dem Graumarkt weiterverkauften. Deutsche Wissenschafter fordern nun eine Begleitung der Massnahme, um herauszufinden, ob sie die gewünschte Wirkung erreicht.

Den eingangs erwähnten Prediger Abu Ramadan hätte man mit dem Debitkarten-Modell kaum vom Besuch arabischer Luxushotels abhalten können. Fünf Jahre nach ihrem Asylentscheid können Asylsuchende in der Schweiz eine reguläre Aufenthaltsbewilligung B beantragen. Damit dürften sie die Kartenpflicht wieder los sein. Immerhin: Der Hassprediger wurde vom Bieler Regionalgericht wegen Betrugs und Rassismus verurteilt und für sechs Jahre des Landes verwiesen.

Finanzpolitiker des Ständerats setzen Jans unter Druck

Der Bundesrat soll den Kantonen im Asylvollzug besser auf die Finger schauen

DAVID BINER, BERN

Der zuständige Bundesrat ist neu: Am 1. Januar hat Beat Jans das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement übernommen, zu dem auch das Staatssekretariat für Migration (SEM) gehört. Sonst bleibt im Asylwesen alles beim Alten. Das SEM rechnet auch für das angelaufene Jahr mit 30 000 neuen Asylgesuchen. Das sind gleich viele wie schon 2023. Dazu geht man davon aus, dass es bis Ende Jahr rund 25 000 neue Gesuche um Erteilung des Schutzstatus S geben werde.

In den letzten Monaten sei die Zahl der Ukrainer, die die Schweiz verlassen haben, zwar gleich hoch gewesen wie jene der neuen Anträge. Gleichwohl bleibt der Asylbereich auch unter dem neu zuständigen Bundesrat sehr angespannt, sehr teuer und sehr emotional. «Statt die Asylmigration zu stoppen, schaut auch der neue Justizminister dem Asyltreiben zu», schrieb die SVP Anfang Februar. Willkommen im Amt, Bundesrat Jans.

Kaum eingelesen ins Asyldossier, sieht sich dieser zudem mit Druck und Kritik von unerwarteter Seite konfrontiert. Es sind die Finanzpolitiker des Ständerats mit ihrer Präsidentin Johanna Gapany (FDP), die im Asylbereich die Schraube anziehen wollen. In einer Kommissionsmotion, die man noch im Rahmen der Budgetvorbereitung im vergangenen November eingereicht hatte, erteilt man der Landesregierung einen klaren Auftrag. Laut dieser wird der Bundesrat angehalten, die Kosten im Asylbereich auszubremsen, indem er – Achtung! – das bestehende Asylgesetz besser anwenden soll.

Sozialhilfepauschale erhöht

Dieses sieht nämlich vor, dass der Bund seine Pauschalabgeltungen, die er den Kantonen für die Unterbringung von Asylsuchenden ausrichtet, zurückfordern kann, wenn die Vollzugsaufgaben «nicht oder nur mangelhaft» sind. Weiter soll der Bund die Entschädigungszahlungen ganz zurückhalten, falls abgewiesene Asylsuchende wegen der versäumten Wegweisung länger in der Schweiz bleiben. Der Bundesrat hat den Vorstoss Ende Januar zur Annahme empfohlen. Startet Jans als Sparer im Asylwesen?

Man mache sich keine Illusionen, sagt die Kommissionspräsidentin Gapany. Eine eigentliche Kostenbremse sei schon allein angesichts der schieren Anzahl erwarteter Asylsuchender schwierig. Dennoch wolle man der Regierung klarmachen, dass der Bund von den Kantonen einen effizienten Vollzug einfordern müsse. Nicht zuletzt zugunsten der Asylsuchenden, die die Hilfe auch tatsächlich nötig hätten. Die Finanzkommission habe zusehends eine Steigerung der Ausgaben im Asylwesen festgestellt, ohne dass die Qualität der Unterbringung verbessert worden sei, so Gapany.

Allein die Sozialhilfepauschale an die Kantone habe man im Budget 2024 um fast 190 Millionen Franken anheben müssen, sagt Gapany. Weiteren Erhöhungen in dieser Grössenordnung werde man künftig nicht mehr zustimmen. Die Kommission beauftragt den Bundesrat nicht nur, bei den Ausweisungen Druck auf die Kantone zu machen. Auch bei der Erwerbsquote sehen die Ständeräte Sparpotenzial. So müssten viel mehr Ukrainer mit Schutzstatus S in den Arbeitsmarkt integriert werden, ebenso Flüchtlinge und schutzbedürftige Personen mit Aufenthaltsbewilligung. Weiter soll der Bundesrat Anreize schaffen, dass die Rückkehrquote der Status-S-Flüchtlinge gesteigert werde. Wie Jans dies anstellen soll, lässt die Kommission offen.

Pendenzenberg in der Waadt

Die Vorschläge sind nicht neu. Interessant ist der Umstand, dass die Standesvertreter den Bundesrat in die Pflicht nehmen, das bestehende Asylgesetz durchzusetzen und den Kantonen quasi von oben Beine zu machen. Das erinnert stark an die Debatte um die Asylcontainer.

Im vergangenen Jahr forderte der Ständerat die damalige Asylministerin Elisabeth Baume-Schneider auf, das Gesetz umzusetzen und zuerst bereits vorhandene Kapazitäten in den Kantonen auszunutzen, bevor der Bund provisorische Asylsiedlungen erstellt. Damals war Benedikt Würth federführend. Und auch bei der vorliegenden Kommissionsmotion steht der St. Galler Mitte-Ständerat am Ursprung.

Was Würth besonders sauer aufstösst, sind die kaum erklärbaren Unterschiede zwischen den verschiedenen Kantonen. So sei es vor allem der Kanton Waadt, der im Verhältnis zur Einwohnerzahl einen hohen Pendenzenberg bei den Rückführungen aufweise. Während der Kanton Genf wiederum die niedrigste Erwerbsquote ausweise. Die dazu immer wieder gehörten Erklärungen seien wenig plausibel, sagt Würth. So habe man versucht, die tiefe Ausweisungsquote in der Waadt auf den Druck des lokalen NGO-Umfelds zurückzuführen, die tiefe Erwerbsquote in Genf auf den dortigen Arbeitsmarkt. «Beide Begründungen sind nicht stichhaltig», sagt Würth. «Wir dürfen nicht vergessen: Es geht hier um öffentliche Gelder in einer angespannten Finanzlage.»

Würth denkt deshalb darüber nach, eine systemische Fehlkonstruktion im Asylgesetz anzugehen. Neben einem Malus könnte man sich auch einen Bonus für jene Kantone überlegen, die es besonders gut machten. Einfach nach Massgabe der Fallzahlen Abgeltungen auszuschütten, setze jedenfalls keine positiven Anreize für einen effizienten Vollzug. Von einem Malus- zu einem Bonussystem? Die offenen Fragen werden Bundesrat Jans nicht ausgehen.

'The shadow of your smile
when you are gone
will color all my dreams'

Wädenswil, im Februar 2024

Mein lieber Ehemann, unser Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Onkel und Schwager

William Waller «Billy» Scott

12. Okt. 1944 - 1. Feb. 2024

ist nach langer Krankheit für immer eingeschlafen.

Wir vermissen Dich so sehr.

Renée «Reeli» Scott-Schwarzenbach
Anne und Francesco Gherzi della Cella Scott
mit Carlotta, Nino und Eliza
Graciela Scott
George Scott
Thomas Scott

Peter and Cheryl Webb Scott
Christopher Scott and Jodi Vautrin
Cydney Scott
Susan Scott Jester
with Lily and Elliot

Die Trauerfeier findet am 20. Februar um 14:30 Uhr in der St. Anna Kapelle in Wädenswil statt.

Anstelle von Blumenspenden gedenke man der Stiftung ‚Hilfe zur Selbsthilfe in Tobé/BENIN', IBAN: CH66 0483 5068 8657 8100 1.

Traueradresse: Renée Scott, Schönenbergstrasse 161, 8820 Wädenswil

Chor der Toten

Wir Toten, wir Toten sind grössere Heere
Als ihr auf der Erde, als ihr auf dem Meere!
Wir pflügten das Feld mit geduldigen Taten,
Ihr schwinget die Sicheln und schneidet die Saaten.
Und was wir vollendet und was wir begonnen,
Das füllt noch dort oben die rauschenden Bronnen,
Und all unser Lieben und Hassen und Hadern,
Das klopft noch dort oben in sterblichen Adern,
Und was wir an gültigen Sätzen gefunden,
Dran bleibt aller irdische Wandel gebunden,
Und unsere Töne, Gebilde, Gedichte
Erkämpfen den Lorbeer im strahlenden Lichte,
Wir suchen noch immer die menschlichen Ziele –
Drum ehret und opfert! Denn unser sind viele!

Conrad Ferdinand Meyer

Was man tief in seinem Herzen besitzt, kann man nicht durch den Tod verlieren.
Johann Wolfgang von Goethe

Traurig, aber mit vielen schönen Erinnerungen nehmen wir Abschied von meiner geliebten Lebensgefährtin, unserer lieben Mutter, Oma und Schwester

Josephine Mosimann-Schmid

* 13.1.1941 † 30.1.2024

Charly Wegmann
Tobias und Sonja Mosimann mit Paul und Eva
Kathrin Mosimann und Peter Fennema
Ursula Widmer Wehrli
Edith R. Schmid und Michel Betz
Ruth und Martin Halter-Schmid

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.
Traueradresse: Charly Wegmann, Zürcherstrasse 156, 8800 Thalwil

BESTATTUNGEN UND BEISETZUNGEN



Stadt Zürich
Bevölkerungsamt

Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich
Telefon 044 412 40 00
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

Bestattungen und Beisetzungen Mittwoch, den 7. Februar 2024

Denz, Werner, Jg. 1943, 8050 Zürich, Siewerdtstrasse 18. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Nordheim.

Frauchiger geb. Pernul, Agatha, Jg. 1929, von Wyssachen BE, verwitwet von Frauchiger-Pernul, Andreas, 8048 Zürich, Schneebelistrasse 5. – 13.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Eichbühl, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Eichbühl.

Gonzaga, Annamarie Martha, Jg. 1950, von Adliswil ZH, 8038 Zürich, Heinrich-Federer-Strasse 34. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Manegg.

Häusler-Gallizzi, Albert Friedrich, Jg. 1933, von Gondiswil BE, Gatte der Häusler geb. Gallizzi, Gertrud Olga, 8053 Zürich, Berghaldenstrasse 50. – Beisetzung im engsten Familienkreis.

Holzer-Weber, Thomas Peter, Jg. 1937, von Zürich, Gatte der Holzer geb. Weber, Ruth Beate, 8044 Zürich, Hochstrasse 80. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der ref. Kirche St. Peter.

Meier geb. Wüger, Franziska, Jg. 1936, von Zürich und Würenlingen AG, Gattin des Meier, Kurt, 8004 Zürich, Zypressenstrasse 141. – 13.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Sihlfeld E, Platz der Skulpturen, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Sihlfeld A.

Pingoud geb. Müller, Silvia Anna, Jg. 1942, von Zürich, Lausanne VD, La Sarraz VD und Jouxtens-Mézery VD, Gattin des Pingoud, Peter Wolf Alfred Wilhelm, 8032 Zürich, Kempterstrasse 11. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Fluntern, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Fluntern.

Schneebeli geb. Meier, Ruth Bertha, Jg. 1933, von Zürich und Ottenbach ZH, verwitwet von Schneebeli-Meier, Walter, 8005 Zürich, Limmatstrasse 186. – 15.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Sihlfeld Urnenhain, Urnenhainplatz.

Thürig geb. Zwicky, Lilly, Jg. 1936, von Emmen LU und Malters LU, verwitwet von Thürig-Zwicky, Werner, 8048 Zürich, Hohlstrasse 459. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Eichbühl.

Bestattungen und Beisetzungen Donnerstag, den 8. Februar 2024

Eggenberger geb. Wehrli, Lisbeth Dorothea, Jg. 1927, von Buchs SG, verwitwet von Eggenberger-Wehrli, Oswald, 8038 Zürich, Studackerstrasse 22. – 10.00 Uhr Trauerfeier in der Alten ref. Kirche Wollishofen.

Genoud, Eliane Mélanie, Jg. 1946, von Vuadens FR, 8055 Zürich, Sieberstrasse 22. – 13.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Leimbach, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Leimbach.

Müller, Gertrud, Jg. 1932, von Thayngen SH, 8044 Zürich, Hochstrasse 37. – 13.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Fluntern, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Fluntern.

Sárai, István, Jg. 1936, von Ungarn, 8044 Zürich, Zürichbergstrasse 114. – 10.30 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Fluntern.

Vögele Brühwiler geb. Vögele, Barbara Maria-Theresia, Jg. 1966, von Zürich, Gossau SG, Dübendorf ZH und Untereggen SG, Gattin des Brühwiler, Alex Peter, 8006 Zürich, Germaniastrasse 3. – 10.30 Uhr Trauerfeier in der Halle I, Krematorium Nordheim.

Mehr Sorge wegen Protesten als um die Gesundheit

Erstmals liegt eine repräsentative Umfrage dazu vor, wie die Bevölkerung über den Nagra-Standort denkt

FRANCESCA PRADER

Die Verwunderung war gross, als die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im September 2022 den Standort für das geplante Tiefenlager von atomarem Abfall bekanntgab: Stadel im Zürcher Unterland. Der Standortentscheid überraschte, weil die Nagra die Region Nördlich Lägern 2015 aus dem Rennen genommen hatte. Der Fokus lag danach auf den beiden anderen untersuchten Gebieten: Bözberg im Aargau und Zürich Nordost zwischen Winterthur und Schaffhausen.

Die Kehrtwende begründete die Nagra damit, dass es damals bautechnische Unsicherheiten gegeben habe, weil die für das Tiefenlager nötige Gesteinsschicht – Opalinuston – in Stadel viel tiefer liege als an den anderen möglichen Standorten. Die Kosten werden etwa 20 Milliarden Franken betragen. Vorgesehen sind zwei Lager: eines für schwach- und mittelaktive Abfälle – die beispielsweise in der Medizin, der Industrie oder der Forschung anfallen können – sowie eines für hochaktive Abfälle, wie verbrauchte Brennelemente aus Kernkraftwerken.

Doch wie geht Stadels Bevölkerung damit um, dass hier dereinst Atommüll gelagert werden soll? Und wie steht die Schweizer Bevölkerung allgemein zu dem Thema? Um das herauszufinden, hat die Nagra beim Umfrageinstitut GfS Bern eine Studie in Auftrag gegeben. Im Herbst 2023 wurden schweizweit 1006 Personen befragt, für die regionale Umfrage in Nördlich Lägern kamen weitere 800 Personen dazu. Erstmals liegen damit Zahlen für die ganze Schweiz wie auch für die Standortregion Nördlich Lägern vor. Am Dienstag hat die Nagra die Ergebnisse der Studie präsentiert.

Nagra eröffnet Büro in Stadel

Die Bevölkerung nimmt demnach in puncto Tiefenlager eine überwiegend pragmatische Haltung ein, die Akzeptanz sei schweizweit und in der betroffenen Region hoch, so heisst es in der Medienmitteilung der Nagra. Sowohl technisch (71 Prozent) wie auch politisch (61 Prozent) traue sich die Schweiz die Lösung des Atommüllproblems zu.

Schweizweit würden zwei Drittel der Befragten ein Tiefenlager am eigenen Wohnort akzeptieren, teilt die Nagra mit. «In der tatsächlich betroffenen Region Nördlich Lägern sind es 68 Prozent.» Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass es nur fair sei, wenn in der Schweiz anfallender Atommüll auch hierzulande gelagert werde. National stimmen dem 84 Prozent der Befragten zu, in der betroffenen Region sind es 87 Prozent. Drei Viertel der Befragten sind zudem der Meinung, dass die Zeit drängt, eine Lösung für die Lagerung des Atommülls zu finden. Die Abfälle sollen nicht für längere Zeit in Zwischenlagern deponiert bleiben.

Die Akzeptanz für ein Tiefenlager ist national und regional gross

Reaktion auf ein Tiefenlager in der Wohnregion, in Prozent

unterstützen · akzeptieren · weder noch · ungutes Gefühl · aktiver Widerstand



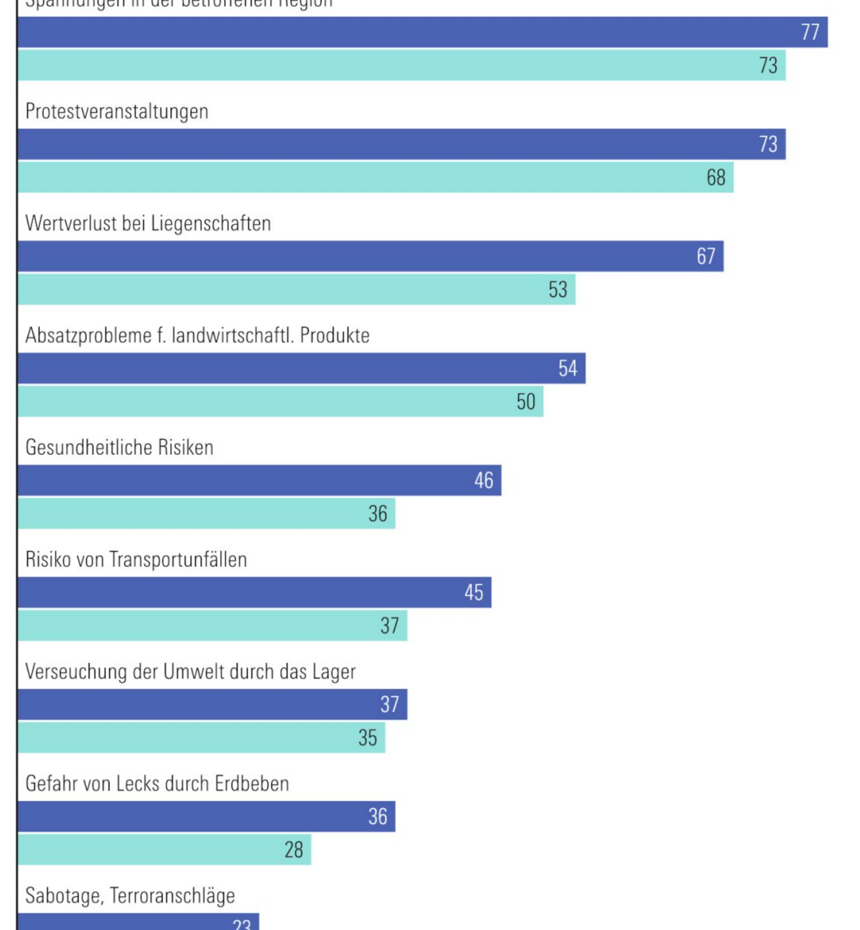
Es wurden schweizweit 1006 Personen befragt. Für die regionale Umfrage kamen weitere 800 Personen hinzu. Die Fehlermarge liegt national bei +/– 3,1%, regional bei 3,4%.

QUELLE: NAGRA-UMFRAGE · NZZ / fpr.

Proteste und gesellschaftliche Spannungen erwartet

Folgende Auswirkungen eines Tiefenlagers sind sehr oder ziemlich wahrscheinlich, in Prozent





Es wurden schweizweit 1006 Personen befragt. Für die regionale Umfrage kamen weitere 800 Personen hinzu. Die Fehlermarge liegt national bei +/– 3,1%, regional bei 3,4%.

QUELLE: NAGRA-UMFRAGE · NZZ / fpr.

Wenn das Tiefenlager dereinst gebaut und das Problem der Atommülllagerung damit gelöst ist, bedeutet das allerdings keinen Freipass für neue Kernkraftwerke. In der Region nördlich der Lägern würden ein Drittel, schweizweit 37 Prozent der Befragten neue Kernkraftwerke befürworten.

60 Prozent der schweizweit Befragten sind zudem der Meinung, dass die Standortregion die Solidarität der Schweiz verdient habe. «Die Mehrheit der Schweiz anerkennt, dass die Region einen wichtigen Beitrag leistet zur Lösung einer nationalen Aufgabe», sagt Philipp Senn, Nagra-Geschäftsleitungsmitglied und Bereichsleiter Kommunikation.

Wie hoch die allfälligen Kompensationen und Abgeltungen konkret ausfallen werden, ist noch nicht entschieden. Letztes Jahr haben erste Gespräche zwischen den Standortgemeinden, dem Bund und den entsorgungspflichtigen Unternehmen stattgefunden. Der Austausch wird von Swissnuclear, dem Verband der Schweizer Kernkraftbetreiber, begleitet.

Die nun folgende Gesprächsphase bilde die Grundlage für die anschliessenden Verhandlungen, sagt René Zimmermann, Kommunikationsverantwortlicher von Swissnuclear, auf Anfrage der NZZ. «Erst in der Verhandlungsphase werden die Modalitäten und die Höhe der Abgeltungen und Kompensationen gemeinsam erarbeitet und geklärt.» Der gesamte Prozess bis zum Ende der Verhandlungen werde mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Das Thema Tiefenlager birgt auch Konfliktpotenzial: Sowohl national (77 Prozent) als auch regional (73 Prozent) hält eine Mehrheit der Befragten Spannungen und Proteste für wahrscheinliche Szenarien. Die Mediensprecherin Jagna Züllig sagt, die Nagra nehme diese Sorge der Bevölkerung ernst. «Wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, damit die Debatte konstruktiv bleibt und es nicht zu Spannungen kommt.»

Um den Austausch mit den Einwohnern der Region zu vereinfachen, eröffnet die Nagra ein Büro in Stadel. «Wir wollen unsere Kommunikation verbessern, den Austausch nicht nur anbieten, sondern ihn auch suchen – vor allem mit dem Drittel der Bevölkerung, das Vorbehalte hat», sagt Züllig.

Eine vergleichsweise kleinere Rolle spielen Bedenken rund um die Sicherheit und die Gesundheit. Nur eine Minderheit der Befragten schätzt es als wahrscheinlich ein, dass für heutige oder künftige Generationen durch die Freisetzung von Radioaktivität oder eine Verseuchung der Umwelt Risiken bestünden.

Positiver Effekt auf Gewerbe

Bemerkenswert an den Umfrageergebnissen ist, dass die Sorge über die angesprochenen möglichen Risiken in der Standortregion weniger gross zu sein scheint als schweizweit. So halten nur 36 Prozent der Ortsansässigen gesundheitliche Risiken für wahrscheinlich. Der nationale Wert liegt bei 46 Prozent.

Während die Meinungen in Sachen Risiken und Chancen eines Tiefenlagers regional und national relativ ähnlich ausfallen, zeigen sich teilweise beachtliche Unterschiede zwischen den Generationen. So gaben schweizweit nur 56 Prozent der Befragten im Alter zwischen 15 und 39 Jahren an, in den letzten Jahren etwas von der Diskussion um die Endlagerung von radioaktiven Abfällen mitbekommen zu haben. Eine Ausnahme sind die 15- bis 39-Jährigen, die in der Region Nördlich Lägern wohnen. Bei den Bevölkerungsgruppen zwischen 40 und 64 Jahren und den über 65-Jährigen gaben bis zu 99 Prozent der Befragten an, um die Debatte zu wissen.

Gleichzeitig sind die unter 40-Jährigen optimistischer, wenn es um die Frage geht, ob ein Tiefenlager in der Nähe positive Auswirkungen haben könnte. Schweizweit halten es zwei Drittel der Befragten für ziemlich oder sehr wahrscheinlich, dass das Lager positive Impulse für das Gewerbe bringen werde. Bei den regional Befragten ist der Anteil mit 58 Prozent leicht tiefer. Bei den über 65-Jährigen gehen derweil nur gut 40 Prozent von einem positiven Effekt auf das Gewerbe aus.

Bis mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, dauert es allerdings noch gut zwanzig Jahre. Erst wenn ein Bewilligungsgesuch ausgearbeitet ist, kann der Bundesrat darüber befinden. Das wird voraussichtlich 2029 der Fall sein. Danach muss das Parlament darüber abstimmen. Dessen Entscheid untersteht einem Referendum.

Sirenen erzielen auch heute noch die grösste Wirkung

An diesem Mittwochnachmittag wird im ganzen Land das Alarmsystem getestet – was Sie dazu wissen müssen

STEPHANIE CAMINADA

Wenn an diesem Mittwoch die Sirenen im Kanton Zürich losheulen, ist klar: Es ist ein Test. Im ganzen Land wird die Alarmierung der Bevölkerung für den Ernstfall geprobt – wie jedes Jahr am zweiten Mittwoch im Februar.

Welche Arten von Alarmen gibt es?

Zum einen wird um 13 Uhr 30 der «allgemeine Alarm» geprüft, ein regelmässiger auf- und absteigender Heulton von einer Minute Dauer. Zum anderen wird ab 14 Uhr bis spätestens 16 Uhr in den Nahzonen unterhalb von Stauanlagen der «Wasseralarm» getestet. Das Signal besteht aus zwölf tiefen Dauertönen von je 20 Sekunden in Abständen von je 10 Sekunden. Geprüft wird, ob die Sirenen funktionstüchtig sind, und die Prozesse zu ihrer Auslösung werden durchgespielt. Für die Bevölkerung dient der Test auch als Erinnerung, wie sie sich im Ernstfall zu verhalten hätte.

Was tun im Notfall?

Ausserhalb der angekündigten Sirenenkontrolle ist bei einem Sirenenalarm davon auszugehen, dass die Schweiz oder Teile des Landes von natur-, technikoder gesellschaftsbedingten Notlagen betroffen sind. Das heisst, eine Gefährdung der Bewohnerinnen und Bewohner – zum Beispiel durch giftigen Rauch oder Trinkwasserverschmutzung – ist möglich. Nach dem allgemeinen Alarm erfolgt immer eine Information via Radio (SRG SSR) oder die Alertswiss-App bzw. die Alertswiss-Website. Die Bevölkerung ist dann dazu aufgefordert, die Anweisungen der Behörden zu befolgen sowie die Nachbarn zu informieren. Der Wasseralarm ruft dazu auf, das Gebiet um eine Stauanlage sofort zu verlassen und sich in höher gelegenes Gebiet zu begeben.

Wer kann einen Alarm auslösen?

Auf Bundesebene kann in Fällen von erhöhter Radioaktivität oder grossflächigen Ereignissen die Nationale Alarmzentrale den Alarm anordnen oder – falls die zuständigen Stellen der Kantone nicht rechtzeitig reagieren können – den Alarm direkt auslösen. Aufgrund der föderalistischen Struktur der Schweiz sei aber nicht vorgesehen, dass alle Sirenen der Schweiz mit einem einzigen Knopfdruck ausgelöst werden können, schreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs). Grundsätzlich sind die Kantone zuständig für die Alarmierung. In der Regel wird dann alarmiert, wenn die Gesundheit zahlreicher Menschen gefährdet oder die Lebensgrundlagen bedroht sind. Die stationären Sirenen können über eine Fernsteuerung zentral ausgelöst werden. Dafür ist im Kanton Zürich die Einsatzzentrale der Kantonspolizei zuständig. Daneben bleibt die Möglichkeit, die Sirenen vor Ort manuell auszulösen. Je nach lokaler Organisation erfolgt dies durch Gemeindeangestellte, Zivilschutz, Feuerwehr, Polizei oder durch Mitarbeitende der Wasserkraftwerke.

Gibt es genügend Sirenen in der Schweiz?

Über das ganze Land erstreckt sich ein dichtes Netz von 7200 Sirenen. Im Kanton Zürich gibt es 478 stationäre und 200 mobile Sirenen. Stationäre Sirenen werden in dicht besiedelten Gebieten eingesetzt und auf Gebäudedächern fixiert. Je nach Typ und Leistung haben sie einen Wirkungsradius von 250 bis 2000 Metern, abhängig von Topografie und Bebauungsdichte. Für abgelegene Gebiete oder beim Ausfall stationärer Sirenen stehen mobile Sirenen zur Verfügung, die auf ein Fahrzeug montiert werden können. Es ist möglich, dass Personen in Gebäuden mit Schallschutzfenstern und Personen mit besonders beeinträchtigtem Gehör die Sirenen nicht hören. Ähnlich ist die Situation von Menschen, die zwar die Sirenen hören, aber – etwa aus sprachlichen Gründen – die nötigen Informationen nicht verstehen. Wichtig sei darum, dass Nachbarn einander gegenseitig informieren würden, schreibt das Babs.

Wie funktionieren die Sirenen?

Früher wurden die Sirenen erst mechanisch, ab 1962 mit Pressluft (pneumatisch) betrieben. Solche Modelle wurden vor Ort ausgelöst. Diese Sirenen sind nicht mehr zulässig. Heute funktionieren sie elektronisch. Bei elektronischen Sirenen entsteht der Ton ähnlich wie bei einer Stereoanlage mittels Lautsprecher und elektronischen Verstärkers. Der Vorteil ist, dass sie über keine beweglichen Teile verfügen. Elektronische Sirenen sind einfacher und günstiger im Unterhalt als ihre Vorgängermodelle. Zudem verringern sich Gewicht, Platzbedarf und Stromverbrauch. Mittels Energieversorgung über Batterien sind sie unabhängig vom Stromnetz einsetzbar.

Sind Sirenen nicht veraltet?

Sirenen sind ein vermeintlich archaisches Kommunikationsmittel, ähnlich wie das Horn des Nachtwächters oder das Sturmgeläut der Feuerglocke, die vor Jahrhunderten vor Unheil warnten. Seit 2018 verschickt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz über die Alertswiss-App auch Push-Meldungen auf Smartphones. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Telekommunikationssystem funktioniert. Momentan sei die Alertswiss-App auf 2 Millionen Smartphones oder Tablets installiert, schreibt das Babs. Das Sirenennetz ist also immer noch das zuverlässigste Alarmierungsmittel. Es erreicht auch Sehbehinderte oder Menschen ohne moderne Kommunikationsmittel. Und es funktioniert nachts, wenn viele Handys ausgeschaltet auf dem Nachttisch liegen.






Nationalrätin Priska Seiler Graf will verhindern, dass der Flughafen Zürich grenzenlos wächst. Nationalrat Beat Walti sagt, die Vorlage habe mit der Wachstumsfrage nichts zu tun. KARIN HOFER / NZZ

«Viele Anwohner haben kein Vertrauen mehr in den Flughafen»

Pistenverlängerungen würden die Sicherheit und die Effizienz erhöhen, sagt Nationalrat Beat Walti (FDP). Seine Ratskollegin Priska Seiler Graf (SP) vermutet dahinter die Absicht, die Zahl der Flüge zu steigern. Das Streitgespräch führte Michael von Ledebur

Frau Seiler Graf, Herr Walti, wann sind Sie zum letzten Mal geflogen?
Beat Walti: Letzten November. Ich muss beruflich dann und wann nach Dänemark, und dies war so ein Fall.
Priska Seiler Graf: Mein letzter Flug war vor zirka vier Jahren, das war ein Truppenbesuch bei der Swisscoy in Kosovo mit der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats. Privat fliege ich nicht.

Wann haben Sie das letzte Mal ein Flugzeug am Himmel wahrgenommen?
Seiler Graf: An meinem Wohnort? Jeden Tag! Ich wohne in der Anflugschneise der Piste 28 in Kloten.
Walti: Je nach Wetter höre ich Flugzeuge. Ich wohne in Zollikon aber etwas westlich der Anflugachse. Der Lärm von Schiene und Strasse ist für mich störender als der Fluglärm.

Was bedeutet der Flughafen für Sie?
Walti: Auch wenn es abgedroschen klingen mag: Er ist unser Tor zur Welt. Wenn man mit Leuten aus anderen Ballungszentren redet, wird einem bewusst, welch überdurchschnittlich gute Direktverbindungen wir weltweit haben. Das ist gerade für die exportorientierten Firmen enorm wichtig.
Seiler Graf: Die Bedeutung des Flughafens würde ich nie abstreiten. Ich komme aus Kloten und sass während vieler Jahre in der Stadtregierung. Als Gemeinde sind wir auf Gedeih und Verderb mit dem Flughafen verbunden. Aber er soll nicht grenzenlos wachsen.

Nun soll die Pisteninfrastruktur zum ersten Mal seit Jahrzehnten angepasst werden. Frau Seiler Graf, Sie sprechen als Gegnerin der Pistenverlängerungen konsequent von einem Ausbau. Gemäss Flughafen geht es aber um die Stabilisierung des Flugbetriebs. Betreiben Sie Stimmungsmache?
Seiler Graf: Man kann es auch umkehren: Ist es nicht vielmehr euphemistisch, von einer Stabilisierung des Systems zu sprechen? Natürlich wird das System stabiler mit den Pistenverlängerungen. Aber man kann dadurch auch die Kapazität erhöhen. Es ist ja das erklärte Ziel des Flughafens, auf bis zu 70 Flugbewegungen pro Stunde zu wachsen.

Der Flughafen strebt diese Steigerung tatsächlich an, das darf er gemäss den Vorgaben des Bundes auch tun. Aber die Flughafen-Verantwortlichen sagen klar, dass die Pistenverlängerungen damit nichts zu tun haben.
Seiler Graf: Noch vor ein paar Jahren hiess es stets, mit einem stabileren Flugbetrieb könne man auch die Kapazität steigern. Die Frage ist doch, ob man den Beteuerungen der Verantwortlichen glaubt oder nicht. Viele Anwohnerinnen und Anwohner haben dieses Vertrauen nicht mehr. Sie wurden immer wieder an der Nase herumgeführt.

Können Sie ein Beispiel nennen?
Seiler Graf: Bei der fünften Ausbauetappe des Flughafens war 1995 von maximal 250 000 Flugbewegungen pro Jahr die Rede. Vor dem Swissair-Grounding waren es dann deren 320 000.

Das ist fast dreissig Jahre her.
Seiler Graf: Wir haben es nicht vergessen. Und beim Zürcher Fluglärmindex ZFI werden bis heute die Grenzwerte verletzt, ohne dass etwas passieren würde.
Beat Walti: Ich verstehe diese Argumente aus einer persönlichen Anwohneroptik. Aber man ist heute doch eindeutig weiter. Und der ZFI ist nicht das beste Beispiel. Der war von Beginn weg eine Zangengeburt, aber immerhin ein Monitoring-Instrument für die Lärmsituation. Und immerhin wurde auch das Limit von 320 000 Flugbewegungen für einen Marschhalt festgeschrieben.

Pistenverlängerungen
Kantonale Volksabstimmung
vom 3. März 2024

Frau Seiler Graf sagt, man könne dem Flughafen nicht trauen. Was sagen Sie, Herr Walti?
Walti: Ich habe dieses Vertrauensproblem nicht, obwohl ich aus dem Süden des Flughafens komme und ein gebranntes Kind bin mit der Einführung der Südanflüge über Nacht 2003 durch den Bund. Es kann mit den Pistenverlängerungen nicht mehr geflogen werden, als es das regulatorische Korsett des Bundes zulässt. Würde man sagen: «Wir bauen eine neue Parallelpiste, versprechen euch aber, nicht mehr zu fliegen als heute» – dann könnte ich die Ängste verstehen. Aber wir reden über eine baulich überschaubare Massnahme. Dank dieser kann man mit mehr Flugzeugtypen und unter mehr Wetterbedingungen die Piste 28 anfliegen. Und die Flugsicherung muss weniger Betriebsumstellungen vornehmen.
Seiler Graf: Es ist eine Glaubensfrage. Glaubt man den Flughafenverantwortlichen oder nicht?
Walti: Es ist nicht nur eine Vertrauensfrage gegenüber den Flughafenverantwortlichen. Der Bund gibt vor, wie viel geflogen wird. Bei den Pistenverlängerungen sind der Regierungsrat involviert, der Kantonsrat, aber auch Experten in der Verwaltung.
Seiler Graf: Wir haben auch in die Regierung kein Vertrauen. Es haben sich nicht immer alle korrekt verhalten. Zum Beispiel hat der Flughafen ihm politisch wohlgesinnte Parteien finanziell unterstützt. Und die Zürcher Regierung hat Angaben des Referendumskomitees im Abstimmungsbüchlein zensiert. Wenn man nicht schreiben darf, dass der Flugverkehr für 27 Prozent des menschengemachten Klimaeffektes verantwortlich ist – diese Zahl stammt übrigens vom Bundesamt für Umwelt –, finde ich das demokratiepolitisch schwierig.
Walti: Das ist eine alte Diskussion: Hat das Komitee im Abstimmungsbüchlein einfach eine Carte blanche, oder gibt es einen Faktencheck? Ich masse mir in diesem Fall kein Urteil an. Aber

Politiker mit langer Flughafen-Geschichte

mvl. · Priska Seiler Graf, 55 Jahre alt, von Beruf Sekundarlehrerin, ist in Kloten aufgewachsen und lebt noch immer dort. Seit vielen Jahren engagiert sie sich in der Flughafenpolitik. Sie war zehn Jahre lang Klotener Sicherheitsvorsteherin, Kantonsrätin, ist Co-Präsidentin der kantonalen SP und seit 2015 Nationalrätin. Seiler Graf ist verheiratet und hat drei Kinder.

Beat Walti, 56 Jahre alt, ist von Beruf Anwalt und lebt in Zollikon. Als früherer Fraktionschef im Kantonsrat und Präsident der kantonalen Partei begleitete er die Diskussionen um die Flughafenpolitik eng. Walti sitzt seit 2014 für die FDP im Nationalrat. Von 2017 bis 2022 war er Fraktionschef der FDP. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

klar ist, dass all diese Punkte jetzt diskutiert werden in der Öffentlichkeit – und wahrscheinlich sogar noch mehr Beachtung erhalten. Es wird also nichts verschwiegen.

Die Gegner der Vorlage befürchten mehr Fluglärm. Gemäss einer Untersuchung der Empa in Dübendorf gibt es einen Zusammenhang zwischen nächtlichem Fluglärm und Herz-Kreislauf-Versagen. Gehen Sie nicht zu leichtfertig über die Lärm-Thematik hinweg, Herr Walti?

Beat Walti: Ich bin kein Vertreter des Flughafens, sondern ich muss als Politiker die verschiedenen Interessen abwägen – den Schutz der Bevölkerung vor Lärm ebenso wie die wirtschaftliche Anbindung. Man muss dem Flughafen aber auch ermöglichen, die Vorgaben umzusetzen, und zwar unter möglichst vielen Wetterbedingungen. Mit den Pistenverlängerungen kann man den Flugplan, der heute auf Normalbetrieb ausgelegt ist, besser abfliegen. Das bedeutet: stabilerer Betrieb, weniger Verspätungen und Lärm am Abend.

Seiler Graf: Wir spüren als Anwohnerinnen und Anwohner heute stark, dass die Nachtruhe nicht eingehalten wird. Ja, der Flugplan ist auf ideale Wetterbedingungen ausgelegt, aber die treffen praktisch nie ein. Und wir sehen keine Bestrebungen des Flughafens, dieses Problem in den Griff zu bekommen, im Gegenteil: Er reizt seinen Spielraum aus. Da zu behaupten, die Nachtruhe würde durch die Pistenverlängerungen eingehalten, erscheint mir abenteuerlich.

Frau Seiler Graf, Sie befürchten also, dass der Flughafen die Zeit mit zusätzlichen Flügen «auffüllt», wenn der Betrieb aufgrund der Pistenverlängerungen effizienter wird. Wobei der Flughafen darlegt, dass dies aufgrund der Regularien wie der Lärmschutzverordnung gar nicht möglich sei.

Seiler Graf: Ja, das befürchten wir, weil es immer wieder passiert ist. Wenn Slots frei geworden sind zwischen 22 und 23 Uhr, sind sie immer aufgefüllt worden. Praktisch jeder Flug in der Sperrzeit wird bewilligt. Da sind andere Flughäfen viel rigoroser. Frankfurt zum Beispiel hat nur fünf Stunden Nachtruhe, aber dort holt man dann notfalls die Passagiere aus dem Flieger raus, statt diesen zu spät starten zu lassen.

Zürich hat sechseinhalb Stunden Nachtruhe, die strengste Vorgabe in ganz Europa.

Seiler Graf: Auf dem Papier stimmt das vielleicht. Aber es kommt nicht so selten vor, dass um ein Uhr morgen noch ein einzelnes Flugzeug unterwegs ist. Und es gibt einfach keinen Druck auf den Flughafen, den Flugplan auszudünnen. Man kann auch anders argumentieren: Der Flughafen rechnet mit 50 Millionen Passagieren jährlich irgendwann in den 2040er Jahren. Heute sind wir bei 31 Millionen. Wie soll diese Steigerung ohne zusätzliche Flugbewegungen gehen?

Walti: In den letzten Jahren ist die Anzahl Passagiere viel stärker gewachsen als die Anzahl Flugbewegungen. Dieser Trend dürfte weitergehen, weil ein grosser Flieger aus Sicht der Fluggesellschaften ökonomischer ist als ein kleiner. Und es stimmt einfach nicht, dass es keinen Druck auf den Flughafen bezüglich Nachtflügen gibt. Da ist die Politik dahinter, sehr zu Recht. Der Flughafen selbst hat auch realisiert, dass er dieses Problem angehen muss.

Die Pistenverlängerungen sind eine Empfehlung aus einer Sicherheitsprüfung des Bundesamts für Zivilluftfahrt. Was kann man gegen mehr Sicherheit haben, Frau Seiler Graf?

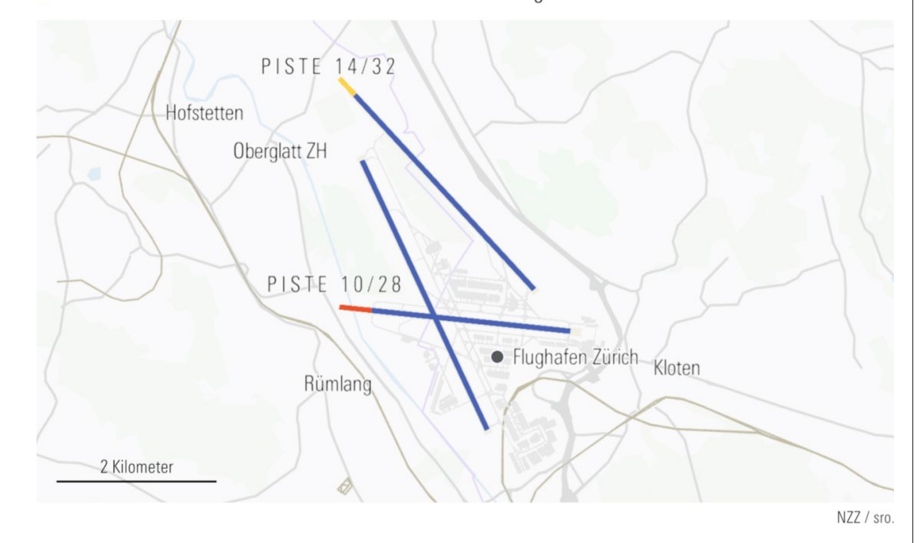
Seiler Graf: Diese Diskussion führt ins Nichts. Der Flughafen Zürich ist sicher. Das sagen auch die Skyguide und die Flughafen Zürich AG.

Herr Walti, ist der Flughafen heute unsicher?

Walti: Wenn etwas passiert in der Fliegerei, gibt es keinen Blechschaden. Dann gibt es sehr viele Todesopfer, das wollen wir uns gar nicht ausmalen. Dass der Flughafenbetrieb in Zürich grundsätzlich sicher ist, schliesst Verbesserungen nicht aus. Priska Seiler Graf sagt: «Wir glauben dem Flughafen einfach nicht.» Mit dieser Haltung wird man stets jede Massnahme ablehnen. Dass ein Betrieb mit weniger Kreuzungspunkten am Boden und in der Luft sicherer ist, leuchtet doch auch dem Laien ein.

Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich

Die Piste 14/32 soll um 280 Meter nach Norden verlängert werden.
Die Piste 10/28 soll um 400 Meter nach Westen verlängert werden.



NZZ / sro.

> «Man kann lange anzweifeln, wie gross der Nutzen der Pistenverlängerungen ist, aber ich habe bisher kein Argument gehört, warum es schlechter werden sollte.»
>
> Beat Walti

Gemäss Skyguide ist der grösste Vorteil, dass der Betrieb weniger umgestellt werden muss. Wieso überzeugt Sie das nicht, Frau Seiler Graf?

Seiler Graf: Dass es tatsächlich weniger Betriebsumstellungen geben wird, können Sie mir nicht beweisen, ebenso wenig wie ich Ihnen das Gegenteil beweisen kann. Der ehemalige Chef des Zürcher Towers hat kürzlich gesagt, die Pistenverlängerungen brächten kaum etwas.

Die Skyguide steht aber klar hinter den Pistenverlängerungen.

Walti: Gemäss meinen Informationen ist es immer der Entscheid des Piloten, der sagt: Es hat mir zu viel oder zu wenig Rückenwind, es ist mir zu nass – das sind kurzfristige Entscheidungen, die Unsicherheit schaffen. Verzichtet man auf die Pistenverlängerungen, lädt man diese Unsicherheit weiterhin den Verantwortlichen der Flugsicherung auf die Schultern.

Kritiker hantieren mit Verschwörungstheorien

Kommentar auf Seite 20

Seiler Graf: In 75 Jahren ist noch nie ein Flugzeug über das Ende der Piste 28 hinausgerollt.

Walti: Ja, weil immer dann, wenn ein Pilot die Piste 28 als zu kurz für eine Landung erachtet, der Zirkus mit den Betriebsumstellungen losgeht, damit er von Süden her landen kann. Das bringt Unruhe.

Seiler Graf: Eines ist unbestritten: Je länger man das gleiche Konzept beibehalten kann, desto besser.

Genau das will man ja verbessern mit den Pistenverlängerungen.

Seiler Graf: Es gibt viele Faktoren, weshalb es am Flughafen Zürich zu Betriebsumstellungen kommt, wie spezielle Wetterlagen oder die Vorgaben der Politik. Der Flughafen wäre für einen Anflug von Norden her angelegt, aber Deutschland hat einseitig Sperrzeiten verfügt, die diesen Anflug abends nicht zulassen. Die Pistenverlängerungen können diese Komplexität nicht auflösen. Hinzu kommt, dass ein grosser Teil der Verspätungen gar nicht in Zürich, sondern bei den Flugsicherungen im Ausland entsteht.

Walti: Klar gibt es Faktoren, auf die wir keinen Einfluss haben. Aber wir müssen die Voraussetzungen bei uns möglichst gut gestalten. Man kann jetzt stundenlang anzweifeln, wie gross der Nutzen der Pistenverlängerungen ist, aber ich habe bisher kein Argument gehört, warum es schlechter werden sollte.

Einmal abgesehen von der Frage, ob die Pistenverlängerungen einen Ausbau bringen oder nicht: Die Diskussion um den 50-Millionen-Passagiere-Flughafen beschäftigt viele Leute. Sind Sie für unbegrenztes Wachstum, Herr Walti?

Walti: Entschuldigung, aber das ist eine irrelevante Frage.

Seiler Graf: Wie bitte?

Walti: Es geht doch darum, die vorhandene Infrastruktur optimal auszunutzen. «Volumen über alles» kann sicher nicht das Motto sein. Aber für Zürich und die Schweiz ist es zentral, dass wir einen attraktiven Hub-Betrieb haben – für den Personenverkehr wie übrigens auch für die Luftfracht. Die Zahl von 320 000 Flugbewegungen pro Jahr als Maximum, wie es im Flughafengesetz steht, ist nahe am technischen Maximum. Daran orientiere ich mich.

Seiler Graf: Es gibt einen Mittelweg zwischen gar keinem Flughafen und einem, der grenzenlos wächst, da gebe ich Beat Walti recht. Aber es gab unter Regierungsrätin Rita Fuhrer auch schon Prognosen von über 400 000 Flugbewegungen. Die Zahl von 320 000 Flugbewegungen ist auch keine fixe Obergrenze: Wenn sie überschritten wird, geht erst die Diskussion über mögliche Massnahmen los. Leider hat man darauf verzichtet, in Zusammenhang mit den Pistenverlängerungen Verbindlichkeiten ins Gesetz zu schreiben. Heute reden wir nicht mehr nur über den Lärm, sondern auch über das Klima. Da noch eine Steigerung anzustreben, ist falsch.

Herr Walti, was sagen Sie zu diesem Sündenregister, das Frau Seiler Graf dem Flughafen vorhält?

Walti: Es hat mit den Pistenverlängerungen rein gar nichts zu tun. Das Argument unterstellt, man wolle mit den Pistenverlängerungen mehr Verkehr und mehr Belastung produzieren. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man die Flugpläne besser einhalten kann, dann tut man der Bevölkerung Gutes und nicht Schlechtes. Wenn man dem Flughafen in keinem Punkt traut und alles als Glaubensfrage darstellt, können wir die Diskussion auch sein lassen.

Die Frage, wie stark der Flughafen wachsen soll, ist doch legitim.

Walti: Es ist ein wichtiges Thema, aber ein anderes. Wir können doch nicht mit dem Pistensystem die Nachfrage steuern. Das ist Sache der Umweltregulierung für den Luftverkehr. Soll man sich auf den Schlauch stellen, damit mehr oder weniger Wasser hinausläuft? Nein, man soll den Hahnen richtig einstellen.

Wohnungsbau in Zürich auf Rekordniveau

Unter dem Strich ist der städtische Bestand im vergangenen Jahr um 2400 Wohnungen gewachsen

MARIUS HUBER

Der Druck auf die Stadt Zürich ist gross: Jahr für Jahr liessen sich zuletzt im Schnitt fast 5000 Menschen zusätzlich hier nieder – und alle brauchen eine Wohnung. Wenig überraschend steht das Thema auf dem Sorgenbarometer der Bevölkerungsbefragung von 2023 ganz an der Spitze.

Insofern hört es sich nach einer guten Nachricht an, was Statistik Stadt Zürich am Dienstag bekanntgegeben hat: Mehr als 3400 neue Wohnungen sind im vergangenen Jahr auf den Markt gekommen. Etwa ein Zehntel davon geht auf Umbauten zurück, der Rest auf Neubauten. Das ist der zweithöchste Wert in diesem Jahrhundert und der achthöchste seit Beginn der Statistik anno 1911. Übertroffen wurde er nur 2018 sowie in den 1930er und 1950er Jahren.

Eine «Katastrophe» für die SP

Anders als damals, als Zürich sich noch auf der grünen Wiese ausdehnen konnte, sind zurzeit auch die Abbruchzahlen relativ hoch. Dies reduziert den Saldo der zusätzlich verfügbaren Wohnungen für 2023 auf knapp 2400 Stück. Aber auch das ist in der langjährigen Betrachtung noch immer ein Spitzenwert.

Walter Angst vom Zürcher Mieterverband wertet dies in erster Linie als eine gute Nachricht für Investoren: «Zürich boomt wie nie. Die Statistik widerspricht der These, dass der Wohnungsbau in der Stadt wegen der mühsamen Bewilligungspraxis am Zusammenbrechen ist.»

Diese Auslegung ist als Kritik direkt auf die bürgerlichen Parteien gemünzt. FDP-Gemeinderat Hans Dellenbach will Angst nicht widersprechen, von einem Zusammenbruch sei nie die Rede gewesen. Die vielen neuen Wohnungen seien «good news», sagt er. Wenn es in diesem Tempo weitergehe, erreiche Zürich das Ziel, bis 2050 Platz für 100 000 zusätzliche Bewohner zu schaffen.

Zugleich habe sich aber die durchschnittliche Dauer bis zur Baubewilligung in Zürich seit 2010 mehr als verdoppelt. Das zeige eine Studie der ZKB. «Wir könnten die neuen Wohnungen deutlich schneller haben», findet Dellenbach. Er höre immer wieder von Bauherren, die entnervt aufgäben, wenn die Politik sich einschalte. «Zum Glück gibt es noch private Investoren, die sich davon nicht abschrecken lassen», sagt er mit Blick auf die Statistik.

Tatsächlich gingen 2023 mehr als die Hälfte der neuen Wohnungen aufs Konto von privaten Gesellschaften. Die öffentliche Hand und die Wohnbaugenossenschaften kamen dagegen nur auf einen Anteil von 24 Prozent. Das ist deutlich weniger, als nötig wäre, um das sogenannte Drittelsziel zu erreichen. 2011 hatten die Zürcher Stimmberechtigten den wohnbaupolitischen Grundsatz in die Gemeindeordnung geschrieben, dass bis 2050 ein Drittel aller Mietwohnungen gemeinnützig sein müsse. Der Anteil der öffentlichen Hand und der Genossenschaften am Gesamtbestand der Wohnungen stagniert in der Stadt Zürich seit zehn Jahren bei 25 Prozent. Jener von privaten Gesellschaften, Pensionskassen und Anlagestiftungen hingegen nimmt zu.

Die städtische SP bezeichnet diese Entwicklung in einer Medienmitteilung als «Katastrophe» für die Zürcher Bevölkerung. Die Immobilienkonzerne seien auf dem Vormarsch, und ihr Standardprozedere sei: Leerkündigung, Luxussanierung, Neuvermietung zum doppelten Preis.

Die Stadt ist zu langsam

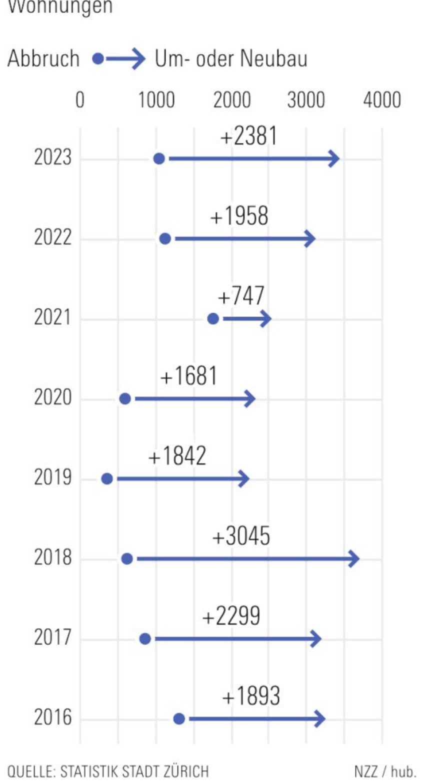
Hans Dellenbach geht das nicht in den Kopf: «Wie kann man eine Rekordzahl an neuen Wohnungen als Katastrophe bezeichnen?» Zumal die öffentliche Hand und die Genossenschaften im vergangenen Jahr mit mehr als 700 Wohnungen zum positiven Ergebnis beigetragen hätten. Seine Schlussfolgerung ist denn auch eine ganz andere als jene der SP. Diese verlangt von der Stadt, noch mehr Geld als bis anhin in die Hand zu nehmen, um eine Trendwende zu erzwingen. Dellenbach verweist aufs Koch-Areal: Dort zeige sich, dass die Stadt als Bauherrin vergleichsweise langsam sei: «Wenn private Gesellschaften mehr und schneller bauen, darf es sicher nicht sein, dass die Stadt noch mehr Land kauft; denn damit verlangsamt man den Wohnbau.»

Auch Walter Angst vom Mieterverband kritisiert die Einschätzung der SP: «Selbst wenn die Stadt den Zukauf erhöht, kann sie das Drittelsziel während eines solchen Booms nicht erreichen.» Um die Lücke zu schliessen, müsste sie Stand heute mehr als 10 000 Wohnungen von Privaten erwerben. Das könne sich auch das reiche Zürich nicht leisten.

Entscheidend ist für Angst, dass die gemeinnützigen Anbieter nicht ins Hintertreffen geraten, dafür sei das Drittelsziel wichtig gewesen. Man dürfe zudem dessen ursprünglichen Zweck nicht aus den Augen verlieren, wenn zurzeit gebaut werde wie selten zuvor: genügend Wohnraum für Menschen mit beschränkten Mitteln.

Weil auch viel abgerissen wird, schwankt der jährliche Zugewinn

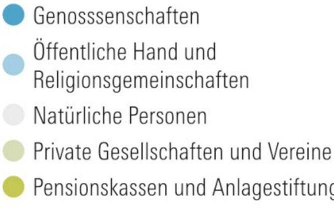
Die Länge des Pfeils markiert die Differenz zwischen neuen und abgebrochenen Wohnungen



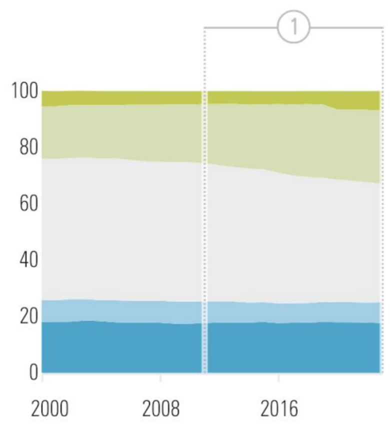
QUELLE: STATISTIK STADT ZÜRICH NZZ / hub.

Private Unternehmen gewinnen an Bedeutung

Anteil der verschiedenen Eigentumsformen am gesamten Wohnungsbestand, in Prozent







1 Volksentscheid 2011: ein Drittel aller Mietwohnungen soll gemeinnützig sein

QUELLE: STATISTIK STADT ZÜRICH NZZ / hub.

Sie hat allen Störungen getrotzt

Lena Häcki-Gross könnte für die Schweiz die erste WM-Medaille im Biathlon gewinnen



In dieser Saison passt alles zusammen: die Biathletin Lena Häcki-Gross am Weltcup auf der Lenzerheide. ROLF SIMEON / IMAGO

EVA BREITENSTEIN

Wenn sich Lena Häcki-Gross zwischen den Rennen erholen will, häkelt sie. Lesen wäre zu ermüdend. Bei einer Biathletin muss sich das Gehirn vom Schiessen ebenso erholen wie die Beine vom Langlaufen. Zurzeit häkelt sie an Fäustlingen mit einem Schweizerkreuz drauf. Ein Maschenwerk wie ihre Sportart Biathlon, in der so viel ineinandergreifen muss für den Erfolg. Ein Fehlschuss – und das zuvor perfekte Rennen ist vorbei. Es ist ein Sport, der mental viel abverlangt.

In diesem Winter sind die Maschen bei Häcki-Gross so gut miteinander verwoben, dass sich ein makelloses Gesamtbild ergibt. Mitte Januar siegte sie im Weltcup in Antholz im Einzel mit 20 Treffern in 20 Schüssen. Vor ihr hatte erst eine Schweizerin einen Weltcup-Sieg geschafft; Selina Gasparin triumphierte zweimal im Dezember 2013, im selben Winter holte sie Olympiasilber. Sie war die Erste, die dem Biathlon in ihrem Land ein Gesicht gab. Doch eine WM-Medaille gab es für die Schweiz noch nie.

Weniger hektisch und ungestüm

Das soll sich nun ändern, wenn an diesem Mittwoch in Nove Mesto, Tschechien, die Weltmeisterschaften beginnen. Lena Häcki-Gross hat in dieser Saison drei Podestplätze und sieben weitere Platzierungen in den Top Ten erreicht. Und die Frauen-Nationaltrainerin Sandra Flunger sagt mit Blick auf die WM: «Lena hat es zu einem grossen Prozentsatz selber in der Hand.» Maximal sieben Chancen hat Häcki-Gross in Nove Mesto; vier bei Einzel- und drei bei Staffelstarts. Sie wird von Tag zu Tag entscheiden, ob Energie und Konzentration für das volle Programm reichen.

Dass die 28-Jährige zurzeit so erfolgreich ist, hat Gründe auf verschiedenen Ebenen – auf einer sportlichen wären ihre Fortschritte im Schiessen. Zwar galt sie im Training längst als sehr starke Schützin. Der Transfer dieser Leistungen ins Rennen gelang ihr aber zu wenig gut, zu ungestüm und zu ungenau war sie im Wettkampf. «Ich war schon immer eine energetische, hektische Person», sagt Häcki-Gross, «das stand mir im Schiessstand ab und zu im Weg.»

Mit der Erfahrung und dank jahrelangem Mentaltraining wurde es besser. In dieser Saison schafft sie es, entspannter zu sein. Häcki-Gross definiert für sich einen Punkt auf der Strecke, ab dem sie sich voll auf das kommende Schiessen konzentriert. Und sie setzt auch einmal ab, wenn ein Schuss kein Treffer war. Das bedeutet: vom Druckpunkt weg, nochmals neu atmen und neu aufs Ziel fokussieren.

Zudem ist sie fit wie selten zuvor. Sie konnte die ganze Vorbereitung ohne gesundheitliche Störungen absolvieren, und mit den starken Laufleistungen ist ein besseres Selbstvertrauen gekommen.

Dass die Engelbergerin physisch aus dem Vollen schöpfen kann, ist keine Selbstverständlichkeit. Vor zwei Jahren hat Häcki-Gross in einem Interview mit CH Media ihren Kampf gegen eine massive Essstörung öffentlich gemacht. Bereits mit 16 Jahren war die Sportlerin kräftig gebaut gewesen, sie entsprach nicht dem vermeintlichen Idealbild einer Ausdauerathletin. Und so glaubten sie, ihr Umfeld und der Trainerstab, dass eine Gewichtsabnahme leistungssteigernd wäre. Häcki-Gross setzte sich unrealistische Gewichtsziele, sie hungerte sich so weit runter, bis Kopf und Körper Signale gaben, dass sie es nicht mehr aushalten.

Daraufhin folgten im schlimmsten Fall Essattacken, die mehrere Tage anhielten und bei denen Häcki-Gross keine Kontrolle mehr über sich hatte: ein Teufelskreis namens Binge-Eating-Störung, die die Sportlerin vor ihrem Umfeld versteckte. Obwohl ihr Gewicht manchmal innerhalb eines Monats um bis zu fünf Kilogramm schwankte, war sie als Biathletin immer noch so stark, dass sich ihre Karriere positiv entwickelte. Irgendwann aber dachte sie fast 24 Stunden am Tag ans Essen, und sie realisierte, dass sie professionelle Hilfe braucht, um aus dem Teufelskreis herauszufinden.

Bis heute wird Häcki-Gross regelmässig auf das Thema angesprochen, von Menschen, die dasselbe erlebt haben oder von ihrem Outing berührt waren. «Das bestätigt mich darin, dass ich richtig vorgegangen bin», sagt sie, die andere für das Thema sensibilisieren wollte. Der Schritt an die Öffentlichkeit war für sie ein Teil des Heilungsprozesses, aber mit diesem Thema könne man «nie ganz abschliessen».

Im Leistungssport ist das Gewicht automatisch ein Thema, ungesunde Gedanken kommen immer noch auf. Doch sie hat gelernt, mit diesen umzugehen. «Ich bin befreiter, habe mehr Energie für andere Themen», sagt Häcki-Gross. Früher dachte sie, dass sie gar nicht gut sein könne, weil sie nicht dem Idealbild entspreche. «Das habe ich komplett abgelegt.» Der Erfolg untermauert, dass Biathlon für Sportlerinnen und Sportler aller Form und Masse möglich ist.

Stabilität gibt ihr auch das heutige Umfeld. Seit 2022 ist sie mit Marco Gross verheiratet, einem ehemaligen deutschen Biathleten, der nun Servicemann bei den Slowenen ist. Damit bekam sie Ricco Gross zum Schwiegervater, den vierfachen Olympiasieger und neunfachen Weltmeister. In dieser Biathlon-Familie ist Häcki-Gross bestens integriert. Seit ein paar Jahren lebt sie in der Nähe des Olympia-Stützpunkts der deutschen Nordischen in Ruhpolding in Oberbayern, wo sie rund eine Woche pro Monat für sich trainiert. Mit Swiss Ski absolviert sie Trainingslager und Stützpunkttrainings auf der Lenzerheide.

Rechtzeitig erstarktes Team

Dank der Lenzerheide hat auch die Schweiz mittlerweile eine Biathlon-Anlage mit modernster Infrastruktur. Im vergangenen Dezember wurde da erstmals ein Weltcup ausgerichtet, in einem Jahr finden dort die Weltmeisterschaften statt. Und das Schweizer Team scheint rechtzeitig erstarkt zu sein. Darauf hatte noch vor zwei Jahren nicht viel hingedeutet, als an den Olympischen Spielen in Peking nicht nur resultatmässig vieles im Argen lag. Um die Stimmung im Schweizer Lager war es damals nicht zum Besten bestellt.

Die atmosphärischen Störungen im Frauenteam wurden daraufhin mit sportpsychologischer Hilfe aufgearbeitet. «Das war extrem wichtig», sagt Häcki-Gross heute, die sich damals als Reaktion auf die schlechte Stimmung sehr zurückgezogen hatte. Der Teamgedanke sei in der Ansammlung von Einzelsportlerinnen verlorengegangen. Dank der Unterstützung lernten sie, wie sie als Individuen in der Gruppe funktionieren und einander helfen können. Heute sei wieder eine gute Dynamik spürbar, sagt Häcki-Gross, «viel Begeisterung und Elan», auch vom Trainerteam. Bei den Zusammenzügen gibt es Spielabende, und die jüngeren Teammitglieder wie die Nachwuchs-Weltmeisterinnen Amy Baserga und Lea Meier sorgen für Konkurrenzdruck.

Eine starke Einheit als Basis: Das ist das letzte Stück, welches das Maschenwerk der Lena Häcki-Gross zu einem Gesamtwerk macht. Die Teamleaderin hatte im vergangenen Winter den Kitt im Kader auf besondere Weise gestärkt: Sie häkelte Tops für ihre Teamkolleginnen.

Doping ist bei Nachwuchsathleten weit verbreitet

Seit 2012 wurden weltweit in 1518 Fällen illegale Substanzen bei Minderjährigen nachgewiesen – ein Bericht bringt den Sport unter Rechtfertigungsdruck

SEBASTIAN BRÄUER

Als die Russin Kamila Walijewa vor den Olympischen Winterspielen 2022 positiv auf ein verbotenes Herzmedikament getestet worden war, gab sich die Sportwelt erschüttert. Der Grund für die kollektive Empörung war ihr jugendliches Alter: Die Eiskunstläuferin war seinerzeit erst 15. Selbst Thomas Bach, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, kritisierte Walijewas Betreuer in emotionalen Worten.

Jetzt erscheinen manche der damaligen Äusserungen in einem neuen Licht. Ein Bericht der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) legt offen, dass Walijewas Doping, für das sie letzte Woche rückwirkend gesperrt wurde, alles andere als ein extremer Einzelfall war. Seit 2012 wurden Minderjährige weltweit in 1518 Fällen positiv auf Doping getestet. Betroffen waren 1416 Nachwuchsathleten, einige von ihnen mehrfach.

Nur jeder fünfte Verdachtsfall erwies sich im Nachhinein als unbegründet, weil beispielsweise eine medizinische Ausnahmegenehmigung vorlag. Bei etwa 80 Prozent der positiven Tests bestätigten die Ermittlungen einen Dopingverstoss. Der jüngste mit Sanktionen belegte Sportler war erst zwölf Jahre alt.

Der Wada-Bericht bringt den Sport unter Rechtfertigungsdruck. Dass bereits junge Talente häufig zu illegalen Substanzen greifen, wirft die Frage auf, ob in einigen Disziplinen der Erfolgsdruck schon in den Nachwuchskategorien allzu gross ist – und auch, zu welchen Taten das Umfeld bereit ist, sobald Prämien und Medaillen locken.

«Knallharte Auslese»

«Den allermeisten Fällen dürften Dramen zugrunde liegen», sagt Ernst König, der Direktor von Swiss Sport Integrity. «Dass Minderjährige flächendeckend auf Eigeninitiative dopen, ist kaum anzunehmen. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass oftmals junge, besonders schützenswerte Personen bewusst verheizt werden.» König skizziert eine «knallharte Auslese»: Offenbar gebe es in gewissen Ländern Trainer oder Betreuer, die in zynischer Manier Rechnungen aufstellten. Ihnen sei egal, ob von 10 000 aussichtsreichen Nachwuchsathleten 9990 auf der Strecke blieben, solange es die zehn übrigen zu den Olympischen Spielen schafften. Also nehme man schwere Gesundheitsrisiken in Kauf.

Am häufigsten wurden Minderjährige gemäss der Wada seit 2012 in absteigender Reihenfolge in Russland, Indien und China erwischt. Die am meisten betroffenen Sportarten waren Gewichtheben, Leichtathletik und Schwimmen. Besonders oft griffen Athletinnen und Athleten zum Diuretikum Furosemid, welches zur Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen gedacht ist. Es folgten Fälle mit Arzneimitteln, die den stimulierenden Wirkstoff Methylphenidat enthalten und zum Beispiel bei der Behandlung von ADHS zum Einsatz kommen.

Die These, dass in gewissen Nachwuchsteams Substanzen kollektiv verabreicht werden, lässt sich auf Indizien stützen. 2012 wurden gleich vier minderjährige rumänische Boxer positiv auf Furosemid getestet. Zehn Jahre später wurde dieselbe Substanz bei zwei jungen weissrussischen Eisschnellläufern nachgewiesen. 2021 flogen drei chinesische Nachwuchsleichtathleten mit dem Anabolikum Stanozolol auf. 2023 erwischten die Fahnder zwei kasachische Gewichtheber unter 18 Jahren, die Ostarine konsumiert hatten, welches ebenfalls den Muskelaufbau fördert.

Auch in der Schweiz wurde bereits ein Minderjähriger wegen Dopings mit Sanktionen belegt. Zum Schutz seiner Privatsphäre verzichtete Swiss Sport Integrity darauf, den Namen des Betroffenen auf die Liste gesperrter Athleten zu setzen. Auch die Sportart, die er praktiziert hatte, blieb geheim.

In vielen Ländern wirken die Instanzen unzureichend vorbereitet auf das Phänomen der gedopten Minderjährigen. Das legt eine im Wada-Bericht erwähnte Umfrage nahe, an der sich 27 Anti-Doping-Agenturen beteiligten. Zwei von drei gaben an, sie gingen davon aus, dass der Missbrauch illegaler Substanzen in ihren Ländern bei Minderjährigen nicht weit verbreitet sei. Nur 15 Prozent der Anti-Doping-Instanzen verfügen gemäss der Umfrage über spezifische Regelungen, wie bei entsprechenden Fällen ermittelt werden sollte. Sie scheinen beispielsweise weit davon entfernt, ihr Personal für Interviews von Minderjährigen zu schulen.

«Wenn minderjährige Athleten positiv getestet werden, sollte zwingend ihr Umfeld unter die Lupe genommen werden», sagt König, der Direktor von Swiss Sport Integrity. Es werde der Sache nicht gerecht, wenn sich die Reaktion auf einen Dopingbefund darauf beschränke, eine Person zu sperren, welche oft noch nicht einmal strafmündig sei.

Realitätsfremde Überlegungen

Swiss Sport Integrity hat vor kurzem festgelegt, dass bei Dopingtests von Minderjährigen, die bisher eher selten waren, generell zwei Kontrolleure anwesend sein müssen. In Schulungen wird der Umgang mit Kindern und Jugendlichen gezielt thematisiert. Sollten künftig Ermittlungen und Abklärungen im Zusammenhang mit Minderjährigen notwendig werden, scheint es denkbar, dass speziell ausgebildete Personen zum Einsatz kommen, die sich sonst mit Verfehlungen im Ethikbereich beschäftigen. Dort sind Minderjährige überproportional häufig betroffen.

Die Erkenntnisse der Wada könnten auch ein Anlass sein, gelegentliche Forderungen kritisch zu hinterfragen, Doping zu legalisieren. Zuletzt hatte die Idee Aufwind bekommen. Ein australischer Unternehmer plant einen Wettkampf, bei dem sämtliche Substanzen erlaubt sein sollen. Wer mit dem Ansatz sympathisiert, argumentiert häufig mit der Eigenverantwortung von Athleten: Jeder solle selbst entscheiden dürfen, welche Risiken er in Kauf nehme.

1416 positiv getestete Jugendliche machen deutlich, wie realitätsfremd derartige Überlegungen sind. Eine Freigabe von Doping würde ein System manifestieren, in dem jeder, der an die Spitze strebt, zu einem gewissen Grad seine Gesundheit aufs Spiel setzen muss. Und Jugendliche, die noch nicht alt genug sind, eigenverantwortliche Entscheide zu treffen, wären zum Mitmachen genötigt. Eine Legalisierung aller Substanzen machte es endgültig unmöglich, Sporttalente vor sich zu schützen. Auch dem Ehrgeiz ihrer Trainer, Betreuer und Eltern wären sie dann noch hilfloser ausgeliefert.

Wenig Schnee? Hauptsache, Sportferien!

Die freien Tage im Winter haben mit Politik zu tun – und einer Tradition, die seit Jahrzehnten weitervererbt wird

STEPHAN RAMMING

Am Anfang der Sportferien geht die schwere Holztüre auf. Grossvater! Er sagt: «Komm, ich muss dir etwas zeigen!» Zur Abstellkammer sind es zehn Schritte, zehn Schritte Herzklopfen. Die neuen Ski! Es sind fast exakt die gewünschten und erträumten, diejenigen von dem Skirennfahrer, von dem es ein körniges, schwarz-weisses Bild in der Zeitung gab. Ausprobieren? Es dunkelt schon bald ein, doch der Hügel hinter dem Haus lockt tief verschneit. Also ausprobieren!

Seit diesen Sportferien vor fünfzig Jahren hat sich nicht nur das Lebensalter der Menschen verändert, die damals Kinder waren. Auch die Sportferien sind nicht mehr das, was sie einmal waren, obwohl sie immer noch heissen wie ehedem. Fangen sie heutzutage an, steht oft der Frühling vor der Tür, und dort, wo verlässlich hüfttiefer Pulverschnee den Hügel hinterm Haus bedeckte, gibt es Primel-Knospen statt Winterzauber.

Bundesrat erfindet das Skilager

Der Winter dauert je nach Region zwanzig bis vierzig Tage weniger lang als vor fünfzig Jahren. Das hat das Bundesamt für Meteorologie herausgefunden. Ein Wintertag ist laut Definition der Wetterforscher ein Tag, an dem die Schneedecke geschlossen und mindestens einen Zentimeter hoch ist. Lag die durchschnittliche Nullgradgrenze vor 50 Jahren bei 600 Höhenmetern, ist sie seither auf 850 Meter geklettert. Die Gesamtschneemenge hat sich in der Höhenlage von 1800 Metern um rund einen Viertel verringert. Geht die Entwicklung so weiter, liegt in 35 Jahren nochmals ein Drittel weniger Schnee. Oje!

Das Wort «Klimawandel» musste Grossvater nicht mehr lernen, er ist längst gestorben. Auch die Bedeutung der Sportferien für den Enkel aus dem Unterland hat der Grossvater wahrscheinlich anders wahrgenommen als der Enkel damals: Mit den Ski, die aussehen wie jene vom Skirennfahrer aus der Zeitung, von morgens bis abends den Hügel hinter dem Holzhaus hochstapfen, und dann hinuntersausen mit dem Gefühl, mindestens so schnell zu sein wie Franz Klammer, Marie-Theres Nadig und Bernhard Russi. Gab es einen Sturz mit Schneestaub in der Nase, dann war der Enkel eben Roland Collombin. Sportferien! Für Grossvater und seine Generation gab es keine «Sportferien».

Die freien Tage im Winter mögen ihre Wurzeln wohl im alten Brauchtum haben, das mit der Fasnacht zu tun hat; wie in Basel, wo die Sportferien offiziell den Zusatz «. . . und Fasnachtsferien» tragen. Die Gleichsetzung von Fasnacht und Sport ist wohl eine typisch baslerische Sonderbarkeit, aber dass die Bezeichnung für eine Zeit der Musse die Handlungsanweisung «Sport treiben» in sich trägt, ist aus heutiger Sicht eigentlich eine Anmassung: Wer nicht arbeitet oder zur Schule geht, soll sich sportlich betätigen – und zwar am besten mit Ski unter den Füssen.



So fing es an: Knaben auf einer Skitour während des ersten Jugendskilagers 1941 in Pontresina. FRED EBERHARD / KEYSTONE

Grossvater war es zwar nicht fremd, dass es schulfreie Zeiten mit unzweideutigen Handlungsanweisungen gab: Er erzählte von den «Heu-Ferien» Anfang Juli, weil in jener Jahreszeit auf den kargen Matten ganze Schulklassen beim Einbringen des Futters für den Winter mithelfen mussten. Heu-Ferien braucht es nicht mehr, würde Grossvater sagen, wäre er nicht gestorben: Das Futter für die Tiere kommt von der Landi, die Milch aus dem Karton und der Schnee aus der Kanone – damit die Unterländer Sportferien machen können. Grossvater hatte manchmal einen bösen Witz.

Warum aber schaffen es weder Klimawandel, demografische Verschiebungen noch verändertes Freizeitverhalten, den Befehl zum Skifahren aus dem amtlichen Begriff «Sportferien» zu tilgen? Der Befehl ist zwar gutschweizerisch unterschwellig, aber gerade deshalb so wirkmächtig: In den Sportferien hat sich der Schweizer mitsamt der Schweizerin in Begleitung von Kind und Kegel in die Bergwelt zu verschieben, weil die frische Luft dem Leib und der Seele zuträglich ist.

Dahinter steckt nicht Thomas Manns Davos-Roman «Der Zauberberg» oder die TV-Serie «1917», sondern politischer Wille der Grossvater-Generation: Der Bundesrat beschloss 1940, im Rahmen der «geistigen Landesverteidigung», der Jugend in der Bergwelt eine Umgebung zu bieten, in der unter den schwierigen Bedingungen der gebirgigen Natur symbolhaft «Wehrhaftigkeit und Gemeinsinn» erprobt werden sollten. 1941 wurde in Pontresina im Engadin das erste Schweizer Jugendskilager abgehalten. Das hatte Folgen. Nicht nur, weil dieses Jugendskilager noch heute stattfindet, für 600 Jugendliche, die alljährlich ausgelost werden für eine Woche im Schnee, wenn er denn liegt in der Region Lenk. Wichtiger für die Einprägung des Skifahrens als Betätigung des Volkes war die Gründung der Organisation Jugend und Sport (J+S). Russi, Collombin, Nadig und andere hatten gerade in Sapporo olympische Medaillen gewonnen, als im März 1972 das Parlament dem Militärdepartement den Segen gab, mit einem Jahresbudget von 19 Millionen Franken die Jugend zum Sporttreiben zu bewegen.

Anpassung an die Natur

Seither fliessen Unterstützungsgelder in die Skilager der Schulen mit dem Ziel, dass auch Kinder und Jugendliche aus dem Flachland ohne Grossvater in den Bergen das Skifahren kennenlernen. Dieser Plan geht auf: 1983 flossen knapp 7 Prozent der insgesamt 24,3 Millionen Franken J+S-Unterstützungsgelder in den Skisport, 2023 waren es von den 93,3 Millionen 5,3 Prozent oder fast 5 Millionen Franken. Die Schneesportlager wurden 2023 mit total 8,6 Millionen Franken von J+S subventioniert, dazu kommen oft Beiträge der Gemeinden. Kurz: Das Lagerleben im Schnee ist beliebt, 110 000 Jugendliche haben laut J+S schweizweit im ersten Jahr nach der Corona-Pandemie daran teilgenommen. Die Saat, die seit fünfzig Jahren von Staat und Schule ausgebracht wird, scheint weiterhin Früchte zu tragen.

Denn ist der Nachwuchs einmal angestiftet, pflanzt sich die Freude am Schnee fort. Auch deshalb behalten die Sportferien in der Schweiz ihre Bedeutung, dass sich Jung und Alt an der frischen Bergluft sportlicher Betätigung hingeben. Dass sich dies alles anders anfühlen mag als noch vor fünfzig Jahren, ist eine Frage der Anpassung – nicht nur an die Natur unter freiem Himmel, der immer sparsamer mit den Schneeflocken umgeht. Es ist auch eine Frage der Anpassung an die eigene Natur, die eine andere ist als vor fünfzig Jahren.

Statt mit klopfendem Herzen zum Grossvater im Holzhaus geht man heutzutage mit dem Portemonnaie direkt zur Skivermietung, statt mit hölzernen Schleppbügeln am Hinterteil lässt man sich in bequemen Sesseln mit Sonnenblenden auf den Hügel fahren. Grossvater würde staunen, wie leicht das Skifahren heute fällt auf den plattgewalzten Teppichen, auf diesen Ski, denen ein leichter Knick in den Knien genügt, damit sie eine Kurve machen. Und wer weiss, vielleicht verleihen sie ja im Laden die Bretter von Marco Odermatt oder Lara Gut-Behrami. Und wenn nicht, kann man immer noch nach denen von Bernhard Russi fragen. Hauptsache: Sportferien!

Eine wundersame Wende

Der Gastgeber Côte d'Ivoire schien am Afrikacup schon mehr als einmal ausgeschieden, nun ist mit einem Ersatztrainer sogar der Titelgewinn möglich

OLAF JANSEN, ABIDJAN

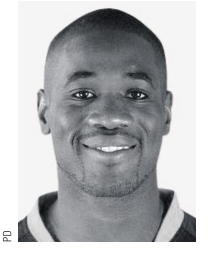
Es war eine Explosion der Gefühle, das «Stadion des Friedens» in Bouaké bebte: Die Freude einer ganzen Nation brach sich Bahn, als der junge Fussballer Oumar Diakité am Samstagabend ins Tor traf. Er, der in der legendären Talentschmiede des ivoirischen Vorzeigeklubs Asec Mimosas ausgebildet worden war, erzielte das 2:1 für Côte d'Ivoire im Viertelfinalspiel des Afrikacups gegen Mali – in der letzten Sekunde der Verlängerung. Und das, nachdem die Ivoirer einen Grossteil der Spielzeit mit einem Mann weniger hatten absolvieren müssen.

Dass das Team des Gastgebers nun in den Halbfinals steht, kommt einem Fussballwunder gleich. Denn schon mehr als einmal in diesem Turnier schien es ausgeschieden. In der Vorrunde hatten die Ivoirer gegen Nigeria verloren, ehe sie gegen den Aussenseiter Äquatorialguinea gleich mit 0:4 untergingen. Nur durch grosses Glück rutschten sie als einer der am wenigsten schlechten Gruppendritten in die K.-o.-Phase. In dieser bezwangen sie dann den Titelhalter, das hochfavorisierte Senegal. Auch in jener Partie war ihnen ein spätes Comeback gelungen – mit einem Last-Minute-Ausgleich und Dramatik im Elfmeterschiessen.

Altgediente Kräfte sind gefragt

Pikanterweise stand da ein in der Not engagierter Trainer an der Seitenlinie. Denn im allgemeinen Stimmungschaos hatten die Ivoirer nach dem letzten Gruppenspiel ihren französischen Coach Jean-Louis Gasset entlassen, der ehemalige Nationalspieler Emerse Faé sprang ein. Wegen der Unerfahrenheit des Ersatztrainers war zunächst gefrotzelt worden. Emmanuel Eboué, ebenfalls früherer Internationaler, sagte über die derzeitige Mannschaft: «Diese Spieler sind so talentiert, die brauchen eigentlich nur jemanden, der sie bei guter Laune hält.»

Aus dem ivoirischen Team gab es Zuspruch für den Trainerwechsel. Der



Emerse Faé
Nationaltrainer
Côte d'Ivoire

Mittelfeldspieler Franck Kessié sagte: «Bei uns ist wieder gute Stimmung. Ich glaube, wir können noch Grosses erreichen.» Er, der in der letzten Saison für den FC Barcelona gespielt hatte, erhielt unter Faé seinen Stammplatz zurück, ebenso die altgedienten Kräfte Serge Aurier (Galatasaray Istanbul) und Max Gradel (Gaziantep FK), die unter Gasset Bankplätze zugewiesen bekamen.

Bis zur wundersamen Wende waren sie beinahe verzweifelt in Côte d'Ivoire, schliesslich war das ganze Land bei Turnierbeginn am 13. Januar in Feierlaune gewesen. Am Flughafen wurden Fans mit Gesang und Tanzgruppen begrüsst. Kaum eine Strasse in der Sechs-Millionen-Hauptstadt Abidjan, die nicht mit den bunten Fahnen der teilnehmenden Länder geschmückt ist. Kein Café, kein Restaurant, das nicht mit riesigen Fernsehern auf Public-Viewing-Partys setzt. Dazu Hunderte von umtriebigen Händlern, die im ewigen Verkehrsstau der Stadt Trikots und Fähnchen an genervte Autofahrer verramschen.

Sie alle freuten sich auf einen Event, der dem Land, das bis ins Jahr 2011 von einem quälend langen Bürgerkrieg in vielerlei Hinsicht lahmgelegt worden war, weiteren Schwung bringen sollte. Für rund 1,5 Milliarden Euro wurden Stadien gebaut und renoviert sowie Strassen und Spitäler modernisiert.

Billettverkauf in Supermärkten

Das Turnier lief denn auch zufriedenstellend an. Die Organisation klappte mehr oder weniger reibungslos, das fussballerische Niveau war von Anfang an hoch, die Zuschauer waren begeistert. Anfangs lief zwar der Ticketverkauf noch etwas schleppend, doch nachdem das Online-System um einen analogen Billettverkauf in Supermärkten, Postämtern und vor Banken ergänzt worden war, waren die Stadien so gut besucht wie wohl noch nie am Afrikacup. Wenn da nur nicht die sportlichen Auftritte des Gastgebers gewesen wären. Doch diese sind seit der spektakulären Wende passé.

Im Halbfinal geht's für die Ivoirer an diesem Mittwoch im neuen Olympiastadion in Abidjans Vorort Ebimpe gegen die Demokratische Republik Kongo. Ein klarer Favorit ist nicht auszumachen. Die Kongolesen, die ohne internationale Stars daherkommen, hatte vor dem Turnier kaum jemand für die finale Phase auf der Rechnung gehabt.

Am ehesten wird der Titel unterdessen den Nigerianern zugetraut, die im anderen Halbfinal auf Südafrika treffen. Die «Super Eagles» haben sich von Spiel zu Spiel gesteigert. Ihr Prunkstück ist die Offensive mit Victor Osimhen von Napoli und Ademola Lookman von Atalanta Bergamo. Aber Achtung: Die Favoritenrolle hat an diesem Afrikacup noch keiner Mannschaft gutgetan.

Die Folgen der Huthi-Angriffe sind bis ans andere Ende der Welt zu spüren

Wegen des Konflikts im Roten Meer musste ein mit 16 000 Tieren beladenes Schiff nach Australien zurückkehren

BARBARA BARKHAUSEN, SYDNEY

Seit einem Monat befinden sich 16 000 Schafe und Rinder aufgrund des Konflikts im Nahen Osten in der Warteschlaufe: Die meisten Tiere sitzen seit dem 5. Januar auf einem Schiff – der MS «Bahijah» – fest, das sie von Australien nach Israel bringen sollte. Die Tiere gehören zu den Hunderttausenden Schafen und Rindern, die jedes Jahr von Australien in den Nahen Osten exportiert werden. Aufgrund der Konflikte in der Region beorderte die australische Regierung die MS «Bahijah» am 20. Januar jedoch nach Australien zurück. Dort musste das Schiff zunächst bei extremer Hitze vor der Küste des Landes warten, bis es im Hafen von Fremantle in Perth anlegen und mehrere hundert Tiere entladen durfte. Seitdem hat sich ein tägliches Tauziehen um das Schiff entwickelt.

So legte das Schiff am Wochenende nun kurzfristig wieder ab, damit es gereinigt werden konnte. Ausserdem sollte die Einstreu für die Tiere ausgetauscht werden. Derweil diskutieren die Behörden, ob das Schiff erneut mit seiner Ladung auslaufen und seine Reise nach Israel wieder aufnehmen darf.

Strenge Vorschriften

Verkompliziert wird die Situation nicht nur durch die immer volatilere Lage im Nahen Osten, sondern auch dadurch, dass Australien extrem strenge Vorschriften in Bezug auf Biosicherheit hat, um Schädlinge und Krankheiten aus dem Inselstaat fernzuhalten. Die Tiere, die wieder entladen wurden, werden derzeit unter Quarantäne an einem sicheren Ort gehalten. An Bord mit den restlichen Tieren befindet sich ein Tierarzt, den der Exporteur beauftragt hat. Dieser muss dem australischen Landwirtschaftsministerium täglich über die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere Bericht erstatten.

Noch seien die Tiere gesund und wohlauf, hiess es Ende vergangener Woche vonseiten des Ministeriums. Zwei unabhängige Tierärzte hätten die Tiere an Bord besucht und «keine Hinweise auf erhebliche Gesundheits-, Tierschutz- oder Umweltbedenken» gefunden. Doch zeitweise sassen die rund 14 000 Schafe und 2000 Rinder bei Temperaturen um die 40 Grad Celsius auf dem Schiff fest.

Das Schicksal der Schafe und Rinder ist nur ein Beispiel dafür, wie sehr der Krieg zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas sich auch auf den Rest der Welt auswirkt. Denn seit Ausbruch der Kämpfe greifen die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen immer wieder Schiffe im Roten Meer an, und nachdem die USA und auch Grossbritannien zurückgeschlagen haben, droht der Konflikt weiter zu eskalieren. Für den Welthandel sind die Auswirkungen gravierend: Das Rote Meer ist eine wichtige Schifffahrtsroute, die den Zugang zum Suezkanal ermöglicht. Dieser wiederum stellt die schnellste Verbindung auf dem Meerweg zwischen Asien und Europa dar.

Neuseeland hat reagiert

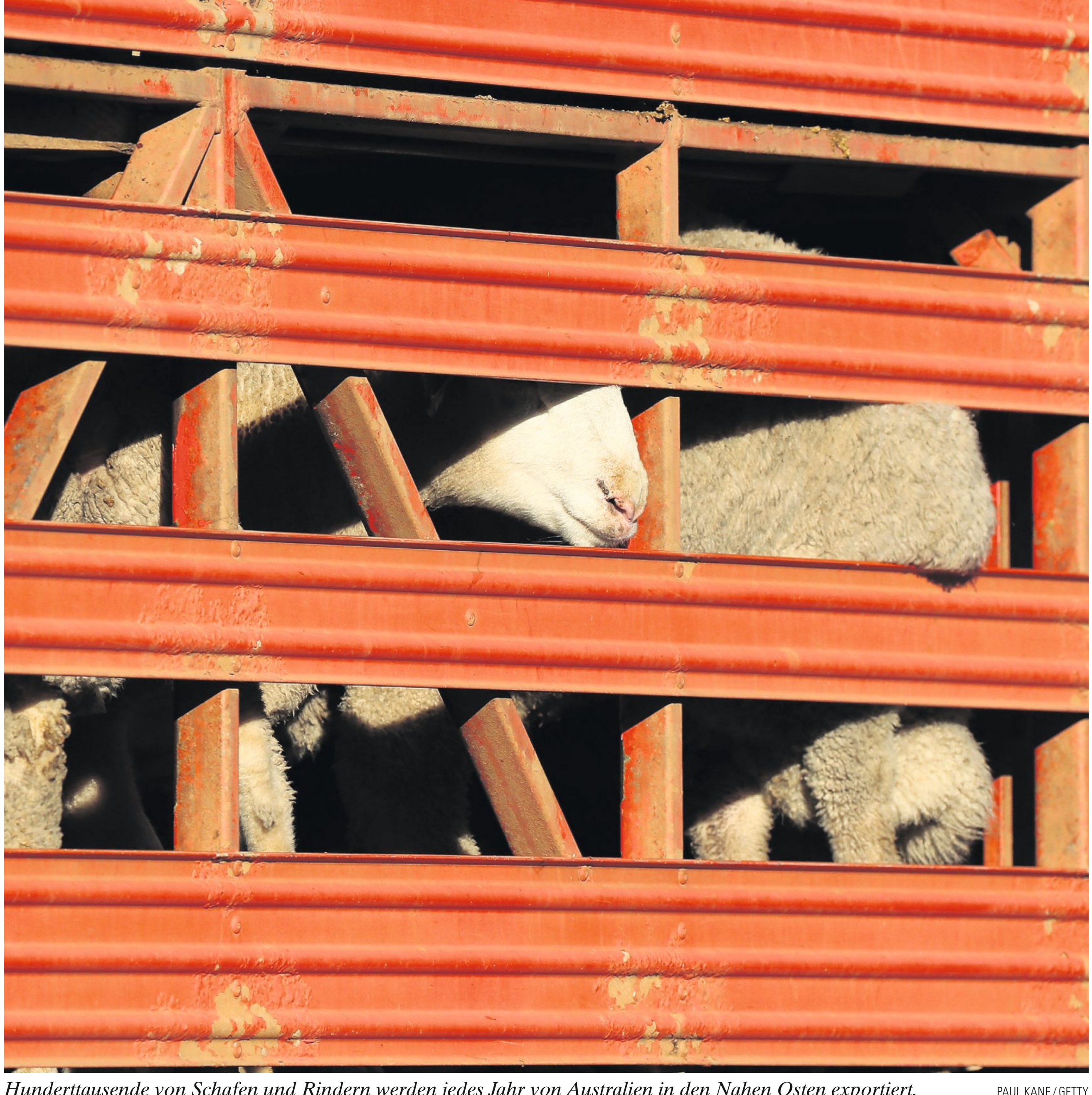
Um die Gefahren im Roten Meer zu umgehen, bevorzugen viele grosse Reedereien deswegen nun den Umweg um Afrika und das Kap der Guten Hoffnung für ihre Schiffe. Dies erhöht die Logistikkosten und bindet Container länger, die eigentlich bereits wieder andernorts benötigt würden.

Gleichzeitig wirft das Martyrium der Tiere erneut ein Licht auf Lebendtierexporte. Diese sind in Australien seit langem umstritten: Tierschützer kämpfen seit Jahren darum, dass die Exporte lebender Schafe und Rinder verboten werden. Denn in der Vergangenheit sind bereits Tausende Tiere qualvoll ums Leben gekommen. Im Jahr 2022 ertranken mehr als 15 000 Schafe, nachdem ein Schiff im Sudan gesunken war. Zwei Jahre zuvor kenterte ein Frachter mit mehr als 40 Besatzungsmitgliedern und 6000 Rindern auf dem Weg von Neuseeland nach China in einem Taifun. 2021 war ein Schiff mit 3000 Rindern drei Monate lang im Mittelmeer unterwegs, viele Tiere verhungerten oder waren extrem dehydriert. Ein besonders tragisches Unglück spielte sich im August 2017 auf einem Schiff ab, das von Fremantle, einer Stadt an der Westküste Australiens, in den Nahen Osten unterwegs war. Rund 2400 Schafe verendeten in der extremen Sommerhitze.

> Zeitweise sassen die rund 14 000 Schafe und 2000 Rinder der MS «Bahijah» bei Temperaturen um die 40 Grad Celsius auf dem Schiff fest.

Lebendtierexporte sind bei Tierschützern weltweit verhasst, doch die geografische Lage macht die Transporte von Australien und Neuseeland aus noch mehr zur Tortur. Neuseeland beendete den Export von lebenden Schafen und Rindern deswegen bereits im April letzten Jahres, und auch in Australien hat der Prozess begonnen, zumindest den Export lebender Schafe auslaufen zu lassen.

Den 16 000 Tieren auf der MS «Bahijah» wird dies jedoch nicht helfen. Für sie muss nun so schnell wie möglich eine Lösung gefunden werden. Sollten die Tiere wieder exportiert werden, werden sie wahrscheinlich einen weiteren Monat auf See bleiben, während die MS «Bahijah» Afrika umsegelt, um die Konfliktzone im Nahen Osten zu umgehen. Wie die australische Nachrichtenagentur AAP am Wochenende meldete, haben Tierrechtsgruppen in Israel Klage gegen das Landwirtschaftsministerium des Landes eingereicht, um zu verhindern, dass das Schiff seine Ladung doch noch nach Israel transportiert.



Hunderttausende von Schafen und Rindern werden jedes Jahr von Australien in den Nahen Osten exportiert. PAUL KANE / GETTY

Zentralrat warnt vor «No-go-Areas für Juden» in Deutschland

Der Präsident Josef Schuster fordert nach einem Angriff auf einen jüdischen Studenten in Berlin die Exmatrikulation des Täters

JACQUELINE LIPP

In Berlin ist am Wochenende ein jüdischer Student der Freien Universität (FU) auf offener Strasse verprügelt worden. Er erlitt Gesichtsfrakturen. Beim Angreifer soll es sich um einen propalästinensischen Kommilitonen gehandelt haben. Dass die Freie Universität Berlin in einer ersten Reaktion das mutmasslich antisemitische Motiv verschwieg, sorgte zunächst für Kritik.

Berlins Bürgermeister Kai Wegner reagierte mit deutlichen Worten. «Dieser niederträchtige Angriff macht mich fassungslos», schrieb der CDU-Politiker am Montag auf der Plattform X. «Jüdische Menschen müssen sich in Berlin überall sicher fühlen – auch an unseren Universitäten!» Auch andere Politiker verurteilten den Angriff.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, nahm am Dienstag die FU in die Verantwortung. «Wer einen jüdischen Kommilitonen krankenhausreif schlägt, weil er Jude ist, der hat an einer deutschen Universität nichts zu suchen.» Eine Exmatrikulation des betreffenden Studenten bezeichnete er als alternativlos. Die Beschwichtigungstaktik und die Ausflüchte der Hochschulleitung müssten endlich ein Ende haben. In der «Bild»-Zeitung mahnte Schuster, dass Universitäten «keine No-go-Areas für Juden» werden dürften.

Freie Universität reagiert

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sagte: «Sollten sich die bisherigen Anhaltspunkte erhärten und der Angriff auf antisemitischen Motiven beruhen, dann muss den Täter die volle Härte des Gesetzes treffen», betonte er gegenüber dem «Redaktionsnetzwerk Deutschland». In diesem Fall solle die Freie Universität auch eine Exmatrikulation prüfen.

In Deutschland häufen sich seit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober israelfeindliche Vorfälle an Hochschulen. Hanna Veiler von der Jüdischen Studierendenunion Deutschland sagte Mitte Dezember im Gespräch mit der NZZ, dass die Atmosphäre für jüdische Studierende an deutschen Universitäten schlimm sei, «vor allem auch an der FU in Berlin». Mit Antisemitismus am Campus seien jüdische Studierende schon lange vor dem 7. Oktober konfrontiert gewesen. «Seither erleben wir aber einen regelrechten Boom von antisemitischem Gedankengut.»

Die Freie Universität Berlin versprach am Montag, alles in ihrer Kraft Stehende zu unternehmen, um eine Bedrohung von jüdischen Studierenden auf dem Campus zu verhindern. Nach der halbherzigen ersten Stellungnahme der FU äusserte sich der Präsident der Hochschule, Günter Ziegler, dezidierter: «Wir sind zutiefst entsetzt über den brutalen, mutmasslich antisemitisch motivierten Angriff auf einen jüdischen Studenten unserer Universität und verurteilen die Tat auf das Schärfste.» Sollte sich bestätigen, dass der Täter ein Student der FU sei, werde die Hochschule juristische Schritte prüfen und gegebenenfalls ein Hausverbot durchsetzen.

Opfer schildert die Attacke

Bei dem Opfer des mutmasslich antisemitischen Angriffs handelt es sich um Lahav Shapira, den Bruder des Komikers Shahak Shapira. Ihr Grossvater wurde bei den Olympischen Spielen 1972 in München von palästinensischen Terroristen ermordet.

Die Berliner Polizei schrieb am Wochenende, dass ein Streit eskaliert sei zwischen dem Opfer, das in sozialen Netzwerken proisraelische Ansichten vertreten habe, und dem Angreifer, der eine propalästinensische Einstellung haben soll. Über den mutmasslichen Täter ist wenig bekannt. Sein Anwalt erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur DPA, sein Mandant werde sich gegenwärtig nicht zum Geschehenen äussern.

Zu Wort gemeldet hat sich hingegen Lahav Shapira. Gegenüber einem israelischen Fernsehsender bestätigte der Student die Schilderung, die zuvor schon sein Bruder über die sozialen Netzwerke verbreitet hatte. «Er hat mir plötzlich einen Fausthieb von der Seite gegeben, und dann noch einen», sagte Shapira aus dem Spitalbett. «Dann habe ich das Gleichgewicht verloren. Ich habe versucht aufzustehen, und dann hat er mir ins Gesicht getreten.» Anschliessend sei der Angreifer weggerannt.

Shahak Shapira verwies auf der Plattform X darauf, dass sein Bruder vor dem Angriff in den sozialen Netzwerken diffamiert worden sei, weil er sich seit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober für jüdische Studierende an der Universität engagiere. Angesichts dessen habe er einen tätlichen Angriff auf seinen Bruder «von Anfang an befürchtet».

Schweiz, wie sozialistisch willst du werden?

Die 13. AHV-Rente für alle ist masslos. Wenn der Staat mit dem Geld unsinnig um sich wirft, muss er sich nicht wundern, wenn die Ansprüche laufend steigen. ***Von Katharina Fontana***



Früher wurde die monatliche Rentenzahlung in der Schweiz meist vom Briefträger überbracht (Bild von 1980). PHOTOPRESS-ARCHIV/KEYSTONE

Pierre-Yves Maillard weiss, wie man Geschichten erzählt. Er kenne eine Rentnerin, sagte der Gewerkschaftschef jüngst an der Albisgütli-Tagung der SVP, die nur noch ein Zimmer in ihrem Haus mit einem Elektro-Öfeli heizen könne, da ihr das Geld für die Tankfüllung fehle. Die Frau habe ihr ganzes Leben gearbeitet und zwei Kinder grossgezogen. Und nun habe sie kein Geld, um ihr Haus zu heizen. Ergänzungsleistungen erhalte sie auch keine, weil sie eben ein kleines Haus besitze. Deshalb brauche es die 13. AHV-Rente. Die Geschichte geht ans Herz. Alte Leute sollten nicht allein in ihrem Haus sitzen und frieren und jeden Franken umdrehen müssen.

Auch Matthias Müller hat ein Beispiel. Es sei falsch, Sergio Ermotti eine 13. AHV-Rente zu finanzieren, sagt der Präsident der Jungfreisinnigen, der nicht nur nichts von Maillards Initiative für eine 13. AHV-Rente hält, sondern seinerseits das Rentenalter auf 66 Jahre anheben will. Wer möchte Müller widersprechen? Auch wenn man die finanziellen Verhältnisse des UBS-Chefs Ermotti nicht näher kennt, ist anzunehmen, dass er dereinst auch ohne Zusatzrente gut über die Runden kommen wird.

Steuergeld wird verpulvert

Im Abstimmungskampf, der am 3. März an der Urne entschieden wird, geht es meist um Zahlen. Die Gewerkschaften rechnen vor, um wie viel das Leben für die Rentner teurer geworden sei: Mieten, Prämien, Lebensmittel. Der Bundesrat rechnet vor, wie viel eine 13. AHV-Rente kosten würde: bald einmal 5 Milliarden jährlich. Die Medien rechnen vor, dass es den Rentnern heute finanziell besser gehe als den Jungen und sie keinen Grund zum Jammern hätten. Das wiederum bringt die Pensionierten in Rage: Sie finden es ehrenrührig, als Gruppe von Profiteuren dargestellt zu werden, die sich ihre Kreuzfahrten von den Jungen finanzieren lassen. Schliesslich sei man auch einmal jung gewesen und habe in die Sozialwerke eingezahlt.

> Die Schweiz verstand sich lange als eine Art Genossenschaft, in der jeder etwas gibt und jeder etwas bekommt und in der niemand die Allmend stürmt und plündert.

Doch es geht um weit mehr als bloss um Zahlen. Viele Bürger fühlen sich vom Staat offenbar nicht gerecht behandelt. Um einen NZZ-Leserbriefschreiber zu zitieren: Man habe kein Geld für alte Menschen, «aber Milliarden für die EU, für die Auslandhilfe, das Asylwesen, die EDV-Misswirtschaft, Garantien für Hochseeschiffe und so weiter». Diese Haltung zieht sich bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein.

Das bringt etliche Politiker in eine schwierige Lage, denn die Kritik, dass der Staat nach allen Seiten grosszügig Geld verteile, trifft leider zu. Wie will man glaubhaft die Giesskanne der 13. AHV-Rente bekämpfen, wenn man andernorts ebenfalls zur Giesskanne greift? Ein Beispiel: Die Mitte und die Grünliberalen lehnen die 13. AHV-Rente zwar ab, doch gehören sie zusammen mit den Linken zu den eifrigsten Befürwortern einer Subventionierung von Familien. Geht es nach ihnen, sollen demnächst alle Eltern für die Krippenbetreuung Geld vom Bund erhalten, egal, ob sie mit 6000 Franken im Monat durchkommen müssen oder Sergio Ermotti heissen. Die neue Sozialleistung würde die Allgemeinheit geschätzt eine Milliarde Franken pro Jahr kosten, Tendenz stark steigend. Gibt es irgendeinen vernünftigen Grund, warum der Staat Paare mit 10 000 oder 20 000 Franken Monatseinkommen unterstützen soll? Wer so leichtfertig den Sozialstaat ausbaut und das Steuergeld verpulvert, muss sich nicht wundern, wenn die Ansprüche auch von anderer Seite wachsen.

Gleichzeitig ist offensichtlich, dass dieser Weg des masslosen Geldverteilens in die Irre führt. Und er passt auch nicht wirklich zur hiesigen Mentalität. Die Schweiz verstand sich lange als eine Art Genossenschaft, in der jeder etwas gibt und jeder etwas bekommt und in der niemand die Allmend stürmt und plündert. Auch heute zählt die Schweiz noch nicht zu jenen Ländern, wo man sich beim Staat hemmungslos bedient und holt, was es zu holen gibt – bis die Kasse irgendwann leer ist. Der eine oder andere libertäre Zeitgenosse mag die Vorstellung ja reizvoll finden, dass den Sozialwerken möglichst schnell das Geld ausgehe, der ausgreifende Wohlfahrtsstaat ans Ende komme und Katharsis und Läuterung einträten. Viel wahrscheinlicher ist hingegen, dass die Schweiz, wenn sie bei den Ausgaben einfach so weitermacht, in eine lähmende Schuldenwirtschaft gerät und die Belastung für den Mittelstand erdrückend wird.

Mit dem AHV-Ausbau würde man einen grossen Schritt in diese Richtung gehen. Die Gewerkschaften haben die Frage elegant offengelassen, wer die Milliardenbeträge für die soziale Wohltat bezahlen soll. Sie behaupten unverfroren, dass die AHV-Kasse so gut gefüllt sei, dass sich die Zusatzrente problemlos einführen und die ersten paar Jahre bezahlen lasse. Wer sich den AHV-Haushalt nüchtern anschaut, sieht, dass dem keineswegs so ist und das Sozialwerk im Handumdrehen finanziell ausbluten würde. Müsste die Schweiz ab 2026 allen Pensionierten eine Zusatzrente zahlen, wäre das Sozialwerk bereits 2027 im Milliardenminus; 2033 läge das Defizit bei 7 Milliarden. Der AHV-Ausgleichsfonds könnte 2033 nicht einmal mehr die Hälfte der Jahresrenten garantieren.

Schleichende Enteignung

Es ist klar, was die Folge wäre: Um die AHV nicht untergehen zu lassen, müssten entweder die Lohnbeiträge oder die Mehrwertsteuer steigen oder beides. Dabei ist die letzte Rettungsaktion zugunsten der AHV noch nicht lange her. Erst vor vier Jahren wurden die Lohnabgaben erneut erhöht, und auf Anfang 2024 stieg die Mehrwertsteuer ein weiteres Mal. Auch wenn die Schweiz von den Spitzensätzen, die in vielen EU-Ländern gelten, noch einiges entfernt ist, kann man keineswegs zufrieden sein. Die Leute werden auch hierzulande in kleinen Schritten enteignet und müssen alle paar Jahre ein bisschen mehr von ihrem Einkommen abgeben. Dieses Geld kommt nie mehr zurück, die Belastung wird nie mehr sinken. Das ist nichts anderes als schleichender Sozialismus. Das kann nicht der Weg der Schweiz sein.

Zudem geht es dem Grossteil der Rentner anständig bis gut. Die meisten können – auch dank ihrer Leistung und Sparsamkeit – ein angenehmes Leben führen. Von den insgesamt 2,5 Millionen Altersrentnern wohnt ein Drittel im Ausland; in Portugal, Serbien oder Thailand ist man noch weniger auf eine Zusatzrente angewiesen als in der Schweiz. Nicht wenige Ältere sind zudem in der komfortablen Lage, jeden Monat Geld zur Seite zu legen und ihr Vermögen zu vergrössern. Die 13. AHV-Rente würde bei ihnen also nicht ausgegeben, sondern dürfte auf dem Konto und früher oder später bei den Erben landen, die sich über 50 000 Franken oder mehr zusätzlich sicher freuen würden.

Es ist auch nicht so, dass die Schweiz die bedürftigen Rentner im Stich lässt. Für jene, die im Alter nur wenig Geld zur Verfügung haben, gibt es die Ergänzungsleistungen (EL), und es ist schlicht nicht einsichtig, warum dieses System plötzlich nicht mehr genügen soll. Mag sein, dass einzelne Gemeinden es den alten Leuten gerne schwermachen, ihren Anspruch auf EL einzulösen, und das ist schändlich. Doch wenn es beim Vollzug hapert, muss man dort ansetzen und nicht eine 13. AHV-Rente für alle einführen. Auch das Argument, dass die Kantone und Gemeinden unterschiedlich grosszügig seien, spricht nicht gegen die EL. Tatsächlich erhalten im Kanton Appenzell Innerrhoden ein Drittel so viele Pensionierte Ergänzungsleistungen wie in Basel-Stadt, wo es rund 20 Prozent sind. Das heisst aber noch nicht, dass das System mangelhaft ist und deshalb die AHV ausgebaut werden muss. Vielleicht leben in Appenzell auch einfach mehr Leute, die ihrer betagten Mutter Geld fürs Heizen geben – man nennt das Familiensolidarität.

Unbeliebt, aber unumgänglich

Das Absurde an der AHV-Abstimmung ist, dass man ernsthaft über einen Ausbau diskutiert statt darüber, wie sich das Sozialwerk überhaupt sichern lässt. Matthias Müller und seine Jungfreisinnigen zeigen mit ihrer Renteninitiative die Richtung vor: Das Alter für die Pensionierung muss schrittweise auf 66 Jahre erhöht und dann an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Mehrere europäische Länder, darunter Finnland und Schweden, machen vor, wie es geht. Die Initianten bekommen wohl keinen Beliebtheitspreis, doch ihr Begehren ist absolut richtig. Die Leute leben länger, und die Bevölkerung besteht nicht zur Hauptsache aus Bauarbeitern und Pflegerinnen, denen man ein früheres Rentenalter gönnt. Früher oder später wird man auch ausserhalb der FDP anerkennen müssen: Der AHV geht das Geld aus, das Rentenalter muss erhöht werden.

Die Schweizerinnen und Schweizer waren bei den Finanzen und der sozialen Sicherheit lange Zeit konservativ eingestellt und lebten das, was man heute gerne als nachhaltig bezeichnet. Die AHV-Abstimmung wird zeigen, ob dem noch immer so ist. Oder ob man sich neu als «Club Med»-Land versteht und das Buffet räumt, solange noch etwas da ist.

Irritierendes zum EU-Abkommen

Im Interview mit Professor Glaser zum Abkommenspaket mit der EU wird behauptet, dass das Abkommen die dynamische Rechtsübernahme über alle bilateralen Verträge bringen würde («Das Parlament würde spürbar an Bedeutung verlieren», NZZ 24. 1. 24). In Tat und Wahrheit würde sich die Übernahme auf fünf bestehende und zwei künftige Abkommen beschränken, die der Schweiz Zugang zum EU-Binnenmarkt ermöglichen. Die anderen mehr als 100 bilateralen Abkommen sind davon nicht betroffen.

Anhand eines hypothetischen Streitfalls werden die Schritte zu dessen Lösung skizziert, die damit enden, dass der EuGH den Schlussentscheid fällt. Dies ist aus zwei Gründen irreführend: Es hängt sehr vom Inhalt einer EU-Richtlinie ab, ob sie unter eines der sieben Binnenmarkt-relevanten Abkommen fällt.

Auch lassen die beschriebenen Verfahrensschritte wichtige Aspekte unerwähnt. Relevante EU-Richtlinien sind das Resultat eines längeren Rechtsetzungsprozesses, in dem auch die Schweiz künftig ihre Interessen vertreten kann. Fällt die Schweiz dennoch einen negativen Entscheid in einem Referendum und ruft die EU deswegen ein Schiedsgericht an, muss dieses zunächst darüber befinden, ob die erwähnte Richtlinie unter eines der sieben Abkommen fällt.

Das Schiedsgericht müsste den EuGH nur anrufen, wenn es diese Frage bejahte und bei der Beurteilung des Falles Begriffe des EU-Rechts eine bedeutsame Rolle spielten, so dass deren Auslegung notwendig wäre. Eine solche Auslegung durch den EuGH hätte auch für die EU und die Mitgliedstaaten eine Präzedenzwirkung.

Stossend ist schliesslich die im Interview vertretene Meinung, dass eine Hinzuziehung des Schiedsgerichts in vielen Fällen davon abhänge, ob die verantwortlichen EU-Kommissions-Mitglieder der Schweiz gewogen seien. Dies wird der Professionalität der Kommission sicher nicht gerecht und lässt auch ausser acht, dass Verfahren vor dem Schiedsgericht lange dauern können, aufwendig sind und auch für die EU negativ ausfallen können.

Hanspeter Tschäni, ehem. Botschafter, Yvonand

Subventionen für die Landwirtschaft

Bei der Debatte um die Kürzung der Agrardiesel-Subventionen heisst es immer: «Die Bauern» sind in ihrer Existenz bedroht (NZZ 16. 1. 24). Da wird überhaupt nicht differenziert zwischen kleinen und mittelgrossen Betrieben einerseits und Grossbetrieben andererseits. Letztere schwimmen geradezu im Geld, auch wegen der EU-Subventionspolitik.

Diese «Agrarmillionäre» (sie sind auch ein Ärgernis für die Kleinbauern) brauchten überhaupt keine Subventionen, keinen heruntersubventionierten Agrardiesel, auch keine Kfz-Steuer-Befreiung. Genau in diese Richtung müsste die Lösung gehen: Unterstützung nur für die kleinen und mittelgrossen Betriebe, Streichungen und Kürzungen nur für die Grossbetriebe.

Noch ein zweiter Punkt, bei dem die derzeitige Debatte unehrlich ist. Warum erfolgt die Unterstützung der Landwirtschaft ausgerechnet durch eine derart klimaschädliche Massnahme wie die Subventionierung von Dieselkraftstoff, durch die auch der technische Fortschritt ausgebremst wird?

Warum gibt es statt der «Diesel-Stinker» noch keine E-Traktoren? Die Antwort liegt auf der Hand: Solange man mit vom Staat stark heruntersubventioniertem Agrardiesel fahren kann, interessiert sich kein Mensch für E-Traktoren, auch nicht die Hersteller von Landmaschinen.

Die staatliche Subventionierung des Agrardiesels hat noch eine andere Nebenwirkung, über die kaum gesprochen wird. Mit Agrardiesel kann man auch Pkw-Tanks befüllen. Das wird längst in grossem Stil gemacht, wie manche Bauern augenzwinkernd einräumen und wie auch Tankwarte wissen.

Experten sind sich einig, dass die höchst klimaschädliche Subventionierung des Agrardiesels verschwinden muss. Es gibt andere Möglichkeiten, der Landwirtschaft zu helfen.

Die Regierung hat für die Streichung der Agrardiesel-Subventionen überzeugende, ja zwingende Gründe auf ihrer Seite, nennt sie in der Öffentlichkeit aber kaum. Auch Parteien und Verbände sollten endlich aufhören, den Bauern populistisch nach dem Munde zu reden, und sollten sich auf ihre Verantwortung besinnen.

Hermann Müller, Tauberbischofsheim (D)

«Politikversagen mit Ansage»

Der frühere Nationalrat Andreas Gross sagte vor Jahren: «Die Armee muss man nicht abschaffen, sie schafft sich selbst ab.» Diese Voraussage bewahrheitet sich erneut, auch ohne die Gesinnung des Alt-Nationalrates zu reflektieren.

Gross hatte erkannt, dass die Ursache bei der Konkordanzdemokratie unseres Landes liegt. Links und rechts liefern sich weiterhin ein Gefecht ohne Sieger (NZZ 2. 2. 24).

Doch das Problem liegt tiefer begraben. Der Schweizer Souverän hat in Unkenntnis der Konsequenzen für die Staatsausgaben im Jahre 2001 die Schuldenbremse zur Haushaltsdisziplin gutgeheissen und damit die Sicherheitspolitik, die Staatsaufgabe Nummer 1, geradezu leerlaufen lassen.

Kein Land, welches selbständig, souverän und unabhängig bleiben will und an seine eigene Zukunft glaubt, unterstellt die Sicherheitspolitik der Schuldenbremse. Die Schweiz hat ihre eigene Glaubwürdigkeit aber auch international zur Disposition gestellt, sie nimmt ihre Verantwortung zur Selbstverteidigung nicht wahr und ist zum Schmarotzer und Trittbrettfahrer für Europa und die Nato geworden. Und die Schuldigen erklären sich für unschuldig.

Dies wäre abzuwenden gewesen, hätte man die Zeichen der Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer erkannt und die Rüstungsanstrengungen nicht komplett vernachlässigt. Eine Armee mit den doppelten Beständen an Personal, Waffensystemen und Ausrüstung würde zwar nicht die volle Glaubwürdigkeit der Schweizer Landesverteidigung bedeuten, wäre aber immerhin international ein Zeichen der Verteidigungsbereitschaft.

Nun sieht die Schweizer Politik die Sicherheitspolitik nur noch im europäischen Verbund. Diese Zukunft ist unsicher. Die Schweiz benötigt keinen Nato-Beitritt, die Schweizer Politik muss zur Vernunft zurückkehren. «To be or not to be, that's the question.» Die Schweiz ist im Begriffe, sich selbst abzuschaffen. Die Schuldenbremse für die Sicherheitspolitik zerstört die Verteidigungsfähigkeit und muss abgeschafft werden.

Beda Düggelin, Zürich

Der Artikel hat mich aufgeschreckt. Die Armee kann ihren Auftrag nicht mehr erfüllen, weil das Geld fehlt. Es ist ein wahres Desaster.

Meines Erachtens sollte alles unternommen werden, damit die Erhöhung der Armeeausgaben wie ursprünglich geplant bereits 2030 erfolgen kann und nicht erst 2035. Die innere und äussere Sicherheit des Landes ist eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste staatliche Aufgabe.

Ein Prozent des BIP für die Armee ist angesichts der gegenwärtig äusserst angespannten Weltlage immer noch wenig – in Finnland sind es in diesem Jahr 2,3 Prozent.

Steuererhöhungen braucht es keine, Einsparmöglichkeiten an anderen Orten gibt es genug, z. B. bei der zu grossen Verwaltung mit den hohen Beamtenlöhnen, im ausufernden Migrationsbereich oder bei der Entwicklungshilfe, die oftmals mehr schadet als nützt.

Ruedi Horber, Niederscherli

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

«Neue Autorität» im Klassenzimmer?

Gastkommentar
von CARL BOSSARD

«Allahu akbar!», riefen Jugendliche der Primarschule Bern Bethlehem und umzingelten dabei eine Lehrerin. Der Vorfall von Mitte Dezember 2023 erregte Aufsehen. Die Stadtberner Schule will ihn mit dem Ansatz der sogenannten «Neuen Autorität» aufarbeiten. Das Konzept boomt. Die Not ist gross, Burnout selbst bei Kindergärtnerinnen kein Einzelfall. Vielerorts ist das Schulsystem an die Grenze der Belastbarkeit gelangt. Gar von «Erosion der Schulqualität» ist die Rede und vom «Tohuwabohu» in Klassenzimmern. Die «Neue Autorität» soll nun Regeln und damit wieder Ruhe in die Schule bringen. Die Idee kommt aus der Familientherapie. Das Konzept beruht auf einer klaren Sprache und hoher Präsenz von Eltern oder Lehrpersonen sowie verbindlichen Regeln.

Was ist nun so neu an der «Neuen Autorität»? Die empirische Unterrichtsforschung, die Hirnbiologie, die Resonanzpädagogik fordern das alles, und zwar unmissverständlich. Neu ist daran wenig, mindestens für die Schule. Interessanter ist vielmehr die Abgrenzung. An die Stelle einer Autorität durch Macht trete eine neue Autorität durch Beziehungsarbeit, sagt Sebastian Teuscher, Leiter der Primarschule Bern Bethlehem. Und dezidiert fügt er bei: «Die klassische Autorität hat ausgedient.» Damit grenzt er sich gegenüber einer Autorität und «autoritären Personen» ab, wie sie der Philosoph Theodor W. Adorno um 1950 analysiert hat und Siegfried Lenz sie in seiner «Deutschstunde» schildert. Das war Autorität als Position; sie setzte auf rigorose formale Hierarchie. «Der Schüler Gerber» von Friedrich Torberg ist daran tragisch gescheitert. Warum also solche Zerrbilder konstruieren, wenn sie doch überwunden sind?

> Autorität hat man nicht einfach, sie wird einem zugesprochen – oder eben nicht.

Autorität ist ein schwieriger Begriff, ein «Anwärter auf die Rolle des Generalbösewichts», sagt der Philosoph Hans Blumenberg. Autorität hat man nicht einfach, sie wird einem zugesprochen – oder eben nicht. Personale Autorität ist ein Beziehungsverhältnis und unerlässlich in der Manege des Klassenzimmers. Gefordert sind Führungs- und Widerstandskraft. Darauf sind manche Berufseinsteiger nur ungenügend vorbereitet und vor allem nicht eingeübt. Das zeigt die hohe Ausstiegsquote junger Lehrpersonen. Das zeigt der verzweifelte Ruf nach «neuer» Autorität. Erklärbar ist das nur, weil die personale Autorität zur Seite geschoben wurde. Die heutige Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen hin zur Individualisierung vernachlässigt das konsequente Führen einer Klasse. Angehende Lehrer würden heute nicht mehr primär Klassen führen, heisst es; es werde individualisiert. Die Lehrperson sei Coach, und in dieser Funktion begleite sie die Lernenden. Der gemeinsame Unterricht sei tendenziell out, die Klassenführung sei darum sekundär geworden. Ohnehin habe das historisch kontaminierte Wort «führen» einen schalen Beigeschmack.

Solche Tendenzen verkennen die Realität. Die pädagogische Leadership-Aufgabe muss gezielt geschult werden. Dazu der Neurobiologe Joachim Bauer: «Kinder und Jugendliche wollen beides: Verständnis *und* Führung» als Tragpfeiler eines respektvollen und effizienten Unterrichts. Kinder wollen also einen fairen Häuptling; sie wünschen sich eine empathische Dirigentin. Wer mit personaler Autorität zu führen gelernt hat, wird in der Dynamik einer pulsierenden Klasse bestehen. Das ist im härter gewordenen Unterrichtsalltag zwar keine Garantie gegen renitentes Schülerverhalten, aber eine wichtige Prävention. In der amerikanischen pädagogischen Psychologie heisst es: «Teachers are leaders of learning and learners.» Wer dieses elementare Handwerkszeug in der Grundbildung gelernt hat, braucht keine «Neue Autorität».

Carl Bossard ist ehemaliger Direktor der Kantonsschule Luzern und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 245. Jahrgang



«Anymal» nennt die ETH ihren vierbeinigen Roboter, der für den autonomen Betrieb in schwierigem Gelände entwickelt wurde. ETH ZÜRICH

Den «Schweizer Weg» der Innovationsförderung weitergehen

Die Schweiz sollte nicht in den zunehmenden internationalen Subventionswettlauf einsteigen. Die Weiterführung des bisher erfolgreichen Schweizer Wegs hat deutlich bessere Aussichten.
Gastkommentar von Hans Gersbach und Martin Wörter

Innovationen von privaten Unternehmen in Form von neuartigen Produkten, Dienstleistungen oder Produktionsverfahren sind die wichtigsten Triebkräfte für eine langfristige Verbesserung des materiellen Wohlstands. Diese Aktivitäten des privaten Sektors hängen zu wichtigen Teilen von wissenschaftlichen Fortschritten in der Grundlagenforschung ab und werden durch die öffentliche Hand unterstützt und gefördert.

In den westlichen Industrieländern geschieht dies normalerweise auf drei Wegen: Erstens werden der grösste Teil der Grundlagenforschung und ein kleinerer Teil der angewandten Forschung entweder direkt vom öffentlichen Sektor durchgeführt oder von ihm finanziert. Die Grundlagenforschung unterstützt die angewandte Forschung in der Privatwirtschaft, indem sie offen forscht, ihr Wissen und ihre Technologien in die Unternehmen transferiert, die Ansiedlung innovativer Unternehmen auslöst und eigene Neugründungen fördert.

Zweitens können die Länder innovative Aktivitäten des Privatsektors durch Subventionen oder steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (F&E) fördern. In letzter Zeit haben diese Formen von Industriepolitik weltweit an Bedeutung gewonnen. Drittens können Regierungen Infrastrukturen wie Technologiezentren oder Mittel für spezifische Forschungsaktivitäten bereitstellen, um F&E-Aktivitäten auf bestimmte Technologien oder Anwendungen zu lenken.

In der Schweiz unterstützt die öffentliche Hand das Innovationssystem, indem es sich auf die Grundlagen- und die angewandte Forschung fokussiert und dies kombiniert mit Programmen, die Hochschulen und Industrie miteinander verbinden. Die Schweiz vergibt vergleichsweise wenige direkte Subventionen an die Industrie, um deren Innovationsfähigkeit zu fördern.

Die Zurückhaltung bei den direkten Subventionen hat damit zu tun, dass es hierzulande immer noch viele Unternehmen mit relativ viel eigener Forschung und Entwicklung gibt. Unser Land hat zudem eine lange Tradition in Bezug auf freien Handel und Kapital. Die exportorientierte Industrie ist es auch gewohnt, sich im intensiven internationalen Wettbewerb zu behaupten.

Die Schweiz ist das innovativste Land der Welt. Der Vorsprung schwindet aber, was auf mindestens drei Gründe zurückzuführen ist: Erstens betreiben immer weniger Firmen eigene teure Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Zweitens haben China, die EU als Ganzes, einzelne EU-Länder und die USA gross angelegte Industriesubventionsprogramme aufgelegt, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die einheimische Wirtschaft zu stärken. Und drittens könnte die OECD-Mindeststeuer die Attraktivität des Standorts Schweiz mindern.

Wie soll die Schweiz auf die veränderte Ausgangslage reagieren? Ein Einstieg in den internationalen Subventionswettlauf ist nicht erfolgversprechend. Die Schweiz ist auch zu klein, um in Schlüsseltechnologien oder auch nur in einzelnen Produktkategorien autark zu werden. Jeder Versuch, dies mit höheren Subventionen erreichen zu wollen, wäre äusserst kostspielig und letztlich zum Scheitern verurteilt.

> Ein starker öffentlicher Forschungssektor, kombiniert mit einer stetigen Verbesserung seiner Wissens- und Technologietransferkapazitäten, bleibt die beste Strategie.

Es ist indes sinnvoll, durch Diversifizierung und Lagerhaltung die Versorgungssicherheit für einige wenige Schlüsselprodukte und -komponenten zu gewährleisten. Dazu sollte die Schweiz ihr Konzept für Versorgungssicherheit überarbeiten und es auf Widerstandsfähigkeit und Flexibilität ausrichten. Ein gutes Innovationssystem ist dabei hilfreich, da es die Widerstandsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft verbessert und flexible Reaktionen auf Engpässe bei bestimmten Produkten ermöglicht.

Ein starker öffentlicher Forschungssektor, kombiniert mit einer stetigen Verbesserung seiner Wissens- und Technologietransferkapazitäten, bleibt die beste Strategie im neuen Umfeld. Der Transfer von Wissen und Technologie aus dem öffentlichen in den privaten Bereich verschafft den Unternehmen Zugang zu den «Rohstoffen» qualifizierte Arbeitskräfte, fortschrittliches Wissen und neueste Technologien sowie zur Infrastruktur der Schweizer Hochschul- und Forschungsinstitutionen.

Im Bereich Forschung und Entwicklung gibt es zudem mehrere Möglichkeiten, auf die OECD-Mindeststeuer zu reagieren: Neben der Förderung des Transfers kommen eine Erweiterung der kantonalen Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung durch Unternehmen sowie eine Anpassung der Förderbedingungen bei Innosuisse infrage.

Das Bereitstellen von Wissen und Technologien durch die öffentlichen Bildungsinstitutionen und der Wissenstransfer in die private Wirtschaft sind ein wichtiger Rohstoff für die Schweizer Wirtschaft. Deshalb sollte – trotz angespannter Finanzlage des Bundes – weiter in das funktionierende Forschungs- und Innovationssystem der Schweiz investiert werden. Ebenso zentral ist natürlich, dass der offene Zugang zu internationalen Märkten für Waren, Dienstleistungen und Forschende beibehalten oder wenn möglich noch verbessert wird.

Hans Gersbach ist Co-Direktor der KOF und Professor für Makroökonomie, Innovation und Politik an der ETH Zürich; **Martin Wörter** ist Titularprofessor und Leiter der Sektion Innovationsökonomik der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich. Der Beitrag basiert auf der KOF-Studie.

Scheidung auf Koreanisch

Der kommunistische Norden ist entschlossen, das Ziel der Wiedervereinigung mit dem Süden nicht weiterzuverfolgen. Vorbild ist die DDR.
Gastkommentar von Hoo Nam Seelmann

Im kommenden Jahr jährt sich die Teilung Koreas zum achtzigsten Mal. Sie umfasst mittlerweile eine ganze Epoche, eine Tatsache, die gegen die Wiedervereinigung wirkt. Das Auf und Ab in den Beziehungen zwischen Süd und Nord wird einerseits von der jeweiligen Innenpolitik und anderseits der weltpolitischen Grosswetterlage bestimmt. Was konstant bleibt, sind die Spannung und die vom Norden ausgehende Kriegsgefahr. In den letzten Jahrzehnten haben sich aber zwei unterschiedliche politische Systeme etabliert, und neue Umstände sind entstanden. Dass die beiden Landesteile ohne regelmässige Kontakte immer weiter auseinanderdriften, liegt in der Logik der Dinge. Die Menschen aus dem Norden und aus dem Süden sind einander fremd geworden. So fragen sich immer mehr Südkoreaner, ob die Wiedervereinigung ein erstrebenswertes Ziel sei. Die Skepsis nimmt angesichts der enormen Kluft in der Wirtschaftsleistung zu, ein organisches Zusammenwachsen gilt als kaum mehr möglich.

Die Umfragen bestätigen den Trend. Ende 2023 meinten 64 Prozent der Befragten, dass die Wiedervereinigung wünschenswert sei. Ein Jahr davor lag der Wert noch bei 73,4 Prozent. Auffällig ist die Lage bei den 20- und 30-Jährigen, von denen nur 24 Prozent eine Wiedervereinigung befürworten, während 61 Prozent diese ablehnen. Eine negative Einstellung gegenüber Nordkorea ist hier auch besonders ausgeprägt. Bei den 20-jährigen Männern betrachten 76,7 Prozent und bei den 30-jährigen 64,2 Prozent Nordkorea als ein feindliches Land. Bei gleichaltrigen Frauen liegt dieser Wert erheblich tiefer, jeweils bei 56,3 Prozent bzw. 47,1 Prozent. Diese Differenz kommt wohl daher, dass die Männer in diesem Alter ihren Wehrdienst leisten und die Verteidigung des Landes meist gegen den möglichen Angriff aus dem Norden ausgerichtet ist. Diese Haltung unter den jüngeren Generationen dürfte für die künftige politische Entscheidung eine wichtige Rolle spielen

Die Befürworter der Wiedervereinigung meinen, diese würde die Kriegsgefahr gänzlich bannen und einen neuen Aufschwung in die Wirtschaft bringen, da im Norden mehr Naturressourcen vorhanden sind. Auseinandergerissene Familien, von denen es immer noch 47 000 gibt, könnten sich wiedersehen, und die gemeinsame Geschichte und Kultur liesse sich wiederbeleben.

Die Gegner bringen vor, dass die finanzielle Belastung untragbar gross und die kulturelle Differenz unüberwindbar sein könnte. Man befürchtet politische Unruhen und soziale Konflikte. Reden die Südkoreaner von der Wiedervereinigung, gehen sie immer davon aus, dass sich Nordkorea dem Süden anschliesst und nie umgekehrt, was für die nordkoreanische Führung natürlich nicht akzeptabel ist.

Nun hat die nordkoreanische Seite bekanntgegeben, dass sie keine Wiedervereinigung mehr mit dem Süden wolle. Ganz offiziell wurde dies verkündet. Neu wird auch bestritten, dass die Koreaner ein gemeinsames Volk bilden würden. Das Wort «Wiedervereinigung» ist aus der Verfassung gestrichen worden und soll auch aus dem offiziellen Sprachgebrauch verschwinden. Alle Institutionen und offiziellen Kommunikationskanäle, die mit dem Thema zu tun hatten, wurden geschlossen. Sogar ein Monument, das dem gemeinsamen Wunsch nach Wiedervereinigung Ausdruck gab, wurde im Januar abmontiert.

Nordkorea will aus dem Schatten der Trennung heraustreten und ein unabhängiger Staat werden. Das Land hält neuerdings strikt an der diplomatischen Sprache fest und bezeichnet Südkorea selbst in der innerkoreanischen Kommunikation als «Republik Korea». Bis jetzt hatte Nordkorea den Süden stets «Namchoson», also «Süd-Choson», genannt. Choson ist der alte Name Koreas, als es noch ein Königreich war. In Südkorea heisst hingegen Nordkorea «Bukhan», also «Nord-Han». Mit «Han» bezeichnen sich die Koreaner traditionellerweise selbst als Volk.

Diese sprachliche Umgangsweise drückte trotz Konfrontationen eine besondere Verbundenheit aus und zeigte, dass die innerkoreanischen Beziehungen einen Sonderstatus innehatten. Die Politiker wie die Menschen in den beiden Landesteilen waren sich dessen stets bewusst. Die Teilung wurde als ein vorübergehender Zustand betrachtet, der überwunden werden sollte. Nun will Nordkorea den Sonderstatus annullieren und sich ganz vom Süden abkoppeln.

Nordkorea scheint den Weg, den die DDR beschritten hat, einschlagen zu wollen. Während Westdeutschland weder die Teilung noch Ostdeutschland als einen selbständigen Staat offiziell anerkannt hat, unternahm die DDR viele Schritte, um sich als unabhängig zu etablieren. So führte sie 1967 die eigene Staatsangehörigkeit ein und im folgenden Jahr eine neue Verfassung, die aber noch die Wiedervereinigung als Ziel enthielt. Dieses wurde jedoch 1974 ganz gestrichen.

So trat eine rechtliche Asymmetrie ein, denn für die BRD waren die Bürger der DDR immer auch die eigenen, aber umgekehrt galt dies nicht. In Korea würde eine vergleichbare Situation eintreten, sollte Nordkorea das Vorhaben realisieren. Nordkorea würde die Südkoreaner rechtlich als Ausländer ansehen, während Südkorea, da die Verfassung dies gebietet, die Nordkoreaner als eigene Bürger betrachtet. Die DDR konnte trotz diesen juristischen Schutzwällen nicht den eigenen Niedergang aufhalten. Wie die koreanische Saga ausgeht, weiss niemand, aber je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird das Zusammenwachsen.

Hoo Nam Seelmann lebt als Publizistin und Buchautorin mit Schwerpunkt Korea und Ostasien in Riehen.

UBS-Renditeziele

Noch lange kein Rückfall in die wilde Ospel-Zeit

ANDRÉ MÜLLER

Aufatmen am Schweizer Bankenplatz: Die grosse Überraschung blieb aus, als die UBS Jahreszahlen und Strategie vorstellte. Diese Ruhe ist willkommen nach dem CS-Übernahme-Drama und den ausufernden Diskussionen darüber, ob die «Megabank» UBS in der Schweiz noch erwünscht ist.

Die Anleger reagierten zwar enttäuscht. Aber die UBS arbeitet solide, zieht Neukunden an und kommt bei der Integration der Credit Suisse zügig voran. Die Aktionäre erhalten mehr Dividende und das Versprechen der Bankspitze, dass die UBS bis Ende 2028 noch einmal deutlich profitabler werden soll.

Ob der Bankchef Sergio Ermotti, 63, und der Präsident Colm Kelleher, 66, dann noch an der UBS-Spitze stehen, ist zwar fraglich. Aber das Signal, dass die Bank es sich auch nach der CS-Integration nicht auf dem Liegestuhl gemütlich machen wird, dürfte die Investoren erfreuen. Dennoch schrauben Ermotti und Kelleher, die mit der UBS zu den führenden amerikanischen Banken aufschliessen wollen, richtigerweise nicht gedankenlos am Renditeziel. Bis 2026 bleibt es bei 15 Prozent; dort, wo es schon bisher war, nachher soll es 18 Prozent betragen.

Wäre eine UBS, die aus jedem Franken Kapital 3 Prozentpunkte mehr Gewinn pressen muss, weiterhin sicher? Diese Frage wird die Aufseher, die Politik, aber auch den Steuerzahler zu Recht umtreiben. Denn zu ambitionierte Ziele wecken die Geister der Vergangenheit: Im Vorfeld der Finanzkrise von 2008 strebten Grossbanken Eigenkapitalrenditen von weit über 20 Prozent an.

Joe Ackermann, damals Chef der Deutschen Bank, versprach seinen Investoren 25 Prozent Eigenkapitalrendite. UBS-Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel verknüpfte hohe Renditeerwartungen mit dem Anspruch, weltweit und vor allem in den USA zu den ganz Grossen zu gehören. Das war ein wichtiger Grund, weshalb die UBS und andere Banken damals enorme Risiken am amerikanischen Häusermarkt eingingen, sich verzockten und vom Staat gerettet werden mussten.

Um die enormen Renditeziele zu erreichen, hielt die UBS vor der Finanzkrise auch nur sehr wenig Eigenkapital, was sie noch anfälliger für Schocks machte. Natürlich darf die Bank diesen Fehler nicht wiederholen. Sie soll weiterhin mehr Eigenkapital halten als das regulatorische Minimum.

Die Gefahr, dass sie in dasselbe alte Fahrwasser gerät, ist vorerst jedoch gering. Der Fokus der Bank liegt heute auf der globalen Vermögensverwaltung, nicht mehr auf der Investmentbank. Diese wurde schon vor elf Jahren zur Hilfstruppe herabgestuft, die das zentrale Geschäft mit den Superreichen dieser Welt unterstützen soll.

Die Vermögensverwaltung birgt auch Risiken, aber diese sind anders gelagert. Eine Bank muss heute zum Beispiel akribisch auf ihre Reputation achten und auf Kritik und Unsicherheit von aussen rasch mit transparenten Aussagen reagieren. Bis anhin gelingt das der UBS unter Ermotti.

Die Debatte, ob sie zu viel oder zu wenig riskiert, um Rendite zu erzielen, wird sich nach Abschluss der CS-Integration 2026 in neuer Schärfe wieder stellen. Nicht Ermotti und Kelleher werden sie führen, sondern ihre Nachfolger. Die wichtigsten Risiken der Gegenwart liegen beim Umgang mit dieser Übernahme.

Erstens muss die Bank ihr Sparprogramm bewältigen. 2023 war für die Schweizer UBS-Mitarbeiter bloss Vorgeplänkel, vor allem das zweite Halbjahr 2024 wird richtig weh tun. Hierüber verlor Sergio Ermotti an diesem Dienstag wenig Worte, was der anstehenden Massenentlassung die Brisanz nicht nimmt. Die Bank federt die Unzufriedenheit über Entlassungen mit einem gut dotierten Sozialplan ab. Doch ist die Konzernleitung gut beraten, ihre eigenen Boni nicht zu früh und zu stark zu erhöhen, während das Gros der Bank unter der Integration ächzt. Es würde zu viel Ärger, schlechter Presse und politischer Interventionslust führen.

Zweitens steht die Zusammenlegung der IT-Plattformen von UBS und CS an. Es ist ein Monsterprojekt mit hohen operationellen Risiken, bei dem die UBS viel zu verlieren und zunächst wenig zu gewinnen hat. Nicht umsonst halten Banken so lange wie möglich an ihrer alten Software fest. Die Kunden und die Aufseher erwarten jedenfalls, dass alles reibungslos über die Bühne geht.

Drittens muss die UBS scharf auf ihre Kosten achten. Sie hat mit der Übernahme Kunden geerbt, welche die verzweifelte CS zuletzt mit Luxuskonditionen zum Bleiben überredet hatte. Die UBS muss diesen Kunden den Sonderrabatt wegnehmen, ohne sie an die Konkurrenz verlieren. Ähnliches gilt für viele CS-Kundenberater, die im Vergleich mit anderen Banken deutlich überbezahlt waren.

Auch die «alte UBS» kann effizienter werden und die Rendite auf ihrem Eigenkapital steigern, ohne grosse, neue Risiken einzugehen. Die Aussage von Ermotti, dass die Bank in den kommenden Jahren auf etwas Wachstum verzichten wird, um die Profitabilität zu stärken, ist insofern zu begrüssen. Potenzial gibt es vor allem bei der Vermögensverwaltung in den USA, einem Herzstück der heutigen UBS. Gelingt ihr das, rücken die neuen Renditeziele der UBS in Reichweite, ohne dass die Bank auf hochriskante Kredite und Kunden setzen muss – wie dies etwa die Bank Julius Bär mit dem Immobilienkönig René Benko versuchte und scheiterte. Kurz: Nur eine effiziente UBS wird auch eine sichere UBS sein.

Pistenverlängerung am Flughafen Zürich

Die Kritiker führen ein billiges Schmierentheater auf

MICHAEL VON LEDEBUR

Die Zürcher Stimmberechtigten entscheiden am 3. März darüber, ob das Pistensystem am Zürcher Flughafen zum ersten Mal seit 50 Jahren verändert werden soll. Es ist eine geringfügige Anpassung und sollte eigentlich eine rein technische Formsache sein. Die Sicherheit wird erhöht, die Effizienz ebenso – und dafür braucht es keinen einzigen Steuerfranken. Doch die Diskussion ist hochemotional. Die Kritiker des Flughafens ergreifen die Gelegenheit beim Schopf, eine Wachstumsdiskussion zu führen, obwohl es bei dieser Vorlage nicht um Wachstum geht.

Nun ist es legitim, im Abstimmungskampf über Fluglärm und CO_2-Ausstoss zu sprechen. Legitim ist es auch, Misstrauen gegenüber dem Flughafen aufgrund vergangener Erfahrungen zum Ausdruck zu bringen. Nicht legitim ist es hingegen, eine Verschwörung von Regierung, Verwaltung und Flughafen anzudeuten, Betrug an den Stimmberechtigten zu suggerieren und in Kauf zu nehmen, dass das Vertrauen in die Institutionen beschädigt wird. Genau dies tun aber die Flughafenkritiker. Besonders dreist geht die Organisation Fair in Air vor, die einen aggressiven Abstimmungskampf führt.

Zunächst haben die Gegner der Pistenverlängerungen die Geschichte um Spenden des Flughafens hochgekocht. Solche Spenden hat der Flughafen noch bis vor kurzem ausgerichtet an Parteien, die für eine nachfrageorientierte Luftfahrt eintraten. Man kann über Sinn und Unsinn von Parteispenden streiten, aber sie waren nicht geheim, sondern im Jahresbericht des Flughafens öffentlich ausgewiesen. Schlichtweg absurd wäre es, anzunehmen, dass die bürgerlichen Parteien, die seit Jahrzehnten für den Flughafen einstehen, sich ihre Meinungen aufgrund von Parteispenden bilden würden. Trotzdem sprechen die Flughafenkritiker bis heute von «Schmiergeld».

Dann kam der Wirbel um die Abstimmungszeitung. Diesen haben die Gegner mutmasslich mit voller Absicht inszeniert. In der Abstimmungszeitung steht dem Referendumskomitee jeweils eine Seite zur Verfügung. Es wollte nicht nur seine Argumente darlegen, sondern eine Grafik abdrucken lassen. Die Grafik zeigte die Auswirkungen eines 50-Millionen-Passagiere-Flughafens. Da über einen solchen nicht abgestimmt wird, wäre sie eindeutig irreführend gewesen. Doch die Pistenverlängerungs-Gegner versuchten, die Grafik durchzudrücken. Als dies nicht gelang, reichten sie der Staatskanzlei weitere schriftliche Informationen nach, die die Grafik ersetzen sollten. Nur war das Büchlein da schon im Druck.

Auf dieser Faktenbasis behaupten die Flughafenkritiker nun allen Ernstes, die Regierung enthalte den Stimmberechtigten Informationen vor. Sie gehen juristisch dagegen vor. Ihr Kalkül ist klar: Zweifel säen, Verwirrung stiften, Lärm machen. Demokratie funktioniert nur, wenn Konsens über die Fakten besteht. Das Abstimmungsbüchlein ist dabei in der Schweiz elementar. Natürlich ist es nicht sakrosankt: Gegen offenkundige Fehler darf man sich wehren. Der Rechtsweg steht zur Verfügung. Aber man sollte ihn nur im absoluten Notfall beschreiten. Nicht leichtfertig zur Effekthascherei. Auch die Fundamente des so soliden schweizerischen politischen Systems sind nicht davor gefeit, ins Rutschen zu geraten, wenn systematisch Zweifel am Abstimmungsprozess geschürt werden. Die Flughafenkritiker handeln deshalb völlig unverantwortlich. Assistiert werden sie dabei von SP, Grünen und AL. Parteien, die gerne vor Populismus warnen, wenn er von rechts kommt – und diesen selbst hemmungslos schüren.

> Die Gegner der Pistenverlängerung säen Misstrauen, wo es nur geht. Ihnen fehlt es offensichtlich an überzeugenden Gegenargumenten.

Die Pisten sollen verlängert werden, damit alle Flugzeuge darauf landen können und es weniger Systemumstellungen braucht. Warum es nicht um eine Kapazitätssteigerung geht, können die Flughafenverantwortlichen gut darlegen: Die Verlängerungen spielen im regulären Betrieb keine Rolle, sondern nur am Abend. Und da gibt es zahlreiche Regularien wie die Lärmschutzverordnung, die einen Ausbau verunmöglichen.

Die Gegner säen Misstrauen, wo es nur geht. Ihnen fehlt es offensichtlich an überzeugenden Gegenargumenten.

Gewerkschaften sammeln Kleinspenden

Zehnernötli für die AHV-Kampagne

CHRISTINA NEUHAUS

Es ist rührend. Im Gegensatz zu den Wirtschaftsverbänden ist der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) so nahe bei den kleinen Leuten, dass diese Zehnernötli per Post schicken. Vermerk: Für den Kampf um eine 13. AHV-Rente.

Es gebe, so erzählt es der wahrscheinlich zu Marktkonditionen entlöhnte Gewerkschaftssprecher dem Portal «20 min», Menschen, die kein Twint oder E-Banking nutzten und deshalb Zehnernötli schickten. Insgesamt hätten 20 000 Einzelpersonen über eine Million Franken gespendet.

Auf eine genaue Charakterisierung der Kleinspenderinnen und -spender verzichtet der Kommunikationsprofi. Aber er dürfte nichts dagegen haben, wenn sich die Leser dabei ein Grosi vorstellen, das in seinem zugigen Stübli eine zigfach gefaltete Banknote in ein bereits einmal benutztes Kuvert steckt und per B-Post an die Monbijoustrasse 61 in Bern schickt.

Insgesamt stehen dem Gewerkschaftsbund über 2 Millionen Franken für die Abstimmungskampagne für die 13. AHV-Rente zur Verfügung. Das ist, wie auch dem Mediensprecher klar sein muss, ziemlich viel Geld. Deshalb erklärt er den Betrag flugs zur «Reaktion der Bevölkerung auf das doppelt so hohe Budget der Initiativ-Gegner» und lässt seinen Arbeitgeber als tapfere Kleinorganisation dastehen.

Dass den Gegnern der Initiative für eine 13. AHV-Rente doppelt so viel Geld zur Verfügung steht wie den Befürwortern, ist korrekt, aber dennoch nur die halbe Wahrheit. Denn die Gewerkschaften sind längst zur Wirtschaftsmacht geworden. Allein die als Verein organisierte Gewerkschaft Unia wies 2020 bei Einnahmen von 145 Millionen Franken einen Gewinn von 4 Millionen Franken aus.

Betrachtet man die Finanzlage des ganzen Unia-Konzerns (Verein, Unia-Stiftung, Aktiengesellschaften), verfügte die Gruppe laut Jahresrechnung über ein Vermögen von fast 900 Millionen Franken. Davon entfällt der Grossteil auf Liegenschaften und der Rest auf Wertschriften.

Das SGB-Mitglied Unia ist also weit mehr als eine einfache Arbeitnehmervertretung. Die Gewerkschaft ist ein Mischkonzern, der sein Geld mit dem Vermieten von Wohnungen und mit Arbeitsbürokratie verdient. Die Unia führt die grösste Arbeitslosenkasse des Landes und verdient zudem gutes Geld mit Arbeitskontrollen. Heute sind zwar nur noch etwa 15 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, doch die Gewerkschaften kontrollieren mehr als 2 Millionen gesamtarbeitsvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse: finanziert durch Lohnprozente.

> Die Gewerkschaften sind zu einer Wirtschaftsmacht geworden, geben sich aber als Hilfsverein des kleinen Mannes.

Dem Vollzugsorgan, der sogenannten Paritätischen Kommission (bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer), fliesst deshalb immer mehr Geld zu. Im Jahr 2022 waren es laut Bundesrat 230 Millionen Franken. Rund um die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eine Kontrollindustrie entstanden, die den Gewerkschaften viel Geld und Einfluss sichert.

Das ist kein Skandal, zeigt aber, dass es die Gewerkschaften längst mit Arbeitgeberverbänden aufnehmen können – Reserven und Kriegskassen inklusive. Sie sind zu einer Wirtschaftsmacht geworden, geben sich aber als Hilfsverein des kleinen Mannes. Wenn der mächtige Gewerkschaftsbund 20 000 Kleinspender dazu bringt, im Schnitt je 50 Franken zu twinten oder per Post nach Bern zu schicken, ist das etwa so, als würden Kleinpächter für den Grossbauern sammeln.

Und der täte dann auch noch so, als hätte er selbst nur eine magere Kuh im Stall.

Für Benko wird es ungemütlich

Im Fall Signa kommt es zu Strafanzeigen – kurz vor der Insolvenz seien hohe Millionenbeträge verschoben worden

MERET BAUMANN, WIEN

Der Zusammenbruch des Signa-Imperiums von René Benko wird vermutlich auch zu einem Fall für die Strafjustiz. Gläubiger und Investoren des Immobilienkonzerns haben Ende vergangener Woche bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in Wien eine Anzeige eingereicht und Ermittlungen gefordert, wie die «Financial Times» («FT») schreibt.

In einem 22 Seiten umfassenden Dokument machen sie geltend, dass sie bei der Projektgesellschaft Signa Development «einen beträchtlichen Abfluss von Vermögenswerten in der Höhe von mehr als 662 Millionen Euro an (indirekte) Anteilseigner und Schwestergesellschaften» festgestellt hätten. Dafür gebe es keine wirtschaftliche oder operative Rechtfertigung.



Wer bei der Signa-Gruppe zuletzt das Sagen hatte, wird auch die Verantwortung für das Debakel tragen müssen. M. GSTETTENBAUER / IMAGO

Die «FT» hatte schon vor einigen Tagen berichtet, dass die Signa Development kurz vor dem Insolvenzantrag vom 29. Dezember 300 Millionen Euro an zwei Unternehmen verschoben habe, die unter der Kontrolle der Benko selbst zugerechneten und nach seiner Tochter benannten Laura-Privatstiftung stehen sollen. Zudem stiessen Datenforensiker offenbar auch bei der Dachgesellschaft Signa-Holding auf auffällig viele Transaktionen, die «zeitlich nahe vor Insolvenzeröffnung» erfolgten. Das ergab der zweite Bericht des Sanierungsverwalters Christof Stapf, welcher der NZZ vorliegt.

Geschäftsführer oder nicht?

In der Anzeige wird der Signa Development ein «vermutlich vorsätzlicher» Mangel an Transparenz im Vorfeld der Insolvenz vorgeworfen. Die Transaktionen an die beiden von der Laura-Stiftung kontrollierten Unternehmen seien unrechtmässig erfolgt. Ob diese Vorwürfe zutreffen und ob sie strafrechtlich relevant sind, ist offen.

Die Sanierungsverwalterin sagte gegenüber der österreichischen Tageszeitung «Die Presse», nach aktuellem Erhebungsstand seien die 300 Millionen Euro für Immobilienprojekte der Signa verwendet worden. Es würden derzeit aber alle Zahlungen an nahestehende Gesellschaften überprüft. Die Staatsanwaltschaft habe noch nicht entschieden, ob sie formell Ermittlungen einleite, erklärte ein Sprecher der Zeitung.

Kommt es so weit, gerät mutmasslich auch Benko selbst ins Visier. Er hat zwar seit Jahren keine offizielle Funktion mehr in seinem Konzern. Es heisst aber, dass er diesen dennoch gesteuert habe. Einer der wichtigsten Mitinvestoren der Gruppe, der Bauunternehmer Hans Peter Haselsteiner, bestätigte dies kürzlich in einem ORF-Interview. Benko habe die Zügel in der Hand gehabt und in Managemententscheidungen eingegriffen, erklärte er.

In diesem Fall stünde Benko als «faktischer Geschäftsführer» auch persönlich in der Verantwortung. Der Tiroler scheint sich jedenfalls vor einer Inhaftierung zu fürchten, wenn man einem Artikel des Boulevardblatts «Kronen-Zeitung» glaubt. Laut diesem haben seine Anwälte der Staatsanwaltschaft eine dreiseitige Äusserung übermittelt, in der sie eine «mehr als irreführende» Medienberichterstattung, ja sogar «mediale Hetze» beklagen.

Unmittelbarer Anlass dafür soll ein Artikel eines ehemaligen Politikers der Grünen auf dem von ihm gegründeten Onlineportal «Zackzack» gewesen sein. Darin werden unter dem Titel «Muss Benko ins Gefängnis?» diverse Straftatbestände aufgelistet, deren sich der Unternehmer schuldig gemacht haben könnte, darunter Betrug, Insolvenzverschleppung und Steuerhinterziehung. Weil er auch im Ausland Domizile und Vermögen besitze, könnte Benko sich der Strafjustiz durch Flucht entziehen, insinuiert der Text. In solchen Fällen könne Untersuchungshaft verhängt werden.

Benkos Anwälte legen dagegen dar, warum kein Grund für eine Festnahme ihres Mandanten vorliege: Er habe geordnete Lebensverhältnisse und einen festen Wohnsitz in Österreich, zudem habe Signa zahlreiche unabhängige Berater engagiert, die alle Geschäftsbereiche prüften. Es bestehe weder Fluchtnoch Verdunkelungsgefahr.

Bereits vergangene Woche hat die Republik Österreich den Signa-Gründer persönlich ins Visier genommen. Die Finanzprokuratur, die als deren Anwältin agiert, hat beim Gericht in Innsbruck einen Insolvenzantrag gegen Benko gestellt. Laut Medienberichten soll es zum einen um eine offene Steuerforderung gehen, zum anderen darum, dass der Unternehmer seiner Verpflichtung im Sanierungsverfahren der Signa-Holding zum Einschuss von drei Millionen Euro nicht vollumfänglich nachgekommen sei. Die Republik ist selbst auch Gläubigerin der Dachgesellschaft.

Rechnungen sind bezahlt

Der Insolvenzantrag bedeutet nicht, dass Benko zahlungsunfähig ist, sondern ist taktisch motiviert: Er soll sicherstellen, dass alle Gläubiger in einem solchen Fall gleich behandelt würden und der Immobilienmogul nicht gewisse mit seinem Privatvermögen befriedigt, während andere leer ausgehen. Allfällige derartige Zahlungen könnten auch rückabgewickelt werden, sollte das Gericht eine Insolvenzeröffnung beschliessen.

Das Gericht prüft den Antrag nun, zum Zeitplan machte es laut Medienberichten keine Angaben. Gibt es ihm formal statt, wird Benko zu einer sogenannten Einvernehmens-Tagsatzung geladen. In dieser müsste er Auskunft über seine Vermögensverhältnisse, Zahlungsfähigkeit und Schulden geben. Dann wäre klar, inwieweit Benko persönlich zivilrechtlich haften könnte – immer vorausgesetzt, die operative Tätigkeit bei Signa kann ihm nachgewiesen werden.

Es ist allerdings auch möglich, dass das Gericht den Insolvenzantrag ablehnt, etwa weil der Unternehmer seine Schulden beglichen hat. Laut dem Nachrichtenmagazin «Profil» sind die drei Millionen, die er für die Sanierung der Signa zugesagt hat, inzwischen bezahlt. Eine erste Tranche von gut einer Million Euro überwies er im Dezember, wie dem Bericht des Insolvenzverwalters Stapf zu entnehmen ist. Eine zweite erfolgte Anfang Januar «von dritter Seite». Eine letzte Zahlung über gut eine Million Euro folgte schliesslich letzte Woche, wie das Magazin aus dem Umfeld der Dachgesellschaft erfahren haben will. Auch diese sei «von dritter Seite» geleistet worden. Gemäss involvierten Kreisen könnte es sich dabei um Haselsteiner handeln.

Die UBS gibt bei der Integration der CS-Pensionskasse den Ton an

Das Bangen der Kadermitarbeiter um ihre Vorsorgepläne war berechtigt

MICHAEL FERBER

Mit der Eingliederung der Credit Suisse (CS) in die «neue UBS» rücken auch die Pensionskassen (PK) der beiden Banken näher zusammen. Per 1. Januar 2027 passt die Vorsorgeeinrichtung der CS ihr Vorsorgemodell an dasjenige der UBS-Pensionskasse an. Dies geht aus einem Informationsschreiben der CS-Pensionskasse an ihre Versicherten sowie einer internen Mitarbeiterinformation von CS und UBS hervor. Die Medienstelle hat dies bestätigt.

Ab 2027 fliessen keine Beiträge mehr in die bei der CS-PK geführten Kapitalsparpläne für Gutverdienende, die sogenannten 1e-Pläne. Die Vorsorgeeinrichtung der UBS hat dieses Instrument nicht. Die Anpassung des Vorsorgemodells der CS-Kasse führt zu niedrigeren Umwandlungssätzen für deren Versicherte.

Vor allem aufgrund höherer Arbeitgebersparbeiträge sollen sich die Leistungen für die Mehrheit der Versicherten der CS-PK in der Schweiz aber verbessern, heisst es in der Mitarbeiterinformation. Für viele Versicherte der CS-PK bedeuten die Anpassungen künftig zudem eine grössere Flexibilität bei der Wahl zwischen Rente und/oder Kapitalbezug bei der Pensionierung.

Die grösste Kasse der Schweiz

Die Anpassung des Vorsorgemodells könnte ein Schritt in Richtung einer künftigen Fusion der beiden Kassen sein. So entstünde die grösste PK der Schweiz. Die Entwicklung zeigt, dass die UBS-PK beim Zusammenrücken der beiden Vorsorgeeinrichtungen den Ton angibt, so wie das Experten prognostiziert haben.

Die Anpassung führt bei der UBS derweil zu einer Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Deshalb wurde im vierten Quartal 2023 ein einmaliger Vorsteuerverlust in Höhe von 207 Millionen Franken im Einklang mit IFRS-Rechnungslegungsstandards verbucht. Die Übergangsmassnahmen hätten keine Auswirkungen auf das Eigenkapital, hiess es weiter.

Kein Rückfall in die wilde Ospel-Zeit

Kommentar auf Seite 20

Bei der CS-PK lag der Umwandlungssatz für jemanden, der 2023 mit 65 Jahren in Pension ging, bei 5,155 Prozent. 2027 wird der entsprechende Wert 4,74 Prozent betragen. Bei der UBS-PK liegt der Umwandlungssatz für jemanden, der 2027 mit 65 Jahren in Pension geht, bei 4,41 Prozent. Im Zuge der Anpassung des Vorsorgemodells gelten ab 2027 bei der PK der CS die Umwandlungssätze der UBS, mit Ausnahme der Jahrgänge 1968 und älter.

Mit dem Umwandlungssatz wird bei der Pensionierung die Rente berechnet, er wird mit dem Altersguthaben in der PK multipliziert. Hat jemand in der PK bis zur Pensionierung ein Vermögen von 1 Million Franken angespart und beträgt der Umwandlungssatz 4,5 Prozent, erhält er eine jährliche Rente von 45 000 Franken aus der beruflichen Vorsorge.

Zur Abfederung der Senkung der Umwandlungssätze seien Übergangskompensationen vorgesehen, heisst es weiter. Die UBS leiste einen «substanziellen finanziellen Beitrag an die Übergangsmassnahmen», heisst es in der Mitarbeiterinformation. Genauer beziffert wurde dieser bis anhin nicht.

So sollen die Jahrgänge 1969 bis 1976 eine einmalige, altersabhängig abgestufte Einlage auf ihr Altersguthaben gutgeschrieben bekommen. Deren Höhe wird derzeit nicht kommuniziert. Die Jahrgänge 1977 und jünger erhalten keine Kompensation. Für die Jahrgänge 1968 und älter gelten derweil die bisherigen Umwandlungssätze der CS-PK.

Ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden PK sind bis anhin die sogenannten 1e-Pläne – die Vorsorgeeinrichtung der CS hat 2020 solche Sparpläne eingeführt, diejenige der UBS hat keine. Mit solchen Plänen können Versicherte, die mehr als 132 300 Franken pro Jahr verdienen, für Lohnbestandteile oberhalb dieser Grenze die Anlagestrategie selber wählen.

Mit der Anpassung des Vorsorgemodells der CS-PK an dasjenige der UBS-Kasse wird das 1e-Kapitalsparen ab dem 1. Januar 2027 für Beiträge geschlossen. Das 1e-Sparen soll aber beitragsfrei weitergeführt werden, wie es in dem Informationsschreiben heisst. Die bestehenden Guthaben sollen investiert bleiben, zudem soll es jederzeit möglich sein, die Anlagestrategie zu wechseln. Allerdings sei noch offen, ob zu einem späteren Zeitpunkt eine Liquidation des 1e-Kapitalsparens erfolge, heisst es weiter.

Arbeitgeberbeiträge angepasst

Änderungen gibt es für die Versicherten der CS-PK auch bei den Arbeitgebersparbeiträgen. Für Versicherte im Alter von 35 bis 65 Jahren erhöhten sich die Sparbeiträge des Arbeitgebers, für die Versicherten im Alter von 18 bis 34 Jahren fielen sie leicht niedriger aus, heisst es in der Mitteilung. Genauere Angaben waren nicht zu erhalten.

Der Sparprozess bei der UBS-PK beginnt mit dem Alter von 20 Jahren, bei der CS-PK bereits im Alter von 18 Jahren. Auch dies wird per 1. Januar 2027 an das Modell der UBS-Kasse angepasst.

Beim Bezug des PK-Guthabens kommt es ebenfalls zu Änderungen für die Versicherten der CS-Vorsorgeeinrichtung. Neu können die Jahrgänge 1969 und jünger das Guthaben vollständig als Altersrente beziehen. Dies war bisher nur eingeschränkt möglich. 2016 hatte die Führung der CS-PK den Entscheid getroffen, die maximale Altersrente zu begrenzen. Die Maximalrente bei Pensionierung im Alter 65 beträgt maximal rund 135 000 Franken pro Jahr (im Jahr 2027). Bei Summen oberhalb dieser Grenze bestand der Zwang, sich dieses Guthaben als Kapital auszahlen zu lassen.

Wie die CS-PK mitteilt, sind künftig auch eine vollständige Kapitalauszahlung oder ein Mix von Altersrente und Kapital möglich. Das Guthaben aus 1e-Sparplänen kann auch weiterhin ausschliesslich als Kapital bezogen werden.

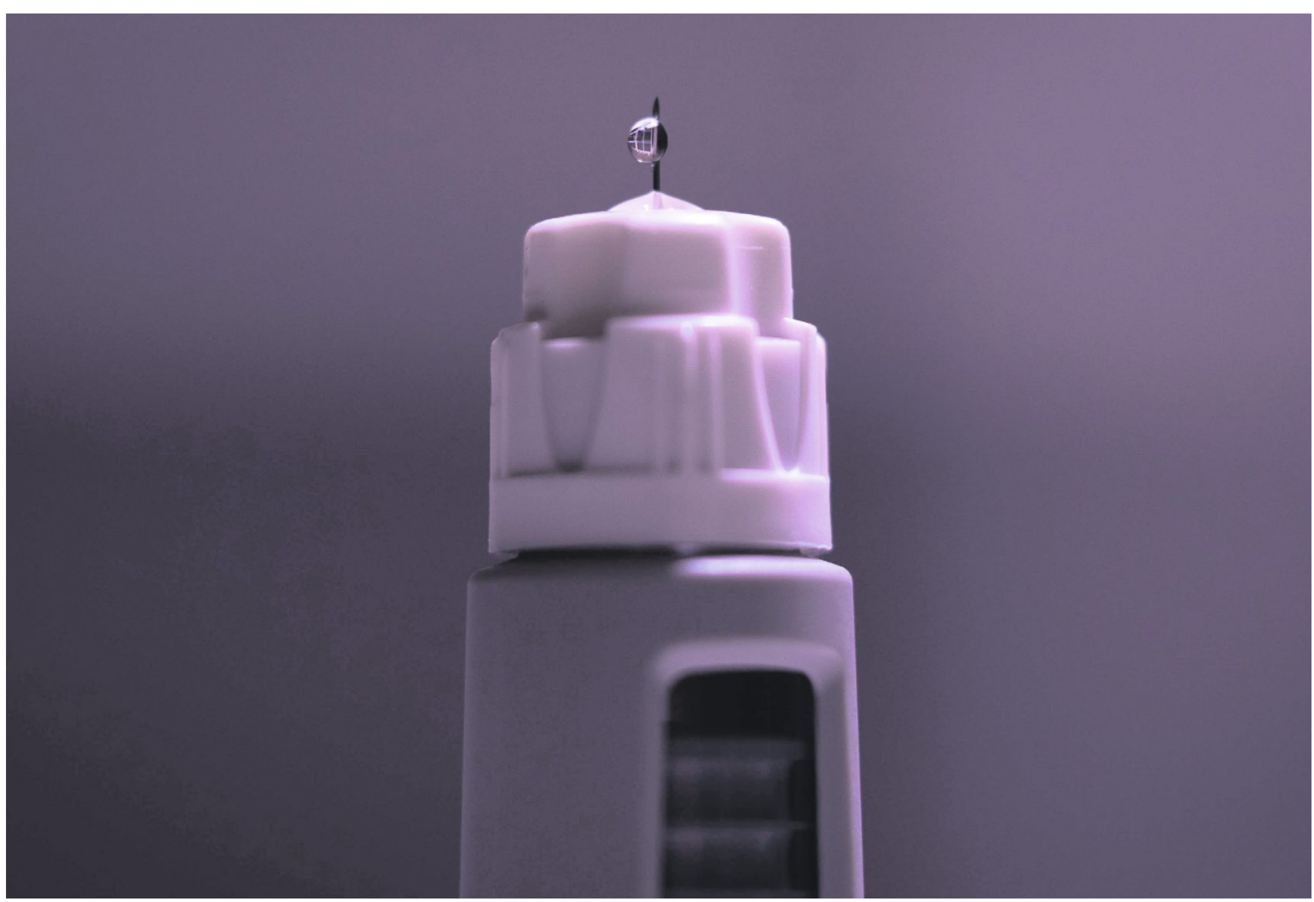
Für Rentnerinnen und Rentner der CS-PK ändere sich nichts, heisst es in der internen Mitarbeiterinformation. Dasselbe gelte für die Versicherten und die Rentenbezüger der UBS-Pensionskasse.

Sowohl die CS-PK als auch die UBS-PK stehen mit technischen Deckungsgraden von 124 beziehungsweise 119,2 Prozent sowie ökonomischen Deckungsgraden von 111,5 und 121,4 Prozent per Ende 2023 finanziell gut da. Der Deckungsgrad stellt das Kapital einer Vorsorgeeinrichtung in Bezug zu ihren Verpflichtungen. Als vollständig gedeckt gelten diese bei einem Stand von 100 Prozent.

Beide Vorsorgeeinrichtungen gehören zu den «Tankern» in der Schweizer Vorsorgewelt. Die PK der CS kam gemäss ihrer Website Ende 2022 auf eine Bilanzsumme von 17,4 Milliarden Franken. Sie hatte mehr als 18 000 aktive Versicherte und fast 11 000 Rentnerinnen und Rentner. Die UBS-PK kam Ende 2022 auf eine Bilanzsumme von 27,8 Milliarden. Sie zählte mehr als 20 000 aktive Versicherte und rund 16 000 Rentnerinnen und Rentner.

Heissbegehrte Spritzen zum Abnehmen

Die Hersteller Novo Nordisk und Eli Lilly können die Nachfrage trotz Zukäufen nicht bewältigen



Auf die neumodischen Abnehmspritzen von Novo Nordisk müssen Patienten regelmässig warten. JAAP ARRIENS / IMAGO

DOMINIK FELDGES

Der dänische Pharmakonzern Novo Nordisk ist führend im Geschäft mit den neuartigen Spritzen zum Abnehmen. Doch vor allem sein Medikament Wegovy findet derart reissenden Absatz, dass er mit Produzieren nicht nachkommt. Auch im Schlussquartal 2023 musste er Patienten in verschiedenen Ländern immer wieder vertrösten, weil es an Nachschub fehlte.

Drei neue Produktionswerke

Dem Konkurrenten Eli Lilly ergeht es nicht besser. Der US-Anbieter erklärte am Dienstag, er rechne damit, dass die Nachfrage das Angebot auch 2024 übersteigen werde. Eines kann man beiden Firmen aber nicht vorwerfen: Sie nähmen zu wenig Geld in die Hand, um zusätzliche Produktionskapazitäten bereitzustellen. Novo Nordisk kündigte Anfang Woche an, für 11 Milliarden Dollar drei Pharmafabriken zu kaufen, die bisher vom Auftragsfertiger Catalent betrieben wurden. Die Werke, die sich in Italien, Belgien und den USA befinden und insgesamt über 3000 Beschäftigte zählen, sollen möglichst schnell in die Herstellung der Abnehmmittel eingebunden werden.

Der Kaufpreis mutet stolz an, doch scheinen sich Anleger daran nicht zu stören. Der Aktienkurs des Unternehmens stieg gleichentags um 3,6 Prozent. Am Dienstag kletterte er um weitere 0,5 Prozent auf 813.50 dänische Kronen. Novo Nordisk wird mittlerweile mit umgerechnet fast 480 Milliarden Franken bewertet. Dies macht den Konzern zum wertvollsten europäischen Unternehmen.

Finanziell stellt die Übernahme der drei Werke Novo Nordisk vor keine Probleme. Im vergangenen Jahr erreichte der freie Cashflow umgerechnet fast 9 Milliarden Franken. Zugleich steigerte Novo Nordisk den Umsatz um beinahe einen Drittel auf 30 Milliarden Franken. Und die Firma schloss das Jahr schuldenfrei ab. Die Nettoliquidität erreichte per Ende 2023 eine gute halbe Milliarde Franken. Allein im laufenden Jahr dürften die Anlageinvestitionen nach Erwartung des Unternehmens über 6 Milliarden Dollar erreichen.

In den drei Fabriken, die nun in den Besitz von Novo Nordisk übergehen, waren die Mitarbeiter schon bisher teilweise für den dänischen Pharmakonzern tätig. Dies dürfte den Eigentümerwechsel erleichtern. Laut Analytikern der UBS dürfte der dänische Pharmakonzern versuchen, die Erfüllung bestehender Verträge möglichst rasch auf andere Werke von Catalent zu übertragen. Die Voraussetzungen dafür stehen grundsätzlich gut. Catalent kämpft momentan damit, eher zu viele als zu wenige Kapazitäten zu haben.

Weltweit betreibt das Unternehmen, das zusammen mit dem Schweizer Konkurrenten Lonza zu den grössten Auftragsfertigern für Pharmaprodukte zählt, über fünfzig Werke. Es hatte wie andere Lohnhersteller während der Pandemie zunächst stark von der enorm gestiegenen Nachfrage nach Impfstoffen und Medikamenten gegen Covid-19 profitiert. Vakzinanbieter wie Moderna oder Pfizer waren bei weitem nicht in der Lage, die hohe Nachfrage ausschliesslich aus den eigenen Werken zu bedienen.

Elliott macht Kasse

Im zurückliegenden Geschäftsjahr (per Ende Juni 2023) brach der Umsatz von Catalent aber um 11 Prozent auf 4,3 Milliarden Dollar ein, nachdem er sich zuvor im Zeitraum von drei Jahren fast verdoppelt hatte. Zur abrupten Abschwächung beim Geschäftsgang gesellten sich Qualitätsprobleme an mehreren Standorten. Diese riefen nicht nur Regulatoren wie die amerikanische Gesundheitsbehörde FDA auf den Plan, sondern lockten auch den aktivistischen US-Investor Elliott als neuen Grossaktionär an.

Elliott beanspruchte nach dem Einstieg im vergangenen Juli nicht nur vier Sitze im Verwaltungsrat, sondern setzte auch die Bildung eines Komitees durch, das mit der Überarbeitung der Unternehmensstrategie beauftragt wurde. Nun bietet sich dem Investor die Möglichkeit, bereits wieder auszusteigen – und dies mit hohem Gewinn. Die gesamte Catalent-Gruppe soll nämlich an Novo Holdings gehen.

Die Beteiligungsgesellschaft, die 28,1 Prozent des Kapitals von Novo Nordisk hält und über 77 Prozent der Stimmen kontrolliert, offeriert einen Preis von 16,5 Milliarden Dollar beziehungsweise von 63.50 Dollar je Aktie von Catalent. Anfang Juli 2023 waren die Papiere des Auftragsfertigers noch für rund 40 Dollar gehandelt worden.

Konkurrenz für Schweizer

Nach dem Vollzug der Übernahme ist geplant, dass Novo Holdings die drei Fabriken in Europa und den USA dann für die besagten 11 Milliarden Dollar an Novo Nordisk weiterreichen wird. Die Investmentfirma, die sich ihrerseits zu 100 Prozent im Besitz der gemeinnützigen Stiftung Novo Nordisk Foundation befindet, ist selbst auf die Life-Sciences-Branche ausgerichtet. Sie hält Beteiligungen an einem breiten Spektrum von Firmen, die von ganz früh bis zu einem späten Stadium in der Entwicklung von Medikamenten engagiert sind. Ende 2022 belief sich der Gesamtwert ihrer Vermögenswerte auf 108 Milliarden Euro.

Die Auftragsfertigung ist indes ein neues Tätigkeitsfeld für Novo Holdings. Wie sich die Firma hier schlagen wird, dürfte man nicht nur bei Lonza, sondern auch bei anderen Schweizer Fertigern wie Siegfried, Bachem oder Corden Pharma aufmerksam beobachten.

Umweltschutz ohne die Bauern

Die EU will bis 2040 ihre Treibhausgase um 90 Prozent reduzieren – doch wer das zahlen soll, ist unklar

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Die Umweltziele der EU sind ehrgeizig, wie sie erreicht werden sollen, bleibt aber nebulös. Bis 2040 soll der Ausstoss von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, Methan oder Stickoxid um 90 Prozent sinken, und das im Vergleich mit dem Jahr 1990. Bis 2050 will die EU netto gar «klimaneutral» sein. Das gab die Kommission am Dienstag bekannt.

Das ist einerseits ein ambitioniertes Vorhaben; anderseits fällt die angepeilte Reduktion nur gerade so hoch aus, wie es der wissenschaftliche Klimabeirat der EU als Minimalziel festgelegt hatte.

Vielsagend ist auch der Begriff «netto». Die EU will nämlich die Emissionen nicht auf null senken – das wäre gar nicht möglich. Ein Teil der Treibhausgase darf auch zum Verschwinden gebracht werden, etwa indem Kohlendioxid abgeschöpft und zum Beispiel in einem alten Gasfeld gelagert wird. Die Technik dafür ist jedoch noch nicht ausgereift, und in gewissen Mitgliedsländern ist sie gar verboten.

In der EU ist derzeit Wahlkampf. Anfang Juni wählen die Bürger die Abgeordneten für das EU-Parlament. Das ist eine schlechte Zeit, um strenge Umweltgesetze zu initiieren. Vor allem die Bauernproteste haben die Politiker jüngst erschreckt – besonders jene der Europäischen Volkspartei (EVP).

Die Angst vor der Rechten

Sie sieht die Bauern als wichtige Wählergruppe an und befürchtet, dass sie in grosser Zahl zu rechten Parteien überlaufen, wenn man ihnen beim Umweltschutz zu viel aufbürdet. In den vergangenen Wochen haben EVP-Vertreter daher auf die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die ebenfalls der Partei angehört, Druck ausgeübt. Man solle die Bauern nicht zu hart anfassen, forderten sie.

Das Lobbying hat offenbar gewirkt. Anders als vorgesehen muss die Landwirtschaft den Einsatz von Pestiziden nicht halbieren. «Unsere Bauern verdienen es, gehört zu werden», sagte von der Leyen in Strassburg im EU-Parlament.

Vor allem der Grossindustrie ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Derzeit leidet sie allerdings unter hohen Energiekosten. Die Landwirtschaft dagegen hat in Sachen Ökologie nichts erreicht, sie ist aber auch bei weitem nicht der grösste Emittent von Treibhausgasen. Der Sektor «produziert» heute etwa gleich viel davon wie 2005.

Europas Landwirtschaft besteht vornehmlich aus kleinen und mittelgrossen Betrieben, die meist eine Ackerfläche von einigen Dutzend Hektaren bewirtschaften. Der Ertrag ist gering, Geld zum Investieren bleibt kaum übrig. Die gewerbliche Struktur des Sektors macht es auch schwierig, neue ökologische Erkenntnisse zu verbreiten. Bauernbetriebe sind keine Grossfirmen, sondern Familienunternehmen, deren Inhaber zudem überdurchschnittlich alt sind und kaum Fortbildungskurse besuchen.

Offen ist daher die Frage, wer den ökologischen Umbau des Agrarsektors vorantreiben und vor allem bezahlen soll: die Bauern, die Konsumenten oder die Steuerzahler. Selbstverständlich vertreten die Landwirte die Meinung, dass sie finanziell nicht in der Lage seien, die grüne Wende zu stemmen. Das ist eine der Gründe, warum sie derzeit so heftig demonstrieren. In Deutschland oder Frankreich haben sich die Proteste zwar am Wegfall von Steuerprivilegien bei Kraftstoffen entzündet, letztlich überfordern aber die vielen neuen Vorschriften den Berufsstand.

Die Gesetze stehen

Gleichzeitig muss die Kommission handeln, denn die Definition von Klimazielen ist im europäischen Klimaschutzgesetz vorgeschrieben. Ferner geben nationale Vorschriften Umweltziele vor. In den Niederlanden etwa ist die Regierung die Verpflichtung eingegangen, dafür zu sorgen, dass in der Landwirtschaft weniger Stickstoff zum Einsatz kommt. Werden die Schwellen nicht erreicht, laufen Politik und Landwirtschaft Gefahr, von Umweltschutzorganisationen verklagt zu werden.

Schärfere Agrargesetze sind somit ein explosives Thema. Das Reduktionsziel der Kommission ist nur ein Vorschlag. Es wird die Aufgabe der neuen Kommission nach den Europawahlen sein, ein verbindliches Gesetz dazu vorzulegen.

Novartis greift nach Morphosys

Stolzes Angebot für eine alte Bekannte

DIETER BACHMANN

2,7 Milliarden oder 68 Euro pro Aktie legt Novartis für die deutsche Biotechfirma Morphosys auf den Tisch. Das ist fast doppelt so viel, wie der Spezialist für Antikörper vor Aufkommen der ersten Spekulationen an der Börse wert war. Hauptgrund für das öffentliche Übernahmeangebot ist das Medikament Pelabresib im Besitz von Morphosys. Das Mittel soll gegen eine spezielle Art von Blutkrebs wirken, bei der die blutbildenden Zellen von Bindegewebe überwuchert werden (Myelofibrose).

Verunsicherung wegen Studie

Noch im November vergangenen Jahres hatten Studiendaten zu dem Medikament bei Anlegern für Verunsicherung gesorgt, was zu einem Kurseinbruch der Morphosys-Aktien führte. Von Letzterem erholte sich der Titel, als wenig später detailliertere Daten zu Pelabresib bekanntwurden. Morphosys selber ist 2021 durch die Akquisition der Firma Constellation Pharma an das Mittel gekommen.

Analytiker schätzen die Zulassungschancen für das Medikament als hoch ein und billigen ihm Kassenschlagerpotenzial zu, das heisst einen Spitzenumsatz von über einer Milliarde Dollar. Weil Novartis schon länger mit Morphosys zusammenarbeitet – die erste Kooperation begann 2004 –, wird eine problemlose Integration in den Konzern erwartet.

Personelle Verflechtungen

Bei der Verflechtung der beiden Unternehmen gibt es auch eine personelle Komponente. So sitzt Simon Moroney, Mitgründer und ehemaliger CEO von Morphosys, seit 2020 im Novartis-Verwaltungsrat und amtiert seit 2022 als Vizepräsident. Umgekehrt sass der Novartis-Präsident Jörg Reinhardt zu Beginn des Jahrtausends bei der Biotechfirma im Verwaltungsrat.

Laut Novartis war Moroney, der Morphosys im Jahr 2019 verlassen hatte, über die Übernahme «seiner» ehemaligen Firma zwar informiert, aber «um nicht einmal den Anschein eines Interessenkonflikts zu erwecken», habe er sich von allen Diskussionen im Zusammenhang mit der Übernahme zurückgezogen.

Nicht Teil des Deals mit Novartis ist das einzige bisher zugelassene Medikament von Morphosys, das Krebsmittel Monjuvi. Dieses wurde am Montag an die US-Biotechfirma Incyte verkauft. Letztere soll ebenfalls an einer Übernahme der ganzen Firma interessiert gewesen sein.

Im März vergangenen Jahres hatte Morphosys nach verschiedenen Rückschlägen den Ausstieg aus der präklinischen Forschung angekündigt, also der Phase, bevor Wirkstoffe an Menschen getestet werden. Als Folge wurden 17 Prozent der Belegschaft am Sitz in der Nähe von München abgebaut. Per Ende September 2023 beschäftigte die Firma noch 544 Personen. Morphosys ist 1992 als Spin-off des Max-Planck-Instituts entstanden und ging 2018 an die Börse.

Freudensprung bei Morphosys

Aktienkurs in Euro

QUELLE: BLOOMBERG NZZ / dba.

Javier Milei will den Staat abschaffen

Erstmals steht einem Land ein Anarcho-Kapitalist vor – der argentinische Präsident beruft sich dabei auf drei «Österreicher»

THOMAS FUSTER

Auf der Bühne der uniform gekleideten und adrett frisierten Politiker ist Javier Milei ein Exot. Mit seiner schwarzen Lederjacke und dem sorgsam ungekämmten Wuschelkopf sticht der argentinische Präsident heraus aus der Masse. Doch mehr als sein Äusseres, das an einen aus allen Hitparaden gefallenen Altrocker erinnert, fällt sein Vokabular auf. Wo sich andere Politiker in unverdächtige Allgemeinplätze und Floskeln flüchten, sucht Milei gezielt die rhetorische Provokation.

Der Markt hat immer recht

Als Provokation gilt auch seine diesjährige Rede am World Economic Forum (WEF). Wobei Milei in Davos anfänglich nur die Vorteile des Marktes und des freien Unternehmertums im Kampf gegen die Armut herausstrich, angereichert durch viele Zahlen. Doch je länger die Rede dauerte, desto zugespitzter wurden die Aussagen. Das gipfelte in der Behauptung, der Markt funktioniere in allen Situationen effizient, weshalb es so etwas wie ein «Marktversagen» gar nicht geben könne.

Die Existenz von Marktversagen pauschal abzustreiten, käme kaum einem Ökonomen in den Sinn. So gilt als wenig umstritten, dass der Markt mitunter an Grenzen stösst. In einigen Fällen sind staatliche Eingriffe daher vonnöten, damit ein für die Gesellschaft erwünschtes Ergebnis resultiert – sei es im Kampf gegen Monopole, zur Bepreisung von schädlichen externen Effekte etwa im Umweltbereich oder zur Bereitstellung öffentlicher Güter wie Infrastruktur und Verteidigung.

Doch Milei ist kein gewöhnlicher Ökonom. Er bezeichnet sich selber als Anarcho-Kapitalist und predigt einen Markt ohne Wenn und Aber. Für den Staat gibt es in seinem Weltbild keinen Platz, zumal der Markt alles regelt. Sein in Davos vorgebrachtes Argument: «Wenn Transaktionen freiwillig sind, kann es nur dann zu einem Marktversagen kommen, wenn Zwang ausgeübt wird. Und der Einzige, der in der Lage ist, generell Zwang auszuüben, ist der Staat, der das Gewaltmonopol besitzt.»

Will heissen: Am Anfang eines behaupteten Marktversagens steht immer staatlicher Zwang. Wird dieser Zwang verhindert, wie dies Milei fordert, funktioniert auch der Markt wieder wie am Schnürchen. Die wirtschaftspolitische Henne-Ei-Frage ist für Argentiniens Präsident daher beantwortet. Die Ursache allen Übels ist der Staat. Entsprechend einfach ist das Rezept auf dem Weg zu Wohlstand und Freiheit: Der Staat soll sich aus allen wirtschaftlichen Aktivitäten heraushalten.

Ein Novum in der Geschichte

Solche Positionen lassen sich in universitären Seminarräumen locker vertreten. Doch was tun, wenn man plötzlich das demokratisch gewählte Oberhaupt jenes Staates ist, den man eigentlich abzuschaffen vorgibt? Soll man den Laden schliessen und alle Angestellten auf die Strasse setzen? Oder braucht es neue Regulierungen, um die Folgen früherer Interventionen zu neutralisieren? Kann ein Befürworter eines Nullstaats überhaupt Staatsführer sein, oder ist das ein Widerspruch in sich?

Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Auch die Historie liefert wenige Hinweise. Denn Milei ist der erste anarcho-kapitalistische Staatschef. Nie zuvor trat ein Staatsoberhaupt sein Amt mit dem Anspruch an, mit staatlich verordneter Schocktherapie eine libertäre Gesellschaft zu schaffen – im Wissen, dass eine solche Ordnung strenggenommen nur ausserhalb des von ihm repräsentierten Staats gedeihen kann. Argentinien wird zum Experimentierfeld radikalliberaler Ideen.

In libertären Denkfabriken wie dem Mises Institute – der Hauptsitz befindet sich im amerikanischen Alabama – ist man ganz aus dem Häuschen. Plötzlich scheinen jene Ideen, die man zuvor nur im eigenen Echoraum mit einigen Gesinnungsgenossen diskutiert hat, das Publikum zu interessieren. Philipp Bagus, Ökonom und Beirat des deutschen Mises-Institutes, sieht in Milei «jenen charismatischen und wortgewandten Ideenverbreiter, auf den die Libertären lange gewartet haben».



In Argentinien nennt man Javier Milei «den Verrückten», der diabolische Blick mag erklären, weshalb. TOMAS CUESTA / GETTY

> Nie zuvor trat ein Staatsoberhaupt mit dem Anspruch an, mit einer Schocktherapie eine libertäre Gesellschaft zu schaffen. Argentinien wird zum Experimentierfeld für radikalliberale Ideen.

Der Name des Instituts erinnert an Ludwig von Mises (1881–1973), einen zentralen Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Zu den frühesten Unterstützern des Instituts gehörten die zwei wohl bekanntesten Mises-Schüler, nämlich der ebenfalls aus Österreich stammende Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek (1899–1992) und der amerikanische Ökonom Murray Rothbard (1926–1995), der die Ideen der «Österreicher» in den USA zu popularisieren begann.

Drei intellektuelle Vorbilder

Diese Ökonomen gehören neben dem Spanier Jesús Huerta de Soto zu den prägendsten Einflüssen von Milei, nachdem dieser zu Beginn seiner Karriere noch ziemlich konventionelle Mainstream-Ansichten vertreten hat. Der Einfluss geht so weit, dass einer von Mileis fünf Hunden auf den Namen Murray hört. Auch drei weitere der grossen, massigen Mastiffs tragen Namen von berühmten liberalen Ökonomen aus den USA, etwa Milton (Milton Friedman), Robert und Lucas (Robert Lucas).

Wer Mileis Gedankenwelt erkunden will, muss daher die Ideen seiner intellektuellen Vorbilder studieren, vor allem jene der folgenden drei:



Ludwig von Mises. Für ihn gilt: «Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat.» Fast wortgleiche Aussagen finden sich bei Milei. Mises hat bereits in den 1920er Jahren die Unmöglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsplanung aufgezeigt, da in einer solchen Ordnung der Marktpreis und somit die Kalkulationsbasis fehle. Mises lehnte, nicht selten in schroffem Ton, jede Form von Staatseingriffen in die Wirtschaft ab. Er war überzeugt, dass Interventionen weitere Interventionen nach sich ziehen, bis irgendwann die Einschränkung der menschlichen und unternehmerischen Freiheit so gross ist, dass der Sozialismus für den Einzelnen schon fast als Befreiung erscheint.



Friedrich August von Hayek war geprägt durch von Mises. Er störte sich an der «fatalen Einbildung» des Sozialismus, sich jenes Wissen anzumassen, das es für die Wirtschaftsplanung brauchen würde. Doch der Staat kann dieses Wissen nicht haben, weil es breit über die Gesellschaft verstreut und nicht in konzentrierter Form abrufbar ist. Hayek, der Held vieler Krypto-Enthusiasten, fordert auch die Entstaatlichung des Geldes und den Übergang zu privaten Währungen. Auch Milei hat angekündigt, im Kampf gegen die hohe Inflation die staatliche Zentralbank abschaffen zu wollen. Er hat zudem grosse Sympathien für private Alternativen zum Peso. Als Zwischenschritt auf dem Weg zu privaten Währungen soll Argentiniens Wirtschaft aber zuerst dollarisiert werden.



Murray Rothbard ist noch kompromissloser. Bei ihm dreht sich alles um das Privateigentum und das Selbsteigentum am eigenen Körper. Dieses Eigentum gilt für ihn von Natur aus und ist daher nicht verhandelbar. Als Vorbild aller Anarcho-Kapitalisten lehnt er jede staatliche Autorität ab. Sozialstaat und Steuern sind für ihn organisierter Diebstahl. Auch für eine Schul- oder Militärpflicht sieht er keinen Grund, weil Bildung und Sicherheit auch mit privatrechtlichen Verträgen bereitgestellt werden können. Drei Jahre vor seinem Tod plädierte er für einen «rechten Populismus», etwa einen radikalen Kampf gegen Steuern, Wohlfahrtsstaat und Strassenkriminalität, die Abschaffung der Notenbank, die Verteidigung von Familienwerten und eine Politik des «America first», wie sie Donald Trump später propagierte.

Bei Milei sind durchaus Elemente eines solchen Populismus erkennbar. Neben der Forderung nach Steuersenkungen, der Privatisierung von Staatsfirmen und Bildung, der Legalisierung von Drogen, Organhandel und Waffenbesitz will Argentiniens Präsident auch den Arbeits- und Immobilienmarkt weitgehend deregulieren. Er verficht zudem eine Nulltoleranzpolitik beim Kampf gegen die Kriminalität, unter anderem mit einem niedrigeren Mindestalter für Inhaftierungen.

Auch Rothbard zeigte kein Pardon gegenüber Kriminellen und Leuten, die der Allgemeinheit zur Last fallen. In seiner Polemik für einen rechten Populismus schrieb er: «Entfesselt die Polizei, damit sie die Penner und Landstreicher von der Strasse entfernen kann. Wohin werden sie gehen? Wen interessiert das schon? Hoffentlich werden sie verschwinden und aus den Rängen der verhätschelten und verwöhnten Pennerklasse in die Reihen der produktiven Mitglieder der Gesellschaft wechseln.»

«Penner» und «Parasiten» raus

Gar so rabiat ist die Wortwahl von Milei nicht. Doch auch er, der im Wahlkampf mit Kettensäge auftrat, ist geprägt von der Unzimperlichkeit des Paläoliberalismus – einer kruden Mischung aus wirtschaftspolitisch libertären Ansichten und gesellschaftlich-kulturellem Konservatismus. So schimpft Milei nicht selten, jüngst in Davos, gegen die «Parasiten» und «Schmarotzer», die sich wohlig im Staat eingenistet haben. Milei zielt damit aber weniger auf Randständige als vielmehr auf die politische Kaste.

Während der Einfluss von Rothbard offenkundig ist, bleibt umstritten, ob Milei auch als Vertreter der «Österreichischen Schule» bezeichnet werden kann. Im historischen Sinn ist das kaum der Fall. Denn Denker wie von Hayek oder von Mises waren zwar staatsskeptisch, wie das alle Liberale sind. Sie messen dem Staat für das Funktionieren einer freien Marktwirtschaft aber dennoch eine wichtige Rolle bei, etwa indem er einen Ordnungsrahmen absteckt und für öffentliche Sicherheit sorgt.

Hayek sah weitere Staatsaufgaben, etwa die Erhebung von Steuern oder die Gewährleistung einer sozialen Mindestsicherung. Für Libertäre amerikanischer Prägung, unter ihnen auch Milei, grenzt das fast schon an Sozialismus. Denn als Rothbard die «Austrian Economics» in Amerika zu dozieren begann, ging dies mit einer Radikalisierung einher. Die Schule nahm anarchistische Züge an, forderte eine allein auf privaten Verträgen basierte Gesellschaft und entfernte sich von ihren Gründungsvätern.

Der einarmige Präsident

Auch Milei steht in dieser Tradition. In den Niederungen der Realpolitik stösst seine libertäre Agenda aber rasch an enge Grenzen. Mit leerer Staatskasse, geringen Devisen, fehlender Parlamentsmehrheit und grosser Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds sind die Freiheitsgrade klein. Bereits musste Milei höhere Exportsteuern verfügen. Und dies, obwohl er noch im Wahlkampf versprochen hatte, er werde sich eher einen Arm abhacken, als dass er die Steuern erhöhe.

Argentinien wird nicht zum Land ohne Staat. Niemand weiss das besser als Milei. Der Staat sei zwar eine kriminelle, gewaltsame Organisation, sagte Milei in einem Interview mit dem «Economist». Aber gleichzeitig sei der Staat eine Realität, die man nicht ignorieren könne. Das Ideal einer staatenlosen Gesellschaft sei für ihn ein normatives Konzept, dem man sich stetig annähern müsse. Denn je freier die Gesellschaft, desto besser die Lebensqualität. Das klingt schon bedeutend gemässigter.

Es zeigt sich: Auch Libertäre kochen nur mit Wasser. Auch sie können nicht an den Tatsachen vorbei regieren; daran ändert selbst das von Milei angestrebte Notrecht wenig. Das Volk hat Milei zwar ein starkes Mandat erteilt. Das aber nicht deshalb, weil die Argentinier über Nacht zu Libertären mutiert sind. Vielmehr sind sie derart verzweifelt angesichts des Status quo, dass sie selbst «El Loco» (dem Verrückten), so der Übername des Exzentrikers, die Macht im Staat anzuvertrauen bereit sind.

Veranstaltungen

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH
044 268 66 66, opernhaus.ch

Mi 07. Feb, 19.00, Opernhaus
Così fan tutte
Oper von Wolfgang Amadeus Mozart

Do 08. Feb, 19.30, Opernhaus
Liederabend Erwin Schrott

Fr 09. Feb, 19.00, Opernhaus
Timekeepers
Ballett mit Choreografien von Meryl Tankard, Mthuthuzeli November und Bronislawa Nijinska

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH
044 258 77 77, schauspielhaus.ch

Mi 07. Feb, 20.15, Schiffbau-Box
Tambourines von Trajal Harrell / Schauspielhaus Zürich Dance Ensemble. *Premiere*

Do 08. Feb, 17.00, Schiffbau-Halle, **Sinnliche Führung: Riesenhaft in Mittelerde™** 17.30, Schiffbau. **Öffentliche Führung** 19.30, Schiffbau-Halle. **Riesenhaft in Mittelerde™** nach Der Herr der Ringe™ von J.R.R. Tolkien. 20.00, Pfauen **Ödipus Tyrann** von Sophokles

Fr 09. Feb, 19.30, Pfauen. **Die Möwe** von Anton Tschechow. 19.30, Schiffbau-Foyer. **enterspaces: BIPoC Workshop zu Besuch bei Tambourines** . 20.15, Schiffbau-Box. **Tambourines** von Trajal Harrell / Schauspielhaus Zürich Dance Ensemble

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH
044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Mi 07. / Do 08. / Fr 09. Feb, 19.30, TZ
Paavo Järvi Music Director
Vilde Frang Violine
Beethoven, Bartók, Nielsen

Mi 14. / Do 15. Feb, 19.30, TZ
Semyon Bychkov Leitung
Kian Soltani Violoncello
Schostakowitsch, Brahms

Do 29. Feb / Fr 01. März, 19.30, TZ
Filmsinfonik Frank Strobel, Leitung
«Die weisse Hölle vom Piz Palü»

LUZERNER SINFONIEORCHESTER
041 226 05 15 / sinfonieorchester.ch

Mi 28. & Do 29. Feb, 19.30, KKL Luzern
Kian Soltani spielt Elgars Cellokonzert

NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH
Tonhalle-Billettkasse Tel. 044 206 34 34, hochuli-konzert.ch

Sa 22. Juni, 18.30, Tonhalle Grosser Saal
Grigory Sokolov – «Klangmagie»
Bach, Vier Duette & Partita Nr. 2
Chopin, Mazurken opp. 30 & 50
Schumann, Waldszenen op. 82



Finanzmarkt





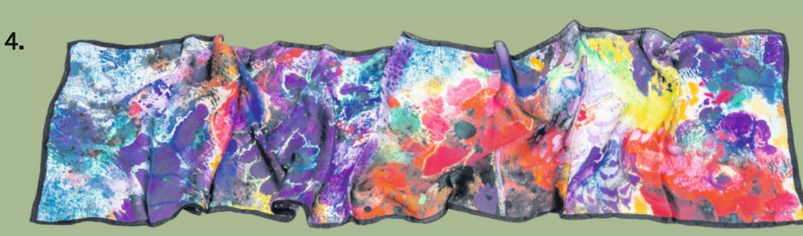





1.


2.


3.


4.


5.

1. Pablo Picasso: «Hände mit Blumenstrauss», silberne Echtholzrahmung, staubdicht verglast, 89 × 69 cm (H × B), Fr. 550.–
2. Friedensreich Hundertwasser: 4-teiliges Becher-Set «Magic Mugs 2021», aus Porzellan, Akzente mit echtem Gold und Silber, je 0,25 l, spülmaschinenfest, Fr. 325.–
3. Egon Schiele: «Sich aufstützender weiblicher Akt mit langem Haar», Fine-Art-Giclée-Verfahren, limitierte Auflage 980 Exemplare, 51 × 73 cm (H × B), Fr. 499.–
4. Ernst Fuchs: Seidenschal «Paradiesstrauss», auf Satin-Seide, 178 × 42 cm (L × B), Fr. 150.–
5. Leo Wirth: «Lesende», aus feiner Bronze, limitierte Auflage 99 Exemplare, 30 × 10,7 × 11,5 cm (B × T × H), Bodenplatte: 25,8 × 10,7 × 0,4 cm (B × T × H), Gewicht: 3,5 kg, Fr. 2100.–

In Frankreich steigen die Lebensmittelpreise

Die Regierung hatte angesichts der Bauernproteste eigentlich Verbilligungen gefordert



Gewisse Produzenten versuchen es mit kleineren Verpackungen bei gleichbleibenden Preisen – das kommt schlecht an. ST. MAHE / REUTERS

JULIA MONN, PARIS

Lebensmittel in französischen Supermärkten werden in diesem Jahr im Schnitt um 2 bis 3 Prozent teurer. Zwar sinken die Preise für einige ausgewählte Produkte wie Nudeln, Sonnenblumenöl, Kaffee oder Toilettenpapier. Aber 80 Prozent der Lebensmittel werden teurer. Das ergaben die Verhandlungen zwischen den grossen Detailhändlern des Landes und der Grossindustrie von Ende Januar. Bei den jährlich stattfindenden Gesprächen werden die Verkaufspreise für Markenprodukte festgelegt. Daraus ergeben sich dann die Preise in den Supermarktregalen.

Hersteller und Händler standen angesichts der Wut der Bauern im Land bei den Preisverhandlungen stark unter Druck. Die Landwirte beklagen Existenznöte und fordern, dass die Grossindustrie faire Preise bietet und heimische Produkte im Supermarkt noch stärker bevorzugt. Die französische Regierung kündigte deshalb an, grosse Detailhändler und die verarbeitende Industrie streng zu bestrafen, sollten diese gegen den gesetzlich vorgeschriebenen Grundsatz eines fairen Einkommens für Bauern verstossen.

«Wir werden Hersteller und Händler nun rigoros kontrollieren und, wo nötig, Strafen verhängen», sagte Wirtschaftsminister Bruno Le Maire nach den Preisverhandlungen. Die Bussen könnten bis zu 2 Prozent des Umsatzes betragen, so der Politiker. Ausserdem solle öfter kontrolliert werden, ob ein Produkt tatsächlich aus heimischer Produktion stamme, um eine Unterwanderung des französischen Marktes zu verhindern. In den letzten Jahren hatten Konzerne aus Industrie und Handel ihre Einkaufszentralen ins Ausland verlegt und importierte Ware als französisch deklariert.

Auch der Strom wird teurer

Die Wut der Bauern angesichts des Preiskampfs brachte Le Maire in eine Zwickmühle. Im Zuge des Ukraine-Krieges sind die Lebensmittelpreise in Frankreich in den letzten zwei Jahren um durchschnittlich 20 Prozent in die Höhe geschossen. Im vergangenen Jahr lag die Gesamtinflation bei knapp 5 Prozent.

Viele Franzosen ächzten unter den hohen Lebenshaltungskosten. Die diesjährige Erhöhung der Lebensmittelpreise ist schon der zweite Preisanstieg, den sie innert kürzester Zeit verdauen müssen: Die Regierung hatte kürzlich den Preis für Atomstrom erhöht, so dass die Stromrechnung der Franzosen in diesem Jahr deutlich höher ausfallen dürfte.

«Shrinkflation» deklarieren

Dabei hatte Bruno Le Maire die Inflationsbekämpfung eigentlich zur obersten Priorität der Regierung erklärt und die Grosskonzerne aus der Lebensmittelindustrie und dem Handel dazu gedrängt, die Preise für 2024 zu senken. Um eine frühe Einigung zu erzwingen, ordnete er deshalb an, dass die Preisverhandlungen schon früher stattfinden und eher beendet werden. Normalerweise dauern sie bis im März. Hersteller und Händler kritisierten gleichermassen, dass die Regierung die Verhandlungen stark zu beeinflussen versuchte.

Die Lebensmittelkonzerne sind ausserdem im Visier des Wirtschaftsministers, weil dieser der sogenannten Shrinkflation den Kampf angesagt hat. Künftig sollen in Frankreichs Supermärkten alle Produkte, bei denen weniger Verpackungsinhalt zu gleichen oder höheren Preisen angeboten wird, deutlich gekennzeichnet werden. Wenn die EU-Kommission in Brüssel der Massnahme, die auch ausländische Hersteller betrifft, zustimmt, wird sie im März in Kraft treten.

Bei der Supermarkt-Kette Carrefour ist man der Entscheidung schon zuvorgekommen. Carrefour-CEO Alexandre Bompard legte sich im Januar öffentlichkeitswirksam mit dem amerikanischen Grosskonzern Pepsico an und verbannte dessen Produkte kurzzeitig aus seinen Regalen. Der Hersteller von Pepsi, Lipton Eistee oder den Lys-Chips erhöhe ungerechtfertigterweise die Preise und betreibe «Shrinkflation», war die Begründung Neben knapp 30 Produkten klemmt in jeder Carrefour-Filiale seither ein Schild, auf dem steht: «Bei diesem Produkt ist das Volumen oder Gewicht gesunken und der effektive Preis des Lieferanten gestiegen.»

Pepsico zeigte sich von den Vorwürfen unbeeindruckt und wies diese mit dem Hinweis zurück, man habe aufgehört zu liefern, weil man sich noch nicht über die Preise einig sei. Von den Preiserhöhungen ist das Unternehmen nicht abgerückt. In den kommenden Tagen werden die neuen Preisschilder angebracht, die Warnung vor «Shrinkflation» dürfte bleiben.

Diskrepanz bei der Inflationsentwicklung

Durchschnittliche Teuerung in Frankreich seit 2013

Total / Lebensmittel

12
10
8
6
4
2
0
2013 2023

① Beginn Ukraine-Krieg

QUELLE: INSEE NZZ / ium.

Die Schweiz stellt die Altersvorsorge-Weichen neu

Die kommenden Abstimmungen zur AHV und zum BVG sind von grosser Tragweite

MICHAEL FERBER

Mit den Abstimmungen über die 13. AHV-Rente und die Renteninitiative im März sowie voraussichtlich die BVG-Reform später im Jahr steht die Schweizer Altersvorsorge am Scheideweg. Laut den Schweizer Privatversicherern geht es dabei um nicht weniger, als den kommenden Generationen ein stabiles und sicheres Drei-Säulen-System aus AHV, beruflicher und privater Vorsorge zu hinterlassen.

Trotz gewissen Herausforderungen wie Defiziten in der AHV und einem überhöhten Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge (BVG) funktioniere das Drei-Säulen-System und zeige, dass das Zusammenspiel zwischen Staat und Privatwirtschaft in der Altersvorsorge intakt sei, sagte Stefan Mäder, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV), an dessen Jahresmedienkonferenz. Der Verband setzte sich für ein Ja zur Renteninitiative und zur BVG-Reform sowie ein klares Nein zur 13. AHV-Rente ein.

«Falsche Versprechen»

Ein Volks-Ja zur 13. AHV-Rente bei der Abstimmung am 3. März könnte zu einer Übergewichtung der umlagefinanzierten AHV führen, sagte Mäder, der auch als Verwaltungsratspräsident der Mobiliar amtiert, warnend. Im Zusammenhang mit der Abstimmung würden falsche Versprechen gemacht. «Es kann nicht das Ziel sein, die Leistungen in der staatlichen AHV mit der Giesskanne auszubauen.» Dies würde das System weiter destabilisieren. Deshalb lehne der SVV die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente ab.



Stefan Mäder
Präsident des SVV



Urs Arbter
Direktor des SVV

Der demografische Wandel fordere die Gesellschaft heraus. Die AHV müsse an die höhere Lebenserwartung der Schweizerinnen und Schweizer angepasst werden, denn mit der steigenden Lebenserwartung richteten AHV und berufliche Vorsorge immer längere Renten aus. Zudem sinke die Anzahl Beitragszahler pro Rentenbezüger. Auch wenn sich der Anstieg der Lebenserwartung in der Schweiz jüngst etwas verlangsamt habe, sei angesichts des medizinischen Fortschritts davon auszugehen, dass die Lebenserwartung weiter steige, sagte Mäder im Gespräch.

Laut dem SVV-Präsidenten hat der Staat in den Jahren der Corona-Krise eine prägendere Rolle gespielt. Zudem habe die Teuerung die Menschen belastet. Ein solches Umfeld fördere den Hang zu einfachen staatlichen Lösungen. «Auch in der Schweiz hat sich eine Art Vollkaskomentalität entwickelt, wenn auch nicht so stark wie im Ausland», sagte er.

Im Zusammenhang mit der Abstimmung zur 13. AHV-Rente werde auch das Thema Altersarmut in der Schweiz thematisiert. Dabei gehöre ein grosser Teil der Rentner zu den wohlhabenderen Bürgern in der Schweiz. Für solche, die finanziell nicht gut gestellt seien, gebe es das System der Ergänzungsleistungen (EL). Es brauche folglich keine 13. AHV-Rente. Die Privatversicherer setzten sich über den Arbeitgeberverband für eine Ablehnung der Initiative ein.

Bei der Abstimmung gehe es auch um das Thema der Generationengerechtigkeit. Letztlich sei sie einfach ungerecht gegenüber den jüngeren Generationen, da eine nicht finanzierte 13. AHV-Rente ihnen eine Hypothek für die Zukunft hinterlasse. Es gehe um eine Umverteilung zugunsten der Rentner und zulasten der Jungen, fügte der SVV-Direktor Urs Arbter an. Gerade bei Jüngeren setze sich zunehmend das Verständnis hierfür durch. Die Einführung einer 13. AHV-Rente würde für enorme Defizite sorgen, welche die Jungen stark belasteten.

Mäder sprach sich indessen für die Renteninitiative aus. Diese gehe in die richtige Richtung und lanciere die Diskussion über das richtige Rentenalter. Eine Erhöhung des Rentenalters senke die Rentenbezugsdauer und erhöhe die Beitragsdauer.

Die Initiative der Jungfreisinnigen fordert eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters für Männer und Frauen auf 66 Jahre. Im Anschluss soll es an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden.

Die BVG-Reform sei ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, sagte Mäder. Auch das Kapitaldeckungsverfahren in der beruflichen Vorsorge spüre die Folgen der demografischen Entwicklung – die Rentenjahre nähmen zu. Folglich sei es zweckmässig, den BVG-Mindestumwandlungssatz von 6,8 auf 6 Prozent zu senken, wie dies die BVG-Reform vorsehe. Dies sei nötig, um die berufliche Vorsorge finanziell zu stabilisieren. Sie dürfe nicht zunehmend durch das Umlageverfahren unterwandert werden, wie dies heute aufgrund des zu hohen BVG-Umwandlungssatzes der Fall sei.

Positiv wertete Mäder auch, dass die BVG-Reform die berufliche Vorsorge für zusätzliche Anspruchsgruppen öffnet. Vor allem für Teilzeiterwerbstätige, für Arbeitnehmer mit mehreren Arbeitgebern sowie jene im Niedriglohnbereich seien Anpassungen in der beruflichen Vorsorge nötig. Mit der Reform soll die berufliche Vorsorge den gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden.

Jede Säule in sich stabil

Ein Scheitern der BVG-Reform an der Urne wäre ein schlechtes Signal, sagte Arbter. Dieses wäre so zu deuten, dass die Politik in der beruflichen Altersvorsorge keine mehrheitsfähigen Lösungen finden könne. Letztlich sei beim Drei-Säulen-System anzustreben, dass jede Säule in sich stabil finanziert sei. Der primäre Anpassungsbedarf liege jedoch bei der AHV und nicht bei der beruflichen Vorsorge.

«Kommt die BVG-Reform an der Urne durch, so sei diese wieder stabil finanziert», sagte Arbter. Die Vorsorgeeinrichtungen hätten zudem in den vergangenen Jahren die Umwandlungssätze und damit die Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnern im Rahmen ihrer Möglichkeiten reduziert.

Chipbauer TSMC setzt auf Japan

Toyota beteiligt sich am Betrieb einer neuen Fabrik

MARTIN KÖLLING, TOKIO

Der taiwanische Chiphersteller TSMC hat am Dienstag die Co-Investoren für seine zweite Chipfabrik in Japan bekanntgegeben. Mit einem Investitionsvolumen von über 20 Milliarden Dollar für die beiden Fabriken wird Japan damit nach den USA und weit vor Deutschland zum zweitwichtigsten Chipstandort der Taiwaner.

Neben staatlichen Investitionen treiben japanische Grosskonzerne die Projekte der Taiwaner an, darunter der weltgrösste Autohersteller Toyota. So wird der Autobauer 2 Prozent der Anteile an der Betreibergesellschaft der Fabriken, Japan Advanced Semiconductor Manufacturing, übernehmen. TSMC wird dann mit einem Anteil von 86 Prozent die Führung behalten vor seinen bisherigen Partnern: der Halbleitersparte von Sony mit 6 Prozent und Toyotas Hauptzulieferer Denso mit 5,5 Prozent.

Damit unterstreicht TSMC die besondere Rolle Japans in seiner Internationalisierungsstrategie. Zwar hat TSMC als Reaktion auf die neue Industriepolitik der US-Regierung Investitionen in Höhe von rund 40 Milliarden Dollar angekündigt. Doch während die Fabriken in den USA noch gebaut und in Deutschland geplant werden, soll in Japan bereits dieses Jahr die Chipproduktion beginnen.

Toyota sichert sich durch das Engagement reibungslose Chiplieferungen. Sie sind ein wichtiger Grund für die jüngsten Absatz- und Gewinnrekorde des Unternehmens.

ANLAGEFONDS

Swiss Fund Data AG in Zusammenarbeit mit der SIX Financial Information AG sowie mit NZZone
Reihenfolge Fondsinformationen: Fondsname, Rechnungswährung, Konditionen Ausgabe / *Rücknahme*, Kursbesonderheiten, Inventarwert, Ausgabepreis oder Börsenschlusskurs (Werte vom Dienstag, 06.02.2024, Abweichungen siehe Besonderheiten), Performance 2024 in %

3V ASSET MANAGEMENT
Vertreter für die Schweiz: LLB Swiss Investment AG

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap A	CHF	1/1e	279.62	1.1
3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap B	CHF	1/1e	110.60	1.1

admicasa
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Admicasa Real Estate Fund	CHF	5/5	110.43	-



Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Zeus Strategie Fund	EUR	3/2e	67.14	-1.7

AQUILA Independent
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Aquila Int.Fd-Corby Swiss Eq. (CHF)	CHF	1/1a	2381.42	0.8



Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CIC CH - BOND CHF «PRIMUS» AKL B	CHF	3/3e	95.66	-0.3
CIC CH - BOND EUR «PRIMUS» AKLB	EUR	3/3e	801.37	-0.8
CIC CH - CONVERT BOND AKLB	EUR	3/3e	1178.83	-0.4
CIC CH - CONVERT BOND AKLC	CHF	3/3e	97.64	-0.7

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CIC CH - EQUITY CHF «Primus» AKLB	CHF	3/3e	210.57	1.6

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CIC CH - STRATEGY (CHF) AKLB	CHF	3/3e	976.70	0.4

BONHÔTE
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Bonhôte Sel.-Obl HR Multi-Fds (CHF)	CHF	4/2a	81.26	1.1

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Bonhôte Sel. Glob Emerg MF (CHF)	CHF	4/2a	94.08	-3.1
Bonhôte Str.-Megatrend ESG I (USD)	USD	1/1a	121.21	1.8

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Bonhôte Impact Fund I-CHF	CHF	3/2a	98.08	0.0

Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Bonhôte-Immobilier SICAV - BIM	CHF	2/2	145.00	5.1

Alternative Investments

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
B. Alter. Multi-Performance Cl. (CHF)	CHF	4/2bf	13585.00	-
B. Alter. Multi-Performance Cl. (EUR)	EUR	4/2bf	10023.00	-
B. Alter. Multi-Performance Cl. (USD)	USD	4/2bf	13065.00	-

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Bonhôte Strategies-Monde (CHF)	CHF	4/4a	130.13	0.5



Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Synchrony (LU) World Bonds (CHF) A	CHF	1/1e	92.83	-0.5

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Synchrony All Caps CH A	CHF	1/1e	125.88	0.1
Synchrony Europe Equity A	EUR	4/3f	94.58	0.5
Synchrony High Div.Sw.Stcks A	CHF	1/1e	126.24	1.0
Synchrony High Gr.Econ.Eq. A	USD	4/3f	94.89	-3.7
Synchrony Small & Mid Caps CH A	CHF	1/1e	128.41	-3.3
Synchrony Swiss Equity A	CHF	4/3e	98.41	0.0
Synchrony Swiss Equity C	CHF	4/3e	100.33	0.0
Synchrony US Equity A	USD	4/3e	182.55	3.4

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Synchrony (CH) World Equity (CHF)	CHF	1/1f	137.21	2.4

BBGI Group Global Investments
Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BBGI - Equit. Sw. Behavior. Value	CHF	1/1e	145.30	0.9
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF	CHF	1/1e	100.00	0.8
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF Hdg.	CHF	1/1e	74.20	-3.0
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR	EUR	1/1e	136.90	0.3
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR Hdg.	EUR	1/1e	82.30	-2.7
BBGI - Swiss Phys. Gold CI USD	USD	1/1e	109.20	-2.7
BBGI Commodities (USD) A	USD	1/1e	97.00	-3.6
BBGI Natural Resources (USD)	USD	1/1e	165.40	-8.2
BBGI Share Alternative Energy (USD)	USD	1/1e	68.40	-18.8

Bellevue – Excellence in Specialty Investments
Vertreter für die Schweiz: Waystone Fund Services (switzerland) SA Avenue Villamont 17, 1005 Lausanne

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BELLEV DIG HEALTH I CHF	CHF	4/4f	156.33	2.4
BELLEV HEALTH. STRAT. I CHF	CHF	4/4f	202.64	1.6
BELLEV MEDTECH & SERV. I	CHF	4/4f	467.70	7.2
BELLEV OBESITY SOL I CHF	CHF	4/4f	420.92	6.0

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BELLEV GLOBAL MACRO HI	CHF	4/4f	166.96	0.6

Berninvest
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Good Buildings SREF	CHF	5/5	132.50	0.4
Immo Helvetic	CHF	5/5	210.00	3.4

BlackRock
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BGF Fl Glb Ops D2 USD	USD	1/1e	16.43	-0.3
BGF Glb Corp Bond D2 USD	USD	1/1e	15.59	-0.7

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BGF Syst Glb Eq HI D2 USD	USD	1/1e	21.66	2.3
Glb Uncon Eq D Acc USD	USD	3/3e	173.46	5.2

bordier 1844
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BO Fd IV-Bordier Allo Bal USD USD	USD	4/4e	108.67	0.7
BO Fd IV-Bordier Eur. Fix Inc EUR	EUR	4/4e	102.50	-0.1
BO Fd IV-Bordier Glb Fix Inc USD USD	USD	4/4e	111.43	-0.0

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BO Fd IV-Bordier Core Hld Eur - EUR	EUR	4/4e	149.71	-0.7
BO Fd IV-Bordier Core Hld Eur I EUR	EUR	1/1e	139.36	-0.6
BO Fd IV-Bordier Gbl EmMkt USD	USD	4/4e	175.49	-3.2
BO Fd IV-Bordier Sat Eq Eur - EUR	EUR	4/4e	112.40	-0.2
BO Fd IV-Bordier Sat Eq Eur I EUR	EUR	1/1e	118.14	-0.2
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq I USD	USD	4/4e	2150.91	4.5
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq USD	USD	4/4e	209.04	4.4

bwm VALUE INVESTING
Vertreter in der Schweiz: LLB Swiss Investment AG

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Classic Global Equity Fund	CHF	3/3a	513.02	0.4
Classic Value Equity Fund	CHF	3/3e	156.68	-2.2

BZ
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BZ Fine Agro	CHF	1/1	166.73	-2.5
BZ Fine Digital	CHF	1/1	213.68	10.7
BZ Fine Europe	CHF	1/1	194.18	2.3
BZ Fine Pharma	CHF	1/1	227.25	3.7

CREDIT SUISSE
Geldmarktfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS Money Market Fund CHF B	CHF	2/1e	957.00	0.1
CS Money Market Fund EUR B	EUR	2/1e	1036.82	0.3
CS Money Market Fund USD B	USD	2/1e	1145.26	0.4

Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS (CH) Corporate CHF BF A	CHF	2/1e	107.55	-0.9
CS (Lux) Asia Corporate Bond Fund B	USD	2/1e	111.04	0.1
CS (Lux) China RMB Cr Bd Fd B	USD	2/1e	107.24	-0.9
CS (Lux) Corp ST Duration CHF BF B	CHF	2/1e	110.99	-0.1
CS (Lux) Corp ST Duration EUR BF B	EUR	2/1e	126.99	-0.1
CS (Lux) Corp ST Duration USD BF B	USD	2/1e	154.83	0.1
CS (Lux) EM Corp IG Bd FD B	USD	2/2e	140.06	-0.6
CS (Lux) Emerging Mkt Corp Bd Fd B	USD	2/2e	133.52	0.4
CS (Lux) Inflation Linked CHF BF B	CHF	2/1e	114.18	-0.2
CS (Lux) Swiss Franc Bond Fund B	CHF	2/1e	494.87	-0.4
CSIP (Lux) GL Bal Convertible B	USD	2/1e	166.85	-1.5
CSIP (Lux) Glob Inv Grade Conv Bd Fd B	USD	1/1e	151.77	0.0

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS (CH) 130/30 Swiss Equity Fd B	CHF	2/1e	38.57	2.2
CS (CH) Small Cap Switzerland EF A	CHF	2/4e	418.69	0.5
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd A	CHF	2/1e	13.82	0.9
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B	CHF	3/1e	21.33	0.8
CS (CH) Swissac EF B	CHF	2/1e	514.15	1.2
CS (Lux) Digit. Health Eq Fd B USD	USD	2/2e	611.81	-4.1
CS (Lux) Europ Div Plus EQ B	EUR	2/1e	21.85	0.2
CS (Lux) Europ.Ent.Eq.Fnd B EUR	EUR	2/1e	3984.33	1.7
CS (Lux) EZ Qual. Grth Eq Fd B	EUR	2/1e	20.51	1.1
CS (Lux) EZ Qual. Grth Eq Fd UB	EUR	2/1e	16.13	1.3
CS (Lux) GL Div Plus EQ B	USD	2/1e	23.75	0.5
CS (Lux) Global Value EF B EUR	EUR	2/1e	14.38	-0.1
CS (Lux) Infrastruct Eq Fd B	USD	2/3e	203.51	-2.8
CS (Lux) Japan Value Equity B JPY	JPY	2/1	3528.00	6.3
CS (Lux) Robot. Eq. Fd B USD	USD	1/1e	24.21	0.3
CS (Lux) Robot. Eq. Fd UA USD	USD	2/1e	182.36	0.4
CS (Lux) S&M Cap Germany EF B EUR	EUR	2/1e	2772.15	-5.7
CS (Lux) Security Equity Fd B	USD	2/2e	45.46	0.1
CS EF (CH) S&M Cap Switz.Eq Fd B	CHF	2/1e	1376.70	0.6

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS (CH) Int. & Div. Focus Bal CHF UB	CHF	2/1e	110.38	0.3
CS (CH) Int. & Div. Focus Growth CHF UB	CHF	2/1e	122.89	0.3
CS (CH) Int. & Div. Focus Yld CHF UB	CHF	2/1e	97.81	-0.4
CS (CH) Privilege 20 CHF UB	CHF	2/1e	102.79	0.0
CS (CH) Privilege 35 CHF UB	CHF	1/1e	105.17	0.5
CS (CH) Privilege 45 CHF UB	CHF	2/1e	121.08	1.2
CS (CH) Privilege 75 CHF UB	CHF	1/1e	110.75	1.9
CS (Lux) Global High Income USD UB	USD	1/1e	190.93	-1.0
CS (Lux) Portfolio Fonds Bal EUR UB	EUR	2/1e	122.63	1.2
CS (Lux) Portfolio Fund Bal CHF UB	CHF	2/1e	113.96	1.2
CS (Lux) Portfolio Fund Bal USD UB	USD	2/1e	137.52	0.1
CS (Lux) Portfolio Fund Growth CHF UB	CHF	2/1e	127.30	1.8
CS (Lux) Portfolio Fund Growth EUR UB	EUR	2/1e	137.39	1.9
CS (Lux) Portfolio Fund Growth USD UB	USD	2/1e	153.65	0.6
CS (Lux) Portfolio Fund Yld CHF UB	CHF	2/1e	103.29	0.4
CS (Lux) Portfolio Fund Yld EUR UB	EUR	2/1e	110.14	0.3
CS (Lux) Portfolio Fund Yld USD UB	USD	2/1e	123.54	-0.2
CS (Lux) Sys Index Fund Bal CHF UB	CHF	2/1e	116.45	0.2
CS (Lux) Sys Index Fund Growth CHF UB	CHF	2/1e	130.75	0.7
CS (Lux) Sys Index Fund Yld CHF UB	CHF	2/1e	104.12	-0.3

Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Credit Suisse 1a Immo PK	CHF	5/5f	1045.00	3.0
CS Real Estate Fund LogisticsPlus	CHF	5/5e	100.50	6.2
CS REF Green Property	CHF	5/5e	129.00	6.6
CS REF Hospitality	CHF	5/5e	74.80	5.1
CS REF Interswiss	CHF	5/5e	167.00	2.4
CS REF LivingPlus	CHF	2/1e	148.50	3.5
CS REF Siat	CHF	5/5e	216.00	1.9

Alternative Investments

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS (Lux) S&M Cap Alpha L/S B	EUR	2/1e	159.96	-2.0
CS Comm. Fd Plus (CH) USD BH CHF	CHF	2/1e	112.46	-2.3

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
CS (CH) Swiss Real Estate Sec Fd A	CHF	2/1e	18.41	0.7
CS (Lux) Com Idx Pl USD Fd B	USD	2/1e	66.22	-1.8
CS (Lux) CommodityAllocation B	USD	2/1e	69.66	-1.6
CSIP(Lux) Conv Int Bond Fund A CHF	CHF	2/1e	241.84	1.5

CRONOS FINANCE
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Cronos Immo Fund	CHF	5/5	115.00	-2.1

DE PURY PICTET TURRETTINI
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Cadmos - Emg Mkts Engag I	USD	4/4a	76.02	-5.2
Cadmos - Peace Eur Eng B	EUR	2/1e	193.46	1.5
Cadmos Swiss Engagement B	CHF	4/4e	205.76	-0.9
ENETIA Energy Infras. Fund IB EUR	EUR	2/1f	16244.30	-4.1
ENETIA Energy Transition Fund IB EURh	EUR	2/1f	129.16	-9.0
White Fleet IV-Ene Enr In S EUR(unhe)	EUR	1/1e	10499.17	-5.7
White Fleet IV-Ri. St. B (USD)	USD	1/1e	47.83	-1.3
White Fleet IV-Sec.Tcks S (USD)	USD	1/1e	187.43	4.5

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Cadmos Balanced CHF B-Dist	CHF	4/4e	118.37	1.0

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Physical Gold B3	USD	1/1e	110.54	-2.2

ethos
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Vontobel(CH)-EthosEqSwissM&S A	CHF	4/1e	464.65	0.3



Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
FF-Asian Bond Fund CHF(h)	CHF	1/1e	8.20	-1.2
FF-China H.Yield Fund Y-DIST-USD	USD	1/1e	4.87	1.8
FF-Sust. Reduc. Carbon BF CHF(h)	CHF	1/1e	8.21	-1.4
FF-US High Yield Fund Y-ACC-USD	USD	1/1e	24.98	-0.3

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
FAST Europe Fund Y-ACC-EUR	EUR	1/1e	358.20	3.0
FF - Greater China Fund Y-ACC-USD	USD	1/1e	21.32	-5.1
FF - Sust. Asia Equity Fund Y-ACC-USD	USD	1/1e	14.31	-7.3
FF-Asian Spec.Sit. Fd Y-ACC-USD	USD	1/1e	21.47	-4.4
FF-EM Focus Fund Y-ACC-USD	USD	1/1e	15.22	-5.3
FF-Eur Dynamic Growth Fund Y Acc	EUR	1/1e	31.90	2.3
FF-Future Connect. Fd Y-ACC-USD	USD	1/1e	10.55	0.6
FF-Global Techn. Fd Y-ACC-EUR	EUR	1/1e	147.50	3.1
FF-Sust Cons. Bra. Fd Y-DIST-EUR	EUR	1/1e	30.24	5.8
FF-Sust.Water&Waste Fd Y-ACC-USD	USD	1/1e	13.85	-2.0

Frankfurter Bankgesellschaft
Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
FBG CHF Managed ESG	CHF	1/1e	65.44	0.2
FBG Ertragsorien Kon. ESG - Kl 1	EUR	1/1e	66.94	1.5
FBG Global Bal. Strategy ESG	EUR	1/1e	49.07	0.6
FBG Global Return Strategy ESG 1	EUR	1/1e	43.19	-0.2

FRANKLIN TEMPLETON
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
BW Income Optimiser X (Acc)	USD	1/1e	97.26	-1.0

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Franklin K2 Alternative Strat W (Acc)	USD	1/1e	12.13	0.8

GAM Investments
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Konwave Gold Equity Fd CHF - B	CHF	2/1f	174.00	-8.2
Konwave Gold Equity Fd EUR - B	EUR	2/1f	181.37	-8.4
Konwave Gold Equity Fd USD - B	USD	2/1f	210.36	-10.0

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Allround QUADInvest Fund ESG EUR - B	EUR	2/1f	211.63	-0.1
Allround QUADInvest Fund ESG EUR - C	EUR	4/4f	158.32	-0.1
Allround QUADInvest Fund ESG EUR - D	EUR	4/4f	225.21	-0.1
Allround QUADInvest Growth USD - C	USD	4/4f	280.76	-0.7
Allround QUADInvest Growth USD - D	USD	4/4f	285.42	-0.7

GENERALI INVESTMENTS
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
GENERALI Bond Fund CHF	CHF	2/1e	104.49	-0.4
GENERALI Investments - Long Term BF	CHF	1/1e	101.66	-1.1
GENERALI Short Term Bond Fund CHF	CHF	1/1e	553.07	-0.1

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
GENERALI Eq Fd Switzerland A	CHF	2/1e	374.78	1.2

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
GENERALI Anlagefonds	CHF	2/1e	131.09	0.0
GENERALI ESG Equity Fund C	CHF	3/1e	84.72	3.6
GENERALI ESG Multi Asset Fund C	CHF	1/1e	92.38	1.7
GENERALI Europe Balanced Fund CHF	CHF	2/1e	105.80	0.3
GENERALI Europe Balanced Fund EUR	EUR	2/1e	146.58	-0.6
GENERALI INVEST - Risk Control 1	CHF	3/1e	91.60	-0.4
GENERALI INVEST - Risk Control 2	CHF	3/1e	91.95	-0.4
GENERALI INVEST - Risk Control 3	CHF	3/1e	92.80	-0.7
GENERALI INVEST - Risk Control 4	CHF	3/1e	88.68	-0.8
GENERALI INVEST - Risk Control 5	CHF	3/1e	92.90	-0.7
GENERALI INVEST - Risk Control 6	CHF	3/1e	95.03	-0.7
GENERALI Multi INDEX 10	CHF	2/1e	97.66	-1.7
GENERALI Multi INDEX 20	CHF	2/1e	107.97	-1.2
GENERALI Multi INDEX 30	CHF	2/1e	118.24	-0.7
GENERALI Multi INDEX 40	CHF	2/1e	130.46	-0.2



Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Corando Value Invest. Fund	CHF	5/5e	164.69	-0.1

GUTZWILLER FUNDS
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
EG CHF Bond Fund (CHF)	CHF	2/1e	97.40	-0.3

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
EG European Equities (EUR)	EUR	2/1e	399.00	3.9
EG Global Equities (EUR)	EUR	2/1e	223.80	-1.1
EG Swiss Equities (CHF)	CHF	2/1e	62.50	-0.3
Gutzwiller ONE	USD	2/1e	547.50	1.3

Alternative Investments

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Gutzwiller TWO (USD)	USD	2/1bf	173.90	-

helvetia Asset Management AG
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Helvetia (CH) Swiss Property Fund	CHF	1/1	102.00	0.0



Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
HSC Fund	CHF	4/4b	82.40	8.7

Hérens Quality Asset Management AG
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Aramus (CH) Japan Fund I hedged CHF	CHF	2/2	193.83	3.8
CEAMS Quality Europe Eq Fd EUR - B	EUR	2/1f	290.92	1.6
CEAMS Quality Switz Eq Fd CHF - B	CHF	2/1f	278.30	1.1
CEAMS Quality USA Eq Fd USD - B	USD	2/1f	456.89	2.3

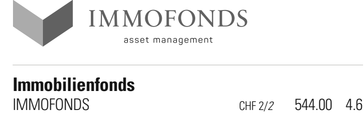
HSZ Group
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
HSZ China Fund A CHF	CHF	2/1	100.28	-8.1
HSZ China Fund A EUR	EUR	2/1	175.97	-9.0
HSZ China Fund A USD	USD	2/1	147.35	-11.8



Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
IAM European Equity CHF - A	CHF	2/1f	1235.71	1.8
IAM Global Equity CHF - A	CHF	2/1f	1897.60	2.6
IAM Swiss Immo Securities CHF - A	CHF	2/1f	1211.49	1.4
IAM Swiss Equity CHF - A	CHF	2/1f	3092.99	1.4



Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
IMMOFONDS	CHF	2/2	544.00	4.6

J.P.Morgan Asset Management
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
JPM EM Corp Bond A acc USD	USD	2/2e	163.06	0.2
JPM Global Bond Opp A acc USD	USD	4/4e	139.04	-0.5
JPM Inc Fd A (acc) - USD	USD	4/4e	129.02	0.4

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
JPM America Equity A acc USD	USD	2/2el	50.66	4.7
JPM Asia Growth A acc-USD	USD	2/2el	31.24	-5.3
JPM EM Opportunities A acc USD	USD	4/4el	274.93	-2.3
JPM Them-Genet.Ther. A (acc)-USD	USD	4/4e	99.46	-2.6
JPM US Technology A acc-USD	USD	2/2el	96.97	6.6

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
JPM Gb Mac.Fd A (acc)-CHF (hgd)	CHF	4/4el	94.30	0.6
JPM Global Income A (acc) - EUR	EUR	4/4el	143.59	-0.5

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
JPM Multi-Manager Alt. A Acc USD	USD	4/4e	120.98	0.2

Lienhardt & Partner PRIVATBANK ZÜRICH
Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Lienhardt & Partner Core Strat.Fd A-CHF	CHF	2/1e	80.89	1.3

llb 1861
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Alpina Swiss Opportunity Fd AIC CHF	CHF	1/1e	542.17	0.2
Alpina Swiss Opportunity Fd ARC CHF	CHF	1/1e	532.54	0.2
Alpina Swiss Opportunity Fd SRC CHF	CHF	1/1e	290.02	0.2
Precious Cap. Gl.M&M Fd Kl.1 CHF	CHF	2/1a	63.62	-6.3
Precious Cap. Gl.M&M Fd Kl.2 USD	USD	2/1a	109.16	-9.5
Precious Cap. Gl.M&M Fd Kl.3 CHF	CHF	2/1a	99.26	-6.3
Precious Cap. Gl.M&M Fd Kl.4 USD	USD	2/1a	110.03	-9.5
Surtsey Metals & Mining Fund 2 (USD)	USD	2/1a	92.02	-7.1
Surtsey Metals & Mining Fund S (CHF)	CHF	2/1a	86.84	-3.8
Tavau Swiss Fund CHF	CHF	1/1e	253.73	1.0
Tavau Swiss Fund EUR hedged	EUR	1/1e	165.88	1.3

Luzerner Kantonalbank
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
LUKB Expert-Aktien Euroland S/M	EUR	2/1e	129.90	-2.4
LUKB Expert-Tell	CHF	2/1e	120.60	-3.0
LUKB Expert-TopGlobal	CHF	2/1e	252.30	5.4
LUKB Expert-TopSwiss -P-	CHF	2/1e	163.70	0.1

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
LUKB Expert-Ertrag	CHF	2/1e	143.70	0.4
LUKB Expert-Vorsorge 100 -E-	CHF	2/1e	102.10	2.1
LUKB Expert-Vorsorge 25 -E-	CHF	2/1e	108.50	0.5
LUKB Expert-Vorsorge 45 -E-	CHF	2/1e	171.30	0.8
LUKB Expert-Vorsorge 75 -E-	CHF	2/1e	135.30	1.6
LUKB Expert-Wachstum	CHF	2/1e	108.30	1.6
LUKB Expert-Zuwachs	CHF	2/1e	200.60	0.8



Auf der Suche nach einer überzeugungsbasierten Active-Management Lösung für Ihre Kapitalanlage? Finden Sie alle Details unserer Anlageprodukte unter www.mirabaud-am.com

Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Mir. - Gl Strat Bd I USD	USD	4/4e	123.56	0.2

MIV GLOBAL MEDTECH FUND
Vertreter in der Schweiz: Vontobel Fonds Services AG
Tel. +41 58 283 53 50 www.vontobel.ch

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
MIV Global Medtech Fund I1	CHF	1/1e	2519.44	7.4
MIV Global Medtech Fund I2	EUR	1/1e	2695.23	6.8
MIV Global Medtech Fund I3	USD	1/1e	2891.00	3.7
MIV Global Medtech Fund N1	CHF	2/1e	2441.58	7.3
MIV Global Medtech Fund N2	EUR	2/1e	2611.98	6.8
MIV Global Medtech Fund N3	USD	2/2e	2800.39	3.7
MIV Global Medtech Fund P1	CHF	1/1e	2288.63	7.3
MIV Global Medtech Fund P2	EUR	1/1e	2448.50	6.7
MIV Global Medtech Fund P3	USD	1/1e	2625.35	3.6

PATRIMONIUM Your Partner in Private Markets
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
PSREF - A	CHF	2/1	169.00	2.1

PENSADOR
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Limmat Global Equity Fund	CHF	2/2e	155.69	4.0

PIMCO FUNDS
Vertreter für die Schweiz: BNP Paribas, Paris, Zurich Branch

Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Capital Securities Fd Inst Acc	CHF	2/2e	15.76	-0.1
Diversified Income Dur Hdg Inst acc	USD	1/1e	15.87	1.1
Em Mkts Bd Inst CHF H Acc	CHF	1/1e	8.15	-1.6
Global Bond Inst Hdg	CHF	1/1e	30.61	-1.3
Global Real Return Inst Hdg	CHF	1/1e	12.88	-2.5
Income Fund Inst (Hdg) acc	CHF	2/1e	11.48	-0.4

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Dynamic Multi-Asset Inst CHF H Acc	CHF	1/1e	9.86	-1.8
Glob Inv Gr Cred ESG Inst CHF H Acc	CHF	1/1e	9.64	-1.2
Inflation Multi-Asset Inst acc	USD	2/2e	11.62	-1.5
PIMCO Climate Bd Inst CHF H Acc	CHF	1/1e	8.67	-0.9
PIMCO ESG Inc Inst CHF H Acc	CHF	1/1e	9.19	-0.5



Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
GR Aktien Schweiz R	CHF	2/2e	297.78	1.3
GR Aktien Schweiz Small & Mid Caps I	CHF	2/2e	225.67	0.4
GR Aktien Schweiz Small & Mid Caps R	CHF	2/2e	219.84	0.3

procimmo BUILDING INVESTMENTS
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Procimmo Real Estate SICAV	CHF	2/2	147.00	1.4
Procimmo Residential Lemanic Fund	CHF	5/5	136.50	5.4
Streetbox Real Estate Fund	CHF	5/5	450.00	0.7

PvB
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Nerrick Swiss Equity Fd CHF - A	CHF	4/4f	136.48	0.7

REALSTONE
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
RSF	CHF	5/5	129.50	4.4
Solvalor 61	CHF	1/1	295.00	2.4

REICHMUTH & CO
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Reichmuth Bottom Fishing P CHF	CHF	1/1a	980.20	-
Reichmuth Bottom Fishing P EUR	EUR	1/1a	2033.30	-2.5
Reichmuth Dividendenselektion CH P	CHF	1/1a	2167.25	0.7
Reichmuth Global Leaders P	CHF	1/1a	1595.65	6.4
Reichmuth Pilatus P	CHF	1/1a	551.55	-3.3

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Reichmuth Alpin Classic P	CHF	1/1a	1056.20	-0.1
Reichmuth Alpin EUR P	EUR	1/1a	106.70	0.3
Reichmuth Alpin P	CHF	1/1b	1474.35	-0.2
Reichmuth Hochalpin P	CHF	1/1b	1345.90	-0.4
Reichmuth Voralpin P	CHF	1/1b	953.05	0.3

Alternative Investments

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Reichmuth Himalaja P-USD	USD	1/1bf	1808.15	-
Reichmuth Matterhorn» P-USD	USD	1/1bf	1785.90	-

responsAbility
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
rA Impact UCITS (Lux) TtNZF RH-I CHF	CHF	1/1e	106.17	-1.1
rA Impact UCITS (Lux) TtNZF R-I USD	USD	1/1e	110.41	-0.8

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
rA Global Micro and SME FF B	USD	4/1b	176.85	0.4
rA Global Micro and SME FF H CHF	CHF	4/1b	121.20	0.3
rA Global Micro and SME FF H EUR	EUR	4/1b	141.04	0.3

Rieter Fischer Partners
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Arnica Europ. Opp. Fund	EUR	1/2e	245.03	-1.1
RFP Small & Mid Caps Switzerland -A	CHF	2/2e	347.84	0.9
RFP Small & Mid Caps Switzerland -B	CHF	2/2e	363.12	0.9
RFP Special Europe - A	EUR	2/3e	182.37	-2.3
RFP Special Europe - B	EUR	2/3e	189.79	-2.2
RFP Special Europe - C	EUR	2/3e	195.50	-2.2
RFP Special Europe - X	EUR	2/3e	474.05	-2.1
RFP Swiss Equity Equal-Weighted - A	CHF	2/3e	168.66	-2.2
RFP Swiss Equity Equal-Weighted - B	CHF	2/3e	173.61	-2.2
RFP Swiss Equity Equal-Weighted - C	CHF	2/3e	180.58	-2.1
RFP Swiss Equity Equal-Weighted - X	CHF	2/3e	94.24	-2.1

SERAFIN ASSET MANAGEMENT
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Active Schweizer Perlen Fonds Klasse P	CHF	2/1e	151.59	-3.2
AMG Substanzwerte Schweiz A (CHF)	CHF	1/1e	1379.78	-1.6
AMG Europa A	EUR	1/1e	147.53	0.4
AMG Europa B	EUR	1/1e	139.49	0.4
AMG Europa C (CHF hedged)	CHF	1/1e	153.18	0.2
AMG Gold, Minen & Metalle A	CHF	1/1e	79.77	-9.1
AMG Gold, Minen & Metalle C	CHF	1/1e	84.33	-9.0
AMG Gold, Minen & Metalle H	CHF	1/1e	82.76	-11.1
AMG Gold, Minen & Metalle U	USD	1/1e	87.86	-12.3

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Alpora Innov. EF CHF hedged	CHF	1/1e	2841.67	-3.5
Alpora Innov. EF CHF hedged R	CHF	1/1e	757.78	-3.5
Alpora Innov. EF EUR A	EUR	1/1e	2686.46	-3.3
Alpora Innov. EF USD-hedged R	USD	2/1e	844.31	-3.4
Innovation World Large Caps by AMG	CHF	1/1f	1187.15	-0.5
Innovation World Large Caps by AMG	USD	1/1f	1345.57	-0.1

St.Galler Kantonalbank
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
SGKB(CH)-Obligationen CHF B	CHF	4/4e	106.68	-0.4
SGKB(Lux)-Obligationen EUR EUR - B	EUR	2/2f	112.52	-0.2

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Fineron Swiss Eq IsoPro® (CHF) A	CHF	2/1e	217.52	-0.0
SGKB(CH)-Aktien Fokus Ostschweiz B	CHF	2/1e	140.98	-0.6
SGKB(CH)-Aktien Schweiz B	CHF	4/4e	342.15	0.0
SGKB(Lux)-Aktien Welt CHF - B	CHF	1/1f	115.43	1.6

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
SGKB(CH)-Strat Ausgewogen A	CHF	2/1e	125.04	1.5
SGKB(CH)-Strat Ausgewogen Eco A	CHF	2/1e	92.89	0.4
SGKB(CH)-Strat Ausgewogen Eco V	CHF	2/1e	94.06	0.5
SGKB(CH)-Strat Ausgewogen V	CHF	4/4e	109.76	1.5
SGKB(CH)-Strat Einkommen A	CHF	4/4e	103.63	0.6
SGKB(CH)-Strat Einkommen Eco A	CHF	4/4e	94.07	-0.1
SGKB(CH)-Strat Einkommen Eco V	CHF	4/4e	94.40	-0.1
SGKB(CH)-Strat Einkommen Plus A	CHF	2/1f	91.78	0.2
SGKB(CH)-Strat Einkommen V	CHF	4/4e	102.83	0.6
SGKB(CH)-Strat Kapitalgewinn Eco A	CHF	4/4e	108.20	0.3
SGKB(CH)-Strat Kapitalgewinn Eco V	CHF	4/4e	108.33	0.3
SGKB(CH)-Strat Wachstum A	CHF	4/4e	113.29	2.4
SGKB(CH)-Strat Wachstum Eco A	CHF	4/4e	92.91	0.5
SGKB(CH)-Strat Wachstum Eco V	CHF	4/4e	93.86	0.6
SGKB(CH)-Strat Wachstum V	CHF	4/4e	116.75	2.4
SGKB(Lux)-Danube Tiger EUR - B	EUR	1/1f	205.08	1.1

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Fineron Tail RiskCont®-0-100(CHF) A	CHF	4/4e	112.74	1.1

SFP
Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
SF Prop Sec Fd A	CHF	4/4e	201.42	0.6
SF Prop Sec Fd I	CHF	2/1e	205.26	0.6
SF Prop Sec Fd R	CHF	2/1e	205.81	0.6
SF Prop Sec Fd S	CHF	2/1e	141.90	0.7
SF Prop Sec Fd X	CHF	2/1e	125.55	0.7
SF Property Selection Fd A	CHF	1/1e	129.04	2.6

Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
SF Retail Properties Fund	CHF	2/2	111.00	3.7
SF Sustainable Property Fund	CHF	1/1	124.50	0.8

SWISS ROCK
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swiss Rock Abs.Ret. Bd B	EUR	2/2e	10.27	0.5
Swiss Rock Abs.Ret. Bd D hgd	CHF	2/2e	9.62	0.2
Swiss Rock Abs.Ret. Bd-Plus B	EUR	2/2e	11.26	0.4
Swiss Rock Abs.Ret. Bd-Plus D hgd	CHF	2/2e	10.49	0.2
Swiss Rock Abs.Ret. Bd-Plus E hgd	USD	2/2e	11.80	0.5
Swiss Rock Obl Glob Nachhaltig BH	CHF	4/4e	8.71	-1.7

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swiss Rock Aktien Europa B	EUR	2/2e	18.16	2.1
Swiss Rock Aktien Schweiz B	CHF	2/1e	14.95	-0.7
Swiss Rock Aktien Schweiz Ind.Pl. B	CHF	2/2e	19.47	0.4
Swiss Rock Aktien Schweiz Select B	CHF	2/2e	11.75	-0.9
Swiss Rock Aktien Schwellenländer B	EUR	2/2e	15.71	0.2
Swiss Rock Aktien Welt B	EUR	2/2e	24.70	6.6

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swiss Rock Strategie A Rendite	EUR	2/2e	13.84	1.6
Swiss Rock Strategie B Ausgewogen	EUR	2/2e	18.84	2.4
Swiss Rock Strategie C Wachstum	EUR	2/2e	20.54	3.1

Andere Fonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swiss Rock Gold Nach Besch A	USD	2/1e	117.91	-2.9

Swissinvest Real Estate Investment Fund
Immobilienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swissinvest REF	CHF	2/2	179.00	-2.7

UBP
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
UBAM - Dynamic Euro Bond AC	EUR	1/1e	259.01	0.7
UBAM - Dynamic US Dollar Bond AC	USD	1/1e	248.19	0.9
UBAM - Em Mkt Dbt Opp. APC	USD	1/1e	170.37	-1.6
UBAM - Global High Yield Solution AC	USD	4/1e	218.11	0.4
UBAM - Med.Term US Corp.Bd AC	USD	1/1e	205.77	-0.2

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
UBAM - Angel Jap Small Cap Eq APC	JPY	1/1e	19981.00	-0.2
UBAM - Dr. Ehrhardt German Equity AC	EUR	1/1e	2234.40	-0.9
UBAM - Swiss Equity AC	CHF	1/1e	395.85	0.6

Vontobel
Geldmarktfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Swiss Money B	CHF	2/1e	111.46	0.2
US Dollar Money B	USD	2/1e	146.97	0.4

Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Absolute Return Bond (EUR) B	EUR	2/1e	154.73	0.4
Emerging Markets Debt B	USD	2/1e	125.94	0.0
Euro Corporate Bond B	EUR	2/1e	170.19	-0.6
Global Active Bond B	EUR	2/2e	98.13	0.3
Global Corporate Bond A	USD	4/4e	99.23	-1.0
Global High Yield Bond B	EUR	2/1e	139.35	0.3
Green Bond B	EUR	2/1e	364.59	-1.5
Sust Em Mkts Loc Ccy Bd B	USD	2/1e	96.70	-2.7
Sustainable Swiss Franc Bond B	CHF	2/1e	223.25	-0.3
Value Bond B	CHF	2/1e	103.63	0.2

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Asia ex Japan B	USD	2/1	458.20	-1.7
Emerging Markets Equity B	USD	2/1e	662.88	-3.5
Energy Revolution B	EUR	2/1e	185.84	-7.2
European Equity B	EUR	2/1e	383.42	2.3
Global Env Change B	EUR	2/1e	512.57	-1.1
Global Equity B	USD	2/1e	413.14	1.6
Global Equity Income B	USD	2/1e	331.18	-0.0
mtx Sust.Asian Leaders(Ex-Jap) B	USD	2/1e	337.22	-5.1
mtx Sust.Emer.Mkts Leaders B	USD	2/1e	132.23	-3.9
Smart Data Equity B	USD	2/1e	184.07	0.8
Sustainable Swiss Equity A	CHF	4/1e	261.02	0.1
Swiss Mid and Small Cap Equity B	CHF	2/1e	96.70	-2.7
US Equity B	USD	2/1e	2244.68	2.6
Vescore Swiss Eq Mlti Factor A	CHF	4/1e	168.85	-0.4
VT Fd (CH) - Sust Swiss Dividend A	CHF	4/1e	620.81	0.9
VT Fd (CH) - Sust Swiss M&S C A	CHF	4/1e	1208.28	-0.5

Andere Fonds

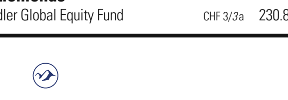
Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Active Beta Opportunities Plus B - EUR	EUR	4/4e	110.41	1.9
Commodity B	USD	2/1e	74.34	-0.9
Euro Short Term Bond B	EUR	2/1e	134.81	-0.1
Multi Asset Solution B EUR	EUR	4/4e	109.13	-0.2
Non-Food Commodity B	USD	4/4e	91.15	-1.7

Wydler Asset Management seit 1995
Obligationenfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Wydler Global Bond Fund A CHF	CHF	1/1e	94.13	2.0
Wydler Global Bond Fund A EURh	EUR	1/1e	79.63	2.2

Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Wydler Global Equity Fund	CHF	3/3a	230.84	-0.5



Aktienfonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
Xantos A	CHF	1/1e	200.11	-1.5
Xantos C	CHF	1/1e	181.11	-1.4

Strategiefonds

Fonds	Whg.	Kond.	Kurs	Perf.
W&P Dynamic Portfolio CHF	CHF	2/2e	103.13	2.3
W&P Dynamic Portfolio USD	USD	2/2e	107.91	0.6

Erklärung Indizes

Konditionen bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen:

Die erste Ziffer verweist auf die Konditionen bei der Ausgabe von Anteilen:
1. keine Ausgabekommission und/oder Gebühren zugunsten des Fonds (Ausgabe erfolgt zum Inventarwert)
2. Ausgabekommission zugunsten der Fondsleitung und/oder des Vertriebsträgers (kann bei gleichem Fonds je nach Vertriebskanal unterschiedlich sein)
3. Transaktionsgebühr zugunsten des Fonds (Beitrag zur Deckung der Spesen bei der Anlage neu zufliessender Mittel)
4. Kombination von 2) und 3)
5. Besondere Bedingungen bei der Ausgabe von Anteilen

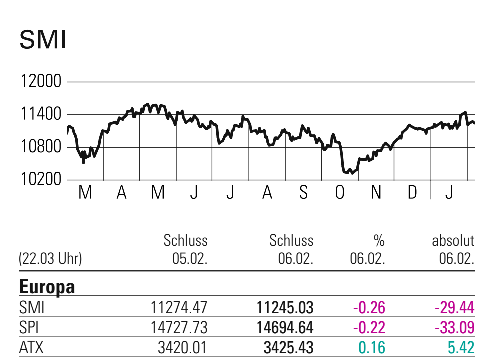
Die zweite, kursiv gedruckte Ziffer verweist auf die Konditionen bei der Rücknahme von Anteilen:
1. keine Rücknahmekommission und/oder Gebühren zugunsten des Fonds (Rücknahme erfolgt zum Inventarwert)
2. Rücknahmekommission zugunsten der Fondsleitung und/oder des Vertriebsträgers (kann bei gleichem Fonds je nach Vertriebskanal unterschiedlich sein)
3. Transaktionsgebühr zugunsten des Fonds (Beitrag zur Deckung der Spesen beim Verkauf von Anlagen)
4. Kombination von 2) und 3)
5. Besondere Bedingungen bei der Rücknahme von Anteilen

Besonderheiten:
a) wöchentliche Bewertung
b) monatliche Bewertung
c) quartalsweise Bewertung
d) keine regelmässige Ausgabe und Rücknahme von Anteilen
e) Vortagespreis
f) frühere Bewertung
g) Ausgabe von Anteilen vorübergehend eingestellt
h) Ausgabe und Rücknahme von Anteilen vorübergehend eingestellt
i) Preisindikation
l) in Liquidation
x) nach Ertrags- und/oder Kursgewinnausschüttung

Wertangaben ohne Gewähr
NAV / Issue Price exklusive Kommissionen

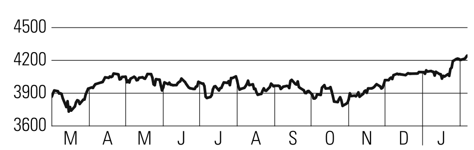
INDIZES

SMI



(22.03 Uhr)	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	% 06.02.	absolut 06.02.
Europa				
SMI	11274.47	11245.03	-0.26	-29.44
SPI	14727.73	14694.64	-0.22	-33.09
ATX	3420.01	3425.43	0.16	5.42
DAX	16904.06	17033.24	0.76	129.18
CAC 40	7589.96	7638.97	0.65	49.01
S&P UK	1540.31	1554.42	0.92	14.11
Euro Stoxx 50	4655.27	4690.87	0.76	35.60
Stoxx Europe 50	4216.57	4243.93	0.65	27.36
Amerika				
Dow Jones	38380.12	38521.36	0.37	141.24
S&P 500	4942.81	4954.23	0.23	11.42
Nasdaq	15597.68	15609.00	0.07	11.32
S&P TSX	20871.89	20957.74	0.41	85.85
Mexiko IPC	gs.	58497.81	-	-
Bovespa	126647.14	129908.25	2.57	3261.11
Merval	1260997.76		-	-
Asien und Afrika				
Nikkei 225	36354.16	36160.66	-0.53	-193.50
Hang Seng	15517.19	16133.60	3.97	616.41
Shanghai Co.	2702.19	2789.49	3.23	87.30
Indien BSE	71731.42	72186.09	0.63	454.67
S&P ASX 200	7625.90	7581.60	-0.58	-44.30

Stoxx Europe 50



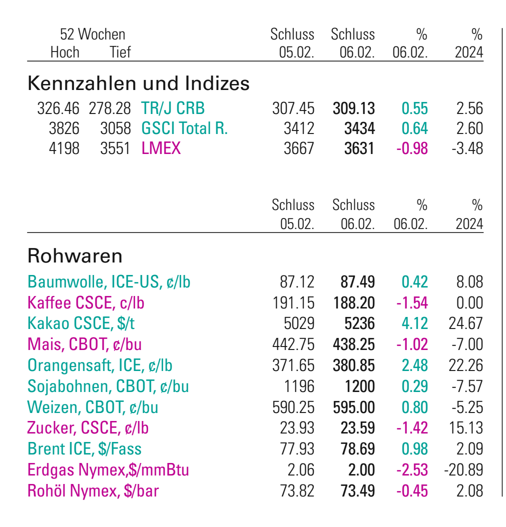
SCHWEIZ: SWISS-MARKET-INDEX (SMI)

SMI: -0.26% ↘

52-Wochen-Vergleich Tief Hoch	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		Schluss 05.02.	Vol. in Stück	Schluss 06.02.	% 06.02.	% 2024	% 1 Jahr	% 3 Jahre	% 5 Jahre	letzte gez. Div.	GV Termin	erwartete Div.	erwartete Div.Rend.	KGV	KBV	Marktkap. in Mio.
	37.93	29.13	ABB N	37.30	2088t	37.56	0,70	0.70	19.50	51.14	99.17	0.84	23.03.23	0.87$	2.33	22.70	5.19	70688.02
	75.40	58.30	Alcon N	65.72	702t	66.78	1,61	1.74	-4.79	-1.65	-	0.21	05.05.23	0.27	0.40	25.10	1.80	33369.97
	552.00	409.00	Geberit N	492.30	47t	495.70	0,69	-8.03	-5.72	-9.68	25.15	12.60	19.04.23	12.82	2.61	27.64	11.26	17443.23
	3700	2691	Givaudan N	3596	13t	3611	0,42	3.65	18.82	1.40	47.81	67.00	23.03.23	70.85	1.97	33.48	7.59	33342.48
	68.50	54.34	Holcim N	65.70	851t	66.14	0,67	0.18	20.56	32.41	35.42	2.50	04.05.23	2.80	4.26	12.12	1.24	38303.30
	301.90	233.20	Kühne + Nagel N	290.10	99t	290.10	0,00	0.10	23.66	43.05	112.92	14.00	09.05.23	8.18	2.82	26.71	9.42	35030.67
	83.90	45.56	Logitech Intern. N	73.40	443t	74.50	1,50	-6.59	35.55	-25.29	105.46	1.06	13.09.23	1.06$	1.45	24.86	5.44	12896.44
	599.40	308.60	Lonza N	444.30	169t	447.30	0,68	26.46	-19.67	-20.55	58.73	3.50	05.05.23	4.67	1.05	35.82	3.27	33309.87
	116.84	94.42	Nestlé N	100.06	2680t	99.39	-0,67	1.93	-10.84	-0.85	14.27	2.95	20.04.23	3.27	3.26	19.55	6.39	265371.30
	94.52	69.89	Novartis N	90.36	1973t	90.09	-0,30	6.15	20.09	16.66	20.33	-	15.09.23	3.44$	3.81	16.67	4.41	205177.97
	1233	722.80	Partners Group N	1170	31t	1167	-0,21	-3.79	26.41	5.52	67.79	37.00	24.05.23	42.73	3.65	24.21	11.35	31158.90
	161.10	102.95	Richemont N	128.60	708t	128.70	0,08	11.19	-8.59	50.00	83.70	3.50	06.09.23	3.41€	2.65	20.94	3.51	75904.96
	293.55	227.00	Roche GS	230.50	1267t	230.55	0,02	-5.71	-18.79	-25.30	-14.09	9.50	14.03.23	9.92	4.30	12.27	4.71	186573.44
	280.30	206.90	Sika N	238.00	239t	238.40	0,17	-12.90	-12.64	-4.26	80.47	3.20	28.03.23	3.74	1.57	28.42	5.64	38258.26
	293.20	205.80	Sonova N	278.90	162t	278.80	-0,04	1.60	14.69	24.35	53.07	4.60	12.06.23	4.74	1.70	24.84	6.26	16623.95
	628.40	509.20	Swiss Life N	619.00	47t	620.20	0,19	6.20	14.05	44.67	50.35	30.00	28.04.23	35.10	5.67	14.30	1.95	18306.99
	104.20	83.10	Swiss Re N	100.05	1070t	102.20	2,15	8.08	9.45	23.91	5.64	6.40$	12.04.23	6.44$	6.44	10.52	1.85	32448.23
	619.40	501.20	Swisscom N	506.00	77t	505.80	-0,04	-0.04	-5.85	6.04	9.13	22.00	28.03.23	22.00	4.35	15.08	2.11	26201.42
	26.55	14.38	UBS Group N	25.70	15340t	24.56	-4,44	-5.90	23.76	83.01	88.13	0.55$	24.04.24	0.53$	2.07	19.48	1.09	85028.87
	457.90	393.00	Zurich Insur. Grp N	440.70	148t	439.80	-0,20	0.05	0.07	17.56	39.66	24.00	06.04.23	27.53$	6.25	14.97	2.74	64367.26

Erläuterungen: Beim 52-Wochen-Vergleich zeigt das Dreieck an, wie nah der derzeitige Kurs am Höchst- bzw. Tiefststand der vergangenen 52 Wochen liegt.
Die ausgewiesenen Unternehmenskennzahlen (Quelle FACTSET) basieren auf den Analystenerwartungen der nächsten 12 Monate.

ROHWAREN



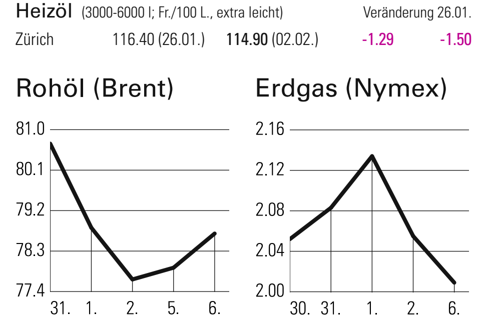
52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	% 06.02.	% 2024
Kennzahlen und Indizes						
326.46	278.28	TR/J CRB	307.45	309.13	0.55	2.56
3826	3058	GSCI Total R.	3412	3434	0.64	2.60
4198	3551	LMEX	3667	3631	-0.98	-3.48

	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	% 06.02.	% 2024
Rohwaren				
Baumwolle, ICE-US, ¢/lb	87.12	87.49	0.42	8.08
Kaffee CSCE, c/lb	191.15	188.20	-1.54	0.00
Kakao CSCE, $/t	5029	5236	4.12	24.67
Mais, CBOT, ¢/bu	442.75	438.25	-1.02	-7.00
Orangensaft, ICE, ¢/lb	371.65	380.85	2.48	22.26
Sojabohnen, CBOT, ¢/bu	1196	1200	0.29	-7.57
Weizen, CBOT, ¢/bu	590.25	595.00	0.80	-5.25
Zucker, CSCE, ¢/lb	23.93	23.59	-1.42	15.13
Brent ICE, $/Fass	77.93	78.69	0.98	2.09
Erdgas Nymex,$/mmBtu	2.06	2.00	-2.53	-20.89
Rohöl Nymex, $/bar	73.82	73.49	-0.45	2.08

Heizöl (3000-6000 l; Fr./100 L., extra leicht)

			Veränderung 26.01.	
Zürich	116.40 (26.01.)	114.90 (02.02.)	-1.29	-1.50

Rohöl (Brent) / Erdgas (Nymex)



LME ($/t)

	05.02. Settlem.	05.02. Geld	05.02. Brief	06.02. Settlem.	06.02. Geld	06.02. Brief
Aluminium HG	2184	2183	2184	2185	2184	2185
Kupfer, Grade A	8329	8328	8329	8280	8275	8280
Nickel	15805	15800	15805	15620	15610	15620

EDELMETALLE ZÜRICH

Stand: 22.03 Uhr	Geld 05.02.	Brief 05.02.	Geld 06.02.	Brief 06.02.
Gold ($/oz.)	2024	2025	2024	2025
Gold (Fr./kg)	56349	56849	56529	57029
Silber ($/oz.)	22.42	22.47	22.27	22.32
Silber (Fr./kg)	621.00	636.00	619.00	634.00
Platin ($/oz.)	894.00	904.00	891.50	901.50
Platin (Fr./kg)	24760	25510	24773	25523
Palladium ($/oz.)	931.00	936.00	935.00	940.00
Palladium (Fr./kg)	25914	26284	26114	26484

MÜNZEN

Franken pro Stück	Geld 05.02.	Brief 05.02.	Geld 06.02.	Brief 06.02.
Australian Nugget	1742.00	1854.00	1748.00	1860.00
Britannia	1742.00	1854.00	1748.00	1860.00
Krüger-Rand	1742.00	1837.00	1748.00	1843.00
Maple Leaf	1742.00	1830.00	1748.00	1836.00
Napoleon	322.00	362.00	323.00	363.00
Souvereign, neu	406.00	456.00	407.00	458.00
Vreneli (20 Fr.)	323.00	362.00	324.00	363.00
Wiener Philharmoniker	1742.00	1854.00	1748.00	1860.00

GELD- & KAPITALMARKTDATEN

ZÜRCHER DEVISEN UND NOTEN

06.02.	Devisen Ankauf	Devisen Verkauf	Noten Ankauf	Noten Verkauf
1 Euro	0.9361	0.9363	0.9080	0.9680
1 Dollar	0.8725	0.8727	0.8350	0.9100
1 Pfund	1.0937	1.0941	1.0175	1.1675
100 Yen	0.5865	0.5867	0.5400	0.6300
1 kanadischer Dollar	0.6442	0.6445	0.6075	0.6825
100 Hongkong-Dollar	11.1512	11.1542	10.4000	12.2000
1 Singapur-Dollar	0.6480	0.6482	0.6125	0.6825
1 australischer Dollar	0.5664	0.5667	0.5250	0.6050
100 schwedische Kronen	8.2172	8.2230	7.6000	9.1500
100 norwegische Kronen	8.1520	8.1576	7.4500	9.0500
100 ungarische Forint	0.2422	0.2426	0.2175	0.2675
100 tschechische Kronen	3.7518	3.7532	3.5000	4.0000
1 südafrikanischer Rand	0.0459	0.0460	0.0375	0.0550

BENCHMARK-ANLEIHEN (10 Jahre)

	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	Rendite	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief
Deutschland	98.91	99.15	2.30	106.01	96.20
Frankreich	105.67	105.99	2.79	109.42	89.91
Grossbritannien	100.15	101.00	4.14	108.85	94.65
Italien	102.84	103.29	3.84	106.18	95.71
Japan	98.94	98.92	0.72	102.46	96.65
Kanada	97.93	98.21	3.47	101.47	88.26
Schweiz	123.37	123.37	0.91	126.04	96.92
USA	102.73	103.10	4.11	105.60	91.86
USA (30 Jahre)	106.71	107.45	4.30	113.75	85.50

SWISS REFERENCE RATES

	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	+/- 06.02.	+/- 2024
Swiss Average Rate ON	1.6879	1.6884	0,000	-0,01
Swiss Average Rate TN	1.6974	1.6949	-0,0025	-0,03
Swiss Average Rate SN		1.7000		-0,03

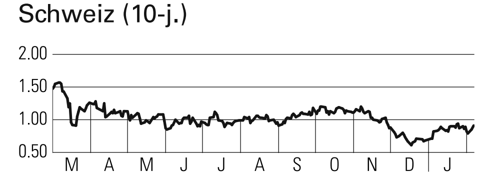
BOND-INDIZES (3 Monate, Vortag)

	Schluss 2023	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.
Swiss-Bond-Index (SIX)	131.50	130.09	130.21
Repo-Index (Raiff.)	144.06	141.83	142.01
Liquid-Swiss-I. (CS) (Vt.)	-	-	-

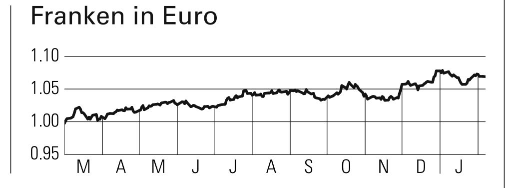
Swiss-Bond-Index

135
130
125
120
M A M J J A S O N D J

Schweiz (10-j.)



Franken in Euro



AUSLÄNDISCHE OBLIGATIONEN IN FRANKEN

52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief			Fälligkeit	Schluss 05.02.	Schluss 06.02.	Rend. in %
Staaten, Städte							
102.35	100.10	1.56	Auckland Council	11.29	101.05	-	1.37
101.85	98.70	1.66	Auckland Council	10.27	100.60	-	1.49
100.75	98.55	1.50	Auckland Council	11.25	100.00	-	1.50
105.65	100.20	2.005	Auckland Council	10.32	103.80	-	1.53
96.90	93.35	0.04	Niederösterreich	10.26	96.65	-	1.31
Supranationale							
99.70	94.65	0.875	Asian Develop. Bk.	09.29	98.70	-	1.12
99.30	95.75	0.80	Asian Develop. Bk.	07.27	99.00	-	1.10
105.45	99.35	1.552	Asian Develop. Bk.	08.33	103.05	-	1.21
102.00	98.25	2.138	CABEI	12.27	101.05	-	1.85
98.28	95.55	0.405	CABEI	06.25	98.17	-	1.75
88.25	81.45	0.17	CABEI	09.31	87.45	87.25	1.99
100.45	97.00	1.5462	CABEI	11.26	99.50	-	1.73
98.25	95.40	0.70	Corp. Andina Fom.	09.25	98.05	98.10	1.94
97.60	94.00	0.50	Corp. Andina Fom.	02.26	97.30	-	1.85
95.95	91.90	0.45	Corp. Andina Fom.	02.27	95.30	-	2.06
98.50	95.40	0.30	Corp. Andina Fom.	04.25	97.97	-	2.08
104.00	100.55	2.5525	Corp. Andina Fom.	10.29	103.25	-	1.95
103.25	98.00	2.4275	Corp. Andina Fom.	02.30	102.60	-	1.97
98.80	93.80	1.50	Corp. Andina Fom.	12.28	98.10	98.50	1.83
101.90	96.80	2.08	Corp. Andina Fom.	08.28	101.40	-	1.76
99.10	97.10	0.304	Corp. Andina Fom.	09.24	99.10	-	1.80
103.40	100.05	1.625	Council of Eur. Dev. Bk.	06.29	102.15	-	1.21
101.00	99.54	1.50	EIB	08.24	99.99	-	1.51
103.05	98.15	1.375	EIB	02.28	101.20	101.00	1.12
104.35	98.90	1.46	EIB	07.33	102.30	-	1.20
103.50	101.18	2.625	EIB	02.25	101.23	-	1.39
125.00	115.35	3.125	EIB	06.36	122.20	-	1.19
101.55	99.40	1.625	EIB	02.25	100.21	-	1.41
95.85	92.05	0.556	Fonplata	09.26	95.55	-	2.36
91.75	87.55	0.795	Fonplata	12.28	91.75	-	2.64
Industrien, Diverse							
98.80	93.10	1.205	Africa Fin. Corp.	09.25	97.20	97.20	2.97
100.55	97.15	0.375	Apple	11.24	99.20	99.19	1.41
98.50	91.90	0.75	Apple	02.30	97.25	97.10	1.25
99.95	98.70	1.375	AT & T	12.24	99.65	-	1.80
100.00	96.70	1.375	BAT Internat. Fin.	09.26	99.40	-	1.61
93.85	87.10	0.111	BNZ Intern. Fund	07.28	93.15	-	1.72
97.25	91.95	0.50	Deut. Bahn Fin.	07.28	96.40	96.80	1.25
99.60	95.15	0.10	Deut. Bahn Fin.	12.25	97.80	-	1.33
93.05	85.45	0.25	Deut. Bahn Fin.	10.31	91.50	-	1.42
93.50	85.60	0.435	Deut. Telekom	02.32	91.50	91.85	1.53
105.85	100.55	2.5025	E.ON	12.29	105.20	-	1.56
101.15	98.55	1.86	E.ON	12.25	100.55	100.50	1.58
102.99	97.66	0.15	Eli Lily and Co.	05.24	99.50	-	1.85
97.45	92.35	0.45	Eli Lily and Co.	05.28	96.95	-	1.18
103.30	100.00	2.717	Embotelladora Andina	09.28	102.85	-	2.06
100.00	97.19	0.55	Enel Finance	09.24	99.22	-	1.93
104.50	100.40	2.875	Equinix Europe 1 Fin.	09.28	103.80	-	2.00
105.45	100.90	2.96	Fresenius SE	10.28	104.20	104.25	2.00
76.50	55.00	3.00	Gategroup Finance	02.27	76.00	76.50	12.76
98.05	94.40	0.35	Glencore Finance	09.25	97.60	97.70	1.83
100.20	97.95	1.25	Glencore Finance	10.24	99.51	99.44	2.10
99.64	97.66	0.50	Heathrow Funding	05.24	99.61	99.64	1.84
101.00	95.55	1.80	Heathrow Funding	05.27	99.85	99.80	1.86
99.95	97.05	0.20	Hilti	11.24	98.82	-	1.79
101.40	99.80	1.742	Hilti	11.26	100.85	100.85	1.42
98.45	95.45	0.05	Hilti	07.25	97.93	-	1.55
105.55	100.95	1.9225	Hilti	11.31	104.15	-	1.36
91.25	85.60	0.125	Jackson Nat. Life	07.28	90.65	90.65	2.37
98.15	95.10	0.375	Jackson Nat. Life	07.25	97.73	-	1.98
99.18	96.51	0	Korea Hydro&Nuclear	07.24	99.12	-	1.98
101.40	100.00	2.1725	Korea Water Res.	09.25	100.80	-	1.66
106.40	100.00	2.828	La Banque Postale	07.30	105.15	-	1.97
104.00	100.40	2.772	La Banque Postale	07.27	103.40	-	1.74
104.40	100.70	2.65	MassMutual Glob.	05.28	103.65	-	1.75
99.05	96.95	0.17	McDonalds	10.24	99.05	-	1.63
102.00	98.85	2.15	Metropolitan Life	12.26	101.70	-	1.53
92.60	85.60	0.15	Metropolitan Life	09.29	91.90	-	1.67
95.90	90.80	0.125	Metropolitan Life	06.27	95.25	-	1.59
98.10	94.55	0.20	Orange S.A.	11.25	97.45	97.55	1.60
97.00	91.25	0.625	Orange S.A.	06.29	95.25	-	1.55
101.00	95.85	1.50	Otto	12.24	98.85	98.85	2.91
98.65	91.50	1.00	Teva Pharmac.	07.25	97.40	97.84	2.52
99.20	93.55	1.00	Verizon Comm.	11.27	97.75	-	1.61
95.70	89.05	0.1925	Verizon Comm.	03.28	94.30	94.40	1.61
94.85	85.45	0.555	Verizon Comm.	03.31	92.05	-	1.75
Wandelanleihen							
94.50	86.00	0.75	Dufry One	03.26	94.40	-	3.51
99.60	78.45	2.75	Zur Rose Fin.	03.25	99.25	99.60	3.13
190.00	99.50	6.875	Zur Rose Fin.	09.26	184.00	186.10	

Erläuterungen: Rubriken der inländischen und ausländischen Oblogationen werden im Wechsel publiziert. Auswahl bei Aktien nach Höhe der Marktkapitalisierung; Div. = Dividende; Div.-Rend. = Dividenden-Rendite; GS = Genussscheine; I = Inhaberaktien;
KBV = Kurs-Buchwert-Verhältnis; KGV = Kurs-Gewinn-Verhältnis (auf Basis der erw. Gewinne); Marktkapital = je Gattung; N = Namenaktien; PS = Partizipationsscheine; St. = Stammaktien; Vz = Vorzugsaktien;
t = Tausend; % = Veränderung in Prozent; Vol. = Volumen: Ausgewiesene Volumina enthalten börsliche und ausserbörsliche Geschäfte; 52-Wochen-Hoch/Tief: Bezieht sich nur auf börslichen Handel. Vt. = Vortag.
Alle Angaben ohne Gewähr.

Quelle Infront

SCHWEIZ: SPI

SPI: -0.22% ↘

52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		Schluss 06.02.	% 06.02.
29.42	20.60	Accelleron	29.30	0.69
0.35	0.0362	Addex Therap. N	0.0778	-1.52
42.23	27.10	Adecco Group N	37.57	0.59
145.00	98.00	Adval Tech N	100.00	-5.66
19.05	15.90	Aevis Victoria N	16.50	0.00
0.77	0.47	Airesis N	0.53	0.00
164.80	140.40	Allreal N	153.20	0.13
265.00	166.20	Also Holding N	260.50	-0.76
20.15	7.56	Aluflexpack N	7.56	-3.32
4.34	1.38	ams-OSRAM	2.02	-0.54
200.00	163.00	APG SGA N	191.00	1.60
13.50	7.10	Arbonia N	10.10	1.00
0.42	0.10	Arundel N	0.13	2.42
1.75	1.24	Aryzta N	1.58	-0.44
12.52	7.00	Ascom N	7.05	0.28
2.30	1.26	Asmallworld N	1.53	-4.38
148.57	98.80	Autoneum Hold. N	122.00	-0.65
45.26	29.00	Avolta	35.01	3.18
105.60	53.95	Bachem Hold. N	58.75	0.60
158.90	126.00	Bâloise N	139.40	-0.36
1994	1230	Barry Callebaut N	1286	-0.23
934.00	848.00	Baselland KB	854.00	-0.70
55.40	32.00	Basilea Pharmac. N	33.25	1.84
68.20	60.80	Basler KB PS	65.40	0.31
58.70	35.35	BB Biotech N	46.05	1.88
506.00	369.00	Belimo N	399.80	0.25
289.50	233.00	Bell Food Group N	248.00	0.00
41.20	18.20	Bellevue N	23.55	-1.67
47.50	40.00	Bergb.Engelb.T.T. N	42.50	0.71
243.00	223.00	Berner KB N	239.00	-0.83
167.70	126.10	BKW N	133.40	-2.27
264.50	173.00	Bossard N	208.50	0.97
254.00	186.00	Bq. Cant. Geneve N	247.00	-2.76
112.50	81.20	Bq. Cant. Vaudoise N	110.20	-0.27
57.00	49.20	Bq. Canton de Jura N	54.00	-0.92
443.60	314.00	Bucher Ind. N	374.80	1.90
617.00	435.50	Burckhardt Comp. N	479.00	1.81
99.30	79.00	Burkhalter N	87.20	-1.58
985.00	740.00	BVZ N	915.00	-0.54
770.00	423.50	Bystronic N	454.50	4.24
48.55	25.00	Calida Holding N	26.65	0.19
391.00	295.00	Carlo Gavazzi Hold.	305.00	0.00
81.00	60.00	Cembra Money Bk N	67.50	0.37
2.84	1.50	CI Com I	1.50	0.00
52.00	41.70	Cicor Technologies N	49.70	-0.20
16.19	10.77	Clariant N	11.09	0.18
80.10	55.40	Coltene N	56.30	-0.53
301.40	170.50	Comet N	301.40	2.38
123.00	104.95	Comp. Fin. Tradition I	122.00	0.41
69.50	33.70	Cosmo Pharmac.N	61.30	0.00
95.00	78.00	CPH N	92.00	-0.22
73.00	42.20	Crealogix N	59.00	0.00
250.50	154.20	Dätwyler I	172.60	-2.92
80.95	53.95	DKSH Holding N	61.50	0.74
87.20	28.52	DocMorris	87.00	3.20
480.50	366.00	dormakaba N	430.00	-1.15
279.00	190.40	Dottikon Es N	230.00	1.55
124.00	98.40	Edisun Power N	105.00	-0.94
11.44	8.05	EFG N	11.36	1.25
1040	980.00	Elma Electronic N	1020	0.00
975.00	820.00	Emmi N	901.00	0.22
802.50	580.50	EMS-Chemie N	647.50	-0.31
68.00	59.20	Epic Suisse	67.40	0.00
23.08	0.62	Evolva Holding N	0.62	0.65
24.90	16.78	Feintool Intern. N	17.34	-0.80
188.50	160.50	Flughafen Zürich N	186.90	2.58
1386	957.00	Forbo N	986.00	-0.60
17.25	15.85	Fundamenta R. N	17.25	0.29
82.20	65.10	Galenica N	76.35	0.86
0.94	0.32	GAM N	0.38	4.11
71.20	45.64	Georg Fischer N	59.75	1.44
27.10	22.40	Glarner KB N	22.50	0.45
1795	1610	Graubündner KB PS	1710	0.29
322.00	248.00	Grp. Minoteries N	256.00	-2.29
101.00	65.60	Gurit I	71.10	0.00
139.10	108.40	Helvetia N	124.20	-1.35
83.80	73.40	HIAG Immobilien N	73.80	0.27
18.94	4.00	Highlight E. and E. I	10.00	0.00
29.00	12.40	Hochdorf N	13.00	-2.99
89.80	59.90	Huber + Suhner N	61.80	0.32
4420	3780	Hypo Lenzburg N	4340	-0.46
13.14	1.29	Idorsia N	1.53	-0.33
48.60	25.75	Implenia N	30.20	2.55
19.80	16.25	Ina Invest Hold. N	16.95	0.30
1348	834.00	Inficon N	1308	0.00
3380	2245	Interroll N	2495	-0.99
674.00	585.00	Intershop N	614.00	0.33
101.50	89.60	Investis Holding N	98.00	-0.20
123.00	103.00	IVF Hartmann N	110.00	0.00
64.70	42.98	Julius Bär N	45.66	-4.88
171.60	125.00	Jungfraubahn N	171.20	0.94
226.50	163.00	Kardex N	221.00	0.91
0.0182	0.0002	Kinarus N	0.0060	76.47
20.20	14.20	Klingelnberg N	16.35	0.31
303.00	161.00	Komax N	164.20	1.61
2.49	1.11	Kudelski I	1.23	1.65
6.30	1.11	Kuros Biosc. N	5.24	0.77
38.00	30.20	Lalique Group N	33.80	0.00
84.60	60.50	Landis+Gyr N	65.25	-10.06
30.80	20.30	lastminute.com	22.85	-5.19
0.63	0.37	Leclanché N	0.56	-0.36
2350	1734	Lem N	1750	-3.31
56.10	30.85	Leonteq N	32.30	2.70
116000	95000	Lindt & Sprüngli N	113000	0.36
11410	9385	Lindt & Sprüngli PS	11260	0.36
71.40	57.00	LLB N	70.70	-0.28
84.19	69.50	Luzerner KB N	71.20	-1.25
5.20	3.62	MCH Group N	3.62	-2.43
133.60	95.40	Medacta Group N	129.00	0.78
99.40	62.30	Medartis N	78.30	4.96
26.75	16.51	Medmix	17.16	0.35
55.00	28.90	Meier Tobler N	36.10	-0.55
2080	1250	Metall Zug N	1415	0.35
0.71	0.0700	Meyer Burger N	0.12	-4.02
17.00	9.98	Mikron N	16.90	0.30
17.86	12.14	Mobilezone N	13.30	2.15
264.00	224.50	Mobimo N	256.00	0.00
6.30	3.04	Molecular Partn. N	3.95	-2.47
18.66	9.68	Montana Aerosp. N	15.60	1.17
11.45	3.57	Newron Pharmac. N	9.02	15.35
40.60	32.50	Novavest RE N	34.40	-0.29
0.23	0.0300	ObsEva	0.0547	-2.67
5.96	3.30	OC Oerlikon N	3.71	1.15
3.64	1.45	ONE Swiss Bank N	3.42	-2.29
7.70	4.50	Orascom N	4.61	0.44
82.40	69.00	Orell Fuessli N	74.40	0.00
85.30	65.50	Orior N	66.60	0.00
19.90	9.20	Peach Property N	10.52	-1.68
87.00	51.50	Perrot Duval I	58.50	0.00
465.00	330.00	Phoenix Mecano	453.00	-0.44
86.30	43.50	Pierer Mobility N	49.00	3.92
319.00	292.00	Plazza N	306.00	0.00
26.20	14.11	PolyPeptide N	15.32	0.79
80.20	63.00	Private Equity N	70.00	-1.96
120.50	96.50	PSP Swiss Prop. N	114.30	-0.26
15.00	1.50	Relief Therapeutics	1.62	-1.82
111.00	74.10	Rieter N	88.20	-1.56
333.40	240.00	Roche I	243.40	-0.25
58.00	45.00	Romande Energie N	52.60	2.33
30.00	22.70	Sandoz	28.46	-1.79
14.62	5.90	Santhera Pharma N	9.60	3.56
209.40	171.30	Schindler N	207.00	1.37
221.00	176.40	Schindler PS	215.40	0.89
26.00	21.00	Schlatter N	25.80	3.20
851.00	438.50	Schweiter Techn. I	453.00	0.67
120.60	64.00	Sensirion N	67.50	-0.30
94.00	82.50	SF Urban Propert. N	92.00	-1.60
128.80	88.90	SFS Group N	109.60	2.24
91.44	69.62	SGS N	81.72	1.19
13.65	4.92	SHL Telemedicine N	5.60	0.00
885.00	625.50	Siegfried N	871.00	0.17
26.26	17.90	SIG Group N	18.05	-0.77
88.60	63.60	SKAN Group	77.90	1.17
4950	4020	SNB N	4120	0.00
19.29	12.07	SoftwareONE N	17.28	-0.40
1.06	0.0122	Spexis N	0.26	-10.34
520.00	464.50	St. Galler KB N	500.00	-0.60
38.32	26.38	Stadler Rail N	27.92	1.90
63.00	45.40	StarragTornos Gr. N	46.20	0.43
147.00	97.00	Straumann N	137.25	0.77
91.95	70.85	Sulzer N	85.95	0.76
342.70	193.95	Swatch I	197.30	-0.10
62.95	37.40	Swatch N	38.20	0.13
91.75	72.10	Swiss Prime Site N	86.85	-0.29
0.18	0.0600	Swiss Steel Hold. N	0.0880	1.15
222.60	143.70	Swissquote N	217.20	0.37
0.0700	0.0012	Talenthouse N	0.0060	0.00
422.00	251.00	Tecan N	325.60	0.12
89.68	56.40	Temenos N	88.16	-0.94
125.00	115.00	Thurgauer KB PS	118.50	1.28
143.00	81.70	TX Group N	130.00	0.31
128.80	72.50	U-Blox N	84.30	-3.33
106.60	91.20	Valiant N	103.00	-1.53
47.10	34.50	Varia US Prop. N	38.00	1.06
424.30	269.40	VAT Group N	410.60	0.00
475.00	413.00	Vaudoise Ass. N	444.00	1.14
48.00	35.00	Vetropack N	36.35	-0.41
765.00	550.00	Villars N	600.00	0.00
64.10	47.55	Vontobel N	53.90	-1.28
102.50	80.40	VP Bank N	93.40	-0.43
102.40	70.70	VZ Holding N	102.40	2.40
97.50	55.00	V-ZUG N	59.10	-1.17
115.00	104.00	Walliser KB N	109.00	0.00
2290	1775	Warteck Invest N	1830	0.27
9.56	2.80	Wisekey Intern. N	4.35	8.63
51.40	28.60	XLife Sciences	46.50	-2.11
314.00	177.80	Ypsomed N	314.00	0.96
78.70	45.20	Zehnder N	52.80	0.76
29.00	23.80	Züblin N	25.00	-0.79
1860	1480	Zug Estates Hold. N	1685	0.00
8000	7420	Zuger KB N	7780	1.83
180.00	116.00	Zwahlen I	120.00	3.45

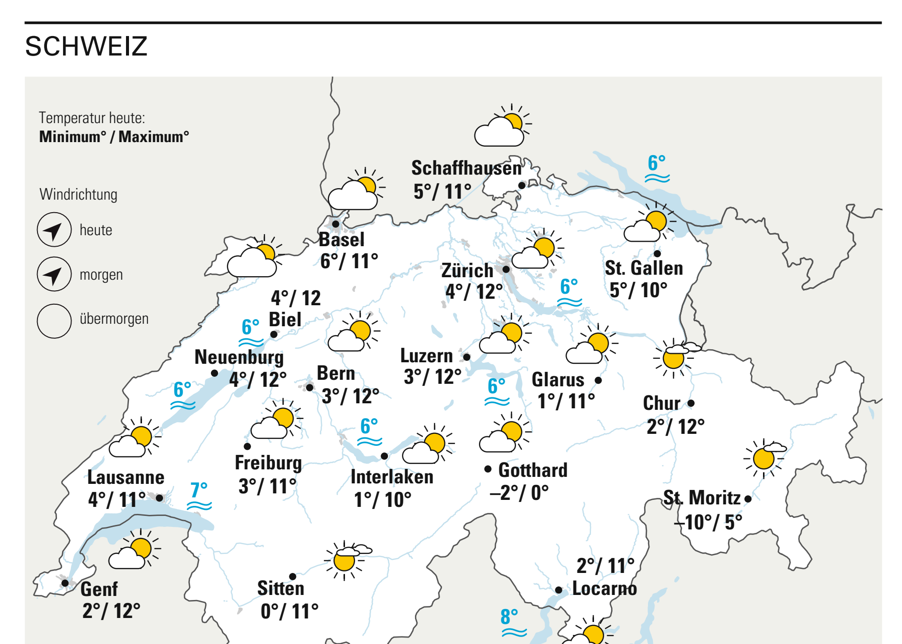
EUROPA STOXX 600 (Auswahl)

52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		Schluss 06.02.	% 06.02.
62.01	49.17	AB Inbev	58.14	0.85
180.30	142.04	Air Liquide	171.88	2.39
152.20	112.10	Airbus	151.74	1.80
250.40	192.48	Allianz vN	248.10	1.10
838.50	534.40	ASML Hold.	833.80	0.77
12390	9851	AstraZeneca	10534	1.68
174.70	119.44	Atlas Copco A	169.35	1.41
31.52	24.60	AXA	30.64	0.76
3.97	2.94	Banco Santander	3.75	1.71
9.16	5.74	BBVA	9.10	1.90
113.46	86.80	BMW St	97.56	1.03
67.02	47.02	BNP Paribas	55.08	-1.82
570.50	441.10	BP PLC	478.95	5.46
3242	2233	Brit. Am. Tobacco	2362	-0.67
872.00	618.50	Christian Dior	753.00	-0.07
48.88	33.56	Dassault Systemes	42.07	0.17
47.05	36.04	Deutsche Post NA	44.41	0.98
23.40	18.50	Deutsche Telekom N	22.67	0.29
3780	2676	Diageo	2972	-0.42
6.82	5.14	Enel	6.08	-0.83
382.85	278.70	Equinor ASA	308.55	2.53
188.84	155.15	EssilorLuxottica	183.84	1.38
361.00	239.30	Ferrari	351.40	1.50
562.80	397.45	Glencore	410.50	0.27
1670	1303	GSK PLC	1653	-0.58
106.30	81.54	Heineken	94.78	1.00
2064	1641	Hermes Intl.	2018	-0.39
665.60	512.30	HSBC Hold.	632.00	2.07
11.87	9.71	Iberdrola	10.80	-1.95
40.12	27.45	Inditex	39.07	0.67
2.96	2.08	Intesa Sanpaolo	2.90	1.27
460.60	364.65	L'Oréal	453.95	-0.39
9438	7142	London St. Exchan.	8822	-0.05
904.60	644.00	LVMH	779.50	-0.15
76.10	55.08	Mercedes-Benz	63.96	1.23
400.40	292.40	Münch. Rück vN	397.50	0.71
825.40	476.05	Novo-Nordisk B	813.50	0.46
34.91	23.76	Prosus	29.40	4.87
3325	2388	Relx	3287	-0.42
6308	4510	Rio Tinto	5394	0.84
177.74	125.16	Safran	177.00	0.84
105.18	80.60	Sanofi S.A.	87.23	-0.19
167.74	105.42	SAP	166.40	1.14
193.64	134.38	Schneider Electr.	193.20	2.77
32.64	24.66	Shell	29.49	0.99
58.08	44.39	Siemens Health.	53.46	2.02
171.06	119.48	Siemens N	167.38	1.68
21.90	14.15	Stellantis	21.45	1.78
64.80	50.55	TotalEnergies	60.30	1.82
4483	3681	Unilever plc.	3959	1.05
27.86	18.29	Universal Music Gr.	27.28	1.41
119.00	98.49	Vinci	118.74	0.37

S&P 500 (Auswahl)

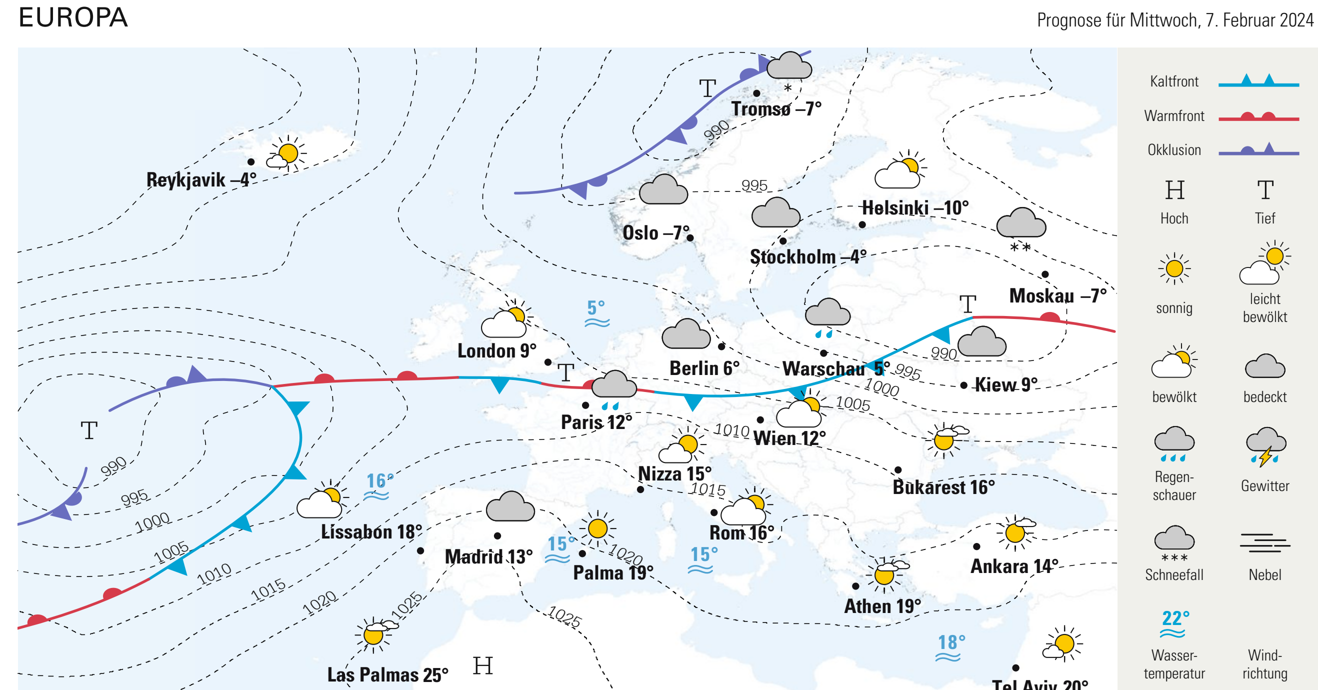
52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		Schluss 06.02.	% 06.02.
116.79	85.35	3M	93.76	1.11
115.83	89.67	Abbott Lab	114.00	2.10
173.96	130.96	AbbVie Inc	173.29	1.19
375.73	242.80	Accenture	364.70	-1.52
638.25	318.60	Adobe	607.14	-3.70
153.78	88.58	Alphabet Inc. A	144.15	0.33
155.20	88.86	Alphabet Inc. C	145.45	0.36
172.50	88.12	Amazon	169.15	-0.68
184.92	75.92	AMD	167.91	-3.63
207.08	137.80	American Express	205.65	-0.14
329.72	211.71	Amgen	316.74	-1.62
199.62	143.90	Apple Inc.	189.30	0.86
36.84	24.96	Bank of America	33.04	0.15
393.93	292.42	Berkshire Hath. B	393.74	0.76
267.54	176.25	Boeing	208.58	0.94
1285	572.10	Broadcom	1223	-1.64
334.87	204.04	Caterpillar	322.72	0.41
174.07	139.62	Chevron Corp.	152.35	0.01
58.19	45.56	Cisco Systems	49.99	0.97
64.99	51.55	Coca-Cola	59.94	-0.17
714.28	465.33	Costco	710.79	-0.05
118.18	78.73	Disney Co.	99.29	2.73
60.71	47.26	Dow Inc.	54.04	1.66
742.00	309.20	Eli Lilly	705.03	-0.17
393.91	289.36	Goldman Sachs	384.99	0.51
362.96	274.26	Home Depot	356.25	0.31
210.87	174.88	Honeywell	193.66	0.34
196.90	120.55	IBM	183.41	-0.01
51.28	24.73	Intel	42.76	-0.02
175.97	144.95	Johnson & Johnson	158.06	1.45
178.30	123.11	JP Morgan Chase	175.10	0.34
434.21	319.23	Linde PLC	415.45	3.70
463.84	340.21	MasterCard	460.50	0.82
302.39	245.73	McDonald's	284.65	-0.46
127.80	99.14	Merck & Co.	126.88	0.55
485.96	167.66	Meta Platforms	454.65	-1.04
415.32	245.61	Microsoft	405.49	-0.04
579.64	285.33	Netflix	556.20	-1.04
128.68	88.66	Nike	102.61	2.94
697.54	204.21	Nvidia	682.19	-1.61
127.54	82.04	Oracle	115.30	-0.94
196.88	155.83	Pepsico	171.44	0.30
159.60	135.83	Procter & Gamble	158.96	0.47
289.29	159.66	Salesforce Inc.	285.83	-0.79
299.29	152.37	Tesla	185.10	2.23
593.17	415.60	Thermo Fisher	560.28	1.57
215.71	157.33	Travelers Comp.	213.01	-0.03
554.70	445.68	United Health	510.67	1.53
43.21	30.14	Verizon	41.10	-0.68
279.99	208.76	VISA Inc.	276.76	0.43
37.13	19.68	Walgreens Boots	23.10	4.24
170.58	136.09	Walmart Inc.	169.81	0.68

SCHWEIZ

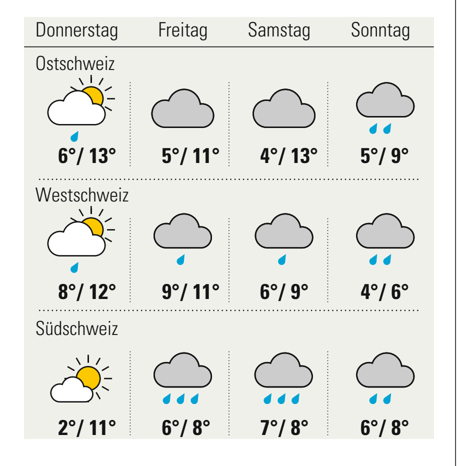


EUROPA

Prognose für Mittwoch, 7. Februar 2024



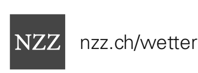
DIE NÄCHSTEN VIER TAGE



Allgemeine Lage: Der Hochdruckeinfluss, welcher in den vergangenen Tagen unser Wetter bestimmte, nimmt im Verlauf des heutigen Tages ab. In der Nacht auf morgen erreicht uns eine Störung. Nach deren Durchzug dreht die Höhenströmung auf Südwest. Im Norden kommt Föhn auf, im Süden beginnt sich die feuchte Luft zu stauen.

Heute: Am Vormittag hat es im Mittelland stellenweise ein paar Nebelfelder, sonst startet der Mittwoch teilweise recht sonnig. Im Verlauf des Nachmittags nimmt die Bewölkung zu, es bleibt aber noch bis zum Abend trocken. Mit einem zügig auffrischenden Südwestwind steigen die Temperaturen auf milde 11 bis 13 Grad. Im Süden ist es recht sonnig.

Aussichten: In der kommenden Nacht ist es bewölkt, und Regen kommt auf, der Donnerstag startet somit meist grau und nass. Tagsüber trocknet es ab und wird zunehmend freundlich. Es bleibt windig und mit 11 bis 13 Grad für die Jahreszeit sehr mild.



WINDRICHTUNGEN/-STÄRKEN

	heute	morgen		heute	morgen
Zürichsee	SW 4-7	SW 3-6	Urnersee	var 1-4	var 1-4
Obersee	SW 4-7	SW 3-6	Thunersee	NW 2-5	NW 1-4
Greifensee	SW 4-7	SW 3-6	Bielersee	SW 4-7	SW 2-5
Walensee	var 2-5	var 2-5	Neuenb'see	SW 4-7	SW 2-5
Bodensee	SW 4-7	SW 3-6	Genfersee	SW 3-6	SW 2-5
Untersee	SW 4-7	SW 3-6	Langensee	var 1-4	SW 1-4
Zugersee	W 2-5	W 1-4	Luganersee	var 1-4	S 1-4
Vierw'see	W 2-5	W 1-4	Silvapl'see	SW 1-4	SW 3-6

Windstärke in Beaufort, var = variabel

MORGEN INTERNATIONAL

Europa			Istanbul	15	w
Amsterdam	3	R	Kopenhagen	3	S
Athen	19	s	Las Palmas	26	f
Barcelona	19	f	Lissabon	17	R
Berlin	4	R	London	12	R
Brüssel	11	R	Madrid	13	w
Budapest	13	f	Moskau	–14	f
Dublin	2	SR	München	13	b
Frankf./M.	11	R	Oslo	–12	w
Hamburg	4	fR	Paris	14	R
Helsinki	–14	f	Prag	7	R

Rom	17	f	**Afrika**		
Stockholm	–3	w	Dakar	31	s
Warschau	2	b	Johannesb.	32	fR
Wien	13	w	Kairo	23	s
Nordamerika			Kapstadt	26	f
Chicago	15	w	Lagos	35	f
Denver	9	w	Marrakesch	24	f
L. Angeles	15	s	Nairobi	27	fR
Miami	24	f	Tunis	22	s
New York	9	f	**Naher Osten**		
San Franc.	12	f	Dubai	24	f
Toronto	5	w	Teheran	12	s
Vancouver	7	f	Tel Aviv	21	f
Washington	13	f	**Asien**		
Lateinamerika			Bangkok	35	s
Bogotá	18	fR	Delhi	20	s
B. Aires	30	G	Hongkong	14	R
Caracas	22	R	Manila	32	f
Mexiko-St.	29	s	Peking	8	f
Santiago	31	f	Seoul	5	s
São Paulo	29	w	Schanghai	7	w
Australien, Neuseeland			Singapur	29	G
Auckland	25	s	Tokio	9	f
Melbourne	23	f			
Perth	41	s			
Sydney	22	fR			

b = bedeckt; f = freundlich; G = Gewitter; N = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; s = sonnig; S = Schneefall; SR = Schneeregen; w = bewölkt

BERGWETTER

	Wind	km/h	°C
4000 m	NW	60-100	–12°
3000 m	W	50-90	–5°
2000 m	SW	40-80	1°
1000 m	SW	30-55	6°

SCHADSTOFFE

in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano
Feinstaub (PM10)	12	24	24	14	12	24
Stickstoffdioxid	30	34	42	12	14	35
Ozon	46	49	34	51	68	45

Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten: 50, 80, 120, EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³. Messwerte gestern, 14 Uhr.

SONNE UND MOND

		Aufgang heute I morgen	Untergang heute I morgen
Sonne		07:44 I 07:42	17:35 I 17:37
Mond	abnehmend	06:27 I 07:16	14:03 I 15:24

● 9.2. ◐ 16.2. ○ 24.2. ◑ 3.3.

SRF 1

11.25 Kassensturz. (W). **12.00** Mini Chuchi, dini Chuchi. (W). **12.20** Mini Chuchi, dini Chuchi. (W). **12.45** Tagesschau. **12.55** Meteo. **13.05** G&G. (W). **13.30** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte. **14.25** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte. **15.20** ManneZimmer. **15.45** G&G Flash. **15.50** Rosamunde Pilcher: Liebe am Horizont. Romanze (D 2010). **17.30** Guetnachtgschichtli. **17.40** Telesguard. **18.00** Tagesschau. **18.10** Meteo. **18.15** Mini Chuchi, dini Chuchi. **18.35** G&G.. **19.00** Schweiz aktuell. **19.25** SRF Börse. **19.30** Tagess. **19.55** Meteo.

20.05 Rundschau. Magazin. Aufruhr in Deutschland – Die Wut auf der Strasse; Streit auf dem Bau – Handwerksbetriebe vor dem Ruin; Tod auf der Skipiste – Die Gefahren des Geschwindigkeitsrauschs.
21.00 Weiterleben in Putins Russland – Ein Schweizer in Sibirien. Reportage.
21.40 Ziehung des Schweizer Zahlenlottos.
21.50 10vor10.
22.15 Meteo.
22.20 Kulturplatz. Magazin.
23.00 Sternstunde Philosophie. (W).
00.00 Newsflash.
00.15 Outlander. Drama-Serie. Flucht.

SRF zwei

5.15 Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **8.45** Tagesschau vor 20 Jahren. **9.05** Meine fremde Heimat. **9.50** Kulturzeit. Magazin. **10.30** Ich habe Ayahuasca getestet. (W). **10.55** Der Skandal der Zwangsinternierten. (W). **11.25** Music@SRF. Magazin. (W). **12.00** Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **15.25** Julia – Wege zum Glück. Telenovela. Mit Susanne Gärtner. **16.15** Chicago Fire. **17.00** G&G Flash. **17.10** Live: Biathlon: Weltmeisterschaften. Aus Nove Mesto (CZ). Mixed-Staffel. Kommentar: Manuel Köng, Matthias Simmen. **18.50** Wissen@SRF. **19.30** Tagesschau.

20.00 sportflash.
20.10 The Art of Love. Komödie (CH/GB 2022). Mit Oliver Walker.
22.00 Das Haus von Morgen – Wie Bauen revolutioniert wird. Dokumentation.
22.40 sportflash.
22.45 Newsflash.
22.55 Das VAR's.
23.10 Sykora Gisler – Der Fussball-Talk.
00.10 Straight Outta Compton. Drama (USA 2015). Mit Corey Hawkins.
02.25 Tagesschau vor 20 Jahren. (W).
02.45 Wissen@SRF. Magazin. (W).
03.15 Chicago Fire. Drama-Serie. (W).
03.55 Sykora Gisler – Der Fussball-Talk.

ARD

5.00 FAKT. (W). **5.30** Live: ZDF-Morgenmagazin. **9.00** Tagesschau. **9.05** Watzmann ermittelt. **9.55** Tagesschau. **10.00** Meister des Alltags. **10.30** Wer weiss denn sowas?. **11.15** ARD-Buffet. **12.00** Tagesschau. **12.10** ARD-Mittagsmagazin. **14.00** Tagesschau. **14.10** Rote Rosen. **15.00** Tagesschau. **15.10** Sturm der Liebe. Telenovela. **16.00** Tagesschau. **16.10** Verrückt nach Meer. **17.00** Live: Biathlon: Weltmeisterschaften. **18.50** Hubert ohne Staller. Krimi-Serie. Im Auftrag des Teufels. **19.45** ESC vor acht. **19.50** Wetter vor acht. **19.55** Wirtschaft vor acht. Magazin.

20.00 Tagesschau. Mit Wetter.
20.15 Steirerkreuz. Kriminalfilm (A 2019). Mit Miriam Stein.
21.45 Plusminus. Magazin. Flaute am Bau. Mit Alev Seker.
22.15 Tagesthemen.
22.50 René Benko: Der Zocker und die Politik. Dokumentation.
23.35 Ein Tatortreiniger auf Spurensuche. Dokumentation.
00.05 Tagesschau.
00.15 Steirerkreuz. Kriminalfilm (A 2019). Mit Miriam Stein. (W).
01.45 Vater werden ist nicht schwer. Komödie (D 2004).
03.15 Tagesschau.
03.20 Ein Tatortreiniger auf Spurensuche.

ZDF

5.30 Live: ZDF-Morgenmagazin. **9.00** heute Xpress. **9.05** Volle Kanne – Service täglich. Magazin. U.a.: Gesundheits-Update: Dr. Christoph Specht informiert. Mit Andrea Ballschuh. **10.30** Notruf Hafenkante. **11.15** SOKO Wismar. **12.00** heute. **12.10** Mittagsmagazin. **14.00** heute – in Deutschland. **14.15** Die Küchenschlacht. **15.00** heute Xpress. **15.05** Bares für Rares. **16.00** heute – in Europa. **16.10** Die Rosenheim-Cops. **17.00** heute. **17.10** hallo deutschland. **18.00** SOKO Wismar. Krimi-Serie. **18.54** Lotto. **19.00** heute / Wetter. **19.20** Wetter. **19.25** Blutige Anfänger.

20.15 Live: Fussball: DFB-Pokal. Aus Saarbrücken. Viertelfinale: 1. FC Saarbrücken – Borussia Mönchengladbach.
23.00 Markus Lanz. Talkshow.
00.15 heute journal update.
00.30 Ukraine – Der lange Weg zum Frieden. Dokumentation.
01.00 Geheime Unterwelten der Sowjetunion. Dokumentationsreihe. Georgien.
01.45 Geheimes Russland.
03.15 ZDFbesseresser: Sebastian Lege deckt auf. Reportagereihe. (W).
04.00 frontal. Magazin. (W).
04.45 Treffpunkt Stadt: Plätze zum Leben, Lachen und Machen. (W).

3 sat

10.15 Das Salzkammergut – Hohe Berge, klare Seen, weisses Gold. (W). **11.00** Mythos Ausseerland. (W). **11.45** Mit Herz am Herd. **12.15** Servicezeit. **12.45** Bergauf-Bergab. **13.15** Hallstatt – Ein Leben zwischen Fels und See. (W). **13.55** Alpenseen – Stille Schönheit am Ursprung des Wassers. (W). **14.40** Traun – Ein Fluss wie ein Kristall. **15.30** Die Donau – Lebensader Europas. Dokumentationsreihe. Vom Schwarzwald zum Schwarzen Meer / Zwischen Flut und Frost. **17.00** Österreich – Die Kraft des Wassers. Dokumentationsreihe. **18.30** nano. **19.00** heute. **19.20** Kulturzeit.

20.00 Tagesschau. Die Nachrichten
20.15 Ungelöste Verbrechen. Dokumentation.
21.05 Vermisst – Verbrechen nie ausgeschlossen.
22.00 ZIB 2.
22.25 Vermisst in Berlin. Thriller (D 2018). Mit Jördis Triebel.
23.55 10vor10.
00.25 Stöckl. Talkshow.
01.25 Panorama. Reportagereihe.
01.50 Österreich – Die Kraft des Wassers. Dokumentationsreihe. Alpengipfel und Steppensee / Vom Bergbach zur Donau. (W).
03.20 Die Donau – Lebensader Europas. Dokumentationsreihe. (W).

arte

8.10 Stadt Land Kunst. (W). **9.00** Tierische (R) Evolution. (1/5). (W). **9.55** Tierische (R)Evolution. (W). **10.45** Tierische (R)Evolution. (W). **12.10** Die Türkei im Jahr nach dem Beben. **12.40** Stadt Land Kunst. **13.25** Stadt Land Kunst. **14.15** Die Macht der Frauen. Drama (D 2022). (W). **15.55** Medizin in fernen Ländern. **16.20** Ahornsirup, Kanadas süsser Schatz. (W). **16.55** Aus dem Feuer geboren: die Kanaren – Inseln der Glückseligen. **17.50** Finnland – Winter im hohen Norden. (2/2). **18.35** Auf den Spuren der Bären. **19.20** Arte Journal. **19.40** Backen wie die Weltmeister.

20.15 Who Killed Marilyn?. Krimikomödie (F 2011). Mit Jean-Paul Rouve, Sophie Quinton.
21.50 Deep Throat: Als der Porno salonfähig wurde. Dokumentation. Mit Elodie de Sélys.
22.45 Drei Winter. Drama (CH/D 2022). Mit Michèle Brand.
01.00 USA gegen Hitler: Wie ein Spion den Nazis den Krieg erklärte. Dokumentarfilm (D/CDN 2022).
02.30 Abstrakt und radikal. Mondrians Vermächtnis. (W).
03.25 Zahlen schreiben Geschichte. Dokumentationsreihe. (W).
03.50 Mit offenen Karten – Im Fokus.
03.55 Mit offenen Augen. Magazin.

RTL

5.20 CSI: Den Tätern auf der Spur. **6.00** Punkt 6. Magazin. **7.00** Punkt 7. **8.00** Punkt 8. **9.00** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. (W). **9.30** Unter uns. (W). **10.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht. Doku-Soap. **11.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht. **12.00** Punkt 12. Magazin. **15.00** Barbara Salesch – Das Strafgericht. Doku-Soap. **16.00** Ulrich Wetzel – Das Strafgericht. Doku-Soap. **17.00** Verklag mich doch!. **17.30** Unter uns. **18.00** Explosiv – Das Magazin. **18.30** Exclusiv – Das Star-Magazin. **18.45** RTL Aktuell. **19.05** Alles was zählt. **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap.

20.15 Die Bachelors. Doku-Soap. Mit Sebastian Klaus, Dennis Gries.
22.15 RTL Direkt.
22.35 Live: stern TV. Magazin. Mit Steffen Hallaschka.
00.00 RTL Nachtjournal.
00.35 CSI: Miami. Krimi-Serie. Rache an Horatio. Mit David Caruso.
01.20 CSI: Miami. Krimi-Serie. Blutspur.
02.15 CSI: Miami. Krimi-Serie. Wunschmörder. Mit David Caruso.
03.00 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Entwischt. (W).
03.50 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Hilferufe.
04.35 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Tod im OP.

SAT 1

12.00 Auf Streife. **13.00** Auf Streife – Die Spezialisten. **14.00** Auf Streife – Die Spezialisten. **15.00** We Are Family!. **16.00** Unser Leben, unser Geld. **17.00** Die Urlaubs-Docs. **17.30** Die Urlaubs-Docs. Reportage. **18.00** Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. **19.00** Das Küstenrevier. Krimi-Serie. **19.45** Landuf, Landab. Magazin. (W). **19.55** Startup Zünder. (W). **20.15** Kühlschrank öffne dich! – Das Duell der Kochprofis. Show. **22.35** TopTen! Der Geschmacks-Countdown. Dokumentationsreihe. **23.35** Kühlschrank öffne dich! – Das Duell der Kochprofis. Show. (W). **1.45** Auf Streife – Die Spezialisten. Doku-Soap.

Pro Sieben

5.05 taff. (W). **5.50** Galileo. (W). **6.55** Will & Grace. (W). **7.45** The Big Bang Theory. Sitcom. (W). **9.05** How I Met Your Mother. (W). **11.25** Brooklyn Nine-Nine. **13.45** Modern Family. Comedy-Serie. (W). **15.35** The Big Bang Theory. Sitcom. Sag's nicht weiter / Souvlaki statt Pizza / Die Antilope im Curry. **17.00** Live: taff. **18.00** Schudel's Food Stories – Best of Schudel. **18.10** Die Simpsons. Zeichentrick-Serie. **19.05** Live: Galileo. Magazin. **20.15** TV total. Show. **21.25** Joko & Klaas gegen ProSieben. **0.15** Balls – für Geld mache ich alles. **1.20** Balls – für Geld mache ich alles. **2.15** ProSieben :newstime. **2.20** Galileo. (W).

ORF 1

5.10 Morgenprogramm. **10.30** Q1 Ein Hinweis ist falsch. (W). **11.10** Was gibt es Neues?. **11.55** SOKO Donau. (W). **13.20** Monk. (W). **16.10** Live: ZIB Flash. **16.15** SOKO Donau. **17.00** Live: ZIB Flash. **17.10** Live: Biathlon: Weltmeisterschaften. Aus Nove Mesto (CZ). Mixed-Staffel. **18.45** Q1 Ein Hinweis ist falsch. **19.30** Live: Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Live: Sport aktuell. **20.02** ZIB Magazin. **20.15** Rüstig oder rostig? Senioren am Steuer. **21.05** Vitamin-Wahn: Zu viel des Guten. **21.55** Fasten und jung bleiben. **22.45** Live: ZIB 3. **23.05** Kratky sucht das Glück. **0.05** S.W.A.T.. **0.50** Station 19. **2.10** SOKO Donau. (W).

ORF 2

11.10 Mythos Transsilvanien – Draculas geheime Wildnis. (W). **11.55** Report. (W). **12.45** Seitenblicke. (W). **12.50** Wetterschau. **13.00** ZIB. **13.20** Aktuell nach eins. **14.00** Silvia kocht. **14.25** Sturm der Liebe. **15.15** Die Rosenheim-Cops. **16.00** Barbara Karlich – Talk um 4. **17.00** ZIB. **17.05** Aktuell nach fünf. **17.30** Studio 2. **18.30** konkret. **18.48** Lotto. **19.00** Bundesland heute. **19.23** Wetter. **19.30** ZIB. **19.51** Wetter. **19.56** Sport aktuell. **20.05** Seitenblicke. **20.15** Der Bergdoktor. Arzt-Serie. Spätfolgen. **21.50** Reisezeit – Österreich. **22.00** ZIB 2. **22.30** WELTjournal Spezial. **0.00** Ein bisschen bleiben wir noch. Drama (A 2020).

SRF info

18.55 Telesguard. (W). **19.05** Tagesschau. (W). **19.15** Meteo. (W). **19.25** G&G Flash. (W). **19.30** Tagesschau & Meteo in Gebärdensprache. **20.00** Tagesschau. (W). **20.25** Meteo. (W). **20.30** Schweiz aktuell in Gebärdensprache. **20.50** SRF Börse in Gebärdensprache. **21.00** sportflash. (W). **21.05** Schweizer Hotelgeschichten. **21.55** G&G – Gesichter und Geschichten in Gebärdensprache. **22.15** SRF Börse. **22.20** sportflash. (W). **22.25** Telesguard. **22.35** SRF Börse. (W). **22.40** 10vor10. **23.05** Meteo. (W). **23.10** 10vor10. (W). **23.30** Meteo. (W). **23.35** sportflash. (W). **23.40** G&G. (W). **0.00** SRF Börse. (W). **0.05** 10vor10.

Radio SRF 1

6.00 HeuteMorgen. **6.31** Regionaljournal. **7.00** HeuteMorgen. **7.17** Morgengast. **7.31** Regionaljournal. **7.40** Morgenstund hat Gold im Mund. **8.00** HeuteMorgen. **8.10** Espresso. **8.31** Regionaljournal. **9.00** HeuteMorgen. **9.40** Mundartrubrik. **10.03** Treffpunkt. Outdoor Winterbräuche: Die Tschäggättä aus dem Lötschental. **11.08** Ratgeber. **11.40** À point. **12.03** Regionaljournal. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Tagesgespräch. **13.40** 3 vo 5. **16.30** Regional Diagonal. **17.12** Sport. **17.30** Regionaljournal. **18.00** Echo der Zeit. **18.45** Sport. **20.03** Spasspartout. **21.03** Nachtclub. **22.08** Nachtclub. **23.04** Nachtclub.

Radio SRF 2

6.54 100 Sekunden Wissen. **7.00** Kultur-Nachrichten. **7.06** Kultur-Aktualität. **7.30** HeuteMorgen. **7.52** Blick in die Feuilletons. **8.00** Kultur-Nachrichten. **8.06** Kultur-Aktualität. **8.15** Kultur-Aktualität. **8.30** HeuteMorgen. **9.05** Kultur-Talk. **10.20** 100 Sekunden Wissen. **11.20** Veranstaltungstipp. **11.40** Tageschronik. **12.04** Kultur kompakt. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Klassiktelefon. **13.45** Concerto. **16.30** Kultur-Nachrichten. **17.08** Kultur-Aktualität. **17.16** Kultur-Aktualität. **17.30** Kultur-Nachrichten. **18.30** Kultur-Talk. **19.00** Echo der Zeit. **20.00** Musik unserer Zeit. **21.00** Neue Musik im Konzert. **22.05** Notturno.

TV-TIPPS

SRF 1, 20.05
Rundschau: Aufruhr in Deutschland
Deutschland geht auf die Strasse: Nach den Bauernprotesten gegen die Sparpolitik der Regierung protestieren die Menschen jetzt zu Hunderttausenden gegen die AfD und Rechtsextremismus. Ein Augenschein vor Ort. Weiter: Wenn Bau-Streitigkeiten Handwerksbetriebe in den Ruin treiben. Und: Gefahr auf der Skipiste.

SRF 1, 21.00
Weiterleben in Putins Russland – Ein Schweizer in Sibirien
2016 fuhr Lukas Achermann von Luzern bis zum Baikalsee in Ostsibirien. Sein Ziel war: eine Tour-Firma gründen und für westliche Klientel ausgiebige Reisen im Baikalgebiet anbieten. Dann kam der Krieg. Doch Achermann blieb. «Reporter» hat ihn und Menschen vor Ort begleitet und gemerkt, dass der Angriffskrieg hier – obwohl weit weg – allgegenwärtig ist.

Arte, 21.50
Deep Throat: Als der Porno salonfähig wurde
Der Kinostart von «Deep Throat» im Sommer 1972 spaltete Amerika und stiess eine Debatte über Pornografie und Gewalt gegen Frauen an. Im ganzen Land begann man, über Sex, Begehren und weibliche Lust zu sprechen. Der in aller Eile angefertigte und von der Mafia finanzierte Streifen stellte seinen Regisseur Gerard Damiano und seine Hauptdarstellerin Linda Lovelace schlagartig ins Rampenlicht.

SRF 1, 22.20
Kulturplatz: Lärm – Fluch und Segen
Die Stadt Zürich ist schweizweit Spitzenreiter in Sachen Lärm. Grösster Lärmverursacher: der Verkehr. Die Grenzwerte werden permanent überschritten. Und doch gehen viel mehr Lärmklagen wegen Nachbarn und Menschen auf öffentlichen Plätzen oder in Bars ein. Was also als Lärm gilt und ab wann wir Geräusche als Lärm empfinden, hat eher mit dem eigenen psychischen Befinden als mit effektiven dB-Werten zu tun.

Verklärte Putin-Versteherin

Als Kommunistin mit Herz ist Elke Kahr ein Medienliebling – dabei fällt die Grazer Bürgermeisterin mit kruden Aussagen zu Russland auf

LUCIEN SCHERRER

Ihr Wahlsieg wurde sogar von der «Washington Post» vermeldet, und in Deutschland zeigten sich selbst bürgerliche Medien entzückt. «Willkommen in Leningraz», witzelte die «Frankfurter Allgemeine». Die Springer-Zeitung «Welt» erkannte den «sensationellen Beweis, dass Sahra Wagenknecht richtigliegt». Das linke Magazin «Der Freitag» schwärmte in mehreren Artikeln von einem Vorbild, einem Lehrstück und einer Kommunistin, die etwas ganz Besonderes sei.

Die Oden galten Elke Kahr, die im September 2021 zur Bürgermeisterin der Stadt Graz gewählt wurde. Kahr ist Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Diese hat 2021 in Graz fast 30 Prozent der Stimmen erhalten, wohl nicht wegen ihrer Ideologie, sondern weil sich die «Kuschel-Kommunisten» («Tagesspiegel») um Elke Kahr sympathisch und bürgernah geben. Sie spendet einen Grossteil ihres Magistratenlohns und präsentiert sich den Medien gerne als Sozialarbeiter im Dienste des Volkes, mit Zigarette im Mund und Brille im Haar.

Sanktionen «nicht zielführend»

Im Januar ist Elke Kahr von der City Mayors Foundation zur «Bürgermeisterin des Jahres» gewählt worden – für ihren, wie es heisst, selbstlosen Einsatz. Doch nun sorgt Elke Kahr in Österreich für Irritation und empörte Reaktionen. In einem Interview mit der «Kleinen Zeitung» wurde sie unter anderem gefragt, ob sie der Meinung sei, dass heute die grösste Gefahr von Russland, China und dem islamistischen Terrorismus ausgehe. Ihre Antwort: Sie sehe das «ganz anders», sie wolle sich «nicht anmassen, darüber zu urteilen, wie Menschen in anderen Ländern leben und ihre Regierungen wählen». Das sei arrogant.

Auf die Bemerkung der Interviewer, dass die Menschen weder in China noch Russland das Recht haben, ihre Regierung frei zu wählen, erwiderte sie: «Ja, aber was ist die Alternative? China hat jedenfalls kein anderes Land überfallen und es geschafft, einem grossen Teil seiner Bevölkerung relativen Wohlstand zu verschaffen.»

Wladimir Putins Krieg gegen die Ukraine sei zwar eine Katastrophe, aber Sanktionen gegen ihn seien «nicht zielführend, weil sie immer die einfachen Menschen treffen». Österreich werde von niemandem bedroht, solange sich das Land entsprechend verhalte und niemanden angreife. Militärische Aufrüstungen in Europa dienten im Übrigen nur den finanziellen Interessen der Rüstungsindustrie.



Die EU will den Krieg, «etwa in der Ukraine»: Elke Kahr, Bürgermeisterin von Graz. MARTIN JUEN / SEPA / IMAGO

Seither ist die Entrüstung gross. Die ÖVP wirft Elke Kahr vor, sie sei «keine lupenreine Demokratin» und totalitären Systemen zugeneigt. Dietmar Pichler vom Zentrum für digitale Medienkompetenz schrieb auf X, nach Kahrs Logik sei die Ukraine selber schuld an Putins Angriff. Das krude Weltbild der Kommunistin sei schon bei ihrer Wahl im Jahr 2021 längst sichtbar gewesen – sofern man es habe sehen wollen.

Tatsächlich sind Kahrs jüngste Äusserungen wenig überraschend. Sie passen bloss nicht zu dem verklärten Bild, das deutsche Medien seit Jahren von den Grazer Kommunisten zeichnen. Denn in ihrer rührseligen «Leningraz»-Begeisterung blenden Journalisten meist aus, dass die österreichischen Kapitalismusgegner bis heute eine weniger sympathische Seite haben. Wie andere kommunistische Parteien in Europa war die KPÖ einst eine Aussenstelle von Stalins Sowjetunion. Sie bejubelte dessen Verbrechen, hielt auch nach dem Tod des «Führers» treu zu Moskau, selbst nachdem russische Panzer 1968 den Prager Frühling niedergewalzt hatten.

Seit einigen Jahren distanzieren sich die «Kummerln», wie man sie in Österreich nennt, zwar vom Stalinismus. Dies allerdings im Bemühen, Stalin als Unfall darzustellen, der keinesfalls zur Diskreditierung der Ideen von Marx und Lenin missbraucht werden dürfe. Stalins Terror, so wird in einem Parteibeitrag behauptet, seien vor allem Kommunisten zum Opfer gefallen. Und unter seiner Ägide sei «die Umerziehung zur Sklavenarbeit degeneriert». Der erste Satz unterschlägt, dass Kommunisten auch Millionen Nichtkommunisten einsperrten und töteten. Der zweite suggeriert, dass die Umerziehung von Millionen Menschen grundsätzlich in Ordnung gewesen wäre, hätte es Stalin nicht übertrieben mit der Ausbeutung.

«Antiimperialistisches» Weltbild

Wie andere formell geläuterte Linksaussenparteien in Europa pflegt die KPÖ bis heute ein «antiimperialistisches» Weltbild. Sozialistische Diktaturen gelten als legitime Herrschaftsformen und Friedensstifter, westliche Staaten als Kriegstreiber. «Kommunistinnen und Kommunisten», so heisst es in Parteiprogrammen und Schriften der KPÖ, verteidigten «das sozialistische Kuba» und «die Souveränität der Volksrepublik China». Menschenrechte würden dort «punktuell» verletzt, aber das sei ja ein «Phänomen, das vermutlich in allen Staaten der Welt beobachtbar ist».

Zu diesem ideologischen Hintergrund passt, dass ein KPÖ-Funktionär 2021 im weissrussischen Fernsehen aufgetreten ist, um die Meinungsfreiheit in diesem Polizeistaat zu preisen (als Privatperson, wie die KPÖ später betonte). Oder dass ein anderer Genosse 2019 die «Volksrepublik Donezk» besuchte und mit Separatisten posierte. All diese Vorfälle und Äusserungen sind längst bekannt. Die österreichische Zeitschrift «Profil» fragte schon 2021, ob Elke Kahr und ihre Genossen wirklich nur so sympathisch, ulkig und sozial seien, wie sie oft dargestellt würden. Die Antwort lautete: «Leider nein.»

Hype um «Leningraz»-Ikone

Kahr selbst hat sich in Interviews wiederholt von Stalin oder dem «russischen Angriffskrieg» in der Ukraine distanziert. Allerdings kann sie im nächsten Atemzug den jugoslawischen «Staatsmann» Josip Broz Tito preisen oder die französischen Kommunisten, die zu den treusten Vasallen Stalins gehörten und Überlebende des Gulag-Terrors als Faschisten verleumdeten. Kurz bevor Putins Armee am 24. Februar 2022 in der Ukraine einfiel, forderte sie einen Truppenrückzug «auf beiden Seiten». Und 2015, also ein Jahr nach Putins Annexion der Krim, beschuldigte sie die EU auf Twitter ganz offen, Elend und Krieg zu verursachen – «etwa in der Ukraine».

Dem medialen Hype um die «Leningraz»-Ikone Elke Kahr haben diese Verlautbarungen bisher kaum geschadet, zumindest nicht in Deutschland. Dort dreschen Medien zwar gerne auf Putin-Versteher wie Sahra Wagenknecht und die AfD ein, aber eine österreichische Kommunistin, «ja mei», wie putzig, findet da auch die «Emma». Und waren Kommunisten nicht seit je Missverstandene, die eigentlich das Gute wollen?

Die KPÖ, so glaubte die «Süddeutsche Zeitung» noch im April 2023 erkannt zu haben, sei eine entideologisierte Partei. Das K stehe bloss für Kommunalpolitik. Im selben Monat durfte Elke Kahr der linken «Tageszeitung» ein Interview geben, in dem ihr zahlreiche Fragen gestellt wurden, etwa ob es Vorurteile gegen Kommunisten gebe, weshalb sie so viele Fans habe und wie sie mit den Alphamännern der ÖVP oder der «Arroganz» der Medien umgehe.

Kritische Fragen kamen der «TAZ»-Interviewerin nicht in den Sinn, oder sie stellte sie nicht. Die Überschrift des Artikels lautete: «Wir brauchen mehr Moral».

Auf sie mit Gebrüll!

Mit der Gangsterserie «Testo» will die ARD ein bisschen Tarantino spielen. Ach herrje

DANIEL HAAS

Das Verdrängte kehrt wieder. Ist der Zeitgeist auf woke, feministisch und liberal gestellt, darf zünftige, das heisst konservative Männlichkeit in den Medien bestaunt werden. Natürlich mit jenem wohligen Schauer, der sich einstellt, wenn ebensolche Männlichkeit als depraviert und kriminell dargestellt wird. Doppelter Genuss: Maskulinität am Bildschirm geniessen und sich gleichzeitig sicher fühlen als Bewohner der korrekten bürgerlichen Mitte.

Aus dieser Logik erklärt sich die fulminante Karriere von Kida Ramadan. Charismatischer Alpha-Typ, schauspielerisches Originalgenie, ein Künstler, der den Bildschirm mit Energie aufladen kann, einfach nur dadurch, dass er in Erscheinung tritt. Mit der Serie «4 Blocks», in der er einen libanesischen Gangsterboss in Berlin spielte, keimte Hoffnung auf im «Tatort»-betäubten Fernsehdeutschland: Jenseits hölzerner Dialoge, bemüht konstruierter Plots und der ewiggleichen Spielkulissen könnte es tatsächlich so etwas wie schlüssige Genreunterhaltung made in Germany geben.

Das Gesicht zur misslichen Lage

Ramadan personifizierte diese Hoffnung streckenweise im Alleingang. Draufgängertum, kombiniert mit Witz und einer so intuitiv wie präzise eingemengten Dosis Sensibilität: Mit so einem konnte man rasante Fernsehunterhaltung schaffen. Und es war ja auch Bedarf an filmisch verwertbaren «Babos» aus der deutschen Hauptstadt. Die Wirklichkeit machte vor, was jenseits neubürgerlichgenderempfindsamer Hoffnungen Sache ist: Die Kriminalität steigt an, organisierte Verbrecherbanden kontrollieren ganze Stadtteile, der cis-heteronormative Tatmensch ist eben nicht historisch ausgemustert, sondern geht in Berlin eifrig seinen Geschäften nach.

Entsprechend erwies sich Kida Ramadan als Aktivposten des öffentlichrechtlichen Fernsehens. Man bewies Gespür für die aktuelle, sich zuspitzende Lage und bebilderte sie mit einem plausiblen Gesicht. Und weil er sehr gut spielte und auch noch Drehbuchideen hatte, freute man sich in deutschen Redaktionsstuben über eine auf Jahre zu bewirtschaftende Ressource.

Die Rechnung ist bei «Testo», der sieben Kurzfolgen à knapp 20 Minuten umfassenden ARD-Kriminalserie, nicht aufgegangen. Vier Gangster auf Freigang, keiner will zurück in den Knast. Deshalb Bankraub mit Geiselnahme. Die Sache läuft aus dem Ruder. Tote, Panik, Chaos.

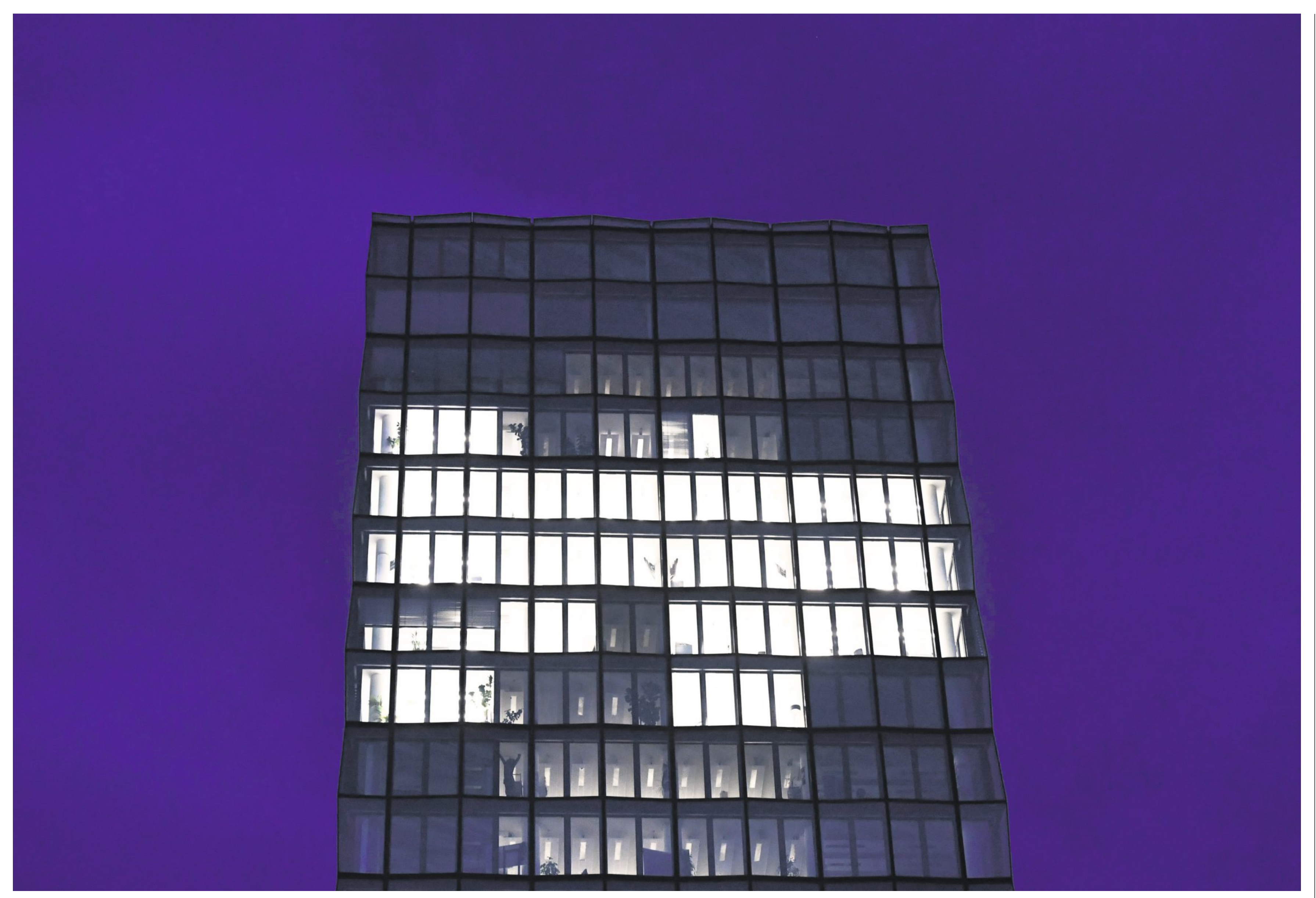
Die Darsteller sind exzellent, allen voran Ramadan, der den Chef der Truppe als abgeklärten Profiganoven spielt. Ein bisschen Mafia-Don, ein bisschen Junge von der Strasse: Dieser Schauspieler schlägt eigentlich immer dieselben Töne an, dies aber so suggestiv, dass man nicht aufhören kann, ihm zuzuschauen. Man kennt das von Robert De Niro und Al Pacino: dieses nur geringfügig variierte Darstellungsprofil, in dem sich ein bestimmter Typus zur Chiffre verdichtet. Näher als mit Ramadan ist Deutschland einem Schauspieler wie De Niro schon lange nicht mehr gekommen.

Kuriose Ideen

Faszinierend auch Veysel Gelin als Hitzkopf mit Impulskontrollstörung. So ein Part kann schnell in Gewaltschmiere entgleisen, aber Gelin mengt seiner lodernden Wut immer wieder Nuancen von Trotz, Verletztheit und Sehnsucht bei. Frederick Lau ist auf vertrackte Weise verzweifelt: Sein Mackertum mischt er mit moralischen Bedenken auf, die Gewaltbereitschaft mit Skrupel. So legt er die Rolle des kriminellen Mannes als zugleich Beschädigter und Täter an. Ebenfalls exzellent: Ruby O. Fee als Bankangestellte, die in sich ähnlich viel Wut hat wie ihre Peiniger. Kathrin Angerer in der Rolle des Zufallsopfers, dessen nervöse Empfindsamkeit alles nur noch schlimmer macht.

Warum ist die Rechnung bei «Testo» also nicht aufgegangen? Weil noch so gute Darsteller nicht ohne dramaturgische Richtspur auskommen. Gangster brüllen herum, schüchtern Geiseln ein. Die Polizei versucht cool zu bleiben, der vom Leben zerbeulte Star-Ermittler (Ronald Zehrfeld) taucht auf, aus ähnlich hartem Holz geschnitten wie seine Gegenspieler. Das alles ist nicht abendfüllend, auch dann nicht, wenn man ein paar kuriose Ideen hineintupft wie jene, dass Geiselnehmer Familienangehörige und Sexarbeiterinnen heranzitieren als Teil ihres Forderungskatalogs. Nicht überall, wo exzentrischer Einfall draufsteht, ist auch Tarantino drin. Sonst, wie gesagt, Gebrüll und Entgleisung. Wer hier Authentizität sieht, verwechselt einen Mangel an inszenatorischer Durcharbeitung mit improvisatorischem Laisser-faire.

Von Kida Ramadan wünscht man sich in Zukunft eine unkonventionelle Rollenwahl. Einen Ermittler zum Beispiel. Einen Anwalt. Einen in die Klemme geratenen Arzt. Nur keinen brütenden Gangster-Babo mehr.



«Leuchtturm in einer unruhigen Welt». Verlagshaus der «Süddeutschen Zeitung» in München. PETER KNEFFEL / EPA

Die Hochtrabenden

Die «Süddeutsche Zeitung» hat in der Affäre um eine geleakte Redaktionssitzung überreagiert

BENEDICT NEFF

Zum Wesen einer Qualitätszeitung gehört die permanente Diskussion, ob es sich denn noch um eine Qualitätszeitung handelt. Zum einen war früher alles besser, und zum anderen beleidigen einzelne Artikel immer wieder den Intellekt des Lesers. Das bekommt auch die «Süddeutsche Zeitung» in Form hämischer Kommentare regelmässig zu spüren, verdichtet in dem Begriff: «Alpen-Prawda».

So weit, so normal. Spezieller ist eine Affäre um die «Süddeutsche Zeitung», die als Verrat am eigenen Journalismus gewertet werden kann. Die Sache begann im Dezember 2023: Das Portal «Medieninsider» berichtete über die stellvertretende «SZ»-Chefredaktorin Alexandra Föderl-Schmid und präsentierte mehrere Beispiele aus Artikeln, in denen die Journalistin offensichtlich abgeschrieben hatte. Föderl-Schmid kam in dem Bericht selbst zu Wort, eierte herum, gab nur im Falle eines Lexikoneintrages zu, «möglicherweise aus einer Quelle zu viel wörtlich übernommen» zu haben, was sie bedaure.

Danach verfuhr die Redaktionsspitze der «SZ» nach dem Prinzip «Shooting the messenger». Dass sich eine führende Journalistin des Plagiierens verdächtig gemacht hat, schien nicht zu interessieren. Stattdessen beklagte man sich über Angriffe von «rechts» und sah sich einer «Verleumdung» ausgesetzt, wie wiederum der «Medieninsider» aus einer Redaktionssitzung der «SZ» berichtete. Der Chefredaktor Wolfgang Krach wird im Bericht zitiert: «Das mit dem Lexikon war ein Fehler. Sonst haben wir als Zeitung, oder auch die Alexandra, aus meiner Sicht keinen Fehler gemacht.» Seine Kollegin Judith Wittwer soll ausserdem gesagt haben, dass das Schlechtmachen von Journalisten zum «ideologischen Grundsatzprogramm der Rechten» gehöre. Darauf müsse man sich einstellen.

Die «SZ»-Leitung schien nicht ansatzweise eine potenzielle Plagiatsaffäre zu sehen, sie konzentrierte sich vielmehr auf eine angebliche rechte Verschwörung, da andere Medien die Berichterstattung von «Medieninsider» mehr oder weniger sachlich antizipierten. Dass der «Medieninsider» diese interne Diskussion in einem Artikel spiegelte, führte bei der «SZ»-Spitze zu einer Überreaktion. Krach und Wittwer stilisierten die Angelegenheit zu einem «Angriff auf die Pressefreiheit». Wenn das «Herz einer Redaktion» abgehört werde, könne man dies nicht hinnehmen, sagte Krach der Deutschen Presse-Agentur. Redaktionsausschuss, Betriebsrat und Chefredaktion kündigten geschlossen an, dass intern nach dem Informanten des «Medieninsiders» gesucht werden solle.

Zu diesem Zweck hat die Chefredaktion die elektronische Kommunikation der Journalisten untersucht. In einer Stellungnahme der «SZ» heisst es: «Die automatisierte Überprüfung beschränkte sich auf den Datenverkehr zwischen IP-Adressen der Redaktion und dem Branchendienst und auf mögliche technische Hinweise auf Ton- oder Videomitschnitte von der ‹geleakten› Redaktionskonferenz vom 20. Dezember 2023.» Die Suche ist nach Angaben der «SZ» erfolglos geblieben.

Die «SZ» weist darauf hin, dass es sich bei der Angelegenheit nicht nur um einen «Vertrauensbruch» handle, sondern potenziell auch um eine Straftat nach Paragraf 201 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes). Immerhin kündigte die Zeitung im selben Schreiben auch an, eine externe Kommission damit beauftragt zu haben, die Vorwürfe gegen Föderl-Schmid zu prüfen.

Die Eskalation der Profis

Der Aktivismus, um den Informanten ausfindig zu machen, war unverhältnismässig. Vor allem zeigt er aber, wie die «SZ»-Medienprofis die Dynamik einer medialen Öffentlichkeit nicht verstehen. Indem sie eine nervige, aber letztlich unbedeutende Illoyalität mit einer Untersuchung gegen die eigenen Mitarbeiter eskalierten, erhöhten sie die Aufmerksamkeit erst recht und frustrierten das eigene Team. Denn nun waren alle verdächtigt, sahen sich dem Misstrauen der Chefredaktion ausgesetzt.

Das Ganze hat darüber hinaus auch eine komische Komponente. Die «Süddeutsche Zeitung» problematisiert einen investigativen Journalismus, den sie in vielen Fällen selbst praktiziert und mitunter auch abfeiert. Man denke an die «Panama Papers» – wo sich die Kollegen durch «2,6 Terabyte Daten, 11,5 Millionen Dokumente, 214 000 Briefkastenfirmen» gekämpft haben –, die «Paradise Papers» oder die Kampagne gegen den Politiker Hubert Aiwanger von den Freien Wählern. Zum bayrischen Wahlkampf veröffentlichte die «SZ» einen Artikel unter dem Titel «Das Auschwitz-Pamphlet». Darin behauptete die Zeitung, Aiwanger habe in seiner Jugend eine antisemitische Schrift verfasst und verbreitet.

Der Artikel ordnete seine eigene Bedeutung auf penetrante Weise selbst ein: Gerade reite Aiwanger auf einer «Welle» der Popularität, konnte man lesen, aber der Artikel könne eine Wucht entfalten, «mit der die Welle nun brechen könnte». Der Text versuchte damit, seine Wirkung schon vorwegzunehmen.

Als der Bruder des Politikers erklärte, nicht Hubert Aiwanger, sondern er selbst habe das fragliche Pamphlet geschrieben, schien das die «SZ» nicht zu beeindrucken. Der Chefredaktor Krach schrieb in einem Kommentar: «Aiwanger hat die Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit selbst gestiftet und Vertrauen zerstört, ob er das Flugblatt nun verfasst hat oder nicht. Auf die Urheberschaft kommt es nicht mehr an, der Rest ist schon schrecklich genug.» Offensichtlich war die Zeitung von ihrer eigenen investigativen Leistung so berauscht, dass die Urheberschaft kein relevantes Kriterium mehr war.

Rückblickend ist auch der Umgang der «SZ»-Führung mit Karin Steinberger, Chefin der Seite 3, bemerkenswert. Die Journalistin hatte wiederholt über den verurteilten Mörder Jens Söring berichtet und drehte unter anderem einen Dokumentarfilm zum Fall. Gleichzeitig hat sie Vertraute von Söring in PR-Belangen beraten, wie öffentlich gewordene E-Mails belegen. Damals war der Aufklärungseifer bei der «SZ» deutlich weniger gross. Die Chefredaktion wies gegenüber dem Medienmagazin «Zapp» darauf hin, sie nehme «grundsätzlich keinen Einblick in Mails von Mitgliedern der Redaktion». Später räumten sowohl der Chefredaktor Krach als auch Karin Steinberger Fehler ein.

Es mag ein wenig kleinlich wirken, nachzulesen, was die «SZ» über sich selbst schreibt. Vielleicht ist es zum Verständnis dieser Zeitung aber gerade zentral. Sie versteht sich als «Leuchtturm in einer unruhigen und unübersichtlichen Welt», Qualität sei das «Kapital der Zeitung». Nicht der Zeitgeist stehe im Vordergrund, «sondern der einzelne Mensch, den die ‹SZ› stets mit Respekt betrachtet». So geht das über acht Seiten, Hubert Aiwanger dürfte manches mit Befremden lesen.

Inszenierter Journalismus

Sogenannte Qualitätszeitungen scheitern permanent an ihren Idealen. Oft bedeutet Zeitungsmachen, über die Gegenwart zu berichten, ohne genau zu wissen, was die Gegenwart ist. Es ist ein Geschäft, das im Nebel stattfindet und Klarsicht verspricht. Eine tagesaktuelle Zeitungsseite ohne einen einzigen inhaltlichen, sprachlichen, analytischen Fehler ist entsprechend selten. Gleichzeitig trägt vielleicht keine Zeitung im deutschsprachigen Raum das Bewusstsein der eigenen Klasse und die eigenen Anspruchs so offensiv vor wie die «Süddeutsche Zeitung». So verwundert es auch nicht, wenn nun Kolleginnen wie die «Bild»-Chefredaktorin Marion Horn schreiben: «Nur fürs Protokoll: ‹SZ› ist die Redaktion, die sich in Artikeln damit rühmt, bei ‹Bild› mitzuhören, was wir intern besprechen.»

Journalismus zu inszenieren, ist die grosse Stärke dieser Zeitung: das Blattmachen, eine kunstvolle Seite 3, singende Titel, trompetende Recherchen. Aber es ist eben auch ihre Schwäche. Im Falle der Aiwanger-Berichterstattung hatte die «SZ» die Aufmerksamkeit, die Dämonisierungsstrategie aber scheiterte. In der anschliessenden Wahl legten die Freien Wähler um 4,2 Prozentpunkte zu. Der Überführungseifer der «SZ» wurde bestraft, weil das Bemühen der Zeitung, Politik zu machen, allzu durchsichtig war.

Bei der Affäre um eine geleakte Redaktionssitzung erweist sich der Verlag als heuchlerisch: Wenn die «SZ» investigativen Journalismus betreibt, ist es Qualitätsjournalismus. Wenn die «SZ» selbst von investigativem Journalismus betroffen ist, ist es ein Angriff auf die Pressefreiheit oder eine rechte Verleumdungskampagne.

Meisterin im Dagegensein

Stine Pilgaard huldigt in ihrem Roman dem Alltag

PETER URBAN-HALLE

Weil sie nicht kochen kann, schreibt sie zum Hoffest ein Lied. Damit fängt ihre Karriere als Gelegenheitsliedermacherin an, alle im Haus wollen jetzt von ihr ein Lied: über Ferien und Haustiere, für Hochzeiten, Geburtstage, Konfirmationen; «still und leise wurde ich eine Firma».

Zwei junge Leute in Aarhus, nämlich diese namenlose Ich-Erzählerin, die davon träumt, Schriftstellerin zu werden, sich aber mit Horoskopen durchschlägt und jetzt Gelegenheitslieder texten muss, sowie ein geschlechts-, fast wesenloses «du» – zwei junge Leute finden endlich eine eigene Wohnung. Aber Vorsicht: Ihre Hausgemeinschaft nimmt den Begriff «Gemeinschaft» sehr ernst. Obwohl doch alle total verschieden sind.

Radikal antiideologisch

Da ist Mie, die Vorsitzende der Wohnungsgenossenschaft, die dem chaotischen Zusammenleben eine gewisse Form zu geben versucht. Oder die cholerische Elizabeth, die den Schmerz über ihren im Koma liegenden Mann mit Rauchen und Trinken lindert. Oder Lisa, die alles durch die Brille isländischer Sagas sieht. Oder Lotte, die politisch korrekte und aspergerhafte Weltverbesserin, eine Art Prä-Greta: «Grauzonen sagen ihr nichts.»

Oder Ruth, die schwerhörige Rollatorfahrerin, und die 82-Jährige, die alle nur «Oma» nennen. Die beiden kennen sich noch vom Lande, als sie 17 waren, seitdem sind sie ein Paar. Mit zeitlichen Unterbrechungen, Ruth heiratete und bekam Kinder, «Oma» musste zu Hause Kühe melken, sie hasst sie seitdem wie die Pest. Das hätte ein lesbisches Rührstück werden können. Aber nicht mit Pilgaard, sie nimmt es, wie es ist, ohne daraus eine sakrosankte Sache zu machen. Trotz aller Exzentrik der Figuren huldigt Stine Pilgaard dem Alltag und feiert die kleinen Dinge.

Das Buch wurde auf Dänisch vor zehn Jahren geschrieben, seitdem ist viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen. Aber wir lesen es jetzt, und jetzt ist es eine Art Gegenbuch, weil es radikal antiideologisch ist. Ihre Figuren sind mit sich «identisch», verheddern sich aber nicht in identitätspolitischem Leerlauf. Gestelztes Gerede über das, was wir dürfen und was wir nicht dürfen, wird ironisch belächelt. Und statt auf grassierender Untergangs- und Katastrophenstimmung besteht Pilgaard auf der Lust am Dasein. Ungeniert schreibt sie gegen ein verblüffendes Phänomen von heute an: dass Gegenkultur zum Mainstream wird.

Perfektes Sprachgefühl

In den Text sind in regelmässigen Abständen zwölf passende wie eigensinnige Horoskope eingestreut sowie 24 «Lieder» in Prosa (die eigentlichen Gelegenheitslieder enthält sie uns vor), die mehr über die Erzählerin verraten als über ihre Mitbewohner. Und nicht der Handlungsverlauf, den es strenggenommen nicht gibt, ist interessant, sondern die Lebensgeschichten der Figuren. Einmal wird über sie gesagt: «Sie schwimmen auf einem kleinen Meer von Anekdoten.» Im Grunde ist das Buch genau das: ein kleines Meer von Anekdoten.

Die es freilich in sich haben. Stine Pilgaard, geboren 1984 in Aarhus, hat ein perfektes Sprachgefühl, zu erkennen in ihrer grossen Übersetzung. Sie ist eine Meisterin von Beobachtung und ironischer «Integration», indem sie kaum merklich Zitate aus Hochkultur (Inger Christensen, James Joyce) und dänischem Pop einarbeitet. Sie hat den Blick für Situationskomik und eine sprudelnde Erzähllust. Ob sie «Dänemarks erfolgreichste Autorin» ist, wie der Verlag sie bewirbt, wissen wir nicht. Aber keine nimmt so scharf und so amüsant das zwischenmenschliche Verhalten aufs Korn wie sie. Jedenfalls in Dänemark.

Stine Pilgaard: Lieder aller Lebenslagen. Roman. Aus dem Dänischen von Hannes Langendörfer. Kanon-Verlag, Berlin 2023. 208 S., Fr. 32.50.

Neue Zürcher Zeitung

Pop-Titan in rostiger Rüstung

Dieter Bohlen wurde bekannt mit Modern Talking, berüchtigt ist er aber für seine derben Sprüche. Jetzt wird er siebzig. ***Von Ueli Bernays***



Dieter Bohlen kennt keine Gnade für untalentierte Sängerinnen und Sänger. HENNING KAISER / DPA

Das waren noch Zeiten, als in Deutschland Autoritäten lebten, auf die man glaubte sich verlassen zu können. In der Politik sorgte Mutti für Ordnung. In der Literatur herrschte Papst Reich-Ranicki und im Fussball Kaiser Franz. Aus dem demokratischen Einerlei der Gegenwart mit sozialen Netzwerken, mit flachen Hierarchien und einem ständigen Gezänk hingegen ragt heute höchstens noch ein Titan heraus, der sogenannte Pop-Titan: Dieter Bohlen.

Auch Dieter Bohlen hat nun allerdings ein mythisches Alter erreicht. Fit, braun gebrannt wie eh und je, feiert er heute seinen siebzigsten Geburtstag. Wäre es da nicht an der Zeit, sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen und sich auf den Lorbeeren auszuruhen? Die Casting-Shows haben ihren Zenit überschritten. Und sein gefälliges Pop-Repertoire klingt angestaubt im Vergleich zum eiskalten Deutsch-Rap der Gegenwart oder zum Breitwandschlager einer Helene Fischer.

Wie eine schwere, rostige Rüstung dürfte sich der Titel «Pop-Titan» im Alter allmählich anfühlen. Er war allerdings schon immer zwei, drei ironische Nummern zu gross für den burschikosen Germanen, der am 7. Februar 1954 im niedersächsischen Berne zur Welt kam, um Deutschland als Musiker, TV-Star und Zyniker dereinst das Fürchten zu lehren.

Songs für Deutschland

Seine Karriere nahm ihren Anfang mit friedlichen Klängen. Dieter Bohlens Talent zeigte sich rasch in Komposition und Produktion. Seit seiner Jugend schrieb er Schlager und Songs, er schüttelte sie förmlich aus seinen Ärmeln, um sie vor allem unter deutschen Künstlerinnen und Künstlern zu verticken.

Im Vergleich mit Produzentenkollegen wie dem jüngst verstorbenen Frank Farian, der die USA und Afrika eroberte mit seinen Hits, oder Giorgio Moroder, der die Pop-Ästhetik revolutionierte mit seinen Synthesizer-Experimenten, nimmt sich Bohlens musikalischer Palmarès etwas bescheidener aus. Immer wieder einmal aber kletterte einer seiner Songs in Deutschland, Österreich oder in der Schweiz die Charts empor. Er hatte offenbar ein besonderes Gespür für Schlagersängerinnen und verhalf so Andrea Berg oder Beatrice Egli zum grossen Durchbruch.

Wie viele seiner Songs für die Ewigkeit sind, das soll die Ewigkeit entscheiden. Mit einer Formation hat er zumindest deutsche Pop-Geschichte geschrieben: Modern Talking. Im Duo mit dem Sänger Thomas Anders versuchte es Bohlen erst mit deutschen Schlagern. Den Durchbruch schafften die beiden in den achtziger Jahren dann aber mit einer stilbildenden und eingängigen Verbindung von Schlager, Euro-Pop und Vokuhila-Chic. Man verdankt dem Duo Ohrwürmer wie «You're My Heart, You're My Soul» und «Cheri, Cheri Lady».

Fast ebenso eindrücklich wie die künstlerische Leistung ist rückblickend allerdings die Art und Weise, wie sich die beiden Musiker öffentlich stritten, anschwärzten, beleidigten. So manifestierte sich bereits der streitbare Charakter Dieter Bohlens, der in den nuller Jahren seine ganze Wucht und Macht entfalten konnte, als der Musikproduzent zum Juror der RTL-Casting-Show «Deutschland sucht den Superstar» («DSDS») avancierte. Aber was heisst schon Juror: Dieter Bohlen war Casting-Kläger, Casting-Richter, Casting-Henker.

Das Publikum hat sich jahrzehntelang ergötzt an den mit Anal- und Fäkalmetaphern angereicherten Sprüchen, mit denen Bohlen weniger begabte Kandidaten und Kandidatinnen abservierte. Gab es kein Mitleid für all die träumenden Seelen? Gab es keine Solidarität mit all den verzweifelten Visagen, mit den Bäuchen und Brüsten, mit den Waden und Ellbogen, die vor die Kameras drängten und – schlimmer noch – an die Mikrofone? Wenn sie dem Titanen nicht mehr zu bieten hatten als die eigene Unterwürfigkeit, dann stiess er sie genüsslich und gnadenlos in die Armseligkeit ihrer Anonymität zurück mit seinen medienwirksamen Beleidigungen.

> Dieter Bohlen war Casting-Kläger, Casting-Richter, Casting-Henker.

Ironie gegen Brutalität

Der leicht ironische Titel des Titanen zeigt allerdings, dass Volkes Stimme die Härte seiner Aussagen etwas zu entschärfen suchte, indem sie den Mann nicht ganz so ernst nahm wie er sich selbst. Man zollte ihm Respekt, gleichzeitig machte man sich lustig über den hochtrabenden Egomanen und nahm seinen vernichtenden Urteilen etwas von ihrer letztinstanzlichen Gültigkeit. Die Opfer wussten, dass sie sich auf ein masochistisches Ritual einliessen und genossen ein paar Minuten zweifelhafter Berühmtheit. Die Zuschauer aber konnten sich Bohlens kompromissloser Kompetenz sowie seinem unflätigen Hohn hingeben wie einer reinigenden Therapie. Wer selber bloss ein Normalo war, lachte gerne über die Niederlagen der Möchtegern-Stars.

Bei den ersten Ausgaben von «DSDS» sass man manchmal zu zweit oder mit der ganzen Familie vor dem Fernseher, um sich das jüngste Pop-Gericht zu Gemüte zu führen. Die Kandidatinnen und Kandidaten schienen erstaunlich viel Mut an den Tag zu legen und einige auch Talent. Die jungen Frauen und Männer sangen dann alte und neue Klassiker wie «Angels», «I Will Always Love You» und «I Will Survive». Und zu Hause rang man sich schon einmal selbst zu einem provisorischen Urteil durch oder stritt über Grenzfälle.

Aber um zu wissen, wer richtig lag, musste man Bohlens Urteil abwarten. Der blonde Titan in seinen weichen Hoodies wurde links und rechts von sekundierenden Juroren oder Jurorinnen flankiert, die aber im Schatten des Meisters blieben, der letztlich keine Konkurrenz duldete. So mochten zuerst die Sekundanten etwas Nettes sagen oder etwas Kritisches. Spannend wurde es erst, wenn die Kamera in die Mitte schwenkte.

Nun blickte man direkt in die Mallorca-Bräune eines fleischigen Gesichts, wo unter blonden Fransen giftig-blaue Äuglein blitzten. Das eingefrorene Lächeln, das ein werbetaugliches Kukident-Gebiss offenbarte, zeigte keinen Anflug von Empathie oder Freundlichkeit und erst recht kein Zeichen von Selbstironie. Es blieb immer zynisch. Und mit teuflischer Verachtung liess der Titan einmal mehr sein Urteil verlauten.

Es fielen Sätze wie diese: «Das ist Darmverschluss, und das ist scheisse!» – «Bei mir kommen solche Geräusche aus anderen Öffnungen!» – «Ich kann nicht mal sagen, dass das scheisse war, das war schlechter!» Dieter Bohlen hatte stets auch seine Favoriten, für die er nicht nur lobende Worte fand, die er auch mit analytischer, mithin aufbauender Kritik förderte – so zeigte sich seine professionelle Kompetenz. Aber das Salz in der Suppe seiner Auftritte waren sein Sadismus und sein Sarkasmus.

Der Titan erntete viel Kritik für seine menschenverachtende Sprache. Der Jugendschutz führte ein Prüfverfahren gegen «DSDS». Stefan Raab, auch er ein Egomane und Zyniker, aber ein viel netterer Mensch, lancierte seine eigene, freundlichere Konkurrenz-Casting-Show.

Dass Bohlens Fäkal-Eloquenz bei seinen Fans bis heute Kultstatus geniesst und als eine Form von Ehrlichkeit gefeiert wird, hat dabei mit einem Wandel der sprachlichen Sensibilität zu tun. Im Zeichen digitaler Manipulation und politischer Korrektheit misstraute man immer mehr dem Ausgewogenen und Gekünstelten. Bohlens Stammtischsprüche und Verbalattacken gelten da hingegen als unverfälscht. Aber spricht der Mann tatsächlich, wie ihm der Schnabel gewachsen ist? Eher rezitiert er austauschbare Statements einer inszenierten Authentizität.

Orientierung im Chaos

Auch für den Erfolg Dieter Bohlens als titanischer Musikkritiker sind die Auswirkungen der digitalen Umbrüche entscheidend. Anfang der nuller Jahre steckte die Musikindustrie in einer tiefen Krise, weil durch die neuen Möglichkeiten von Download, Sharing und Streaming die CD-Verkäufe einbrachen. Durch das Internet wurden gleichzeitig auch die ehemaligen Gatekeeper der Pop-Szene entmachtet – von Musikzeitschriften bis hin zu MTV. Die Musik selbst hatte sich in diversen Retrowellen verfangen, die Jugend schien sich nicht in einem neuen Sound zu verwirklichen. Umso grösser die Chancen für einen Altstar wie Bohlen, dem Publikum im Chaos der Stile Orientierungshilfe zu bieten und zu erklären, was gut ist und was nicht.

Und gut ist, was sich verkaufen lässt. Alle weiteren Differenzierungen interessieren einen Dieter Bohlen kaum. Diese Pop-Ästhetik ist an sich wenig originell. Aber in ihrer Konsequenz beeindruckt sie das Publikum wie ein alttestamentarisches Verdikt: Vergesst das Wahre, Gute und Schöne; lasst alle Hoffnungen auf Selbstverwirklichung und Idealismus fahren! Ob Punk oder Schlager, Rock'n'Roll oder Hip-Hop – letztlich bestimmt der Markt musikalische Qualität.

Fast könnte man meinen, der Markt sei noch weiser als Dieter Bohlen. Aber der Titan weiss eben immer schon, welche Stimmen mit dem Appeal des Erfolgs gesegnet sind. Deshalb kann er die Menschen in zwei Gruppen teilen: Da die Winner – ihnen scheint der Himmel des Glamours versprochen. Da die Loser, die er mit seinem verbalen Nachtreten vor der Kamera rasch in die Hölle zu versenken sucht.

Heute sind die klassischen Casting-Shows aus der Mode gekommen. Die Härte eines Dieter Bohlen entspricht kaum mehr der Empfindlichkeit jüngerer Generationen. Es gibt dafür neue Musiksendungen und Formate wie «Sing meinen Song», in denen Stars sich gegenseitig ihre Hits vorsingen und alle ganz lieb zueinander sind. Vielleicht wäre das noch etwas auf die alten Tage hin: Dieter Bohlen bei «Sing meinen Song»! Was für eine Vorstellung: Der Titan liesse sich von Shirin David oder Loredana ein «Cheri, Cheri Lady» vorsingen, um die Rapperin dann begeistert und gerührt in seine Arme zu schliessen. Ganz Deutschland trüge eine Träne im Gesicht.